

TEXTE

04/2015

# Experimentierraum Stadt: *Good Governance* für soziale Innovationen auf dem Weg zur Nachhaltigkeitstrans- formation



TEXTE 04/2015

Umweltforschungsplan des  
Bundesministeriums für Umwelt,  
Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

Forschungskennzahl 3712 17 100  
UBA-FB 001997

**Experimentierraum Stadt:**  
***Good Governance* für soziale  
Innovationen auf dem Weg zur  
Nachhaltigkeitstransformation**

von

Jens Aderhold, Carsten Mann, Jana Rückert-John, Martina Schäfer  
Zentrum Technik und Gesellschaft (ZTG) TU Berlin, Berlin  
Institut für Sozialinnovation e.V., Berlin

Im Auftrag des Umweltbundesamtes

# Impressum

**Herausgeber:**

Umweltbundesamt  
Wörlitzer Platz 1  
06844 Dessau-Roßlau  
Tel: +49 340-2103-0  
Fax: +49 340-2103-2285  
info@umweltbundesamt.de  
Internet: www.umweltbundesamt.de

 /umweltbundesamt.de

 /umweltbundesamt

**Durchführung der Studie:**

Technische Universität Berlin, Zentrum Technik und Gesellschaft  
Hardenbergstraße 16-18, 10623 Berlin  
Institut für Sozialinnovation e. V. (ISInova)  
Prenzlauer Allee 36, 10405 Berlin

**Abschlussdatum:**

2013

**Redaktion:**

Fachgebiet I 1.4 Wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Umweltfragen,  
nachhaltiger Konsum  
Angelika Gellrich

Publikationen als pdf:

<http://www.umweltbundesamt.de/publikationen/experimentierraum-stadt-good-governance-fuer>

ISSN 1862-4804

Dessau-Roßlau, Februar 2015

Das diesem Bericht zu Grunde liegende Vorhaben wurde mit Mitteln des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit unter der Forschungskennzahl 3712 17 100 gefördert. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei den Autorinnen und Autoren.

## **Kurzbeschreibung**

Im anstehenden Transformationsprozess hin zu einer nachhaltigen Gesellschaft können soziale Innovationen eine bedeutende Rolle spielen. Insbesondere verbindet sich mit ihnen die Annahme, dass neue Ansätze, Praktiken und Steuerungsimpulse initiiert und entwickelt werden können, die es erlauben, Probleme wie die Überalterung der Bevölkerung, Gerechtigkeitsfragen und Probleme sozialer Exklusion, in Bereichen der Gesundheitsfürsorge und Pflege, im Bildungsbereich, aber auch was die Bewältigung des wirtschaftlichen und regionalen Strukturwandels anbelangt, adäquater zu lösen als dies bisher möglich war.

Vor diesem Hintergrund hat das Projekt sich der Frage gewidmet, ob sich für die gesellschaftliche Transformation in Richtung nachhaltiger Entwicklung bedeutsame Erkenntnisse aus dem Themengebiet sozialer Innovationen gewinnen lassen und welche Folgerungen sich daraus ergeben. Darauf aufbauend hat es Vorschläge entwickelt, wie soziale Innovationen so unterstützt werden können, dass umfassende, tiefgreifende und langfristige Erneuerungsprozesse angestoßen und diese strukturell verankert werden können. Schließlich hat es sich mit der übergeordneten Frage befasst, welche politischen Strukturen und Regime die notwendigen Transformationsprozesse hin zu einer nachhaltigen Gesellschaft behindern und welche heute schon vorhandenen oder aber zukünftig zu entwickelnden Governance-Formen sie befördern können.

Auf der Grundlage dieser empirischen Befunde zu förderlichen und hinderlichen Governance-Formen, wie auch aufbauend auf der theoretisch-konzeptionellen Orientierung aus dem Bereich der Transition-Forschung und des Transition-Managements wurden Kernelemente einer Governance-Strategie abgeleitet, die für eine „große Transformation“, das heißt einen grundlegenden Wandel und umfassende institutionelle Reformen, förderlich sind.

## **Abstract**

Social innovation can play an important role for the approaching transformational process to a sustainable society. Closely linked to this innovation is the assumption that new approaches, practices and controlling impulses can be initiated and developed. This assumption embraces the idea that such developments enable more appropriate solutions to problems like aging of the population, questions of fairness and social exclusion, issues in the healthcare and education sectors and concerns about overcoming economic and regional structural changes.

Founded on this background, the project addresses whether or not social transformational process towards sustainable development can gain meaningful insight into the topic of social innovation, and which conclusions shall arise. Based on this question, suggestions emerged as to how social innovation can be supported in a way that both activates and structurally secures comprehensive, profound and long-term renewal processes. Finally, the project addresses the greater question, as to which political structures and regimes hinder the necessary transformational processes culminating into a sustainable society, and which governance forms are already present or will be developed in the future to promote these processes.

Based on empirical results of beneficial and hindering governance forms, as well as on the theoretical-conceptual standpoint from the field of transition research and transition management, core elements of governance strategy were derived. These core elements

are conducive to “great transformation”, or rather, fundamental change and comprehensive institutional reforms.



## Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis.....	11
Tabellenverzeichnis.....	12
Abkürzungen .....	13
Zusammenfassung.....	14
Summary .....	26
1 Einleitung.....	38
1.1 Problemstellung.....	38
1.2 Projektverlauf und Aufbau des vorliegenden Abschlussberichtes .....	38
1.3 Kooperationen mit Partnern im Forschungsprojekt.....	40
2 Bedeutung sozialer Innovationen im Transformationsprozess und ihre konzeptionelle Neuausrichtung.....	42
2.1 Paradigmatische Verankerungen und Neuverortung sozialer Innovationen.....	42
2.1.1 Technisch-ökonomische Perspektive und der nachgeordnete Stellenwert sozialer Innovationen.....	43
2.1.2 Paradigmenwechsel des gesellschaftlichen Innovationssystems.....	44
2.1.3 Gesellschaftliche Innovationen und die Frage nach den Akteuren des Wandels.....	46
2.1.4 Wert- und Normbezogenheit sozialer Innovation .....	47
2.1.5 Soziale Innovation im Blick wissenschaftlicher Perspektiven.....	48
2.2 Praxisfelder sozialer Innovationen – Verständnisse und Politikansätze sozialer Innovationen.....	49
2.2.1 Europäische Forschungs- und Innovationspolitik.....	49
2.2.2 Deutsche Innovations- und Forschungspolitik.....	50
2.2.3 Soziale Innovationen im zivilgesellschaftlichen Diskurs Deutschlands.....	53
2.2.4 Soziale Innovation aus der Perspektive der Praxis.....	55
2.3 Fazit zu den Debatten in Wissenschaft und Praxis .....	56
2.4 Aspekte und Typen von Innovation .....	57
3 Experimentierraum „Stadt“ .....	63
3.1 Die Krise der Städte als Barriere und Chance.....	63
3.2 Soziale Innovationen im städtischen Kontext.....	66
3.2.1 Neue Verfahren der Bürgerbeteiligung: Lokale Agenda 21.....	67
3.2.2 Transition Town.....	68
3.2.3 Zwischennutzungen: Das Beispiel Urban Gardening .....	69
3.2.4 Klimastädte: Energiekommunen.....	70

3.2.5	Neue Konzepte von Lebensqualität und Nachhaltigkeit: Regionalwährung .....	70
3.2.6	Mehrgenerationenhäuser und nachbarschaftliches Wohnen .....	71
3.2.7	Zwischenfazit .....	72
3.3	Kommunale Potentiale und Hemmnisse einer Gesellschaftstransformation aus Sicht städtischer Praxisakteure sowie Expertinnen und Experten .....	73
3.3.1	Potentiale / Innovativität.....	73
3.3.2	Synergien und Synergiepotentiale .....	77
3.3.3	Hemmende Bedingungen und Governance-Formen auf kommunaler Ebene .....	79
3.3.4	Förderliche Aspekte sowie Handlungsempfehlungen für die Entwicklung nachhaltigkeitsorientierter, kommunaler Governance- Formen.....	85
3.4	Fazit: Soziale Innovationen im Kontext gegenwärtiger Governance- Formen.....	89
3.5	Diskussion der Ergebnisse im Rahmen eines Praxisworkshops .....	94
4	Transformationsbedarfe und -bedingungen im Lichte hinderlicher und förderlicher Governance-Formen.....	97
4.1	Historische Vorläufer und gegenwärtige Ansätze gesellschaftlicher Transformation .....	98
4.2	Governance-Formen für eine nachhaltige Gesellschaftstransformation.....	101
4.2.1	Theoretisch-konzeptioneller Rahmen für die Beschreibung und Analyse von Governance-Formen und Strategien .....	102
4.2.2	Ansätze der Transition-Forschung.....	106
4.2.3	Gestaltung von Wandlungsprozessen: Governance of Change.....	109
4.2.4	Resümee zum theoretisch-konzeptionellen Rahmen.....	110
4.3	Empirische Reflektion bisheriger Governance-Ansätze und -Strategien .....	112
4.3.1	Transformationsansätze, Herausforderungen und zukünftige Aufgaben .....	113
4.3.2	Hemmnisse für die Gesellschaftstransformation.....	117
4.3.3	Resümee förderlicher und hinderlicher Governance-Formen.....	121
5	Kernelemente einer Governance-Strategie für eine Gesellschaftstransformation .....	125
5.1	Initiierung eines gesamtgesellschaftlichen Aushandlungsprozesses .....	126
5.2	Schaffung von Räumen für die Entwicklung gemeinsamer Visionen und Leitbilder.....	127
5.3	Förderung integrativer Konzepte und komplexer Systemperspektiven.....	128
5.4	Politische Verantwortung übernehmen und Langfristigkeit garantieren .....	128

5.5	Nutzen der Instrumentenvielfalt .....	130
5.6	Raum und Ressourcen für Nischen und Orte der Integration schaffen .....	131
5.7	Destabilisierung von nicht-nachhaltigen Entwicklungspfaden .....	132
5.8	Förderung der Nachhaltigkeits- und Transformationsforschung .....	133
6	Diskussion der Ergebnisse im Rahmen einer interdisziplinären Tagung.....	135
7	Empfehlungen für Umweltpolitik und Umweltkommunikation .....	138
7.1	Erweiterung der Perspektiven von Umweltpolitik .....	138
7.2	Integration umweltpolitischer Fragestellungen in andere Sektorpolitiken.....	140
7.3	Empfehlungen für die Umweltkommunikation .....	141
8	Anhänge.....	144
8.1	Programm des Expertenworkshops „Sozialer Wandel, gesellschaftliche Krisen und die Bedeutung sozialer Innovation – Perspektiven und Befunde“, 15.11.2012 im ZTG der TU Berlin.....	144
8.2	Programm des Expertenworkshops „Rolle zivilgesellschaftlichen Engagements und Bedeutung sozialer Innovationen im sozial- ökologischen Transformationsprozess am Beispiel nachhaltiger Stadtentwicklung“, 13. Juni 2013 im ZTG der TU Berlin.....	146
8.3	Tagungsprogramm „Neue Governance-Formen für eine nachhaltige Gesellschaftstransformation. Konzepte des Wandels, kooperative Politikmodelle und Netzwerke zur Förderung und Etablierung sozialer Innovationen“, 14./15.10.2013 im ZTG der TU Berlin .....	148
9	Literaturverzeichnis .....	152

## **Abbildungsverzeichnis**

Abbildung 1: Innovationsprozess (eigene Darstellung).....	59
Abbildung 3: Von der Krise des Städtischen zur transformierenden Wirkung sozialer Innovationen (eigene Darstellung) .....	92
Abbildung 4: Die Mehrebenen-Perspektive (Quelle: Geels 2002).....	108
Abbildung 5: Überblick zu den Kernelementen .....	125

## Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Merkmale und Bezüge wissenschaftlicher Perspektiven sozialer Innovationen .....	48
Tabelle 2: Merkmale und Bezüge sozialer Innovationen aus Perspektive der Praxis .....	56
Tabelle 3: Potentiale und hinderliche Faktoren von Initiativen und Projekten auf der lokalen Ebene.....	90
Tabelle 4: Ansatzpunkte und Handlungsfelder für neue Governance-Formen auf der lokalen Ebene.....	93
Tabelle 5: Übersicht der ausgewerteten Studien aus Politik und von Verbänden.....	112

## Abkürzungen

BEPA	Bureau of European Policy Advisers
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung
BMFSFJ	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
BMU	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
BMUB	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
DNR	Deutscher Naturschutzring
EEG	Erneuerbare-Energien-Gesetz
EU	Europäische Union
IÖW	Institut für ökologische Wirtschaftsforschung
ISInova	Institut für Sozialinnovation e.V. (ISInova)
MLP	Multi-Level Perspektive
SRU	Sachverständigenrat für Umweltfragen
UBA	Umweltbundesamt
WBGU	Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen
ZTG	Zentrum Technik und Gesellschaft der Technischen Universität Berlin

## Zusammenfassung

### Problemstellung und Ziele des Projektes

Im anstehenden Transformationsprozess hin zu einer nachhaltigen Gesellschaft können soziale Innovationen eine bedeutende Rolle spielen. Insbesondere verbindet sich mit ihnen die Annahme, dass neue Ansätze, Praktiken und Steuerungsimpulse initiiert und entwickelt werden können, die es erlauben, Probleme wie die Überalterung der Bevölkerung, Gerechtigkeitsfragen und Probleme sozialer Exklusion, in Bereichen der Gesundheitsfürsorge und Pflege, im Bildungsbereich, aber auch was die Bewältigung des wirtschaftlichen und regionalen Strukturwandels anbelangt, adäquater zu lösen als dies bisher möglich war.

Im gesellschaftlichen Alltag werden vielfältige Phänomene als soziale Innovationen bezeichnet, wie Bürgerkommunen, Genossenschaften, Transition Towns, interkulturelle Gärten, neue Ansätze in Bereichen von Zivilgesellschaft und Partizipation oder eine Integration der Nutzerinnen und Nutzer in die Produktentwicklung. Für den gesellschaftlichen Transformationsprozess hin zu einer nachhaltigen Gesellschaft ist von Interesse, diese neuen Ansätze, Praktiken, Initiativen und Strategien in ihren Wirkungen besser beurteilen zu können und hinsichtlich ihrer gesellschaftlichen Akzeptanz zu stärken, miteinander zu verknüpfen und politisch angemessen zu fördern.

Vor diesem Hintergrund hat das Projekt sich der Frage gewidmet, ob sich für die gesellschaftliche Transformation in Richtung nachhaltiger Entwicklung bedeutsame Erkenntnisse aus dem Themengebiet sozialer Innovationen gewinnen lassen und welche Folgerungen sich daraus ergeben. Darauf aufbauend hat es Vorschläge entwickelt, wie soziale Innovationen so unterstützt werden können, dass umfassende, tiefgreifende und langfristige Erneuerungsprozesse angestoßen und diese strukturell verankert werden können. Schließlich hat es sich mit der übergeordneten Frage befasst, welche politischen Strukturen und Regime die notwendigen Transformationsprozesse hin zu einer nachhaltigen Gesellschaft behindern und welche heute schon vorhandenen oder aber zukünftig zu entwickelnden Governance-Formen sie befördern können.

Ein wesentliches Ziel dieser auf Transformation und Innovation bezogenen Governance-Perspektive bestand einerseits in der Bestimmung von Potenzialen sozialer Innovationen und andererseits in der Analyse förderlicher und hinderlicher Bedingungen für deren Ausbreitung und Stabilisierung. Allerdings: Ob und in welcher Weise soziale Innovationen im anstehenden Transformationsprozess hin zu einer nachhaltigen Gesellschaft eine Schlüsselstellung einnehmen können, ist eine Frage, die bislang erst ansatzweise aufgegriffen und bearbeitet wurde. Eine Schwierigkeit besteht darin, dass die Phänomene, die als soziale Innovation bezeichnet werden, nicht nur äußerst vielfältig ausfallen, auch ihre Charakteristika sowie ihre spezifischen Beiträge für gesellschaftliche Veränderungsprozesse sind aktuell nur in Ansätzen erkannt und reflektiert.

Bisher ist im wissenschaftlichen Diskurs ungeklärt, was sich aus den neuen Ansätzen der Transformations- und Governance-Forschung für die Förderung sozialer Innovationen folgern lässt. Vor diesem Hintergrund bestand eine erste Herausforderung des Projektes in einer angemessenen Systematisierung von Erkenntnissen über soziale Innovationen, um auf dieser Grundlage die Reflexion der Zusammenhänge zwischen Innovations-, Transformations- und Governance-Forschung vorantreiben sowie darauf aufbauend – als primäres Projektziel – Weiterentwicklungsvorschläge geeigneter Governance-Strategien zur Förderung sozialer Innovationen entwickeln zu können.

## **Aktuelle Diskurse zum Verständnis sozialer Innovationen**

Das Projekt widmete sich zunächst der Aufgabe, wichtige Perspektiven und Beiträge zum Thema soziale Innovation mit dem Ziel einer Bestandsaufnahme zu sondieren und zu systematisieren. Dabei wurden sowohl wissenschaftliche (aus der sozialwissenschaftlichen Innovationsforschung) als auch politische Debatten (Europäische und deutsche Forschungs- und Innovationspolitik, Beiträge aus der Zivilgesellschaft) berücksichtigt. Zusammenfassend kann als Ergebnis konstatiert werden, dass in beiden Diskurskontexten die Bedeutung sozialer Innovationen als Lösung für (gravierende) gesellschaftliche Probleme erkannt und inhaltlich – wenn auch recht unterschiedlich – bestimmt wird. In der wissenschaftlichen Forschung spielt auch die Frage eine wichtige Rolle, ob eine Neubewertung sozialer Innovationen in Abgrenzung zur wissenschaftlich-technischen Perspektive zu einem Paradigmenwechsel führen müsse. Weiterhin fällt in beiden Kontexten ein breites Problem- und Lösungsspektrum auf, das benannt wird.

Nachhaltigkeitsbezüge sind häufig mit angelegt, dienen aber meist nicht als zentrale Rahmung. Andere gesellschaftliche Probleme, wie die angespannte Finanzlage, der demographische Wandel oder soziale Verwerfungen werden derzeit als wichtiger angesehen. Das kann zwar den unmittelbaren Prozess erschweren, Nachhaltigkeit als erweiternden und neuen Modus der gesellschaftlichen Problembearbeitung einzuführen und als handlungsleitend durchzusetzen. Aber gerade das bewusste Aufgreifen und die Bearbeitung dieser impliziten Nachhaltigkeitsbezüge kann mittelbar dazu genutzt werden, das Nachhaltigkeitsverständnis in anderen Themenfeldern zu erweitern und dadurch neue Synergiepotentiale zu erschließen.

Zudem fällt auf, dass sozialen Innovationen in Wissenschaft und Praxis unterschiedliche Funktionen zugeschrieben werden. In den wissenschaftlichen Ansätzen zu sozialen Innovationen wird relativ unspezifisch-breit Bezug auf gesellschaftliche Entwicklungen wie Wirtschaftswachstum, Übergang zur Wissensgesellschaft, aktuelle Problemvielfalt genommen und es geht tendenziell um die Frage, inwiefern soziale Innovationen diese Entwicklungen durch Kombinieren, Verbinden, Gleichgewichte herstellen sowie Stärkung von Kompetenzen optimieren können. Dagegen werden in der politischen Praxis soziale Innovationen im Rahmen konkreter Problemlagen wie gesellschaftlicher und demographischer Wandel, neue Dynamiken bei Integration und im globalen Wettbewerb konzipiert und die Frage nach konkreten Lösungsbeiträgen durch soziale Innovationen gestellt.

Daher stellte sich die Aufgabe, ein integratives und präzisiertes Innovationsverständnis zu erarbeiten, welches zum einen die Befunde bisheriger Ansätze der sozialwissenschaftlichen Innovationsforschung aufgreift und zum anderen Anknüpfungspunkte für eine transformative Nachhaltigkeitspolitik eröffnet. Dabei fassen wir Innovationen als von bisher praktizierten Selbstverständlichkeiten und Routinen abweichende, neuartige Praktiken, die Lösungen für gesellschaftliche Probleme darstellen (zum Beispiel im Kontext nachhaltiger Entwicklung) und weitreichende strukturelle gesellschaftliche Veränderungen zur Folge haben. Für die Analyse von Innovationen ist es daher wichtig, die Dynamik des Veränderungsprozesses sowie die spezifischen Wirkungen (z. B. Transformation und Verbreitung nachhaltiger Konsumpraxen) in den Blick zu nehmen, da beide Aspekte – gesellschaftliche Dynamik und Struktureffekte – als Grundlage für die Beurteilung von Innovationen relevant sind. Der dynamische Prozess von Innovationen lässt sich aus unserer Perspektive hinsichtlich dreier Phasen differenzieren und analysieren: Erstens ist die Problematisierung bestehender gesellschaftlicher Verhältnisse als Auslöser von Innovationen zu betrachten. Anschließend geraten zweitens identifizierbare Lösungsvorschläge und – in struktureller Hinsicht – die durch den Wandel sich verändernden Routinen und Werte in den Blick. Drittens geht es um die Phase der Restabilisierung. Gelingt es, die etablierten und für ungenügend befundenen Strukturen mittels Innovation abzulösen, müssen die so transformierten Verhältnisse schließlich wieder restabilisiert werden.

Obwohl jede Innovation als eine Erneuerung gesellschaftlicher Verhältnisse und Möglichkeiten anzusehen ist, sind je nach Objektbezug, Schwerpunktsetzung und Kontext verschiedene Innovationstypen zu unterscheiden. Diese Vorgehensweise ist vor allem für ein praxisbezogenes Verständnis sozialer Innovationen hilfreich. Hierbei kann danach unterschieden werden, ob es sich primär um Artefakte (z. B. technische Geräte) oder eher um eine Neuerung handelt, die direkt an sozialen Institutionen oder sozialen Praktiken ansetzt und demnach auf der Handlungsebene angesiedelt sind. Solche „sozialen Innovationen“ auf Handlungsebene umfassen neue Lebensstile und Verhaltensweisen sowie neue Organisations-, Beteiligungs- und Kooperationsformen. Auch für sie gilt: Als Bezugspunkte können die Problematisierung bestehender gesellschaftlicher Verhältnisse, aber auch neue Lösungsofferten fungieren. Innovationsbereitschaft herzustellen bedeutet unter dieser Voraussetzung nichts anderes als die Erzeugung beziehungsweise Initiierung von Alternativbewusstsein, auf dessen Grundlage sich dann auch transformationsorientierte Governance-Formen entwickeln können. Innovationsansätze können also nicht nur bei den Praktiken selbst ansetzen oder bei den bisherigen Problemlösungsmustern, sondern gerade auch bei den für ihre Durchsetzung relevanten – schon bestehenden oder erst noch neu zu entwickelnden – Governance-Formen.

Für die Beobachtung und Analyse sozialer Innovationen sind daher zwei Schwerpunkte grundlegend: Zum einen kann der Blick auf nischenförmig angelegte Initiativen, Projekte oder Akteure gerichtet werden, die Neues ausprobieren, austesten und gesellschaftlich als neue Lösung im Kontext von Nachhaltigkeit und Transformation ausweisen. Zum anderen ist die Beobachtung der Beharrungskraft bereits etablierter Handlungsmuster und -praxen ebenso wichtig. Beide Perspektiven sind zu berücksichtigen, denn sollen sich Neuerungen verbreiten und gesellschaftlich etablieren, müssen sich die bisher bewährten Praktiken verändern, was voraussetzt, dass die neuen (nachhaltigen) auch entsprechend gesellschaftlich akzeptiert werden. Dies gelingt vor allem dann, wenn auf der makrosozialen Ebene auch zugleich Werte, Normen und Leitbilder, aber auch Governance-Formen sowie gesellschaftliche und damit macht- und interessenbasierte Akteurskonstellationen hinterfragt, verändert und weiterentwickelt beziehungsweise erneuert werden.

### **Experimentierraum „Stadt“**

Diese in den ersten Projektphasen erarbeiteten Grundlagen zu Fragen der Innovationstheorie galt es im Folgenden anhand eines konkreten Anwendungsfeldes auszuprobieren und zu überprüfen. Dabei bot sich die kommunale Ebene an, da diese zurzeit durch eine besondere Dynamik ausgezeichnet ist. Der nächste Projektschritt war daher der Aufgabe gewidmet, ausgehend von aktuellen Herausforderungen städtischer Entwicklung sowie der hier zu bearbeitenden Gestaltungsaufgaben und Problemlagen in exemplarischer Weise neue Initiativen, Projekte und Akteure zu untersuchen, die sich mit nachhaltigen Konzepten und Praktiken zu behaupten suchen. Nach einer innovationsbezogenen Analyse ihrer Potentiale, Struktureigenschaften und Verbreitungschancen wurden anhand explorativer Experteninterviews gegenwärtig wirksame Barrieren und Spannungsfelder reflektiert, die bei einer strukturverändernden Ausbreitung transformationsrelevanter Innovationen stärker in Augenschein zu nehmen sind; insbesondere wenn es darum geht, künftige befördernde Governance-Formen auf den Weg zu bringen.

Die diesbezügliche Untersuchung von Ansätzen und Konzepten, wie Lokale Agenda 21, Transition Town, Urban Gardening, Energiekommunen, Regionalwährung und nachbarschaftliches Wohnen, fokussierte auf die jeweilig vorfindliche Problematisierung bestehender gesellschaftlicher Verhältnisse als Auslöser von Innovationen, auf identifizierbare Lösungsgehalte und die Möglichkeiten der strukturellen Stabilisierung der jeweiligen Erneuerungen. Auf dieser Basis lässt sich exemplarisch verdeutlichen, welche Potentiale diese neuen Praktiken aufweisen, wel-

che förderlichen und hinderlichen Aspekte und Bedingungen im lokalen Bereich auszumachen sind und ob die jeweils formulierten Erwartungen hinsichtlich ihrer Transformationskraft sowie einer erforderlichen gesellschaftlichen Breitenwirkung erfüllt werden.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die exemplarisch untersuchten Ansätze, Initiativen und Konzepte sich meist (noch) im Experimentierstadium befinden. Zeitlich betrachtet, müsste das Konzept der Lokalen Agenda 21 am weitesten vorangeschritten sein, denn seine Geschichte reicht bis zur Etablierung der Agenda 21 bei der Rio-Konferenz 1992 zurück, in der den kommunalen Aktivitäten ein hoher Stellenwert zuerkannt wurde. Konstatieren lassen sich hier zwar Prozesse der Verbreitung und thematischen Verstärkung, die zugleich mit einer entsprechenden Ausweitung und Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements einhergingen. Trotzdem ist, abgesehen von Anstrengungen, den kommunalen Klimaschutz voranzubringen, insgesamt in den vergangenen Jahren eine gewisse Stagnation der Agenda-Prozesse hinsichtlich der tatsächlich erreichten Ziele festzustellen. Zwar lassen sich einige Erfolge verzeichnen, insgesamt steht aber ein transformativer Wandel städtischer Entwicklung und kommunaler Politik im Sinne der programmatischen Zielstellungen eher noch am Anfang. Ebenso fällt häufig die Ressourcenausstattung und strategische Einbindung in kommunale Entscheidungsprozesse und -strukturen eher randständig aus.

In allen Initiativen, welche im Projekt untersucht wurden, erweist sich die Beharrungskraft der gegebenen Verhältnisse als zentrales Hindernis für die Entfaltung der innovativen Wirkungen. Vor allem wenn man den Ausbreitungsgrad und die Aspekte der Restabilisierung betrachtet, zeigt sich, dass es sich bei den bisherigen Transformationsinitiativen nahezu ausschließlich um unverbundene Nischenlösungen handelt, deren Verbreitungsgrad gering ist und daher bislang nicht die erhobenen Ansprüche erfüllen kann. Vernetzungsdefizite lassen sich hinsichtlich unterschiedlicher Bezugsebenen erkennen, denn es handelt sich meist um separat vorangetriebene Vorhaben (Einzelprojekte, spezifische zeitlich begrenzte Förderprogramme und Initiativen), die kaum eine breite Resonanz und Akzeptanz auf der Governance- aber auch auf der Mikro-Ebene erlangen. Besonders folgenreich ist eine ungenügende Anbindung hinsichtlich lokalpolitischer Entscheidungsprozesse und -prämissen, was mit differenzierten Innovationserfordernissen einhergeht (u. a. städtische Politik- und Verwaltungsfelder), auf welche die neuen Initiativen aber bislang wenig Einfluss und Auswirkungen zu haben scheinen.

Um diese lokalen Veränderungserfordernisse sowie die hiermit verbundenen Governance-Formen konkreter benennen und Ansatzpunkte für künftige Gestaltungsmöglichkeiten aufzeigen zu können, wurden in einem nächsten Schritt Interviews mit neun städtischen Expertinnen und Experten durchgeführt. Inhaltlich fokussierten die Interviews auf Besonderheiten neuer, mit innovativen Potentialen ausgestatteter nachhaltigkeitsorientierter Initiativen. Zunächst thematisierten die leitfadengestützten, qualitativen Interviews die Entwicklungsgeschichte der Initiativen, Projekte und Konzepte, dann ihre städtischen und gesellschaftlichen Potentiale und Barrieren sowie ihren Förder- und Unterstützungsbedarf. Insbesondere ging es darum, innovative Aspekte der Projekte, Initiativen und Konzepte zu identifizieren, Synergien und Synergiepotentiale zu bestimmen, hemmende und förderliche Bedingungen zu erfragen sowie neue Governance-Formen und -Potentiale zu thematisieren.

Die Ergebnisse machen deutlich, dass sich gerade in Städten vielfältige Initiativen, Gruppen, Milieus mit ganz unterschiedlichen Akteurskonstellationen herausgebildet haben, die als künftige Treiber im Transformationsprozess eine besondere Rolle einnehmen können. Diese Pioniere des transformativen Wandels weisen erhebliche Potentiale auf, nicht nur punktuell etwas zu bewirken, sondern sie könnten vergleichsweise großflächige Transformationsprozesse dezentral und ‚von unten‘ anstoßen. Eine wesentliche Bedingung hierfür ist, dass sie seitens der Städte (Politik und Verwaltung) auf unterstützende Strukturen und Governance-Formen treffen, was

wiederum voraussetzt, dass eine gründliche Auseinandersetzung mit den internen und externen Barrieren und Hindernissen stattfinden muss. Zudem ist es für die Initiativen und Projekte erforderlich, dass sie Nachahmer finden und so andere Menschen zur Veränderung ihrer Alltagspraktiken animieren können. Auch hierbei ist mit hinderlichen und förderlichen Faktoren zu rechnen, die auf neue Weise im lokalen Kontext bearbeitet werden müssen. Wenn dies gelingt, dann werden die neuen Initiativen tatsächlich zu Promotoren des Wandels, der durch Innovationen, die auf eine sich ausweitende gesellschaftliche Akzeptanz treffen, vorangetrieben werden kann.

Ein Vorteil der lokalen Akteure ist, dass sie auf kontextgebundenes Wissen zurückgreifen können und verstehen, was unter den jeweiligen lokalen Besonderheiten möglich ist und was nicht. Insgesamt fallen ihre Vielfalt und Kreativitätspotentiale auf. Viele Initiativen haben explizite Umwelt- oder Nachhaltigkeitsbezüge. Zu konstatieren ist aber auch, dass die untersuchten Konzepte, Strategien, Projekte und Initiativen selten oder überhaupt nicht unter dem Begriff Innovation gefasst werden, insbesondere wenn es darum gehen könnte, weitergehende Diffusionsstrategien auszuarbeiten. Hinzu kommt, dass viele Projekte zeitlich befristet sind oder auf der Basis temporär eingeräumter Miet- oder Nutzungsmöglichkeiten arbeiten. Vernetzungen scheinen aktuell eher zufällig oder unsystematisch zu erfolgen. Die Bedeutung einer stärkeren Professionalisierung wird aber durchaus erkannt und thematisiert.

Damit ist die Frage berührt, wie aus den Potentialen der vielen Konzepte, Projekte und Initiativen auch tatsächlich soziale Innovationen werden können, die es vermögen, einen transformierenden Wandel in Richtung Nachhaltigkeit anzuschieben. Ebenso ist danach zu fragen, wie eine Diffusion dieser innovativen Ansätze befördert werden kann, so dass auch transformierende Veränderungen der Gesellschaft zum Tragen kommen können.

Aus der Perspektive der Innovationsforschung betrachtet, machen die bezogen auf städtische Entwicklungen dargelegten Befunde und Einsichten deutlich, dass die Erwartungen, die mit sozialen Innovationen in Verbindung gebracht werden, auf vielfältige Schwierigkeiten stoßen und nicht immer einzulösen sind. Der Hauptgrund hierfür liegt darin, dass die verfügbaren Handlungsspielräume und orientierungsleitenden Entscheidungsprämissen für aktuelle städtische Problemlagen (Politik- und Governance-Formen) einer auf Transformation abzielenden Berücksichtigung nachhaltiger Ansätze und Strategien häufig entgegen stehen. Die Aufgabe besteht zukünftig darin, die aktuell wirksamen Entscheidungs- und Steuerungsprozesse so umzubauen, dass sie im Sinne eines teilsystemübergreifend und kooperativ anzulegenden Governance-Systems die beteiligten Akteure in die Lage versetzen, über die Identifikation und Förderung sozialer Innovationen hinausgehend eine gesellschaftliche Transformation in Richtung Nachhaltigkeit befördern und vorantreiben zu können.

Mit dem Praxisworkshop, der diesen Projektschwerpunkt abschloss, wurde von Teilnehmerinnen und Teilnehmer nochmals bekräftigt, dass eine Verbreitung und Vernetzung der unterschiedlichen Ideen, Ansätze und Projekte für eine Gesellschaftstransformation von besonderer Relevanz sind. Gerade im städtischen Raum können soziale Innovationen als Treiber der Entwicklung angesehen werden. Deshalb muss ihre Diffusion beziehungsweise der Versuch Nachahmer für die innovativen Ideen zu finden, die die Alltagspraxis nachhaltige verändern, ins Auge gefasst werden.

### **Neue Governance-Formen für eine Gesellschaftstransformation**

Parallel zur Auseinandersetzung mit innovationstheoretischen Ansätzen ging es im Projekt darum, die mit einer gesellschaftlichen Transformation verbundenen Anforderungen und Probleme zu reflektieren sowie konzeptionelle und strategische Bedingungen in den Blick zu neh-

men, die Transformation behindern oder befördern können. Denn obwohl die Bedeutung gesellschaftlicher Transformationsprozesse für den Umbau der modernen Gesellschaft in Richtung einer nachhaltigen Entwicklung in Politik und Gesellschaft mittlerweile weitgehend anerkannt wird, stehen die wissenschaftliche Auseinandersetzung zum Thema, ein weiterführender Austausch von Wissenschaft und gesellschaftlicher Praxis sowie die Bearbeitung von Fragen der inhaltlichen Ausrichtung und regulativen Gestaltung von Gesellschaftstransformationen noch am Anfang.

Deshalb wurde – auf der Grundlage eines dazu entwickelten theoretisch-konzeptionellen Rahmens – eine Analyse diskursprägender Studien aus Politik und von Verbänden vorgenommen. Diese bildete – zusammen mit den oben dargestellten Ergebnissen der anderen Arbeitsschritte des Projektes – die Basis für die Ableitung von Kernelementen einer Governance-Strategie für eine nachhaltige Gesellschaftstransformation. Ein besonderes Augenmerk galt dabei dem (möglichen) Stellenwert von sozialen Innovationen und der für diese förderlichen (neuen) Governance-Formen.

Die Transformation von Gesellschaften ist für die Sozialwissenschaften kein grundlegend neues Thema. Meistens wird unter Transformation ein spezifischer Typ sozialen Wandels verstanden, welcher sich durch Intentionalität auszeichnet und folglich von nicht-intentionalen sozialen Wandlungserscheinungen abzugrenzen ist. Dabei bezeichnet Transformation nicht nur den Wandel oder Institutionenwechsel eines Subsystems (und dessen Teillogiken), sondern Transformation beinhaltet einen Wechsel von Gesellschaftsformationen, verbunden mit wesentlichen Änderungen in den Merkmalen der Ausgangsgesellschaft, mit dem Ziel eines Systemwechsels, bei dem die vorherigen, in der Gesellschaft problematisierten Verhältnisse aufgehoben und bearbeitet wurden.

Insofern stellt die aktuell anstehende Transformation in Richtung einer nachhaltigen Entwicklung auf den ersten Blick kein vollkommenes Neuland dar, ist aber mit einigen grundlegenden Neuerungen konfrontiert, für die es noch keine Vorbilder gibt. Vor allem bezieht sich der gegenwärtige Transformationsprozess auf einen (noch) nicht bestimmbar beziehungsweise abgrenzbaren Zeitraum, das heißt er ist auf eine in ihren weiteren Entwicklungswegen offene Zukunft ausgerichtet. Gleichzeitig übersteigt die Eingriffstiefe heutiger menschlicher Techniken und Technologien die Möglichkeiten früherer Gesellschaften und die damit verbundenen Risiken stellen gesellschaftliche und politische Akteure vor neue Herausforderungen. Auch die Globalisierung von Wirtschaftsbeziehungen, Märkten, Informations- und Kommunikationstechnologien führt zu weitreichenden Veränderungen und verlangt nach neuen Lösungen und Umgangsweisen. Schließlich sind auch die disziplinär von Praxiserfordernissen differenzierten Wissenschaften angehalten, sich auf neuartige Problemlagen einzustellen und die hiermit verbundenen neuen Fragestellungen und Thematisierungspraxen entsprechend anzupassen.

Von entscheidender Bedeutung ist, dass es bei den zukünftigen Transformationsprozessen einerseits um eine zielorientierte und langfristige Umgestaltung eines gesellschaftlichen (Gesamt-)Systems gehen soll, andererseits die gesteuerte Entwicklung aber auch eigendynamische, das heißt, sich der (planerischen) Intentionalität entziehende Prozesse mit einschließen muss, die unterschiedlichen Akteuren Mitgestaltungsmöglichkeiten eröffnet. Daher bedeutet Transformation im Sinne von Umgestaltung zu einer nachhaltigen Gesellschaft nicht einfach Veränderung, sondern zeigt umfassende, erst in Ansätzen bekannte Innovationsbedarfe an, die sich auf alle gesellschaftlichen Bereiche und Ebenen richten. Hieraus ergeben sich vielfältige Innovationserfordernisse, die im Governance-Bereich untersucht, identifiziert und praktisch voranzubringen sind. Dies beinhaltet zum einen eine intelligente Auseinandersetzung mit Barrieren und Potentialen bestehender Governance-Formen und zum anderen eine auf diese neuen Herausforderungen ausgerichtete Governance-Strategie.

Anknüpfungspunkte für die Formulierung von „Kernelementen“ einer solchen Strategie (siehe weiter unten) finden sich in zwei Theoriesträngen, mit denen bisherige wie auch zukünftige Governance-Strategien für eine nachhaltige Gesellschaftstransformation beschrieben beziehungsweise entwickelt werden können. Sie umfassen einerseits ein komplexes Governance-Verständnis im Sinne eines Mehrebenenansatzes, mit dem verschiedene Arten von Regelstrukturen und Modi der Handlungskoordination unterschieden werden können. Andererseits ist für die Aufgabenstellung des Projektes die Transition-Forschung im allgemeinen und das Modell des Transition-Managements im speziellen von besonderer Relevanz, um ein besseres Verständnis von den verschiedenen Transitions-Dynamiken und -Mustern als auch hinsichtlich der Möglichkeiten für eine Gestaltung der Transitions zu gewinnen. Diese theoretisch-konzeptionellen Ansätze wurden im Projekt aufgegriffen und bildeten eine Grundlage für die empirische Untersuchung zentraler Transformationsstudien.

### **Empirische Befunde der Governance-Analyse**

Auf der Grundlage der theoretisch-konzeptionellen Überlegungen wurden in einem nächsten Schritt bestehende Governance-Strategien näher untersucht. Hierzu wurde eine Literatur- und Dokumentenanalyse von insgesamt zwölf Studien aus Politik und von Verbänden, die sich mit Gesellschaftstransformation in Richtung einer nachhaltigen Entwicklung beschäftigen, durchgeführt. Bei den ausgewählten Dokumenten handelt es sich um diskursprägende und politisch bedeutsame Studien im Bereich nachhaltiger Gesellschaftstransformation aus den letzten zehn Jahren.

Die Meta-Analyse der Governance-Studien fokussierte auf zwei Teilbereiche von Transformation: Einerseits auf das „Was“, das heißt: Welche Zielsetzungen und Visionen einer Gesellschaftstransformation werden politisch postuliert? Andererseits ging es um das „Wie“, also die Frage, wie ein solcher struktureller Wandlungsprozess derzeit gesteuert oder koordiniert wird beziehungsweise zukünftig gestaltet werden sollte. Dies ermöglichte es, die in den Studien behandelten förderlichen und hinderlichen Governance-Formen im Hinblick auf die damit verbundenen Koordinations- und Interaktionsprozesse der beteiligten Akteure zu identifizieren und kritisch zu bewerten.

Die Analyse der Studien macht deutlich, dass der aktuelle Stand der Transformationsdebatte mit Nachhaltigkeitsbezug vielversprechende Potentiale beinhaltet. Besonders hervorzuheben sind hierbei zum einen das vielfältige Spektrum an Ansätzen und Konzepten und die mittlerweile erreichte Vielfalt gesellschaftlicher Akteure, die sich mit diesen Themen auseinandersetzen. Zum anderen wird deutlich, dass hiermit bereits verschiedene gesellschaftliche Ebenen und Bereiche mit einbezogen sind, die für den Ausbau weiterer Synergien von Bedeutung sind. Um diese Potenziale für eine Gesellschaftstransformation zu verstärken, bedarf es jedoch der Überwindung einiger Hindernisse und Barrieren.

So fiel bei der Analyse der Studien auf, dass eine breit angelegte Umsetzung durch die Entwicklung koordinierter Transformationsstrategien bislang zumeist auf eine recht allgemeine Weise beschrieben wird. Die „Große Transformation“ oder das „Grand Design“ werden normativ postuliert, doch mangelt es an einer integrierten und holistischen Betrachtung der Transformationsfelder, um wirksame, das heißt ineinandergreifende und sich ergänzende Transformationsstrategien in den einzelnen Ressorts beziehungsweise Sektoren zu entwickeln. Bei den in den Studien vorgestellten Best-Practices handelt es sich überwiegend um Nischen-Innovationen, die Bottom-up von lokalen Akteuren initiiert wurden und lokal wirken, aber meistens im Status punktueller Interventionen verbleiben. Hiermit ist die (politische) Hoffnung verbunden, dass die für diese Innovationen verantwortlichen „Pioniere des Wandels“ auch großflächige Veränderungen dezentral und von unten anstoßen und sich viele Nachahmer finden.

Triebkraft, Engagement und Implementierung liegt vielfach in der Hand privater Akteure. Als Koordinationsmechanismen wird auf Freiwilligkeit gesetzt oder es wird den Triebkräften des Marktes überlassen, soziale Standards, umweltfreundlichere Produkte und Praktiken zu etablieren und durchzusetzen. Eine umfassende und verbindliche Koordination von Seiten öffentlicher Akteure fehlt hingegen zumeist, auch wenn es beispielsweise mit der Einrichtung von Beiräten oder auch dem „Staatssekretärsausschuss für nachhaltige Entwicklung“ einige positive Beispiele für integrative Ansätze gibt. Eine großflächige, strukturelle Transformation scheint an einer vorwiegend einseitigen und eher unkoordinierten Übertragung der Handlungsverantwortung auf die Zivilgesellschaft zu scheitern, auch bedingt durch die inhaltliche und geographische Vielfalt der Initiativen.

Die Wirkungen der Innovationen bleiben zumeist lokal auf einzelne kommunale Ausschnitte beziehungsweise Bereiche bezogen und temporär begrenzt. Austausch findet nur im Einzelfall statt, wenn engagierte Akteure (Pioniere) mit Befugnissen und Macht ausgestattet sind und es ihnen gelingt, Ressortegoismen und Politikblockaden zu überwinden. Gezielte Feedbackschleifen und auch wissenschaftlich fundierte Reflektionen finden häufig wegen knapper Ressourcen ebenfalls nur vereinzelt statt. Bisher werden außerdem strukturelle Reformen großer, zentraler Versorgungssysteme und Infrastrukturen außer im Energiebereich noch zu wenig angegangen.

Ein weiterer zentraler Problemkomplex, der einer Transformation entgegenwirkt, betrifft die Wissensgrundlage als Basis für gesellschaftliche Weichenstellungen und die Rolle, die Wissenschaft im Transformationsprozess einnimmt. Zwar existiert ein breit gefächertes Wissenskorporus in Form von Studien, Konzepten sowie Steuerungsmodellen in den Themenbereichen Transformation und Governance, doch findet bisher kaum eine systematische Auseinandersetzung über den Zusammenhang von Transformation und Innovation statt. In mehreren Studien wird darüber hinaus eine mangelnde politische Verankerung von wissenschaftlicher Beratung beklagt. So erfolgt beispielsweise die Umsetzung von Forschungsergebnissen aus den Förderprogrammen zu Nachhaltigkeit und Transformation nur sehr eingeschränkt. Zudem existiert eine Diskrepanz zwischen einerseits Forschungsinitiativen und somit der Übertragung von Transformationsverantwortung auf die Wissenschaft, und andererseits dem Mangel bezüglich der politischen und gesellschaftlichen Anwendung beziehungsweise Berücksichtigung des Wissens.

Die in den Studien angesprochenen, heute noch vorherrschenden Barrieren für ein integratives Vorgehen bei der Transformation lassen sich auf folgende drei Aspekte verdichten, aus denen Bedingungen herzuleiten sind, welche neue Governance-Formen erfüllen sollten:

- Die anzutreffende ‚kreative Vielfalt‘ von Governance-Ansätzen und Konzepten ist auf der einen Seite positiv zu bewerten und fördert das Entstehen von Experimentierräumen und Diskussionsarenen. Zugleich wirkt das Nebeneinander von Themen und Konzepten aber auch hindernd, was darauf aufmerksam macht, dass diese künftig stärker aufeinander bezogen werden sollten, um neue Lernchancen zu eröffnen. Die aktuelle Transformationsdebatte befindet sich somit (noch) in einem Suchprozess. Das Ziel sollte sein, eine konstruktive Wissens- und Lernkultur zu ermöglichen, an der möglichst viele Akteure und Institutionen partizipieren können.
- Weiterhin soll darauf hingewiesen werden, dass sowohl Reichweite als auch Tragweite von Transformation nicht in ausreichendem Maße geklärt sind. Außerdem reicht es nicht, dass diese nur wissenschaftlich identifiziert und empirisch überprüft werden, sondern sie müssen vor allem politisch und gesellschaftlich erst noch entsprechend thematisiert und ausgehandelt werden. Auffällig ist hier insbesondere der noch weitgehend unausgereifte Reflexionsgrad bei der Formulierung der zu erwartenden Transformationsaufgaben und -probleme.

- Zudem ist eine systematische Betrachtung von Governance-Formen und Innovationen notwendig. Hier geht es vor allem um folgende Fragen: Welche Koordinationsformen und Innovationen werden in welchen Bereichen benötigt, welche Typenvielfalt ist erforderlich und wie können Innovationen ermöglicht, verstärkt und gesellschaftlich verbreitet werden?

### **Kernelemente einer Governance-Strategie für eine Gesellschaftstransformation**

Auf der Grundlage dieser empirischen Befunde zu förderlichen und hinderlichen Governance-Formen, wie auch aufbauend auf der theoretisch-konzeptionellen Orientierung aus dem Bereich der Transition-Forschung und des Transition-Managements wurden Kernelemente einer Governance-Strategie abgeleitet, die für eine „große Transformation“, das heißt einen grundlegenden Wandel und umfassende institutionelle Reformen, förderlich sind. Hierunter verstehen wir Elemente, die ein fester Bestandteil eines gesamtgesellschaftlichen Aushandlungsprozesses für den Umbau der Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft in Richtung Nachhaltigkeit sein sollten. Künftige Arbeitsschwerpunkte sollten sich aus unserer Sicht auf folgende strategische Themen- und Problemfelder konzentrieren:

- Initiierung eines gesamtgesellschaftlichen Aushandlungsprozesses

Sowohl in den theoretisch-konzeptionellen Überlegungen zu einem erweiterten, reflexiven Governance-Verständnis wie auch zum Transition-Management wird herausgestellt, dass eine grundlegende, strukturelle Gesellschaftstransformation nur als partizipativer Prozess gestaltbar ist. Somit geht es um das Design eines umfassenden, interaktiven Gestaltungsprozesses mit Beteiligung unterschiedlicher Akteure auf unterschiedlichen Organisations- und Governance-Ebenen, die unterschiedliche Interessen, Auffassungen und Weltanschauungen hinsichtlich der Ausgestaltung einer „Großen Transformation“ haben. Ein solcher Prozess umfasst dabei das Aushandeln von Transformationszielen ebenso wie von Optionen der Handlungskoordination, die auf einer breiteren gesellschaftlichen Basis erfolgen soll.

- Schaffung von Räumen für die Entwicklung gemeinsamer Visionen und Leitbilder

Im Transformationsprozess kommt es auf Formulierung und Diskussion langfristiger Visionen und Perspektiven an. Dies geschieht durch Austauschplattformen, auch „transition arenas“ genannt, in denen Visionen und Leitprinzipien für die Gestaltung eines möglichen Entwicklungspfadens erarbeitet werden. Zudem werden hier operative Planungen für die Durchführung von Experimenten vorgenommen. Austauschplattformen kommt ferner die Aufgabe zu, Erkenntnisse aus den Experimenten auszuwerten oder aufgrund von Lernprozessen beziehungsweise veränderter Rahmenbedingungen Visionen und Konzepte gegebenenfalls anzupassen.

- Förderung integrativer Konzepte und komplexer Systemperspektiven

Der Umbau der Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft zu einer nachhaltigen, klimaverträglichen und ressourcenschonenden Wirtschaftsweise erfordert vielfältige Gestaltungsaufgaben, die weder rein wissenschaftlich-technologischer Natur sind, noch rein gesellschaftlicher oder politischer. Hierfür braucht es ein Verständnis von Transformation, das alle Nachhaltigkeitsdimensionen berücksichtigt und vielfältige Transformationsakteure einbindet. Das verlangt eine integrierte und systemumfassende Betrachtungsweise von sozialen, ökologischen und ökonomischen und kulturellen Belangen, die nicht separat voneinander geplant und bewertet werden können.

- Politische Verantwortung übernehmen und Langfristigkeit garantieren

Für den Gesellschaftsumbau ist es wichtig, politische Verbindlichkeiten zu schaffen sowie Transformationsziele in Rechtsstrukturen festzuschreiben. Dabei gilt es, klare Verantwortungen

zuzuweisen, festgelegte und nachprüfbar Zeitpläne festzulegen und ein Monitoring zu implementieren sowie Verantwortung für die Einleitung von Maßnahmen und deren Koordination stärker auf öffentliche Akteure zu übertragen. Dabei ist zentral, dass die staatliche Verantwortung von vielen Behörden und Administrationen integrativ aufgenommen und getragen wird, was voraussetzt, dass auch entsprechende Koordinationsmechanismen institutionalisiert werden.

- Nutzen der Instrumentenvielfalt

Anstatt für einen Wandel von dominanten Produktions- und Konsummustern und eine Neuorientierung von Planungs- und Entscheidungsprozessen mehrheitlich auf Freiwilligkeit, Unverbindlichkeit und Wettbewerb zu setzen, empfiehlt es sich, auf die gesamte Bandbreite von Koordinationselementen zurückzugreifen. Hierbei gilt es, Kombinationen verschiedener ordnungsrechtlicher, planerischer, informativer und fiskalischer Maßnahmen und Instrumente mit unterschiedlichen Zeithorizonten auszuprobieren, die den systemischen und kulturellen Wandel fördern.

- Raum und Ressourcen für Nischen und Orte der Integration schaffen

Gesellschaftstransformation, Wertewandel, Öffnung für Aushandlungen, Übernahme von Verantwortung, Wille zu Kooperation und Koordination müssen ausprobiert werden, um aus Erfahrungen zu lernen und Prozesse zu optimieren. Daher müssen Nischen für neue Ansätze und Experimente geschaffen werden, im Sinne der genannten „transition arenas“. Nischeninnovationen und Experimente sind eine zentrale Grundvoraussetzung, um Transformation zu testen und auszuprobieren.

- Destabilisierung von nicht-nachhaltigen Entwicklungspfaden

Ein zentrales Hemmnis sowohl für die Förderung sozialer Innovationen als auch für eine erfolgreiche, umfassende Koordination von Transformationsprozessen ist das Beharrungsvermögen öffentlicher wie privater Akteurpositionen. Nicht nur Ressortdenken, auch konfliktäre Interessen gesellschaftlicher Akteure bilden vielfach unüberwindbare Blockaden bei der Gesellschaftstransformation. Ziel dieses Kernelementes ist es daher, existierende Pfadabhängigkeiten, ihre Logik und Sinnhaftigkeit zu verstehen und als solche zu akzeptieren. Es gilt den Blick dahingehend zu öffnen, dass auch Beständigkeit eine gesellschaftliche Funktion besitzt und es nicht automatisch gilt, im Transformationsprozess Altes durch Neues zu ersetzen. Notwendig sind allerdings die Erforschung und Aufdeckung der (historischen) Gründe für bestehende Pfadabhängigkeiten, sowie deren Prüfung auf Zeitgemäßheit und Funktionalität. Hier kommt besonders den Sozialwissenschaften eine wichtige Funktion zu, die allerdings bislang noch nicht einfach mit deren disziplinären (und selber pfadabhängigen) Strukturen zu vereinbaren ist.

- Förderung der Nachhaltigkeits- und Transformationsforschung

Der Wissenschaft stellt sich im Rahmen der Nachhaltigkeits- und Transformationsforschung die Aufgabe, eine inter- und transdisziplinär generierte Wissensgrundlage für die große Transformation bereitzustellen. Dies umfasst neben dem Transformationswissen auch System- und Orientierungswissen. Erkenntnisse sollen nicht nur eine Bewertungsgrundlage darstellen, sondern den gesamten Transformationsprozess unterstützen und den Übergang zu einer nachhaltigen Entwicklung einleiten und reflektierend begleiten. Dies schließt die Entwicklung von Methoden ein, wie solche gesellschaftspolitischen Aushandlungsprozesse initiiert und reflexiv begleitet werden können. Wissenschaft hat hier eine gestalterische Schlüsselrolle, um Transparenz zu schaffen und die Aushandlung von Transformationszielen und -strategien zu unterstützen.

Der Projektteil zu Governance-Formen für eine nachhaltige Gesellschaftstransformation wurde mit einer interdisziplinären Tagung mit dem Titel „Neue Governance-Formen für eine nachhaltige Gesellschaftstransformation“ abgeschlossen. Neben der inhaltlichen Auseinandersetzung mit dem Thema der Tagung wurden insbesondere Bedarfe für die weitere Forschung diskutiert. Die teilnehmenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sehen zukünftig vor allem die Notwendigkeit einer weitergehenden Klärung des Transformationsbegriffes und einer Weiterentwicklung theoretisch-konzeptioneller Ansätze (wie das Transitionmodell) sowie eine grundlegende Konzeptionierung der Aspekte Steuerung und Governance. Zudem wird für die Forschung die Notwendigkeit gesehen, den Blick auf Transformationsfelder jenseits von Energie auszudehnen. Ein weiterer Schwerpunkt künftiger Forschung sollte sich darauf konzentrieren, die Rollenverständnisse der Steuerungsakteure und auch der Wissenschaft zu diskutieren.

### **Empfehlungen für die Umweltpolitik**

Auch die Umweltpolitik muss sich den Herausforderungen neuer gesellschaftlicher Ansprüche und Notwendigkeiten gesellschaftlicher Transformation stellen. Notwendig ist eine stärkere Beteiligung gesellschaftlicher Anspruchsgruppen bei der Formulierung und Umsetzung von Maßnahmen (1), die Entwicklung von Abstimmungsprozessen im Sinne einer Multi-Level-Governance (2) und von systemischen Lösungen, die die Grenzen der Nutzung natürlicher Ressourcen ebenso im Blick behalten wie die weltweite Gewährleistung von Grundbedürfnissen und menschlicher Gestaltungsmöglichkeiten (3) sowie nicht zuletzt bedarf es einer Erweiterung der Innovationsstrategien von der bisher vorrangig verfolgten Effizienzstrategie um Konsistenz- und Suffizienzstrategien, was mit einer Aufwertung sozialer Innovationen einhergeht (4).

Diese Anforderungen machen deutlich, dass der gesellschaftliche Wandel hin zu nachhaltiger Entwicklung nicht durch sektorale Maßnahmen in einzelnen Politikfeldern zu leisten ist. Umweltpolitik stellt in diesem Kontext betrachtet nur einen Bestandteil einer umfassenden – alle Politikfelder umgreifenden – Transformationspolitik dar. Vor diesem Hintergrund ergeben sich für die Umweltpolitik zwei hauptsächliche Strategien: Erweiterung der Perspektive von Umweltpolitik und die Mitwirkung der Umweltpolitik am „Mainstreaming“ von Nachhaltigkeit (nachhaltige Gesellschaftstransformation) im Sinne der Integration in andere Sektorpolitiken.

Erweiterung der Perspektive von Umweltpolitik: Umweltprobleme wie umweltpolitische Maßnahmen sind mit umfassenden gesellschaftlichen Auswirkungen verbunden, wie beispielsweise der ungleichen Verteilung des Nutzens und der Belastung für verschiedene Akteurs- und Bevölkerungsgruppen. Aktuell stehen die Energiewende und die damit verbundenen Maßnahmen in der öffentlichen Aufmerksamkeit. Aber auch unterlassener Umweltschutz hat gesellschaftliche Ursachen, beispielsweise bei der Feinstaubbelastung in den etablierten Mobilitätskulturen, und bewirkt sozial ungleich verteilte Lasten. Im Zuge der Neujustierung der Rolle von Umweltpolitik im Rahmen der „Großen Transformation“ wird daher thematisiert, Umweltpolitik in Zukunft stärker als ‚Gesellschaftspolitik‘ zu verstehen. Hierbei geht es zum einen darum, bei der Aushandlung von Umweltqualitätszielen und der Gestaltung von Maßnahmen verschiedene Bevölkerungsgruppen, vorliegende Interessenskoalitionen und Akteurskonstellationen stärker einzubeziehen, aber vor allem auch darum, den (vollzogenen oder unterlassenen) Beitrag der Umweltpolitik zur Gestaltung anderer gesellschaftlicher Herausforderungen (z. B. Sozialpolitik, Demografie, Stadtentwicklung) stärker wahrzunehmen und im politischen Handeln zu berücksichtigen. Damit kann es gelingen, die Akzeptanz umweltpolitischer Maßnahmen in breiteren Akteurs- und Bevölkerungskreisen zu erhöhen und Anschlussstellen für andere Politikressorts herzustellen.

Mitwirkung der Umweltpolitik am „Mainstreaming“ von Nachhaltigkeit: Für die Integration von Nachhaltigkeitsprinzipien in alle Politikressorts sind integrative Strategien und Institutio-

nen notwendig wie die Nationale Nachhaltigkeitsstrategie und die Nachhaltigkeitsstrategien der Bundesländer. Dabei erscheint es essentiell, dass die vorhandenen Strategien und die mit Indikatoren unterlegten Zielstellungen größere Verbindlichkeit entfalten und das Monitoring zu periodischen Nachjustierungen der entsprechenden Fachpolitiken führt.

Der Umweltpolitik kommt dabei in der Gestaltung und Umsetzung dieser integrativen Strategien und Instrumente von Nachhaltigkeitspolitik die wichtige Rolle zu, ihre jeweilige fachliche Expertise einzubringen und auf die angemessene Berücksichtigung langfristiger ökologischer Zielsetzungen zu drängen. Hierbei kann es bei manchen Themenfeldern sinnvoll sein, die Unterstützung weiterer gesellschaftlicher Bündnispartner zu suchen.

Darüber hinaus kann die Umweltpolitik zu den vorgeschlagenen Eckpunkten einer Governance-Strategie beitragen, indem sie beispielsweise Raum und Ressourcen für Nischen sowie Orte der Integration zur Verfügung stellt, die Vielfalt umweltpolitischer Steuerungsinstrumente zum Einsatz bringt, sich an der Formulierung und Diskussion langfristiger Visionen und Perspektiven beteiligt und die Initiierung eines gesamtgesellschaftlichen Aushandlungsprozesses befördert.

## Summary

### Problem statement and project objectives

Social innovation can play an important role for the approaching transformational process to a sustainable society. Closely linked to this innovation is the assumption that new approaches, practices and controlling impulses can be initiated and developed. This assumption embraces the idea that such developments enable more appropriate solutions to problems like:

- aging of the population;
- questions of fairness and social exclusion;
- issues in the healthcare and education sectors and
- concerns about overcoming economic and regional structural changes.

In the daily routine of society, manifold phenomena are identified as social innovation, such as public municipalities, associations, transition towns and intercultural gardens. Furthermore, new approaches in the areas of civil society as well as the participation and integration of users in product development are also recognized as social innovation. For social transformational process to a sustainable society it is of interest to be able to evaluate the impacts of these new approaches, practices, initiatives and strategies. Moreover, in terms of social acceptance, strengthening these developments, linking them to one another and fostering them in politically acceptable ways are also worthy points of interest.

Founded on this background, the project applies itself to the question as to whether or not social transformational process towards sustainable development can gain meaningful insight into the topic of social innovation, and which conclusions shall arise. Based on this question, suggestions emerged as to how social innovation can be supported in a way that both activates and structurally secures comprehensive, profound and long-term renewal processes. Finally, the project addresses the greater question which entails:

- which political structures and regimes hinder the necessary transformational processes culminating into a sustainable society and
- which governance forms are already present and/or will be developed in the future that can promote these processes?

From the perspective of governance applied to transformation and innovation, a substantial objective exists. On the one hand, this objective lies in the determining of potential social innovation. On the other hand, the objective lies in the analysis of beneficial and hindering conditions conducive to the dissemination and stabilization of such innovation. However: if and in which way social innovation can capture a key position in the forthcoming transformation process to a sustainable society is a question that up to now has experienced only rudimentary approaches.

Therein lies the difficulty, that the phenomena defined as social innovation are not only extremely complex, their characteristics as well as their specific contributions have at present been only superficially recognized and reflected upon.

To date scientific discourse remains open as to what can be deduced from new approaches to transformational and governance research in terms of the advancement of social innovation. It was within this premise that the first challenge of the project lay: a systemization of findings on social innovation that would create a foundation on which the reflections on the context between research for innovation, transformation and governance could be advanced and built

upon. Ultimately the primary objective of this project was to develop suggestions for future advancements applicable to governance strategies promoting social innovation.

### **Current discourses on the understanding of social innovation**

The project was initially devoted to the task of exploring and organizing important perspectives and input on the topic social innovation so as to form an appraisal. In the process both scientific debates (from social science innovation research) as well as political debates (European and German research and innovation politics; contributions from civil society) were considered. In summary, the result can be stated that in both discourse contexts the importance of social innovation as a solution for serious social problems was recognized and, with regard to content (even though quite different from each other), appropriated. In scientific research, the question of if a re-evaluation of social innovations differentiated from scientific perspectives must lead to a paradigm shift, plays an important role. Furthermore, in both contexts a broad spectrum for problems and solutions was apparent and noted.

Matters of sustainability are often applied, but rarely serve as the central framework. Other social problems, such as strained financial positions, changing demographics or social rejection are presently seen as more important. In fact, this directly complicates the process of introducing sustainability as an expansion and new mode of societal problem processing. Moreover, it hinders establishing sustainability as a guiding force. However, it is precisely this conscious effort of picking up and adapting these implicit matters of sustainability that can be directly used. Namely, this effort can be applied towards expanding the appreciation of sustainability into other topics, thereby unlocking new potential for synergy.

In addition it is apparent that social innovation in science and practice are ascribed to different functions. In scientific approaches to social innovation, a relatively wide and unspecific reference is undertaken to social developments like economic growth, changes towards a knowledge-based society and current problem diversity. Mainly this reference revolves around the question as to how social innovation can establish this social development through combining, linking and balancing, as well as optimizing consolidated expertise. In contrast, in political practices of social innovation within the frame of concrete problems like social and demographic change, new dynamics for integration and global competition are designed, and social innovation is looked to for solutions.

Thus, this presented the task of developing an integrated and defined grasp of innovation. This clear-cut awareness of innovation was to not only embrace the results of previous approaches to social science innovation research, but to establish links for a transformational sustainability policy. In doing so, we treat innovation as an alternative to the heretofore exercised matter of course and routines. Furthermore, we handle innovation as novel methods that present solutions to social problems (for example, in the context of sustainable development), and which will bring about expansive structural social changes.

For the analysis of innovation it is therefore important to take a closer look at the dynamic of transformational process as well as the specific impacts (e.g. transformation and the dissemination of sustainable consumer practices). This is because both aspects – social dynamic and structural effects – are relevant as a foundation for the assessment of innovation. From our perspective, the dynamic process of innovation can be differentiated and analyzed with respect to three phases: First, the problematization of existing social relationships as a catalyst for innovation is considered. Secondly, identifiable approaches and – in terms of structure – altered routines come into view. Lastly we look at the restabilization phase. If established structures with

unsatisfactory compliance reports are removed, then the relationships transformed via this process must eventually be restabilized.

Although every innovation can be seen as a renewal of social relationships and possibilities, these innovations are differentiated according to their object reference, prioritization, and context of their various types. These proceedings are especially helpful for social innovation geared toward real-life related practice. At this juncture, it can be differentiated as to whether the innovation concerns primarily artifacts (e. g. technical devices), or involves innovation that applies directly to social institutions or social practices and is therefore settled at the operating level. Such “social innovation” at the operating level encompasses new lifestyles and behaviors, as well as new forms of organizations, investments and joint ventures. Here the same thought applies: the problematization of existing social affairs but also new bids for solutions can serve as benchmarks. Establishing willingness towards innovation under these conditions means simply to activate, or rather, to initiate an alternative consciousness. On the foundation of this awareness, transformation-oriented governance forms can be developed. Thus, approaches to innovation cannot only be applied to practice or to previous problem-solving patterns, but should be applied particularly to governance forms – already existing or new ones to be developed – relevant for the implementation of these approaches.

Therefore, for the observation and analysis of social innovation two focal points are essential: On the one hand the focus is on niche applied initiatives, projects or stakeholders that try and test new innovations. Moreover, they disclose new solutions socially in the context of sustainability and transformation. On the other hand, observing just how deeply ingrained established operational schemes and practices are is just as important. Both perspectives are to be considered. This is because if improvements with an innovative potential are to disseminate and be established socially, the heretofore proven practices must change – presuming of course, the new (sustainable) improvements are appropriately accepted socially. This succeeds above all when: Simultaneously at the macrosocial level values, norms and general principles, as well as governance forms, corporate and thereby power and interest-based stakeholder constellations are scrutinized, modified and continually developed and renewed.

### **The city as an experimental arena**

In the first phase of the project, questions about innovation theory were compiled based on a theoretical foundation. The questions were then examined and tested by means of a defined field of application. Currently recognized for its special dynamic, the municipal level was selected as the application field. In view of contemporary challenges of urban development as well as design tasks and problems, the next step in the project was to investigate new initiatives, projects and stakeholders albeit with an ideal approach. Characteristic of these subjects under investigation was their endeavor to maintain sustainable concepts and practices. An analysis of their potential, structural properties and promotion was undertaken, with a focus on innovation-related activities. Explorative interviews provided the means for a closer look at current barriers and areas of conflict. The hurdles and stress zones examined were those that showed a dissemination of innovation relevant to transformation, and herewith structural changes. Innovation for launching future governance forms was especially pertinent here.

Approaches and concepts with respect to the above were analyzed, such as Lokale Agenda 21, Transition Town, Urban Gardening, energy communities, regional currency and neighborly living. The focus was on their respective documented problems with existing social relationships as catalysts for innovation. In addition, concentration was on possibilities for structural stabilization of the corresponding innovation. On this basis an illustration is given of the potential these new practices show and which aspects and conditions in the local area are instru-

mental and restrictive. Furthermore, whether or not the approaches and concepts meet expectations in terms of transformation power and widespread social effects is also addressed.

In summary, the approaches, initiatives and concepts examined are still in early stages of development. With a history dating back to the establishment of Agenda 21 at the 1992 Rio Conference, chronologically Lokale Agenda 21's concept should be the most developed. Furthermore, Lokale Agenda 21's past clearly shows its emphasis on community activities. Processes of dissemination and thematic perpetuation can be verified, and are at the same time accompanied by corresponding expansion and advancements of commitments in civil society. In spite of this, aside from efforts to bring community climate protection forward, overall in recent years the Agenda processes show a certain degree of stagnation in terms of meeting objectives. This is not to say that some successes have not been noted. However, in terms of meeting program targets, transformative change for urban development and community policy remains at square one. Likewise, resources and strategic integration in community decision making processes and structures are frequently on the verge of being cancelled.

In all of the initiatives that the project examined, inertia of the given conditions proved to be a central obstacle for the development of innovative impacts. This is especially evident when looking at diffusion and aspects of restabilization. It is clear that up to now, transformation initiatives have nearly exclusively focused on niche solutions. Moreover, these solutions have achieved only a low degree of reach and therefore have not yet satisfied claims. Networking deficits in terms of various planes of reference are also detectable. This is because often separate aims are being pursued (in individual projects, specific support programs and time-limited initiatives) that have only a minimal resonance and acceptance on the governance (as well as micro) level. Particularly serious is an insufficient connection with respect to local policy decision routines and plans. This is accompanied by differentiated requirements for innovation (such as urban policy and administration), which until now seems to have felt minimal influence and impacts from new initiatives.

Meeting local needs for change, designating corresponding governance forms and being able to show starting points for future design possibilities meant the next step in the project was to conduct qualitative interviews with nine civic experts. The interviews were guided and focused on new, sustainably-oriented initiatives with innovative potential. First, the developmental history of the initiatives, projects and concepts were discussed, followed by their civic and social capabilities and obstacles, as well as needs for support. Particular focus was given to: identifying innovation aspects of the projects, initiatives and concepts; determining synergies and potential synergy; inquiring about beneficial and impeding conditions and finally, discussing new and potential governance forms.

Results show that the greatly contrasting stakeholder constellations formed in the diverse initiatives, groups and milieus of cities can be especially important in bringing the transformation process forward. These pioneers of transformative change show considerable potential for change – and not just selected points. Rather, they have the potential for decentralizing and bringing about extensive change from the bottom up in the transformation process. An important prerequisite here is that they touch upon the cities' supportive structures and governance forms. This requires a thorough analysis of internal and external barriers and obstacles. In addition, it is essential that the initiatives and projects find imitators so as to animate change amongst other people and their daily routines. Here again, beneficial and impeding factors can be expected. Moreover, they will have to be dealt with in new ways and in a local context. If this succeeds, the new initiatives will become promoters of change that are perpetuated through innovation, and met with wide social acceptance.

One advantage of local stakeholders is that they can resort to a context bound knowledge and understand what is or is not feasible with the respective local characteristics. Overall, the creative potential and diversity of the stakeholders stood out. Many initiatives have explicit references to the environment or to sustainability. It can also be confirmed that the concepts, strategies, projects and initiatives examined are rarely or never classified under the term innovation. This is especially true in respect to developing advanced diffusion strategies. Additionally, many projects are only for a limited time or function on the basis of limited contractual rights for rent and user possibilities. Networks appear at present to be random or are made unsystematically, and the importance of greater professionalization in the future was recognized and discussed.

The question is then, how can the potential of the many concepts, projects and initiatives eventually become social innovation that pushes transformational change towards sustainability? Moreover, how can the diffusion of these approaches be promoted so that transforming change will take effect in society?

From the perspective of innovation research, the presented reports and insights on urban developments clearly show that the expectations associated with social innovation are often met with problems not easily solved. The main reason for this is that the available freedom of action and guidelines for decision-making for present urban problems (policy and governance forms) are often at odds with sustainable approaches and strategies. For the future it will be important to modify contemporary decision and management processes so as to create a cross-cutting subsystem and cooperatively applied governance system. This should empower participating stakeholders with knowledge about the identification and advancement of social innovation. Ultimately, this social innovation shall push towards social transformation towards sustainability.

This focus of the project ended with a practical workshop. Participants confirmed that a diffusion and network exchange of diverse ideas, approaches and projects for social transformation are of special relevance. Especially in urban areas, social innovation could be seen as a driving force of development. Thus, the workshop's central theme was the diffusion of social innovation, or rather, attempting to find imitators of the innovative ideas with the potential to sustainably change daily practices.

### **New governance forms for social transformation**

Parallel to the debate about theoretical approaches of innovation, the project was geared towards reflecting on problems and requirements affiliated with social transformation. Additionally, the project examined conceptual and strategic conditions that could potentially foster or hinder transformation. The importance of social transformation for the modification of modern society to sustainable developments in politics and society is now well known. However, scientific arguments for a continuing exchange of science and social practice along with the adaptation of questions of content and regulatory forms of social transformation lack any real progress.

For this reason – based on a theoretically conceived framework – an analysis of discourse formative studies of policies and from organizations was conducted. This analysis – together with the results illustrated above from the project's other procedures – builds the basis for the deduction of core elements of a governance strategy for a sustainable social transformation. Particular attention was applied to (possible) significant values of social innovation and their (new) corresponding beneficial governance forms.

For sociologists the transformation of society is not a ground breaking issue. Usually a specific type of social change is recognized as transformation; this type of social change is distinguished by its intentionality and therefore from unintentional apparitions of social transformation. At the same time transformation indicates more than simply change or institutional change of a subsystem (and its fragmented logic). Indeed, transformation implies a change of developments of society. Such changes are bound to fundamental shifts in the attributes of the societies from which the transformation began. For these changes, the goal is a change in the system, where previous issues of relationships in society have been raised and dealt with.

In this respect, current upcoming transformation towards sustainable development presents, at a first glance, no real uncharted territory. However, this transformation is, in fact, confronted with fundamental improvements for which no archetype or paradigm exists. Most notably the present transformation process deals with an in-determinable time span. This means that further development paths of this process lead towards an open future. At the same time, the depth of engagement of mankind's current engineering and technologies surpasses the possibilities of earlier societies. The risks associated with these technological strides present social and political stakeholders with new challenges. The globalization of economic relationships, markets, as well as information and communication technologies lead to further changes and demand new solutions and approaches. Finally, the disciplinary measures of sciences differentiated by their practical needs are also required to adjust to new problems and to adapt to the corresponding new questions and practices for thematic development.

What is of vital importance for future transformation processes is, on the one hand a goal-oriented and long-term metamorphosis of a (whole) social system, and on the other hand controlled development with autonomous momentum. This means that intentionality must count on the elusive processes (in terms of planning and coordinating) that different stakeholders' input creates. Thus, in respect to reforming to a sustainable society, transformation not only implies change. Rather, it indicates extensive demands for innovation that are only detectable to some extent. Indeed, these extensive demands for innovation target all social industrial sectors and levels. From here manifold demands unfold for innovation which are investigated, identified and put to practical use in the field of governance. This involves an intelligent debate with barriers and potential of existing governance forms, and a governance strategy aligned with these new challenges.

Connecting factors for formulating "core elements" of such a strategy (see below) can be found in two theoretical threads. Within these strands of thought previous as well as future governance strategies can be described or, as the case may be, developed. They encompass a complex governance understanding in the sense of a multilevel approach with which various types of regulating structures and modes of action-coordination can be differentiated. At the same time, transition research is, in general, and the model for transition management in particular, especially relevant for the project's conceptual formulation. This is because they afford a better understanding of the various types of transition dynamics and patterns with regard to possibilities for transition design. The project touched on these theoretically conceived approaches and used them as the foundation for the empirical investigation of central transformation studies.

### **Empirical results of the governance analysis**

Based on theoretically conceived considerations, the next step involved a closer investigation of existing governance strategies. This entailed an analysis of literature and documents from a total of 12 studies on politics and from organizations that focus on social transformation towards a sustainable society. The documents were selected from social transformation studies

undertaken throughout the last decade. They were chosen according to the creativity of their discourses and their political importance.

The meta-analysis of the governance studies focused on two areas of transformation:

- The “What”: Which objectives and visions from social transformation are politically affirmed?
- The “How”: How can such a structural transition process be controlled or coordinated today, or rather, designed in the future?

This made it possible to identify and critically evaluate the beneficial and hindering governance forms treated in the studies, with regard to the corresponding coordination and interaction processes of the participating stakeholders.

The analysis of the studies clearly indicates that the current situation of the transformation debate in relation to sustainability shows promise. Key features included the complex spectrum of approaches and concepts as well as the heretofore accomplished diversity of social stakeholders that deal with these issues. At the same time it is apparent that contrasting social levels and sectors are involved, which is important for the development of future synergies. To strengthen this potential for a social transformation, certain barriers must be overcome.

During the analysis it was noted that a widespread implementation across the development of coordinating transformations strategies is predominately described in only very general terms. The “Great Transformation” or “Grand Design” is normative based; nonetheless there is an absence of an integrated and holistic observation of the transformation domain. Such an observation would develop effective, yet interdependent and complimentary transformation strategies in the individual departments, and accordingly, sectors. The “Best Practices” presented in the studies are primarily concerned with niche innovation that is initiated from the bottom up by local stakeholders and applied locally. However, this niche innovation usually maintains a status of selective intervention. Herewith is the (political) hope that the “Pioneers of Change” responsible for innovation can decentralize and activate extensive modifications which will then hopefully find many imitators.

Momentum, commitment and implementation lie to a great extent in the hand of private stakeholders. As a coordination mechanism freedom to choose is used. Alternatively, market forces are left to take over, or social standards, establishing and implementing environmentally friendlier products and practices. A comprehensive and binding coordination instigated by public stakeholders is usually missing. This is true even with, for example, the appointment of advisory boards or when “Ministerial Undersecretaries for Sustainable Development” give a few positive examples of integrated approaches. Extensive, structural transformation seems to fail with a predominately unilateral and rather uncoordinated transfer of responsibility for action onto civil society. This failure is also caused by the diversity in content and geography of the initiatives.

The effects of innovation remain local in most cases, corresponding to individual urban segments, or rather districts, and temporarily constrained. Exchange occurs only in isolated cases, when committed stakeholders (pioneers) are equipped with authority and power and they manage to overcome egoism and political blockades. With ever decreasing financial resources, targeted feedback loops and scientifically based reflections take place only sporadically. Furthermore, up until now structural reform as well as larger and more central supply systems and infrastructures (except for the energy sector) have not been sufficiently dealt with.

A further central issue which counteracts transformation is the knowledge base as a foundation for setting the social agenda and science’s role in the transformation process. A broad knowl-

edge corpus exists in the form of studies, concepts as well as management models in the topic areas of transformation and governance. However, up to now no systematic discussion on the correlation between transformation and innovation has taken place. Besides that, in several studies there are complaints of insufficient political anchoring from scientific advice. For example, the implementation of research results from development programs for sustainability and transformation is very limited. There is a discrepancy between research initiatives and therefore the transfer of transformation responsibility onto science. At the same time deficits exist in terms of the consideration and application of knowledge, both politically and socially. The barriers addressed in the studies are now at present prevailing hurdles for an integrated approach to transformation, and can be grouped into three major aspects:

- The “creative diversity” found in governance approaches and concepts, is positively assessed and fosters the creation of experimental forums and discussion arenas. At the same time, the coexistence of topics and concepts seems to be a hindrance. This indicates that these two matters need to be more intensely related to one another so as to create new opportunities for learning. Thus, the current debate on transformation is still in a search process. The goal of this process should be to enable and empower a constructive culture for knowledge and learning in which as many stakeholders and institutions as possible can participate.
- Furthermore, it should be stressed that the reach and range of transformation are inadequately explained and defined. Besides that, the reach and range need to be first focused on and negotiated in political and social respects. However, as of yet they have only been scientifically identified and empirically tested. Especially noticeable here is the poorly conceived degree of reflection for formulating anticipated tasks and problems of transformation.
- In addition, a systematic consideration of governance forms and innovations is necessary. Here the focus is first and foremost on the following questions: Which coordination forms and innovations are needed and in which sectors? Which types of diversity is required and how can improvements as innovations be facilitated, strengthened and socially disseminated?

### **Core elements of a governance strategy for social transformation**

Based on these empirical results for beneficial and hindering governance forms, as well as on the theoretical-conceptual standpoint from the field of transition research and transition management core elements of governance strategy were derived. These core elements are conducive to “great transformation”, or in other words, fundamental change and comprehensive institutional reforms. Hereunder we mean elements that should be inherent components of the negotiation process for society as a whole, for conversion of the industrial and service economy towards sustainability. From our perspective, future main points should concentrate on the following strategic topics and problem areas:

- Initiation of a negotiation process for society as a whole

Both in the theoretical-conceptual considerations to a broader, more reflexive understanding of governance as well as those on transition management, it turned out that a fundamental, structural social transformation is formable only as a participative process. Consequently the focus is on the layout of a comprehensive, interactive design process with the involvement of different stakeholders. These stakeholders are from various organizations and governance lev-

els, and have different interests, opinions and philosophies with regard to the design of a “great transformation”. The design process includes the negotiation of transformation goals as well as options for action coordination that should occur on a wider social basis.

- Establishment of zones for the development of common visions and approaches

In the transformation process the formulation and the discussion of long-term visions and perspectives are essential. This takes place via exchange platforms, also known as “transition arenas”, where visions and guiding principles can be combined and tailored to create a potential developmental path. In addition, operative planning for administering experiments takes place here. Exchange platforms also function to interpret insight gained from experiments, or adjust visions and concepts accordingly based on learning economies or as the case may be, modified general conditions.

- Support for integrated concepts and complex system perspectives

Converting the industrial and service economy to a sustainable, climate and resource friendly economy requires diverse tasks for its composition. These duties are neither of a purely scientific-technological nature nor of a social or political nature. For this conversion a thorough comprehension of transformation is needed. Such an understanding must take all of the dimensions of sustainability into consideration and integrate all various stakeholders. This demands an integrated and comprehensive approach to the system of social, ecological and economic as well as cultural concerns. Moreover, these concerns may not be planned and assessed separately from each other.

- Accept political responsibility and guarantee continuation

For a societal reorganization it is important to establish political ties as well as contractually binding transformation objectives within judicial structures. Here it is a matter of assigning clear responsibilities, defined and transparent time plans. In addition, an assembly should be implemented. Hereby accountability for introducing and coordinating measures should be assigned onto public stakeholders. With these means, it is critical that governmental responsibility is incorporated and supported by numerous public authorities and administrations. However, this requires that the corresponding coordination mechanisms will be institutionalized, or rather, standardized.

- Use of a variety of instruments

Rather than placing the onus for change from dominant production and consumption patterns by way of a reorientation of planning and decision processes with the majority (via freedom of choice, no obligation and competition), it is advisable to resort to the entire spectrum of coordination elements. This consists of trying combinations of different regulatory, planning, information and fiscal measures and instruments with different time frames that will encourage a systematic and cultural change.

- Create area and resources for niches and integration sites

Social transformation, shifts in values, openings for negotiation, transfer of responsibility, desire for cooperation and coordination – these must all be given a try. In this way, learning experiences can be gained and processes can be optimized. Therefore niches for new approaches and experiments – in the sense of the aforementioned “transition arenas” – must be established. Niche innovation and experiments are central prerequisites for testing and trying transformation.

- Destabilization of unsustainable development paths

For the promotion of social innovation as well as for a successful, comprehensive coordination of transformation processes, the inertia of public and private stakeholder standing is a critical impediment. Not only departmentalized thinking, but also conflicting interests of social stakeholders creates insurmountable obstacles for social transformation. Thus, the goal of this core element is to acknowledge as well as understand the logic and significance of existing path dependencies. To that effect the focus is on expanding the perspective. In this way the social function has durability, and prevents the “old” from automatically being replaced with “new” throughout the transformation process. Nonetheless it is necessary to explore and investigate the (historical) reasons for existing path dependencies, as well as to test their timing and functionality. Social science research has an important function here, yet up until now this function has not been easily agreed upon by disciplinary (and also path dependent) structures.

- Promotion of sustainability and transformation research

A major task for science as part of sustainability and transformation research is to provide an interdisciplinary and transdisciplinary generated knowledge base for the great transformation. This encompasses transformation knowledge as well as system and orientational knowledge. Discoveries should not only present a basis of evaluation, but rather support the whole transformation process. In addition, discoveries should introduce and, in a reflective manner, accompany the transformation process during the conversion to a sustainable development. This includes the development of methods so that social political negotiations can be initiated and reflexively accompanied. Science plays a creative, albeit pivotal role in establishing transparency and in supporting the negotiations of transformation goals and strategies.

The part of the project concerning governance forms for sustainable social transformation was brought to a close with the interdisciplinary colloquium “New governance forms for sustainable social transformation”. Along with a discussion about the topic of the seminar, special needs for more research were considered. From perspective of the participating scientists, future needs include: a progressive clarification of the term transformation, further developments of theoretical-conceptual approaches (like the transition model) as well as a fundamental conceptual design for aspects of management and governance. Furthermore, the need for research to expand the transformation field beyond energy issues was broached. Finally, future research should focus on defining the roles of stakeholders in management and governance as well as that of science.

## **Recommendations for environmental policy**

Environmental policy must face the challenges of new social standards and the needs of social transformation. Greater participation of social stakeholders in the formulation and implementation of measures is needed (1). The development of a process of coordination in terms of a multi-level governance (2) and systematic solutions that bear in mind the limits of the use of natural resources, like the worldwide assurance of basic needs and possibilities for humanity (3). Finally, the preferred efficiency strategies followed up to now need to generate an extension of the innovation strategies about consistency and sufficiency strategy. This is accompanied by a reassessment of social innovation (4).

These requirements clearly indicate that a social shift to sustainable development is not achievable through sectoral measures in individual political fields. Considered in this context, environmental policy presents only a part of a comprehensive – and covering all political fields – transformation policy.

In view of the above two main strategies arise for environmental policy: To expand the perspectives of environmental policy and the participation of environmental policy on the “Mainstreaming” of sustainability (sustainable social transformation) in terms of integration into other sectoral policies.

Expanding on the perspective of environmental policy: environmental problems as well as environmental policy measures are linked to broad social impacts, like for example in the disproportionate distribution of benefits and the burden for various stakeholder and population groups. Currently the turnaround in energy consumption and its corresponding measures are at the center of the public eye. However, inadequate environmental protection also has social causes (for example particle pollution in established mobility cultures) and produces unequally distributed burdens. In the course of the adjustment period, the role of environmental policy in the frame of the “great transformation” will be to make environmental policy a “social policy”. This involves essentially, stronger involvement of population groups as well as of available coalitions of interests and stakeholder constellations in negotiations of environmental quality goals and in designing measures. More importantly, this involves being more alert and having more consideration in political trade for the (achieved or failed) contribution of environmental policy towards organizing other social challenges (e.g. social policy, demography, urban development). This can potentially raise acceptance of environmental policy measures in wider stakeholder and population groups as well as create connections for political departments.

Participation of environmental policy on the “Mainstreaming” of sustainability: for the integration of sustainable principles in all political departments integrative strategies and institutions are needed, such as national and state strategies for sustainability. Here it is essential that the existing strategies and targets (based on supporting indicators) develop greater engagement and that the appropriate field policy guides the monitoring of periodic readjustments.

By bringing respective professional expertise and advocating appropriate consideration of long-term ecological objectives, environmental policy is becoming ever more important in the design and implementation of these integrative strategies and instruments. At this juncture, for some topics it could be prudent to look for support from other social allies.

Moreover, environmental policy can contribute a governance strategy to the suggested parameters by providing space and resources for niches and integration sites. This, in turn, should deploy a variety of management tools for environmental policy. Environmental policy shall participate in the formulation and discussion of long-term visions and perspectives, as well as promote the initiation of a negotiation process for society as a whole.



# 1 Einleitung

## 1.1 Problemstellung

Im anstehenden Transformationsprozess hin zu einer nachhaltigen Gesellschaft können nach Ansicht vieler Autoren und Akteure soziale Innovationen eine bedeutende Rolle spielen. Insbesondere verbindet sich mit ihnen die Annahme, dass neue Ansätze, Praktiken und Steuerungsimpulse initiiert und entwickelt werden können, die es erlauben, Probleme adäquater zu lösen als dies bisher möglich war.

Im gesellschaftlichen Alltag gelten vielfältige Phänomene als soziale Innovationen: Bürgerkommunen, Genossenschaften, Transition Towns, interkulturelle Gärten, neue Ansätze in Bereichen von Zivilcourage und Zivilgesellschaft, Partizipationsbestrebungen und eine Integration der Nutzerinnen und Nutzer in die Produktentwicklung. Für den gesellschaftlichen Umgestaltungsprozess hin zu einer nachhaltigeren Gesellschaft ist von Interesse, diese neuen Ansätze, Praktiken, Initiativen und Strategien in ihren Wirkungen genauer beurteilen zu können und hinsichtlich ihrer gesellschaftlichen Akzeptanz zu stärken, miteinander zu verknüpfen und politisch angemessen zu fördern.

Politisch und zivilgesellschaftlich ist es zudem wünschenswert, die gesellschaftliche Transformation so zu gestalten, dass eine neue Balance zwischen dem Erhalt bestehender und als zukunftsfähig erachteter Strukturen und einer den gesellschaftlichen Problemen angemessenen Entwicklung von Alternativen gelingen kann. Hiervon ausgehend, stellten sich für das Projekt drei grundlegende Forschungsfragen:

- Lassen sich für die gesellschaftliche Transformation in Richtung nachhaltiger Entwicklung bedeutsame Erkenntnisse aus dem (sozialwissenschaftlichen) Themengebiet sozialer Innovationen gewinnen und welche Folgerungen ergeben sich daraus?
- Wie lassen sich soziale Innovationen so unterstützen, dass umfassende, tiefgreifende und langfristig nachhaltige Erneuerungsprozesse angestoßen und strukturell verankert werden können?
- Welche politischen Strukturen und Regime behindern die notwendigen Transformationsprozesse hin zu einer nachhaltigen Gesellschaft und welche heute schon vorhandenen oder aber erst zukünftig zu entwickelnden Governance-Formen können sie befördern?

Ob und in welcher Weise soziale Innovationen im anstehenden Transformationsprozess hin zu einer nachhaltigen Gesellschaft eine zentrale Rolle spielen, ist eine Frage, die bislang auch in den Sozialwissenschaften erst ansatzweise aufgegriffen und bearbeitet wurde.

## 1.2 Projektverlauf und Aufbau des vorliegenden Abschlussberichtes

Eine Schwierigkeit besteht darin, dass die Phänomene, die als soziale Innovation bezeichnet werden, nicht nur äußerst vielfältig ausfallen, auch ihre Charakteristika sowie ihre spezifischen Beiträge für gesellschaftliche Veränderungsprozesse sind aktuell nur in Ansätzen erkannt und reflektiert. Deshalb bestand ein erster Schritt im Projekt darin, wichtige Perspektiven und Beiträge zum Thema soziale Innovation zu sondieren und deren mögliche Potenziale für das Transformationsthema auszuloten, um konzeptionelle und pragmatische Ansatzpunkte für einen gesellschaftlich und politisch auszugestaltenden Umgang mit sozialen Innovationen im Transformationsprozess identifizieren zu können.

Im ersten Arbeitspaket des Projektes wurde dazu ein systematisierender Überblick zur Debatte um soziale Innovationen erstellt. Von besonderem Interesse waren dabei diejenigen sozialen Innovationen, die sich spezifisch in Bezug auf gesellschaftliche Krisenphänomene definieren (zum Beispiel Klimawandel, Krise der Städte, Postwachstumsdiskussion).

Methodisch basierte das Vorgehen auf einer Literatur- und Internetanalyse. Im November 2012 wurden die Ergebnisse dieser explorativen Phase auf einem eintägigen Expertenworkshop einem relevanten Fachpublikum (25 Personen) aus Politik, Zivilgesellschaft und Wirtschaft sowie Wissenschaft vorgestellt und diskutiert (siehe hierzu Kapitel 8.1). Die Ergebnisse des Workshops flossen in eine Überarbeitung der Überblicksdarstellung ein und stellten die konzeptionelle Basis für die folgenden Arbeitspakete dar.

Auf dieser Grundlage und damit vor allem im Anschluss an wichtige Befunde der sozialwissenschaftlichen Innovationsforschung werden im Kapitel 2 des vorliegenden Abschlussberichtes zunächst wichtige Ansätze zur Innovationsforschung aus wissenschaftlicher und praktisch-politischer Perspektive dargestellt und darauf aufbauend wird ein nachhaltigkeitsorientiertes Innovationsverständnis vorgeschlagen, welches zum einen die Befunde bisheriger Ansätze der Innovationsforschung aufgreift und zum anderen fruchtbare Anknüpfungspunkte für eine transformative Nachhaltigkeitspolitik eröffnet.

Das weitere Projektziel „Systematisierung und Typisierung von sozialen Innovationen mit Bezug auf die Nachhaltigkeitsthematik“ bildete den Gegenstand der folgenden Arbeitsschritte. Dabei erfolgte – entsprechend den Vorschlägen beim genannten ersten Expertenworkshop – eine Konzentration auf das Thema „Experimentierraum Stadt“. Dazu wurden explorative Experteninterviews mit neun Personen aus städtischen Initiativen und Projekten durchgeführt, die zum einen weiterführende Erkenntnisse über Ziele und Strukturen ausgewählter innovativer Initiativen und Projekte lieferten und zum anderen aktuelle förderliche und hinderliche Governance-Formen aufzeigen konnten.

Dieser Arbeitsschritt wurde im Juni 2013 mit einem eintägigen Workshop in Kooperation mit dem Praxisprojekt zur „Ökologischen Gerechtigkeit“ des Deutschen Naturschutzringes (DNR) abgeschlossen. Hierbei wurden den 24 Teilnehmerinnen und Teilnehmern zum einen Zwischenergebnisse der Projekte präsentiert und zum anderen Beiträge anderer Forschungs- und Praxisprojekte vorgestellt (siehe hierzu Kapitel 8.2).

Auf dieser Basis enthält das Kapitel 3 des Berichtes eine exemplarische Auseinandersetzung mit städtischen Entwicklungslinien und Herausforderungen, in deren Kontext sich neue Initiativen, Projekte und Akteure mit nachhaltigen Konzepten und Praktiken zu behaupten suchen. Nach einer innovationsbezogenen Analyse ihrer Potentiale, Struktureigenschaften und Verbreitungschancen, werden anhand der explorativen Experteninterviews gegenwärtig wirksame Barrieren und Spannungsfelder reflektiert, die bei einer strukturverändernden Ausbreitung transformationsrelevanter Innovationen stärker in Augenschein zu nehmen sind; insbesondere wenn es darum geht, künftige befördernde Governance-Formen auf den Weg zu bringen.

In einem weiteren Schwerpunkt des Projektes waren allgemeine Ansätze und Modelle des Wandels im Rahmen des Transformationsthemas der Fokus und es wurden weitere Anhaltspunkte für die Erarbeitung förderlicher Governance-Formen erarbeitet. Dazu wurden wichtige konzeptionelle Ansätze sozialen Wandels und der Transformation hin zu einer nachhaltigeren Gesellschaft sondiert und deren Ergebnisse reflektiert. Hierzu wurden entsprechende Konzepte staatlicher und zivilgesellschaftlicher Politikinitiativen sowie ihre expliziten und impliziten Annahmen zu Voraussetzungen und Bedingungen des Wandels näher untersucht.

Hieran anschließend geht es in Kapitel 4 des vorliegenden Berichtes darum, die mit einer gesellschaftlichen Transformation verbundenen Anforderungen und Probleme in einem systema-

tischen Zusammenhang zu reflektieren. Auf dieser Basis werden wissenschaftliche Ergebnisse und theoretische Ansätze bezüglich konzeptioneller und strategischer Bedingungen in den Blick genommen, die Transformation behindern oder befördern können. Dazu wird ein theoretisch-konzeptioneller Rahmen für die Beschreibung und Analyse von Governance-Formen und Gesellschaftstransformation skizziert und hieran anschließend eine Analyse diskursprägender Studien aus Politik und von Verbänden vorgenommen.

Abschließend wurden die Projektphasen und -schwerpunkte integrativ zusammenfasst und Vorschläge für neue Politikmodelle zur Förderung und Etablierung sozialer Innovationen im nachhaltigen Transformationsprozess herausgearbeitet. Der Fokus wurde hierbei vor allem auf neue Governance-Formen gelegt, die herkömmliche Formen der gesellschaftlichen Handlungssteuerung, -regulierung und -koordination in vielfacher Hinsicht in Frage stellen und Potenziale einer künftigen Ausgestaltung der Transformation herausstellen. Die Sondierung derartiger Governance-Formen erfolgte auf der Grundlage des Analysematerials der vorausgegangenen Arbeitspakete. Zusätzlich wurden Studien des Forschungsfeldes Nachhaltigkeit und Governance berücksichtigt.

Die Analyseergebnisse bildeten dann die Basis für die Ableitung von Kernelementen einer Governance-Strategie, die eine nachhaltige Gesellschaftstransformation befördern können, verbunden mit Empfehlungen für einen möglichen Beitrag der Umweltpolitik zu einer nachhaltigen Gesellschaftspolitik (vgl. Kapitel 5).

Diese Projektschritte wurden mit einer zweitägigen wissenschaftlichen Tagung zum Thema „Neue Governance-Formen für eine nachhaltige Gesellschaftstransformation: Konzepte des Wandels, kooperative Politikmodelle und Netzwerke zur Förderung und Etablierung sozialer Innovationen“ im Oktober am ZTG der TU Berlin erfolgreich abgeschlossen (siehe hierzu Kapitel 8.3). Die hier diskutierten und weiter einzuwerbende Beiträge werden zusätzlich in einem Sammelband im Jahr 2014 in der Buchreihe des Instituts für Sozialinnovation „Innovation und Gesellschaft“ veröffentlicht.

Im letzten Arbeitsschritt des Projektes wurden die Projektergebnisse zu einem ersten Entwurf des Schlussberichtes zusammengeführt, der in einem eintägigen Abschlussworkshop im Dezember 2013 in einer Expertenrunde vorgestellt und diskutiert, und auf dieser Basis dann nochmals überarbeitet wurde.

### **1.3 Kooperationen mit Partnern im Forschungsprojekt**

Das Forschungsprojekt „Soziale Innovationen und förderliche Governance-Formen im gesellschaftlichen Transformationsprozess“ wurde vom Umweltbundesamt (UBA) und dem Bundesumweltministerium (BMUB) im Zeitraum vom 1.7.2012 bis 31.12.2013 gefördert. Es wurde unter der Leitung des Zentrums Technik und Gesellschaft der TU Berlin (ZTG) und dem Institut für Sozialinnovation e.V. (ISInova) durchgeführt.

Der Schwerpunkt der Aufgaben des Instituts für Sozialinnovation e.V. (ISInova) lag auf dem innovationstheoretischen und innovationsangewandten Teilen des Projektes sowie auf der Erarbeitung der Transformationsperspektive und der Herausarbeitung förderlicher und hinderlicher Governance-Strukturen.

Das Zentrum Technik und Gesellschaft der TU Berlin (ZTG) thematisierte die Rolle von Wissenschaft im gesellschaftlichen Transformationsprozess, war für die Vor- und Nachbereitung sowie die Organisation der Experten-Workshops und die Konzeption und Durchführung der wissenschaftlichen Fachtagung verantwortlich. Die Bearbeitung der inhaltlichen Schwerpunkte und die empirischen Analysen erfolgten gemeinsam mit ISInova.

Gemeinsam mit dem Deutschen Naturschutzring (DNR) wurde am 13.06.2013 der Expertenworkshop zum Thema „Rolle zivilgesellschaftlichen Engagements und Bedeutung sozialer Innovationen im sozial-ökologischen Transformationsprozess am Beispiel nachhaltiger Stadtentwicklung“ organisiert und durchgeführt.

## 2 Bedeutung sozialer Innovationen im Transformationsprozess und ihre konzeptionelle Neuausrichtung

Höchst unterschiedliche Phänomene, wie neue soziale Medien und Netzwerke, Bürgerkommunen und Genossenschaften, Car-Sharing und Mehrgenerationenhäuser, aber auch die kundenbeziehungsweise Nutzerintegration sowie partizipative Beteiligungsverfahren werden in unterschiedlichen gesellschaftlichen Debatten unter der Bezeichnung soziale Innovation aufgeführt. Im wissenschaftlichen Diskurs gelten als Innovationen zunächst alle Möglichkeiten, bestimmte Probleme jenseits bestehender Erwartungen und Routinen bearbeiten und lösen zu können. Soziale Innovationen werden dabei häufig von Lösungen unterschieden, die sich als maschinelle, technologische Artefakte manifestieren. Nach Wolfgang Zapf (1994: 33) sind „soziale Innovationen [...] neue Wege, Ziele zu erreichen, insbesondere neue Organisationsformen, neue Regulierungen, neue Lebensstile, die die Richtung des sozialen Wandels verändern, Probleme besser lösen als frühere Praktiken, und die deshalb wert sind, nachgeahmt und institutionalisiert zu werden“. Geht man jedoch davon aus, dass Technik nicht auf Maschinen reduziert werden kann, sondern dass es sich um feste Fügungen sozialer Arrangements handelt (Rammert 1998), so ist zu schlussfolgern, dass alle (also auch technische) Innovationen gesellschaftlich verankert und eingebettet sind.<sup>1</sup> Die Bezeichnung ‚soziale‘ Innovation zielt dabei direkt auf neue partizipative Praktiken sowie hiermit einhergehende gesellschaftliche Problemlösungen und fokussiert auf die Gestalt- und Veränderbarkeit des Sozialen. Insbesondere werden darunter neue Praktiken, Koordinations- und Austauschformen sowie Lebens- und Konsumformen verstanden, die sich typischerweise einer stärkeren Technisierung entziehen.

Bisher ist im wissenschaftlichen Diskurs jedoch ungeklärt, auf welche Phänomene und Konstellationen dieses begriffliche Verständnis angewandt werden kann und was sich daraus beispielsweise für die Förderung sozialer Innovationen folgern lässt. Vor diesem Hintergrund besteht ein erstes Ziel in einer angemessenen Systematisierung von Wissen über soziale Innovationen, um auf dieser Grundlage die Entwicklung sowie Reflexion geeigneter, neuartiger Governance-Strategien zur Förderung sozialer Innovationen vorantreiben zu können.

### 2.1 Paradigmatische Verankerungen und Neuverortung sozialer Innovationen

Das Thema soziale Innovation ist eigentlich nicht neu. Es war bereits Ende der 1960 Jahre in den Sozialwissenschaften prominent (u. a. Fairweather 1967; Rosenbloom/Marris 1969). Um transparent zu machen, was unter „sozialen Innovationen“ verstanden wird, ist es entscheidend, den Bezug deutlich zu machen, von dem sich diese Bezeichnung abheben soll. Im gegenwärtigen Diskurs lassen sich zwei unterschiedliche Verständnisse identifizieren: Im ersten Fall werden soziale Innovationen im Unterschied zu solchen Innovationen verstanden, die der wirtschaftlichen Wertschöpfung dienen. Mit sozialen Innovationen werden dabei häufig neue partizipative, karitative und humanitäre Maßnahmen bezeichnet. In einem solchen Sprachgebrauch wird der Begriff des ‚Sozialen‘ meist auch von den entsprechenden Praxis-Initiativen übernommen. In einem zweiten, vor allem in den Sozialwissenschaften vorherrschenden Verständnis werden soziale Innovationen im Unterschied zu all jenen Innovationen gestellt, die als

---

1 „Furthermore, since social systems are independent, technical innovations are usually not just technical but imply certain corresponding co-directional changes in other societal subsystems. This is all the more true, the more the innovations under consideration constitute generic systems innovations of major importance entailing a potential for structural change“ (Huber 2004: 244 f.).

technische Neuerungen erlebt werden. An diese beiden Verständnisse schließen wir mit einer dritten Verwendungsweise an, die Innovationen grundsätzlich hinsichtlich ihrer mikrosozialen Anbindung an soziale Praktiken und als soziale Phänomene konzipieren (siehe dazu Abschnitt 2.4).

Im Folgenden soll es aber nicht nur um die verschiedenen Verständnisse als solche gehen, sondern insbesondere um die Sichtung und Systematisierung aktueller wissenschaftlicher, politischer und zivilgesellschaftlicher Verwendungsweisen sowie um die Problembezüge und die besondere Bedeutung, die sozialen Innovationen beigemessen wird. Dargestellt und diskutiert werden zunächst vier wissenschaftliche und daran anschließend drei praxisbezogene Perspektiven, wobei die Auswahl sich an der aktuellen Bedeutung der Ansätze beziehungsweise Konzepte orientiert. Bei der Diskussion wird insbesondere auf folgende Aspekte Wert gelegt: Problembezug (Welches gesellschaftliche Problem liegt zugrunde?), Begriffsverständnis (Was wird unter sozialer Innovation verstanden?), Funktionsbestimmung (Welcher Beitrag geht von sozialen Innovationen aus?) und Nachhaltigkeitsbezug (Welche Bedeutung haben soziale Innovationen für Aspekte von Nachhaltigkeit und Umweltpolitik und generell, in welcher Weise werden Transformationserfordernisse berücksichtigt?). Zunächst wird auf vier aktuell bedeutsame wissenschaftliche Ansätze beziehungsweise Konzepte eingegangen, die den spezifischen Stellenwert sozialer Innovationen unterschiedlich hervorheben.

### **2.1.1 Technisch-ökonomische Perspektive und der nachgeordnete Stellenwert sozialer Innovationen**

Das von der technisch-ökonomischen Perspektive strukturierte Themenfeld Innovation wird nicht nur von unterschiedlichen wissenschaftlichen Disziplinen wie der Betriebs- und Volkswirtschaftslehre, Geographie und den Ingenieurwissenschaften beforscht und bearbeitet. Es hat sich zugleich zu einem bedeutenden Gegenstand politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Strategien entwickelt. Geprägt wird diese Sichtweise auf Innovation durch den Zusammenhang von technischer Faszination, Unternehmertum und wirtschaftlicher Entwicklung (u. a. Institut der Deutschen Wirtschaft 2006; Mann 2011). Dies führt dazu, dass es zumeist technische Neuerungen sind, die mit dem Label Innovation versehen werden. Technische Innovationen wirken für die Menschen oft faszinierend (Aderhold 2009). Zudem erscheinen die in den Mittelpunkt gerückten technischen Neuerungen als wichtige Garanten wirtschaftlicher Entwicklung und gesellschaftlichen Fortschritts (u. a. Nelson 1968; Popitz 1995; Salavisa 2012). Daher geht es vor allem wirtschaftspolitisch um die stetige Herstellung von Innovationsfähigkeit.

Seit Schumpeter (1987) können mindestens fünf Möglichkeiten der Innovation unterschieden werden, nämlich neue Produkte oder Prozesse, die Erschließung neuer Märkte und/oder von neuen Energie- und Finanzquellen sowie der Schaffung neuer sozialer Institutionen. Damit verbunden ist als weitere Perspektive die Ökonomisierung von Innovation (Institut für Wirtschaft 2006; Hauschildt/Salomo 2011; Mann 2011; kritisch hierzu Aderhold/John 2005). Bei diesem Verständnis liegt die Annahme zugrunde, dass sich die gesellschaftlichen Anstrengungen an der Stärkung der Konkurrenzfähigkeit im globalen Wettbewerb und an der Sicherung der Zukunftschancen nationalstaatlich orientierter Unternehmen ausrichten müssen (BMBF 2010; Karlsson 2012). Folglich konzentrieren sich gesellschaftliche, wirtschafts- und steuerungspolitische Anstrengungen vor allem auf die Bereitstellung von Möglichkeiten zur Produktion technischer Neuheiten, die von Unternehmen auf globalen Märkten erfolgreich vermarktet werden sollen (Cagan/Vogel 2002; Davilla et al. 2006).

Vor diesem Hintergrund sind technische und ökonomisch orientierte Innovationen für zukunfts- und wettbewerbsorientierte Staaten und Regionen besonders bedeutsam. Sie erscheinen als wichtige, wenn nicht sogar entscheidende Wachstumstreiber, was schließlich eine Perspektive befördert, aus der es vorrangig darum geht, die im Weg stehenden Innovationsbarrieren auszuräumen. Ein Rückgang der Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen, der als eine Schwächung der Innovationsbasis des Landes gesehen wird, ist deshalb nicht hinnehmbar und folglich unter allen Umständen zu vermeiden (u. a. BDI 2012; BMBF 2010; IW 2006; ZEW/DIW 2004). Die insbesondere von Wirtschafts- und Ingenieurwissenschaften sowie aus Perspektive politischer Wachstumsstrategien verfolgte Prämisse lautet demgemäß, dass ein Land umso innovationsfähiger bleibt oder wird, je besser es den Menschen und den Unternehmen gelingt, kontinuierlich eine hohe Zahl erfolgreicher (technischer) Neuerungen hervorzubringen. Inwiefern die verfolgten Innovationen und zugrundeliegenden Strategien tatsächlich auf Dauer wachstumsförderlich und ob die hiermit verbundenen Effekte verträglich mit dem Leitbild nachhaltiger Entwicklung sind, wird in der Regel nicht vorab untersucht, sondern von der Durchsetzung auf den Märkten erwartet.

Die hier nur kurz skizzierte technische und ökonomische Perspektive auf Innovationen konnte sich mittlerweile nicht nur in Unternehmen oder auf der politischen Ebene, sondern auch in weiten Teilen der Wissenschaft durchsetzen. Sie wird in diesem Sinne zu einer institutionalisierten Beschreibungsformel und Programmatik, die eine transformative Ausgestaltung und Förderung von sozialen Innovationen auf primär instrumentelle Weise zu befördern sucht (vgl. Aderhold/John 2005; Paech 2009).

### **2.1.2 Paradigmenwechsel des gesellschaftlichen Innovationssystems**

Die Prämissen des technisch-ökonomischen Ansatzes erweiternd, wird mit der Perspektive vom Paradigmenwechsel betont, dass vor allem soziale Innovationen in den letzten zwanzig Jahren bedeutsamer geworden sind. Hierbei bleibt jedoch der Zusammenhang von sozialem Wandel und Innovation begrifflich, konzeptionell und inhaltlich meist unscharf. An diesem Forschungsdesiderat ansetzend, gehen insbesondere Howaldt und Schwarz (2010: 8) davon aus, dass im Zuge des Übergangs von der Industrie- zur Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft ein Paradigmenwechsel des Innovationssystems (Bullinger 2006) eingeleitet wird, der das Verhältnis von technologischen und sozialen Innovationen grundlegend verändert. Die Autoren erachten es als problematisch, dass der gesellschaftliche Bezug auf Innovation bisher auf eine naturwissenschaftlich oder technisch getriebene Hervorbringung neuer Produkte und Verfahren ausgerichtet war. Dies wird sich ihrer Einschätzung nach künftig verschieben, da durch die nun wachsende Veränderungsdynamik soziale Innovationen an Bedeutung gewinnen.

Die industrielle Gesellschaft, in der die betriebliche Koordination von Mensch und Maschine im Zentrum steht, geht in eine postindustrielle Gesellschaft über (Bell 1976; Leonard-Barton 1995; Stehr 1994). Kodifiziertes theoretisches Wissen wird zur Quelle von Innovation und damit zum Motor gesellschaftlichen Wandels. Zunächst dominieren noch staatliche und private Forschungsaktivitäten, die sich vorwiegend auf eine wirtschafts- und wachstumsbezogene Entwicklung technischer Neuerungen beschränken (Aderhold/John 2005; Aderhold 2009). Diese werden zunehmend durch breiter angelegte, neue Praktiken ergänzt, die die Basis für tragfähige

soziale Innovationen<sup>2</sup> bilden. Die neue wissensbasierte Dienstleistungsgesellschaft führt folglich zu weitreichenden Veränderungen des Innovationssystems (u. a. Gibbons et al. 1996).

Dieser gesellschaftliche Wandel zur Dienstleistungsgesellschaft geht zudem mit tiefgreifenden Veränderungen der Wirtschafts- und Sozialstruktur der modernen Gesellschaft einher (Howaldt/Schwarz 2010). Es entwickeln sich neue Märkte, Branchen und Wirtschaftszweige sowie neue Produktionsformen und Innovationskulturen. Hierbei kommt es in zunehmendem Maße zu einer Öffnung des Innovationsprozesses hin zur Gesellschaft. Eine in diese Richtung weisende Entwicklung ist der stärkere Einbezug von Bürgerinnen und Bürgern sowie Kundinnen und Kunden bei der Entwicklung neuer Angebote, Arbeitsweisen und Praktiken (Blättel-Mink et al. 2011). Auch ist eine wachsende Bedeutung von Netzwerken (open innovation) zu beobachten.

Vor dem Hintergrund dieser gesellschaftlichen Veränderungsdynamik weisen technologische Innovationen sowie etablierte Steuerungs- und Problemlösungsroutinen aus Sicht von Howaldt/Schwarz (2010) ein eingeschränktes Problemlösungspotenzial auf. Benötigt werden deshalb neue soziale Praktiken, die es erlauben, die Probleme adäquater zu lösen als dies bisher möglich war. Hervorgehoben wird, dass es sich nicht bei jeder Innovation um eine soziale Innovation handelt (Howaldt/Schwarz 2010: 51). Soziale Innovationen vollziehen sich demnach in Abgrenzung zu technischen Innovationen auf der Basis sozialer Handlungsmuster, Routinen, Praktiken und Settings. Auf dieser Ebene „und nicht auf der Ebene der materiellen Produktion, findet im Falle sozialer Innovationen die erfolgsentscheidende Neukombination von (sozialen) Faktoren beziehungsweise die Verfolgung von gesellschaftlich anerkannten Zielen mit abweichenden Mitteln statt“ (ebd.: 58).<sup>3</sup>

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass das Konzept soziale Innovation als Reaktion auf die wachsenden sozialen und ökonomischen Krisen und die Probleme des Wohlfahrtsstaates gesehen wird (Harrison et al. 2009: 12), welche andere soziale Arrangements notwendig machen. Hierbei kommt es zu einer neuen Bedeutung von Dienstleistungen und Nutzungsregimen sowie damit einhergehenden neuen Verhaltensweisen. Im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung wird das Konzept sozialer Innovation zu einer Zukunftsaufgabe. Die Frage ihrer Verbreitung und Förderung erscheint als zentrales Problem, das aus Sicht der Autorinnen und Autoren zu einer Neubewertung und Neuausrichtung sozialwissenschaftlicher Forschung führen muss.

---

2 Soziale Innovationen werden von Howaldt und Schwarz (2010: 10) definiert als „eine intentionale Neukonfiguration sozialer Praktiken, die sich insbesondere an den Schnittstellen unterschiedlicher Rationalitäten vollzieht“.

3 Der Unterschied zeigt sich auch hinsichtlich der Diffusionscharakteristik sozialer Innovationen, vor allem der Art und Weise wie Erfindung, Entwicklung und Verbreitung bewerkstelligt werden können. Vor allem wird der qualitativ andere Entstehungsort hervorgehoben, denn soziale Neuerungen entstehen eher nicht in Forschungszentren oder in Forschungsabteilungen von Unternehmen oder Universitäten. Das führt dazu, dass soziale Innovationen, z. B. viel kontextabhängiger sind. Anzunehmen ist zudem, dass die Durchsetzungschancen dort am größten ausfallen, wo etablierte Institutionen nicht oder nur marginal agieren beziehungsweise unter dem Aspekt der Problemlösung versagen (Howaldt/Schwarz 2010: 67). Darüber hinaus wird hervorgehoben, dass soziale Innovationen nicht an wirtschaftlichen Erfolgskriterien gemessen werden können, das heißt die Bewertungsmaßstäbe variieren kontextspezifisch, was auch heißt, dass diese im Zuge der Verbreitung mit entwickelt werden müssen.

### 2.1.3 Gesellschaftliche Innovationen und die Frage nach den Akteuren des Wandels

Die bei Howaldt und Schwarz (2010) hervorgehobenen neuen Akteurskonstellationen werden insbesondere von Beck und Kropp (2012) aufgegriffen. Zwei Problembezüge werden von ihnen unterschieden. Zum einen lassen sich Krisen- und Beschwichtigungsdiskurse als Problemhintergrund für den Entwurf einer innovativen Gesellschaft identifizieren. Zum anderen sehen sie als problematisch an, dass viele konkrete gesellschaftliche Innovationen im „gesellschaftlichen Dunkelfeld“ und damit unbeachtet beziehungsweise folgenlos bleiben. Hiervon ausgehend muss ihrer Meinung nach das sozial innovative Handeln unterschiedlicher Akteure stärker in das wissenschaftliche und öffentliche Blickfeld rücken.

Der gesellschaftliche Innovationsbedarf wird von Beck und Kropp (2012) in vielen Bereichen lokalisiert und dort durch die jeweiligen Akteure merkbar artikuliert (Wissenschaft, Politik, Unternehmen der Privatwirtschaft, Bildungseinrichtungen und Zivilgesellschaft). Verantwortlich sind aus ihrer Sicht vielfältige und sich verschärfende Probleme sozialer Sicherung, der aktuelle Umgang mit natürlichen Ressourcen, eine zunehmende Ökonomisierung vieler Lebensformen, brüchige Erwerbsbiographien, die Entwicklung und Verschärfung globaler Ungleichheiten sowie offenkundige Probleme nationalstaatlicher Regulationsweisen. Um künftige Antworten auf diese und weitere gesellschaftliche Herausforderungen und Probleme finden und umsetzen zu können, ist aus ihrer Sicht eine neue Balance zwischen dem Erhalt zukunftsfähiger Strukturen und der zielgerichteten Entwicklung von Alternativen erforderlich (wie zum Beispiel nachhaltige Entwicklung, Umbau Wohlfahrtsstaat, demographischer Wandel, postfossile Gesellschaft).

Strittig ist hierbei, welche Zukunftsfragen als drängend anzusehen sind, wie die formulierten Lösungen aussehen können und wo im Einzelnen anzusetzen ist, aber vor allem, wer die dafür ausgewiesenen Akteure sind und anhand welchen Wissens und welcher Orientierungen man sich den identifizierbaren Problemen zuwenden kann (Beck/Kropp 2012: 13). Ziel muss es sein, die aktuellen Krisen und Veränderungen zum Anlass zu nehmen, um die „industriemodernen Selbstverständlichkeiten“ und das „fortschrittsgläubige Weiter-So“ zu hinterfragen (ebd.).

Soziale Innovationen werden aus dieser Perspektive als gesellschaftlich wünschenswerte Lösungen konzipiert, die dysfunktionale Lösungen ablösen beziehungsweise die alten Praktiken entsprechend verändern und neu austarieren. Die Hauptantriebskraft für den notwendig erachteten gesellschaftlichen Wandel wird in den neu zu erschließenden Potenzialen der Zusammenarbeit zwischen Menschen gesehen. Ins Blickfeld rücken hier neue Ansätze zur Abmilderung globaler Ungleichheiten oder zur Stärkung von Menschenrechten und nachhaltiger Entwicklung, aber auch Genossenschaften, interkulturelle Gärten als neue Antworten auf soziale Entwurzelung, sowie Bürgerkommunen, Zivilcourage sowie kreative Nutzerinnovationen.

Wichtiger Ausgangspunkt für die Suche nach sozialen Innovationen ist es aus dieser Perspektive, das Spannungsfeld zwischen gesellschaftlichen Chancen (wie wissenschaftliche Möglichkeiten, weltweite Vernetzung) und gesellschaftlichen Risiken zu berücksichtigen, die mit den krisenhaft beschriebenen Entwicklungen einher gehen. Besonders problematisch ist, dass die „hierfür notwendigen Akteure in jenen Institutionen gesucht werden, die rückblickend eher zur Krise beigetragen haben, als zu deren Lösung“. Vor allem sind es etablierte politische und ökonomische Eliten, die „ihr Heil in alten Lösungsansätzen und der (nebenfolgenreichen) Erzeugung von Wachstum und Wettbewerb suchen (Beck/Kropp 2012: 15). Gesellschaftliche Innovationen stehen demzufolge für Erneuerungsprozesse, „die nicht am Reißbrett von dafür ausgewiesenen Akteure in Politik, Wissenschaft und Technik entstehen“ (ebd.: 15), sondern sie entspringen aus der Mitte der Gesellschaft.

Die wachsende Bedeutung gesellschaftlicher Innovationen ist aus dieser Perspektive vor allem zwei Momenten zu verdanken: (1) dem Zusammenhang technischer, organisatorischer und

sozialer Innovationen sowie (2) einer normativen Kehrtwende, die insbesondere in einer stärkeren Beteiligung der Zivilgesellschaft zum Ausdruck kommt. Die Bezeichnung ‚sozial‘ steht in diesem Zusammenhang vor allem für normativ geprägte Vorstellungen von Fürsorge, Gerechtigkeit und Hilfestellung, getragen von der Erwartung an eine bessere Gesellschaft. Soziale Innovationen werden folglich zur Schlüsselfrage von Gesellschaften im Wandel (OECD 2010b). Begrifflich orientieren Beck und Kropp (2012) sich an den Überlegungen von Howaldt und Schwarz (2010: 54), die soziale Innovation verstehen als „eine von Akteuren beziehungsweise Akteurskonstellationen ausgehende intentionale, zielgerichtete Neukombination beziehungsweise Neukonfiguration sozialer Praktiken in bestimmten Handlungsfeldern (...) mit dem Ziel, Probleme oder Bedürfnisse besser lösen beziehungsweise befriedigen zu können“.

### **2.1.4 Wert- und Normbezogenheit sozialer Innovation**

Die bisher vorgestellten Perspektiven setzen vor allem an gesellschaftlichen Entwicklungen und den hiermit einhergehenden Problemstellungen und Herausforderungen an. Der nun diskutierte Ansatz orientiert sich zunächst eher an begrifflichen Fragen. Zwei begriffliche Bezüge werden von Rüede und Lurtz (2012) unterschieden und zwar ein soziologisches und ein normatives Verständnis von sozialen Innovationen, wobei letzteres präferiert wird. Der zweite Bezug wird von der Prämisse getragen, dass es vor allem unternehmerische Kompetenzen und Ressourcen sind, die dazu beitragen, dass gesellschaftliche Fragen auf neue Weise und zudem nachhaltig beantwortet werden können.

Soziale Innovationen werden in diesem Ansatz als Teilmenge des sozialen Wandels konzipiert, wobei sie explizit an gesellschaftlich als hoch bedeutsam ausgewiesenen Zielen ausgerichtet sind (z. B. Probleme des demografischen Wandels). Soziale Innovationen zeichnen sich damit durch zwei miteinander zu kombinierende Erfordernisse aus: Sie müssen sich an normativen Zielsetzungen und Bedürfnissen orientieren und sie sollten zugleich wirtschaftlich erfolgreich sein (ebd.).

Sozial steht in diesem Zusammenhang somit nicht für ein Abgrenzungskriterium gegenüber technischen Neuerungen, sondern kennzeichnet in normativer Weise ein am Gemeinwohl orientiertes Konzept. Soziale Innovation bezeichnet etwas, das zugleich neu und gesellschaftlich wünschenswert ist (z. B. Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit), wobei eine Änderung der gesellschaftlichen Praktiken mit eingerechnet wird.

Eingang findet dieses Verständnis vor allem im Rahmen zivilgesellschaftlicher Diskurse (Beck/Kropp 2012), die soziale Innovationen als ein zunehmend wichtiges Thema ausweisen und zugleich erste Ansatzpunkte für eine notwendige Systematisierung bieten. Hervorgehoben werden hier insbesondere vier Perspektiven, die auf internationale Entwicklungen Bezug nehmen: Konzepte der Corporate Social Responsibility (Casey 2009), Aspekte von Social Entrepreneurship und einer Social Economy, im Sinne eines neuen, am Leitbild nachhaltiger Entwicklung orientierten ökonomischen Paradigmas (Harrison et al. 2009), Sustainable und Ecological Urbanism (Mostafavi/Doherty 2010) sowie neue Entwicklungsstrategien für Schwellen- und Entwicklungsländer. Getragen werden diese auf unterschiedliche Bereiche, Ebenen und Probleme ausgerichteten Perspektiven von der Annahme, dass es vor allem kulturelle und soziale Aspekte sind, die darüber entscheiden, „wie das Neue in die Welt kommt“ (Howaldt/Schwarz 2010) und vor allem, wie es strukturell etabliert werden kann.

Wenngleich Rüede und Lurtz (2012) ein normatives Verständnis sozialer Innovation verfolgen, wird von ihnen kritisch angemerkt, dass es Versuchen der normativen Bestimmung schwer fällt, soziale Innovationen trennscharf zu definieren. Grundsätzlich ist anzumerken, dass mit normativen Setzungen auch immer Schwierigkeiten verbunden sein können, gesellschaftliche

Erfordernisse zu übersehen oder Ambivalenzen zu vernachlässigen. Hierzu gehört auch, dass zu undifferenziert mit dem Problem umgegangen wird, dass mit sozialen Innovationen unterschiedliche Zwecke und Interessen verfolgt werden können und eine soziale Attribuierung dieser Neuerungen nicht per se mit dem Prädikat hilfreich oder gut versehen werden kann.

### 2.1.5 Soziale Innovation im Blick wissenschaftlicher Perspektiven

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass bei den vorgestellten Perspektiven nicht nur ein unterschiedliches Verständnis von sozialen Innovationen zum Ausdruck kommt, sondern auch die jeweiligen Problembezüge recht deutlich differieren, das heißt die benannten gesellschaftlichen Herausforderungen, wie Wirtschaftswachstum, veränderte Wirtschafts- und Sozialstruktur, globale Ungleichheiten beziehungsweise Ungerechtigkeiten (siehe Tabelle 1).

Tabelle 1: Merkmale und Bezüge wissenschaftlicher Perspektiven sozialer Innovationen

Perspektive	Problembezug	Verständnis	Funktion	Nachhaltigkeitsbezug
<b>Technisch-ökonomische Perspektive</b> (u. a. Nelson 1968; Popitz 1995; Salavisa 2012)	Wirtschaftswachstum, Wettbewerb und gesellschaftlicher Wohlstand	Innovationen als technische Neuerungen	Alleinstellungsmerkmale und Konkurrenzvorteile	Indifferent bis gegenläufig
<b>Paradigmenwechsel des gesellschaftlichen Innovationssystems</b> (u. a. Howaldt/Schwarz 2010)	Wissensgesellschaft; veränderte Wirtschafts- und Sozialstruktur	Innovationen als neue Handlungsmuster, Routinen, Praktiken und Settings	Lösung gesellschaftlicher Wandlungsprobleme	Orientierung am Leitbild nachhaltiger Entwicklung
<b>Akteure des Wandels</b> (u. a. Beck/Kropp 2012)	Problemvielfalt: z. B. soziale Sicherung; globale Ungleichheiten	Innovationen als gesellschaftlich wünschenswerte Lösungen	Bearbeitung gesellschaftlicher Risiken, Ermöglichung neuer Chancen	expliziter Nachhaltigkeitsbezug, Ziel: innovative Gesellschaft
<b>Normbezogenheit sozialer Innovation</b> (u. a. Ruede/Lurtz 2012)	Neuansatz bei Lösung gesellschaftlicher Probleme (z. B. Ungerechtigkeit)	Innovationen als zugleich neu und gesellschaftlich wünschenswert (z. B. Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit)	Stärkung unternehmerischer Kompetenzen und Ressourcen von Sozialunternehmen	Orientierung an sozialer Nachhaltigkeit (u. a. Gerechtigkeit, Gemeinwohl)

Hervorzuheben ist weiterhin, dass bei allen Ansätzen der besondere Stellenwert von Innovationen als Lösungen für gesellschaftliche Probleme herausgestellt wird. Zeigen muss sich zukünftig, ob es sich bei den herausgestellten Lösungsofferten tatsächlich um Innovationen handelt und inwiefern die anvisierten Innovationen auch tatsächlich die erwarteten Ziele und Wirkungen erreichen können.

Neben den Unterschieden hinsichtlich der Problembezüge (analytisch: Strukturwandel, normativ: Gerechtigkeitsprobleme) differieren die begrifflichen Verständnisse und auch die Funktionsbestimmungen von Innovationen, was dazu führt, dass die jeweiligen Schwerpunktsetzungen und die hiermit verbundenen Handlungsempfehlungen variieren. Dabei stehen sie nur

teilweise im Widerspruch zueinander, sondern können häufig eher als komplementär zueinander angesehen werden. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die wissenschaftliche Auseinandersetzung und Reflexion zu diesem Thema noch am Anfang stehen, so dass die hierbei anzutreffende Multiperspektivität aktuell sowohl unvermeidlich als auch fruchtbar ist. Sie bietet inhaltliche und konzeptionelle Ansatzpunkte, die mit der vorliegenden Studie aufgegriffen und mit einem spezifischen Nachhaltigkeits- sowie Governance-Bezug ergänzt und erweitert wird.

## **2.2 Praxisfelder sozialer Innovationen – Verständnisse und Politikansätze sozialer Innovationen**

Nicht nur von Seiten der Wissenschaft wird das Thema sozialer Innovationen stärker in den Blick genommen, sondern auch in vielen Praxisfeldern erfahren soziale Innovationen einen merkbaren Bedeutungszuwachs. Hier sind insbesondere die europäische und deutsche Forschungs- und Innovationspolitik sowie der zivilgesellschaftliche Diskurs in Deutschland zu nennen.

### **2.2.1 Europäische Forschungs- und Innovationspolitik**

Spätestens seit dem Jahr 1992 hat sich auf der programmatischen Ebene der europäischen Forschungs- und Innovationspolitik eine neue Perspektive im Umgang mit dem Thema Innovation entwickelt. Innovation wird zunehmend als soziales Phänomen verstanden, wobei die inhaltlichen Vorgehensweisen dabei deutlich variieren. Diese Neuausrichtung wird vor allem im Bewertungsbericht zum 4. EU-Forschungsrahmenprogramm herausgestellt: „Von einer bisher vor allem auf technische Leistungen ausgerichteten Forschung sollte nun verstärkt zu einer effizienteren Forschung übergegangen [werden], die zur Erfüllung der grundlegenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedürfnisse der Bürger beitragen kann“ (Caracostas/Muldur 1998, zitiert in Howaldt/Schwarz 2010). Auch im Grünbuch zur Innovation der EU-Kommission (1995) lässt sich dieses Verständnis von Innovation finden: „Innovation ist nicht nur ein wirtschaftlicher Mechanismus oder ein technischer Prozess. Sie ist vor allem ein soziales Phänomen [...]. Von daher sind Zweckbestimmung, Folgen und Rahmenbedingungen der Innovation eng mit dem sozialen Klima verbunden, in dem sie entsteht“. Diese Neuausrichtung der europäischen Forschungs- und Innovationspolitik geht einher mit einer stärkeren Orientierung am Leitbild nachhaltiger Entwicklung (Howaldt/Schwarz 2010).

Mit der Veröffentlichung der „Strategie Europa 2020“ und der „Leitinitiative Innovationsunion Europa 2020 Strategie“ hat die Europäische Kommission im Jahr 2010 die Integration sozialer Innovationen als einen wichtigen Grundstein für die Gestaltung des künftigen europäischen Forschungsprogramms gefordert. Soziale Innovationen werden vom Bureau of European Policy Advisers (BEPA) verstanden als „[...] new ideas (products, services and models) that simultaneously meet social needs (more effectively than alternatives) and create new social relationships or collaborations. In other words they are innovations that are not only good for society but also enhance society’s capacity to act [...]“ (BEPA-Bericht 2010). Soziale Innovationen werden hierbei in einen Zusammenhang mit globalen gesellschaftlichen und wohlfahrtsstaatlichen Herausforderungen gestellt. Sie sind „neue Wege zur Lösung gesellschaftlicher Probleme, für die der Markt oder der öffentliche Sektor keine zufriedenstellenden Antworten haben. Über eine Befriedigung sozialer Bedürfnisse und die Lösung gesellschaftlicher Probleme hinaus, sollen soziale Innovationen aber auch die Menschen ermutigen und neue gesellschaftliche Beziehungen oder Formen der Zusammenarbeit schaffen“ (Nationale Kontaktstelle Sozial-, Wirtschafts- und Geisteswissenschaften 2011). In den Ausschreibungsrunden des 7. EU-Forschungsrahmenprogramms im Thema Sozial-, Wirtschafts- und Geisteswissenschaften fan-

den sich Förderthemen, die sich mit sozialer Innovation auseinandersetzen, wie zum Beispiel „social innovation against inequalities“, „social innovation in the public sector“, „innovative policies for employment and labour markets“. Die Definition sozialer Innovation, so wie sie im EU-Kontext gebraucht wird und die Förderthemen machen deutlich, dass soziale Innovationen hier vor allem mit einer sozialpolitischen Konnotation diskutiert werden.

Ab 2014 wird ein neues europäisches Forschungs- und Innovationsförderungsprogramm mit dem Titel „Horizon 2020 – Framework Programme for Research and Innovation“ starten. Im September 2011 fand hierzu vorbereitend eine Konferenz mit dem Titel „Challenge Social Innovation“ in Wien statt.<sup>4</sup> Wichtigstes Ergebnis der Konferenz war die sogenannte „Wiener Deklaration“, die von allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Konferenz gemeinsam erarbeitet wurde und die wichtigsten sozialen Innovationen und Forschungsfragen rund um die diskutierten Themen bestimmte.

Die 14 Themen der Deklaration weisen deutliche Bezüge zu den großen gesellschaftlichen Herausforderungen der Gegenwart auf, wie zum Beispiel demographischer Wandel und Inklusion/Integration. Auch hier findet sich ein breites Spektrum sozialpolitisch relevanter Themen wieder, wie zum Beispiel Armut, Bildung/Lernen oder Beteiligung/Partizipation. Darüber hinaus werden aber auch Themen wie Sozialunternehmen, Business Innovationen, Social Media oder nachhaltige Regionalentwicklung angesprochen. Auffällig ist, dass die Themen Nachhaltigkeit und Klimaschutz eher am Rande als Probleme auftauchen und vielen anderen Themen eine größere Bedeutung beigemessen wird. Dessen ungeachtet wird Forschungsbedarf zu Konzepten sozialer Innovation und ihrer praktischen Implementierung sowie zur Entwicklung entsprechender Messkonzepte erkannt. Damit werden im Unterschied zum 7. EU-Forschungsrahmenprogramm soziale Innovationen nicht nur als Instrument, sondern auch als Forschungsgegenstand ausgewiesen.

## 2.2.2 Deutsche Innovations- und Forschungspolitik

In der deutschen Innovations- und Forschungspolitik setzt nach Welsch seit 1998 eine „Phase des Ausbaus und der Effizienzsteigerung des nationalen Innovations- und Bildungssystems“ (Welsch 2005: 207) ein. Bei den Akteuren der Innovationspolitik und der staatlichen Innovationsförderung hat sich inzwischen ein über Wissenschafts- und Technologieförderung im engeren Sinne hinausgehendes Innovationsverständnis etabliert. Neben technologischen Innovationen schließt es begrifflich auch „soziale, organisatorische oder sonstige Neuerungen“ mit ein (Howaldt/Schwarz 2010). Soziale Innovationen erstrecken sich im weitesten Sinne von den Verbesserungen der Arbeitsbedingungen über Investitionen in Humankapital als Ressource im Innovationsprozess bis hin zu dem umfassenden Komplex (der Bewältigung) des gesellschaftlichen Wandels und den Reformen des Sozialstaates. In der Perspektive der staatlichen Innovationspolitik sind so verstandene soziale Innovationen vorrangig Mittel zum Zweck von Sozialpolitik (ebd.).

Auf der programmatischen Ebene finden sich auch zunehmend Ansätze einer „Innovationspolitik für die Wissensgesellschaft“ (Welsch 2005: 314 ff.), die vor allem auf die Initiierung und Unterstützung von Lernprozessen, die Unterstützung von wissensbezogenen Austauschprozessen

---

4 Themenschwerpunkte sozialer Innovationen waren die Folgenden: Moving the knowledge society forward: social innovation in education, economic growth and creativity (1), Social innovation for a cohesive society (2), Social innovation and public policy (3).

sen sowie die Förderung von Humanressourcen setzt. Damit werden die Schaffung innovationsfördernder Rahmenbedingungen und die Steigerung der Innovationsfähigkeit angestrebt. Laut seiner Kritiker werde in strategischer Hinsicht dieses erweiterte Innovationsverständnis jedoch fast ausschließlich darauf reduziert, neue Technologien in eine profitable Verwertung der Unternehmen zu überführen (Krumbein/Ziegler 2005). Im Jahr 2004 attestiert auch die Fraunhofer Gesellschaft der heutigen innovationspolitischen Governance in Deutschland ernste strukturelle Schwächen. Sie erneuert unter anderem die Kritik an der Dominanz des linearen Innovationsmodells und plädiert für eine Beherzigung des vorhandenen Erkenntnisstandes, um diese Dominanz zu überwinden (Fraunhofer Gesellschaft 2004: 75 ff., zitiert in Howaldt/Schwarz 2010).

Mit der sogenannten High-Tech-Strategie (erstmalig BMBF 2006, BMBF 2010: High-Tech-Strategie 2020), dem maßgeblichen Rahmenprogramm der aktuellen Forschungs- und Innovationspolitik, versucht die Bundesregierung einige der Kritikpunkte an der bisherigen Innovationspolitik konstruktiv aufzugreifen. Diese übergreifende nationale Innovationsstrategie setzt thematisch explizit an den großen gesellschaftlichen Herausforderungen der Gegenwart an. „Globale Herausforderungen wie der Klimawandel, die demographische Entwicklung, die Verbreitung von Volkskrankheiten, die Sicherstellung der Welternährung und die Endlichkeit der fossilen Rohstoff- und Energiequellen fordern zukunftsfähige Lösungen, die nur durch Forschung, neue Technologien und die Verbreitung von Innovationen bereitgestellt werden können“ (BMBF 2010). Aber auch Schlüsseltechnologien wie Nanotechnologie, Mikrosystemtechnik oder Biotechnologie werden als wichtige Innovationstreiber erachtet.

Wenngleich an den gesellschaftlichen Herausforderungen der Gegenwart angeknüpft wird, so setzt die Strategie weiterhin - wie der Name sagt - vorrangig auf die Förderung technologischer Innovationen. Die potenzielle Bedeutung sozialer Innovationen oder eines erweiterten Innovationsverständnisses wird nicht explizit berücksichtigt. Das spiegelt sich auch im disziplinären Zuschnitt der Innovationsförderung wider: „... Geisteswissenschaften haben die Aufgabe, diesen Wandel kulturell und sozial zu reflektieren und Orientierung zu geben. Damit nehmen sie am Diskurs über unser Selbstverständnis teil“ (BMBF 2006: 10). Den Sozial- und Geisteswissenschaften kommt im Rahmen der High-Tech-Strategie eher eine begleitende und nachsorgende Rolle zu.

Allerdings lassen sich auf der politischen Ebene gegenwärtig Anzeichen einer verstärkten Fokussierung auf soziale Innovationen beobachten. Das wird zum Beispiel mit Blick auf aktuelle (Förder-) Aktivitäten des Bundesministeriums für Bildung und Forschung deutlich. Zum einen ist hier das Förderprogramm für Fachhochschulen „Soziale Innovationen für die Lebensqualität im Alter“ (2012)<sup>5</sup>, zum anderen das laufende Forschungsprojekt „Soziale Innovationen in Deutschland“ zu nennen<sup>6</sup>.

---

5 Dieses Förderprogramm geht von gesellschaftlichen Herausforderungen des demographischen Wandels aus, die z. B. in der Erhaltung der Produktivität von zunehmend älteren Arbeitnehmern oder der Sicherstellung eines autonomen Handelns im hohen Alter gesehen werden. Soziale Innovationen sind in diesem Kontext vor allem familienfreundliche Unternehmenskonzepte im Hinblick auf die Pflege älterer Angehöriger, neue Arbeitszeitmodelle bei verlängerter/verlagter Lebensarbeitszeit, Vermeidung sozialer Isolation oder effiziente Vernetzungen der Gesundheits- und Pflegeversorgung.

6 Siehe: <http://www.worldvision-stiftung.de/unsere-arbeit-uebermorgen-forschung-und-innovation-bmbf-forschungsprojekt-soziale-innovationen.php>.

Letztgenanntes wird seit August 2011 vom World Vision Institut für Forschung und Innovation und der EBS Universität für Wirtschaft und Recht im gemeinsamen „Center for Social Innovation and Social Entrepreneurship“ durchgeführt.<sup>7</sup> Im Mittelpunkt des Forschungsprojekts steht zum einen die Identifikation von Bedarfsfeldern, in denen soziale Innovationen eine große Rolle spielen werden. Zum anderen wird die Frage untersucht, wie neue Produkte oder Dienstleistungen für bedürftige Menschen in Form von sozialen Institutionen entwickelt werden. Und schließlich soll betrachtet werden, wie sich kommerzielle Unternehmen Wettbewerbsvorteile dadurch schaffen, dass sie ihre bestehenden Kompetenzen auf soziale Felder übertragen und sich damit neue Chancen eröffnen.

In diesem Projekt werden unter sozialen Innovationen neue Lösungen verstanden, die gesellschaftliche Herausforderungen kontextbezogen, zielgerichtet und das Gemeinwohl fördernd adressieren. Diese Lösungen können sowohl durch Individuen als auch durch Gruppen oder Organisationen hervorgebracht werden. Sie können dem öffentlichen, privatwirtschaftlichen oder zivilgesellschaftlichen Sektor entstammen und in Kooperation zwischen den Sektoren entstehen. Gesellschaftliche Herausforderungen sind Fragestellungen, die für das gute Zusammenleben und Weiterbestehen einer Gesellschaft von Bedeutung sind. Soziale Innovationen sind neu im jeweiligen Kontext und werden bewusst initiiert. Häufig gehen diese Lösungen mit einer neuer Form der Interaktion und sich ändernden sozialen Praktiken einher.

Aufschlussreich sind auch die durch das Projekt formulierten, praktischen Relevanzen sozialer Innovationen für die Gesellschaft. So wird angenommen, dass beispielsweise politische Akteure und Sozialversicherungen entlastet werden, wenn sich Innovationen durchsetzen, die im Bereich „Arbeit und Soziales“ angesiedelt sind (z. B. organisierte, generationenübergreifende Nachbarschaftshilfe). Darüber hinaus eröffnen sich Unternehmen mit innovativen Geschäftsmodellen Marktzugänge auf dem Sozialsektor, die es vorher in der Art so noch nicht gab. Non-Profit-Organisationen können durch Lerntransfers aus der Innovationskompetenz von Unternehmen ihre Effizienz steigern und noch besser ihre eigentliche Mission erfüllen.

Neben den Förderaktivitäten soll hier zudem das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung veranstaltete Round-Table-Gespräch „Soziale Innovation“ am 27. März 2012 in Bonn erwähnt werden. Ziel des Gesprächs war es, das Potenzial sozialer Innovationen auszuloten. Hierzu wurde ein Diskussionsprozess angestoßen, um Möglichkeiten der Verankerung des Themas in der deutschen Forschungs- und Politikarena zu sondieren und die Begriffs- und Konzeptbildung sowie die Theorieentwicklung zum Thema soziale Innovationen voranzubringen. Außerdem sollte sondiert werden, inwiefern das Aufgreifen des Begriffes sozialer Innovationen strategisch genutzt werden kann, um eine Stärkung der Sozial- und Geisteswissenschaften generell zu unterstützen. Ein weiteres Ziel des Round-Table-Gesprächs war es, eine Brücke zur europäischen Forschungsagenda zu schlagen, um die aus deutscher Sicht wichtigen Forschungsaspekte zu unterstützen und das Gewicht der deutschen Wissenschaftsgemeinschaft zu stärken.

Auch das Bundesumweltministerium (BMUB) und das Umweltbundesamt (UBA) beschäftigen sich mit sozialen Innovationen, die vor allem in den Kontext von Nachhaltigkeits- und Umweltpolitik gestellt werden. In dem aktuellen Projekt „Soziale Innovationen und nachhaltiger Konsum – Konzepte und Praxis“ geht es darum, die Potenziale sozialer Innovationen für die Förderung nachhaltigen Konsums auszuloten und umweltpolitische Handlungsempfehlungen für die Förderung von sozialen Innovationen abzuleiten. Darüber hinaus werden programmatische

---

7 Siehe hierzu Internetseite [www.ebs.edu](http://www.ebs.edu).

Überlegungen im Hinblick auf eine „Umweltpolitik als Gesellschaftspolitik“ entwickelt. In diesem Kontext sind auch die bereits abgeschlossenen Projekte „Synergien zwischen Sozial- und Umweltpolitik“ (durchgeführt von ISOE und IÖW, siehe hierzu u. a. Stieß 2013) und „Demografischer Wandel – Herausforderungen und Handlungsempfehlungen für Umwelt- und Naturschutz“ (durchgeführt vom Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung/Deutsches Institut für Urbanistik, siehe hierzu u. a. Hollbach-Grömig et al. 2013) zu nennen.

Die Rolle und Bedeutung sozialer Innovationen wird auch in anderen Politikressorts erkannt. So hat sich das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) in der Nationalen Engagementstrategie (2010) zur Förderung von sozialen Innovationen und Sozialunternehmern verpflichtet. Dies wird damit begründet, dass soziale Innovationen von zentraler Bedeutung für die Entwicklung und Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft sind. Das BMFSFJ will hierfür mit konkreten Maßnahmen die Rahmenbedingungen weiter verbessern und konzentriert sich dabei auf folgende Bereiche: Sichtbarkeit und Anerkennung, wirkungsorientierte Berichterstattung, den Aufbau einer Infrastruktur für soziale Gründungs- und Innovationszentren, die Kooperation mit der Freien Wohlfahrtspflege und die Entwicklung von innovativen Finanzierungsinstrumenten (wie das seit 1.1.2012 bereitstehende KfW-Programm zur Finanzierung von Sozialunternehmern). Zum Zwecke einer wirkungsorientierten Berichterstattung wird seit 2012 die Beobachtungsstelle für gesellschaftliche Entwicklung in Europa gefördert.<sup>8</sup>

Soziale Innovationen werden in Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheit als wichtiger denn je erachtet. Durch soziale Innovationen werden gesellschaftliche Herausforderungen wie die Überalterung der Bevölkerung, Migration, soziale Ausgrenzung oder Nachhaltigkeit nicht als Probleme, sondern als Chancen im öffentlichen Sektor und in der Privatwirtschaft erkannt. Felder sozialer Innovationen sind hier vor allem eine „neue Unternehmergeneration“ – neue Geschäftsmodelle, neue Wege der öffentlichen Versorgung und neue Methoden der Arbeit mit lokalen Märkten“ (van Eijl 2012: 1). Konkrete Möglichkeiten für soziale Innovationen, die genannt werden, sind neue Produkte und Dienstleistungen für unbefriedigte soziale Bedürfnisse (z. B. häusliche Pflege, Verkehr oder Bildung) (1), Märkte finden, wo vorhandene Produkte und Dienstleistungen so angepasst werden können, dass eine größere Verbrauchernachfrage befriedigt werden kann (2), Soziale Innovation am Arbeitsmarkt (3) (ebd.).

### **2.2.3 Soziale Innovationen im zivilgesellschaftlichen Diskurs Deutschlands**

Neben der europäischen und deutschen Innovations- und Forschungspolitik lassen sich ebenso in der Zivilgesellschaft verschiedene Beiträge und Ansätze zum Thema soziale Innovationen ausmachen. Auch hier ist der Diskurs von der Einsicht geprägt, dass vor dem Hintergrund sich verschärfender gesellschaftlicher Problemlagen und einer beschleunigten Veränderungsdynamik in Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur technologische Innovationen sowie etablierte Steuerungs- und Problemlösungsroutinen nur ein eingeschränktes Problemlösungspotenzial aufweisen (Howaldt/Schwarz 2010: 45). Ähnlich wie in der Politik werden soziale Innovationen als Lösungsmechanismus vor allem mit Blick auf sozialpolitische Themen diskutiert. Ihnen kommt hiermit vorrangig eine kompensatorische Funktion zu. Neben dieser Perspektive wird das Potenzial sozialer Innovationen vor allem aber auch in ihrer gestaltenden Funktion erkannt.

---

8 Weiter vorangetrieben wurde das Thema im Rahmen des „Social Innovation Dialogues“, veranstaltet vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und der Vodafone Stiftung Deutschland (siehe auch Conrad 2012).

Des Weiteren ist zu beobachten, dass Teile der Zivilgesellschaft die Debatte um soziale Innovationen im starken Maße mit dem Nachhaltigkeitsdiskurs verknüpfen. Hier lassen sich bereits frühe Anfänge in der Debatte um die „Grenzen des Wachstums“ (Meadows 1972) erkennen. Nicht zuletzt die Rio-Konferenz 1992 machte eine Abkehr von einer rein technologisch getriebenen Wachstumsdynamik und Ziele einer ökologisch, sozial und ökonomisch nachhaltigen Entwicklung deutlich.

Die wachsende Bedeutung des zivilgesellschaftlichen Diskurses zu sozialen Innovationen ist unter anderem an zunehmenden Aktivitäten zivilgesellschaftlicher Initiativen, Netzwerke, Stiftungen und Vereinigungen zu erkennen. Als Beispiel von mehreren kann hier die Netzwerkgorganisation Ashoka genannt werden. Ashoka zielt darauf ab, für Sozialunternehmer ein Umfeld zu schaffen, „in dem sie ihre Innovationen wachsen lassen können: Sie sollen möglichst viele Menschen damit erreichen und im Idealfall ein gesellschaftliches Problem großflächig lösen.“<sup>9</sup> Ashoka fördert solche Sozialunternehmer als Ashoka Fellows.<sup>10</sup> Die Arbeit von Ashoka bezieht sich auf drei Schwerpunkte: Sozialunternehmer finden, Fellowships und Sektorprogramme (Jugend- und Bildungsarbeit)/Internationale Kooperationen. Soziale Innovationen werden als Antwort auf soziale Probleme, wie „fehlgeschlagene Integration, ungerechte Bildungssysteme, Arbeitslosigkeit und soziale Isolation“ verstanden. Soziale Innovationen sind demzufolge neue Lösungsmodelle, die nicht nur durch den Sozialstaat, sondern auch durch kreative und engagierte Bürgerinnen und Bürger eingebracht werden können, die sich als „Social Entrepreneur“ verstehen.

Soziale Innovation ist ebenfalls ein zentraler thematischer Schwerpunkt einiger Stiftungen und ihrer Förderaktivitäten. Zu nennen sind hier die World-Vision Stiftung, die Volkswagenstiftung, die Vodafone-Stiftung, die Heinrich-Böll-Stiftung, das Denkwerk Zukunft-Stiftung für kulturelle Erneuerung und die Stiftungsgemeinschaft Anstiftung & Ertomis. Beispielhaft sollen hier die Aktivitäten der Heinrich-Böll-Stiftung genannt werden, die einen Programmschwerpunkt zur ‚Großen Transformation‘ und einen entsprechenden Themen-Cluster im Rahmen ihrer Promotionsförderung eingerichtet hat. Hiermit wird eine zentrale Forderung des Wissenschaftlichen Beirats für Globale Umweltveränderungen (WBGU) zur „Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation“ (WBGU 2011) zur Umsetzung des „Green New Deal“ aufgegriffen, nämlich einen Beitrag zum Aufbau des neuen Forschungsfeldes der Transformationsforschung zu leisten. Im Rahmen des Themen-Clusters nehmen Fragen zu transformationsorientierten Innovationen, ihren Bedingungen der Umsetzung (z. B. innovationsförderlicher Suchprozess) und Förderung (z. B. Geschäftsmodelle) sowie Hemmnissen einen zentralen Stellenwert ein. Hierbei wird zwischen technischen, sozialen und finanzökonomischen Innovationen unterschieden. Mit der Perspektive auf einen Transformationsprozess in Richtung nachhaltige Entwicklung wird eine weitere Qualität für Innovation betont: es werden Innovationen gesucht, die den gesellschaftlichen Transformationsprozess in Richtung nachhaltige Entwicklung befördern.

Ein weiterer Anhaltspunkt für die zunehmende Bedeutung sozialer Innovationen ist eine Vielzahl von Forschungs- und Beratungseinrichtungen, die sich mit speziellen Themen- und Handlungsfeldern sozialer Innovationen befassen (z. B. im deutschsprachigen Raum: Sozialforschungsstelle Dortmund, Institut für Sozialinnovation (ISInova) in Berlin, Soziale Innovation

---

9 <http://germany.ashoka.org/>

10 Derzeit engagieren sich 43 Unternehmerpersönlichkeiten im deutschen Ashoka Support Netzwerk, in Europa sind es 160 (Stand Juli 2012).

GmbH in Dortmund und Berlin, IQ Consult GmbH Berlin, Institut für soziale Innovation in Solingen, Zentrum für soziale Innovation in Wien). Darüber hinaus gibt es seit 2008 einen Bachelorstudiengang „Management sozialer Innovationen“ an der Fakultät für angewandte Sozialwissenschaften der Hochschule München. Ausgangsüberlegung hierbei ist, dass Deutschland „im Vergleich zu anderen europäischen und außereuropäischen Ländern auf allen gesellschaftlichen Ebenen, in Wirtschaft, Sozial- und Bildungsbereich und im Bereich der politischen Steuerung einen viel beklagten Innovationsstau“ aufweist. Auch hier werden soziale Innovationen in einen Zusammenhang mit gesellschaftlichen Veränderungsprozessen gestellt und der Bedarf formuliert, dass diese Prozesse in der Zivilgesellschaft und den diversen Institutionen verankert und professionell begleitet werden müssen.<sup>11</sup>

#### **2.2.4 Soziale Innovation aus der Perspektive der Praxis**

Führt man die im Praxisfeld dargestellten Perspektiven zusammen, ergibt sich ein ähnliches Bild wie in Bezug auf die wissenschaftliche Reflexion (siehe Tabelle 2). Auch hier finden sich recht unterschiedliche Bezüge auf erwartete Beiträge sozialer Innovationen für den gesellschaftlichen Wandel, wobei eine sozialpolitische Orientierung vorherrscht. Problematisch ist, dass die Breite der identifizierten Problembezüge konzeptionell nicht passfähig ist mit der vorrangigen sozialpolitischen Orientierung. Die Debatte wird im Hinblick auf die Funktion von sozialen Innovationen darauf verengt, dass diese die negativen Folgen des derzeitigen Wirtschafts- und Sozialsystems kompensieren sollen. Allerdings werden Nachhaltigkeitsbezüge in den Praxisfeldern zunehmend erkannt, wenn auch die konzeptionellen und programmatischen Ansätze sich meist noch in den Anfängen befinden. Die bisherigen Förderprogramme und Projekte haben eher einen pilothaften Charakter.

---

11 <http://studieren.de/studienprofil.0.management-sozialer-innovationen-bachelor-of-arts-hochschule-muenchen-munich-university-of-applied-sciences.32823.187.html>.

Tabelle 2: Merkmale und Bezüge sozialer Innovationen aus Perspektive der Praxis

Perspektive	Problembezug	Verständnis	Funktion	Nachhaltigkeitsbezug
<b>Europäische Forschungs- und Innovationspolitik</b>	Globaler Wettbewerb; Bewältigung gesellschaftlicher Trends (z. B. demographischer Wandel, Inklusion/Integration)	Innovation ermöglicht Wettbewerbsfähigkeit (neue Ideen, Produkte und Dienstleistungsangebote)	Kompensatorisch, ersetzend sowie Balance von Wettbewerb und Sozialpolitik	Proklamierte Orientierung am Leitbild nachhaltiger Entwicklung
<b>Deutsche Innovations- und Forschungspolitik</b>	Gesellschaftlicher Wandel und Reformen des Sozialstaates	Innovation als technische und ökonomische Neuerung; soziale Innovationen mit katalytischer Funktion jenseits von Markt und Staat	Kompensatorisch, instrumentell sowie Flankierung technischer Innovationen	Spektrum von nachgeordnet (Primat: High-Tech-Strategie) bis proklamiert
<b>Zivilgesellschaftlicher Diskurs in Deutschland</b>	Beschleunigte Veränderungsdynamik in Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur	Neue Lösungen, nicht nur durch den Sozialstaat, sondern auch durch kreative, engagierte Bürgerinnen und Bürger	Kompensatorisch sowie gestaltend	Spektrum von Transformationsbezug bis hin zu spezifischen Nachhaltigkeitsthemen

### 2.3 Fazit zu den Debatten in Wissenschaft und Praxis

Zusammenfassend kann konstatiert werden, dass in wissenschaftlichen und praktischen Debatten die Bedeutung sozialer Innovationen als Lösung für (gravierende) gesellschaftliche Probleme erkannt und inhaltlich – wenn auch recht unterschiedlich – bestimmt wird. Auffallend ist das breite Problem- und Lösungsspektrum, das benannt wird. Nachhaltigkeitsbezüge sind häufig mit angelegt, dienen aber meist nicht als zentrale Rahmung. Andere gesellschaftliche Probleme, wie die angespannte Finanzlage, der demographische Wandel oder soziale Verwerfungen werden derzeit als wichtiger angesehen. Hiermit können einerseits Schwierigkeiten einhergehen, Nachhaltigkeit als erweiternden und neuen Modus der gesellschaftlichen Problembearbeitung einzuführen und als handlungsleitend durchzusetzen. Andererseits kann das Aufgreifen dieser Themen dazu genutzt werden, durch eine Erweiterung des Nachhaltigkeitsbezuges neue Synergiepotentiale zu erschließen.

Zudem fällt eine gegenläufige Funktionsbestimmung sozialer Innovationen in Wissenschaft und Praxis auf. In den wissenschaftlichen Ansätzen zu sozialen Innovationen werden relativ unspezifisch-breite Bezüge (Wirtschaftswachstum allgemein, Übergang zur Wissensgesellschaft, aktuelle Problemvielfalt – vgl. Tabelle 1) hergestellt und es ist dabei oft die Rede vom Kombinieren, Verbinden, Gleichgewichte herstellen sowie einer Stärkung von Kompetenzen. Dagegen werden in der politischen Praxis soziale Innovationen im Rahmen konkreter Problemlagen konzipiert (gesellschaftlicher und demographischer Wandel, neue Dynamiken bei Integration und im globalen Wettbewerb – vgl. Tabelle 2). Kritiker weisen daher auf die Gefahren einer rein reduktionistischen Betrachtung und einer rein kompensatorischen Rolle von sozialen In-

novationen hin. Zivilgesellschaftliche Konzeptionen wählen dagegen oft eine noch breitere Problemperspektive als die Wissenschaft und heben zudem die Möglichkeiten einer gestaltenden Funktion sozialer Innovationen hervor.

Nicht zu übersehen ist zudem, dass der Bezug auf Nachhaltigkeit zwar teilweise angelegt ist, aber größtenteils noch wenig ausgearbeitet ist oder sich noch im konzeptionellen Stadium befindet. Auch Anchlüsse an das hier interessierende Thema der gesellschaftlichen Transformation in Richtung nachhaltige Entwicklung fehlen bis auf wenige Ausnahmen. Entsprechende thematische Bezüge (beispielsweise zu Transformationserfordernissen) sind bisher nur teilweise oder gar nicht vorhanden, auch eine hiermit verbundene Reflexion ist kaum aufzufinden.

Schließlich ist eine Schiefelage der Rezeption des Innovationsbegriffs offenkundig. Diese ergibt sich vor allem aus der „Einbettung des Begriffs in eine ehemals populäre technikaffine Theorie sozialen Wandels“ (Bormann et al. 2011: 11 f.), eines hieran orientierten einseitigen ökonomischen Wohlstandsverständnisses sowie den daran ausgerichteten gesellschaftlichen Diskursen und Schwerpunktsetzungen.

Sozialwissenschaftlich allgemein geteilt ist der Befund, dass Innovationen als Antriebskräfte für sozialen Wandel angesehen werden können (Aderhold 2005; Braun-Thürmann 2005; Zapf 1994). Sie lockern festgefügte Erwartungshaltungen auf oder verändern diese, auch und gerade gegen den Widerstand von Gewohnheiten, Unsicherheiten und etablierten Interessenslagen. Damit sind aber erst Ausgangspunkte für eine Bestimmung sozialer Innovationen benannt, welche sich im Kontext der Nachhaltigkeits- und Transformationsdiskussion als fruchtbar erweisen können. Im Weiteren soll deshalb geklärt werden, in welcher Weise soziale Innovationen und gesellschaftliche Transformation inhaltlich verknüpft werden können. Nötig ist dafür ein Begriff von Innovation, der den verschiedenen angesprochenen Problembezügen und -dimensionen gerecht zu werden vermag.

## 2.4 Aspekte und Typen von Innovation

Innovationen brechen zunächst mit dem Erwartbaren, sie fungieren als Neuerungen, die durch soziale Akzeptanz<sup>12</sup> und die kollektive Attribuierung von Neuheit<sup>13</sup> gekennzeichnet sind und die in sozialen Zusammenhängen zu erneuernden Veränderungen beitragen. Das bedeutet:

- Innovationen sind immer gesellschaftlich verankert und müssen sich demzufolge in sozial strukturierten und sozial neu auszuhandelnden Umfeldern entwickeln, bewähren und durchsetzen.

---

12 Die Diffusionsforschung (u. a. Attewell 1992; Rogers 2003) ist hierbei eine wichtige Wissenschaftsperspektive, die sich eingehender mit dieser Frage beschäftigt.

13 Der Erfolg eines Vorhabens (das sich selbst als Innovation beschreibt) hängt folglich nicht (nur) von der Güte einer Idee oder eines Ziels ab (siehe Berkun 2007), sondern ist von Bedingungen sozialer Akzeptanzbeschaffung (vor allem in anderen sozialen Systemen) sowie von der (nur bedingt zu beeinflussenden) Entwicklung der Erwartungsstrukturen in den jeweiligen gesellschaftlichen Bereichen abhängig. Eine von Innovationsakteuren ausgehende Perspektive greift deshalb deutlich zu kurz. Sie ist durch eine Perspektive zu ergänzen, die in der Lage ist, die sozialen Systemreferenzen und -zusammenhänge zu erfassen. Die Innovationsforschung muss sich deshalb mit Fragen nach den Möglichkeiten und Einbettungen kommunikativer Prozesse sozialer Akzeptanz sowie den systemübergreifenden Diffusionserfordernissen beschäftigen.

- Innovationen sind Ergebnisse eines sozialen Prozesses: Das Attribut ‚Innovation‘ wird erst nachträglich vergeben, das heißt nachdem sich eine Veränderung, eine neue Leit-idee, eine neue Praxis, ein neues Produkt oder Verfahren durchgesetzt haben (Schumpe-ter 1980).
- Innovation ist somit das Ergebnis eines sozialen Urteils, das in gesellschaftlichen Diffusi-onsprozessen erst a posteriori gefällt wird (Rogers 2003). Das schließt natürlich nicht aus, dass viele Neuerungen – welcher Art auch immer – in der Gesellschaft und ganz besonders im Marketing mit dem Label einer „Innovation“ versehen werden.
- Innovationen behaupten sich als Innovationen immer erst durch das Publikum, das die-se nutzt und als solche anerkennt. Auf diese Weise werden strukturell folgenreiche Ver-änderungen, das heißt erneuernde beziehungsweise transformierende Effekte<sup>14</sup>, erzeugt. Dabei können Innovationen insbesondere hinsichtlich der Reichweite und Wirtktiefe der von ihnen ausgelösten gesellschaftlichen Veränderungen unterschieden werden (Aderhold 2009).
- Von (Basis-)Innovation kann nur dann sinnvollerweise gesprochen werden, wenn durch die angestoßenen Veränderungen (ob technisch oder wie immer induziert) zugleich die Richtung sozialer Entwicklung grundlegend oder nachhaltig beeinflusst wird (Parsons 1969).
- Schließlich sind Innovationen keineswegs immer besser als vorhandene Praktiken und Lösungen. Sie haben Nebenfolgen und sie sind zuweilen auch äußerst unerwünscht oder gesellschaftlich dysfunktional (Andersen/Taylor 2009).

Diese Überlegungen legen den Schluss nahe, dass Innovationen generell als gesellschaftliches Produkt und als gesellschaftlich wirksam anzusehen sind, ganz gleich, ob es sich um technische Neuerungen, neue Geschäftsmodelle, neue Kooperationsformen oder neue Konsumstile han-delt. Zudem sind sie selbst in soziale Praktiken und Kontexte eingebettet und sofern sich die nischenförmig angelegten neuen sozialen Praktiken stabilisieren und verbreiten, verändern und transformieren sie gesellschaftliche Verhältnisse.

Innovationen fassen wir als gesellschaftliche Möglichkeiten, bestimmte Probleme entgegen bestehender Erwartungen lösen zu können. Sie sind von bisher praktizierten Selbstverständ-lichkeiten und Routinen abweichende, neuartige Praktiken, die Lösungen für gesellschaftliche Probleme darstellen und weitreichende strukturelle gesellschaftliche Veränderungen zur Folge haben.

Entscheidend ist, die Dynamik des Veränderungsprozesses sowie die spezifischen Wirkungen (z. B. Transformation und gesellschaftliche Verbreitung nachhaltiger Konsumpraxen) in den Blick zu nehmen, da beide Aspekte – Dynamik und Struktureffekte – als Grundlage für die Be-

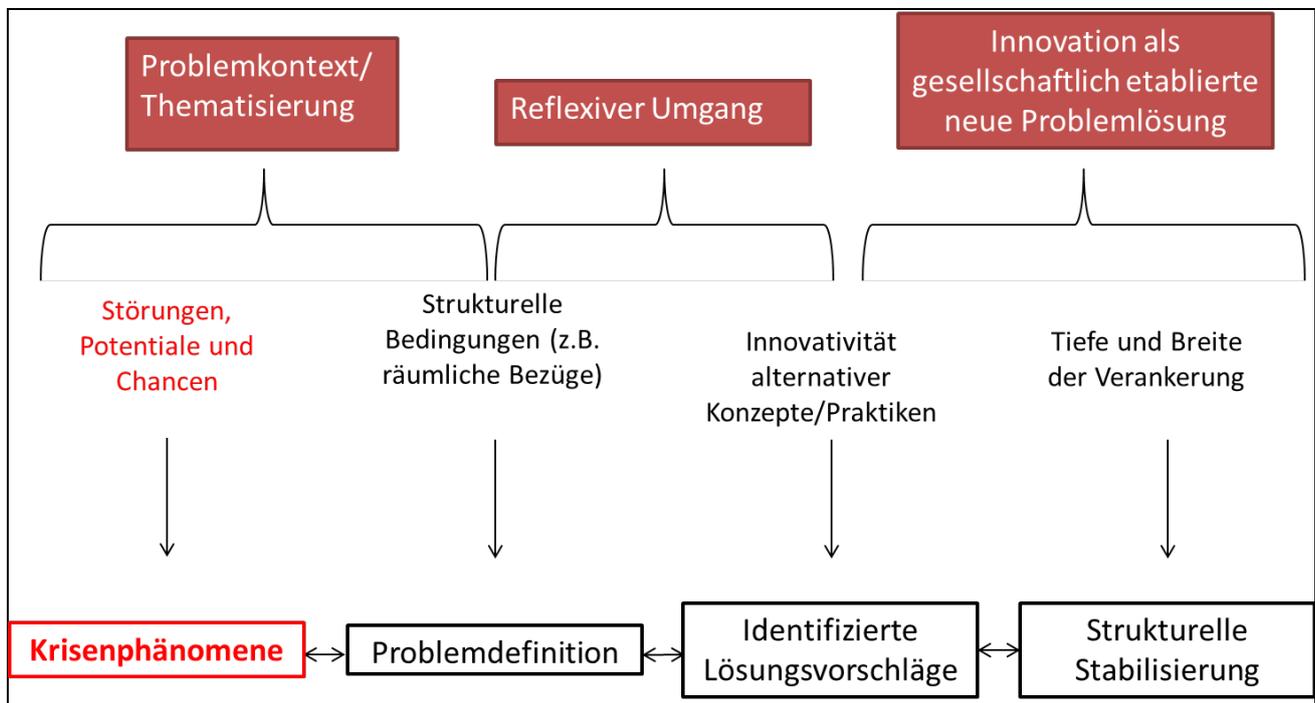
---

<sup>14</sup> Eine Organisation, die beispielsweise ein neues Produkt oder ein neues Geschäftsmodell entwickeln möchte, muss sich entsprechend inhaltlich und strukturell neu ausrichten (neue Forschungskoooperation eingehen oder neue Fertigungsmaschinen anschaffen sowie neue Produktionskonzepte umsetzen). Damit handelt es sich um ein neues Produkt aber nicht zugleich auch um eine Innovation, denn dieses Prädikat wird erst auf der Basis der Kundeneinschätzungen (am Markt) vergeben. Ähnlich verhält es sich im Bereich neuer Wohn-konzepte. Hier kommen strukturell angelegte Änderungen auf diejenigen zu, die neue Formen des Wohnens und Lebens ausprobieren. Zu einer Innovation wird dies aber erst, sofern hierdurch alltägliche Praxen des Wohnens, der Wohnraumplanung sowie Stadtteil- und Stadtentwicklung folgenreich verändert werden.

urteilung sozialer Innovationen herangezogen werden können. Der dynamische Prozess von Innovationen lässt sich aus unserer Perspektive hinsichtlich dreier Phasen differenzieren und beobachten (vgl. Bormann et al. 2011; John 2005) (siehe Abbildung 1):

- Erstens ist die Problematisierung bestehender gesellschaftlicher Verhältnisse als Auslöser von Innovationen zu betrachten.
- Anschließend geraten zweitens identifizierbare Lösungsvorschläge und – in struktureller Hinsicht – die durch den Wandel sich verändernden Routinen und Werte in den Blick.
- Drittens geht es um die Phase der Restabilisierung. Gelingt es, die etablierten und für ungenügend befundenen Strukturen mittels Innovation abzulösen, müssen die so transformierten Verhältnisse schließlich wieder restabilisiert werden.

Abbildung 1: Innovationsprozess (eigene Darstellung)



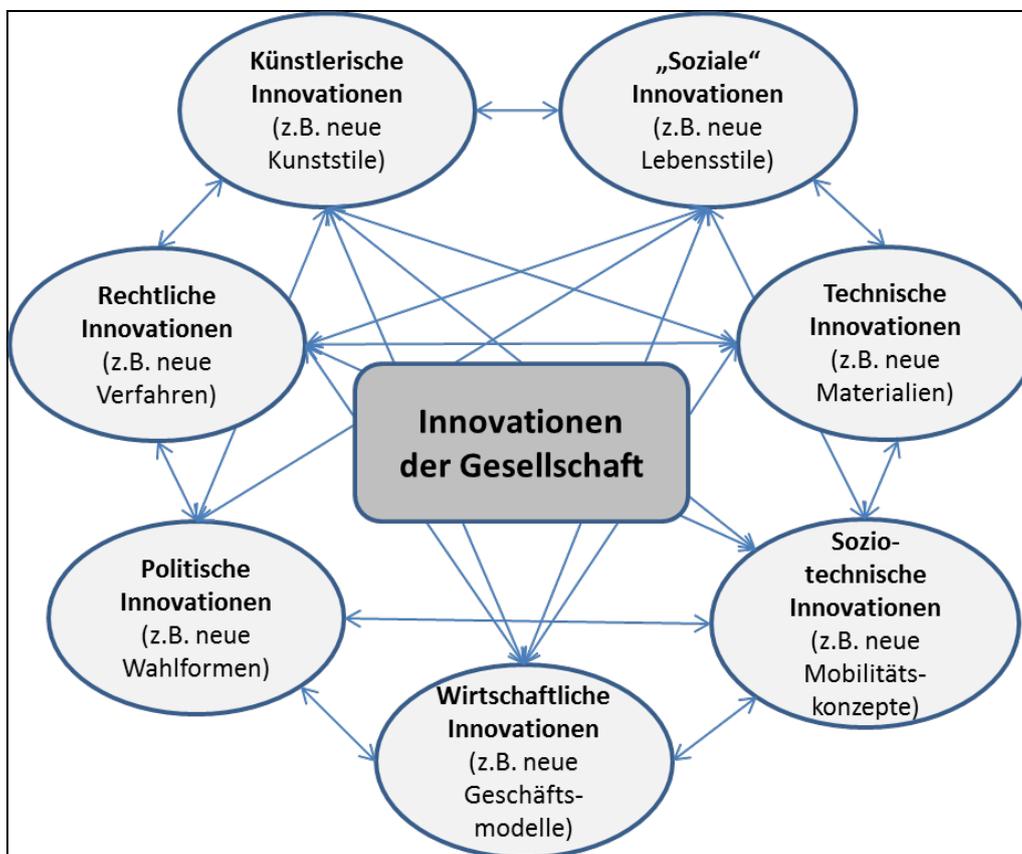
Im Folgenden gehen wir davon aus, dass Innovationen als soziale Phänomene nicht aus einer schon vorher spezifizierten Perspektive heraus erfasst werden können, sondern vor allem als Moment und Bestandteil sozialen Wandels in den Blick zu nehmen sind (John 2005). Innovationen sind mit sozialem Wandel nicht identisch. Sie bilden vielmehr eine Teilmenge von Prozessen des sozialen Wandels (Zapf 1994: 32). Innovationen können neue Wege aufzeigen, neue Richtungen bisheriger Problemlösungsverfahren ermöglichen, wobei die hiermit aufgezeigten neuen Möglichkeiten folgenreich für den gesellschaftlichen Wandel sind.

Der Umgang mit dem Phänomen Innovation ist noch in einer weiteren Hinsicht klärungsbedürftig und zwar hinsichtlich einer brauchbaren Typologie, die die Basis für einen angemessenen analytischen, aber auch praxisbezogenen Umgang darstellt. Hilfreich kann eine am Alltagswissen angelehnte Typisierung sein (Brooks 1982). Unterschieden werden hier nahezu rein technische Innovationen (z. B. neue Materialien), sozio-technische Innovationen (z. B. Infrastruktur für die private Motorisierung) und soziale Innovationen. Innerhalb sozialer Innovationen werden Untertypen der Marktinnovation (z. B. Leasing), der Managementinnovation (z. B. neue Arbeitszeitregelungen), politische Innovationen (z. B. Gipfeltreffen) und institutionelle Innovationen (z. B. Selbsthilfegruppen) unterschieden (Zapf 1994).

Ergänzend hierzu kann es sinnvoll sein, auf die sozialen ‚Entstehungs-Orte‘ von Innovationen und auf gesellschaftliche Effekte hinsichtlich Ausbreitung und Akzeptanz zu achten. Dieser gesellschaftliche Bezug ist noch durch einen zweiten Aspekt zu ergänzen. Innovationen sind aufgrund ihrer mikrosozialen Anbindung an soziale Praktiken zudem als soziale Phänomene zu fassen (u. a. Braun-Thürmann/John 2010; Schwarz/Howaldt 2010; Rogers 2003). Zur Orientierung und Typenbildung ist es hieran anschließend hilfreich, zunächst vom ‚Innovationsobjekt‘ auszugehen.

Der Objektbezug wird dabei weniger vom Objekt selbst definiert, sondern vielmehr vom jeweiligen gesellschaftlichen Kontext. Damit lassen sich – wie im üblichen Sprachgebrauch – „institutionelle“, „künstlerische“, „technische“ und „politische“ Innovationen unterscheiden (siehe Abbildung 2).

Abbildung 2: Typen von Innovation



Das Modell soll deutlich machen, dass Innovationen nicht als isolierte Phänomene zu betrachten sind, sondern die jeweiligen Interdependenzen sowie Binnenvernetzungen mit in den Blick genommen werden sollten.

Auf der Ebene von Handlungen und Handlungspraxen, auf die alle Innovationstypen angewiesen sind, können zwei Bezüge unterschieden werden. Erstens sind es gerade nischenförmig angelegte Initiativen, Projekte oder Akteure, die Neues ausprobieren, austesten und gesellschaftlich als neue Lösung ausweisen. Diese können dann Ausgangspunkt für gesellschaftliche Veränderungen (z. B. in Richtung von mehr Nachhaltigkeit) sein, müssen aber nicht.

Neben dieser gesellschaftlichen Initiierung des Neuen ist zweitens die Beharrungskraft bereits etablierter Handlungsmuster und -praxen zu beachten. Die Handlungsebene ist folglich ambivalent und muss als solche auch konzeptionell beziehungsweise modelltheoretisch abgebildet werden, da sich auf dieser Ebene die Diffusions- und Akzeptanzfähigkeit von allen Innovations-

vorhaben entscheidet. Sollen sich Neuerungen verbreiten und gesellschaftlich etablieren, müssen sich die bisher bewährten Praktiken verändern, was voraussetzt, dass die neuen (nachhaltigeren) gesellschaftlich akzeptiert werden.

Hieran anschließend kann gefragt werden, in welcher Weise beispielsweise in der Nachhaltigkeitsdebatte partizipative, institutionelle, politische oder rechtliche Neuerungen ausprobiert, initiiert und weiterentwickelt werden, so dass hierdurch etablierte Praktiken in breiterem Umfang aufgebrochen und verändert werden. Dies gelingt vor allem dann, wenn auch zugleich Werte, Normen und Leitbilder, aber auch neue Governance-Formen und auch macht- und interessenbasierte Akteurskonstellationen hinterfragt, verändert beziehungsweise erneuert werden.

Auf Nachhaltigkeitsprobleme antworten inzwischen verschiedene Akteure, Projekte und Initiativen mit Lösungen. Solche Lösungen haben aber vor dem Hintergrund der hier herausgearbeiteten Besonderheiten von Innovation (Moment sozialen Wandels, strukturelle – folgenreiche – Effekte sowie Prozessualität) zunächst lediglich den Stellenwert von Vorschlägen. Sie müssen sich erst noch gegenüber den etablierten Praktiken behaupten und gesellschaftlich durchsetzen. Hieraus ergibt sich nicht nur die Einsicht, dass die Akzeptanzbedingungen für soziale Innovationen je nach Objektbezug, Schwerpunktsetzung und Kontext variieren, sondern auch, dass beispielsweise zivilgesellschaftlich angestoßene Lösungsvorschläge auf förderliche Veränderungen und Innovationen in anderen Bereichen (z. B. politische Innovationen) essentiell angewiesen sind. Zu diesen Erfordernissen sozialer Innovationen kommt außerdem das Problem einer geringen Standardisierung hinzu. Damit ist gemeint, dass die mit sozialen Innovationen anvisierten Probleme aufgrund ihrer Spezifik kaum Generallösungen erlauben, die allgemein gelten könnten. Darum sind hier besonders Commitment, Koordination, Organisation und eine für Akzeptanzbedingungen sensibilisierte gesellschaftliche Diffusion erforderlich.

Zwei miteinander korrespondierende Aspekte sind hier bedeutsam: Krisenprozesse beziehungsweise gesellschaftliche Herausforderungen, wie die in Kapitel 3 thematisierten Krisen beziehungsweise komplexen Herausforderungen der Stadt, aber auch demographische Probleme, Gerechtigkeitsfragen oder neue Anforderungen an Sozial- und Gesundheitspolitik. Die sie begleitenden Diskurse und Debatten weisen (recht unterschiedlich ausfallende) Nachhaltigkeitspotenziale im Sinne neuer Lösungen auf, die aber in vielen Fällen erst noch gesellschaftlich wie politisch sondiert und mit Hilfe wissenschaftlicher Empirie und Reflektion aufbereitet werden müssen. Hinzu kommt, dass neue Ideen, Konzepte und Praktiken in Form artikulierter Innovationspotenziale sich unter bestimmten Voraussetzungen zu einer ‚Keimzelle‘ künftigen sozialen Wandels entwickeln können. Als ein Bezugspunkt können aufgeworfene Problematisierungen, aber auch Lösungsofferten fungieren. Innovationsbereitschaft herzustellen, bedeutet unter dieser Voraussetzung nichts anderes als die Erzeugung beziehungsweise Initiierung von Alternativbewusstsein, welches neue Ansatzpunkte für eine Ausgestaltung transformationsorientierter Governance-Formen bereitstellen kann. Innovationsansätze können demzufolge nicht nur bei den Praktiken selbst ansetzen oder bei den bisherigen Problemlösungsmustern, sondern gerade auch bei den bestehenden Governance-Formen.

In diesem Sinne kann mit diesen neuen Phänomenen, die hinsichtlich ihrer transformativen Wirkungen in Richtung Nachhaltigkeit jeweils eingeordnet werden müssen, eine Chance für ihre Etablierung, Verbreitung und Durchsetzung verbunden sein. Die künftig zu bearbeitende und sich vor allem auf die Ausgestaltung hilfreicher Governance-Formen beziehende Frage ist dann, wie aus den Potentialen der vielen Konzepte, Projekte und Initiativen auch tatsächlich soziale Innovationen werden können, die es vermögen einen transformierenden Wandel in Richtung mehr Nachhaltigkeit anzuschieben.

Dabei ist nicht nur zu thematisieren, wie sich Konzepte oder Praxen gesellschaftlich verbreiten können, sondern auch welche Strategien hierbei sinnvoll sind. Schließlich stellt sich die generelle Frage, wie aus diesen vielen (noch vereinzelt) Aktivitäten ein ‚großes Ganzes‘ wird in Form gesellschaftsumfassender Strukturänderungen, wobei hier insbesondere die noch näher auszuführenden Governance-Formen bedeutsam sind.

### 3 Experimentierraum „Stadt“

Das Anliegen des folgenden Kapitels besteht darin, die bisher eher allgemein aufbereiteten Fragestellungen zur Bedeutsamkeit sozialer Innovationen – der Art und Weise, diese zu unterstützen sowie nach den neu auszurichtenden Governance-Formen – für ein konkretes Anwendungsfeld zu thematisieren. Ausgehend von aktuellen Herausforderungen städtischer Entwicklung sowie der hier zu bearbeitenden Gestaltungsaufgaben und Problemlagen sondieren wir neue Initiativen, Projekte und Akteure, die sich mit nachhaltigen Konzepten und Praktiken zu behaupten suchen. Nach einer innovationsbezogenen Analyse ihrer Potentiale, Struktureigenschaften und Verbreitungschancen, werden anhand von explorativen Experteninterviews gegenwärtig wirksame Barrieren und Spannungsfelder empirisch reflektiert, mit dem Ziel, Hinweise auf künftig zu verändernde beziehungsweise auf zu befördernde Governance-Formen geben zu können.

Am Themenfeld Stadt wird im Folgenden beispielhaft eine Vorgehensweise zur problembezogenen Analyse sozialer Innovationen im Kontext neuer Governance-Formen skizziert. Eine Gesamtübersicht über alle relevanten Strukturprobleme und Wandlungsvorgänge in Städten kann an dieser Stelle nicht ausgearbeitet werden. Vielmehr geht es mit dieser explorativen und exemplarisch angelegten Vorgehensweise darum, Folgerungen für die gesellschaftliche Transformation auf der Basis von Innovationspotenzialen einerseits und lösungsorientierten sozialen Innovationen andererseits aufzuzeigen.

Im Vordergrund steht eine Fokussierung auf Probleme, die mit spezifischen Folgewirkungen einhergehen und folglich als Barrieren, aber auch als Chancen für Veränderungen gedeutet werden. Insbesondere lohnt es sich, nach vielversprechenden Lösungsansätzen Ausschau zu halten, da diese a) die Notwendigkeit zur Transformation nachvollziehbar werden lassen, um und hieran anschließend zu fragen, b) inwiefern schon Lösungen als soziale Innovationen bezeichnet beziehungsweise als solche ausgewiesen werden, aber auch, wo sich Chancen für (innovative) Veränderungen bieten.

Empirische Basis des folgenden Kapitels sind Literaturanalysen zu städtischen Krisenfeldern und von Selbstdarstellungen kommunaler Initiativen sowie die in Abschnitt 3.3 beschriebenen Interviews mit Expertinnen und Experten in diesen Handlungsfeldern.

#### 3.1 Die Krise der Städte als Barriere und Chance

Die Hälfte der Weltbevölkerung lebt seit dem Jahr 2008 in städtisch geprägten Räumen. Bis zum Jahr 2030 wird der Verstädterungsgrad auf 60 Prozent steigen (OECD 2010a), was einer Stadtbevölkerung von cirka fünf Milliarden Menschen entspricht. Mit 74 Prozent fällt der Verstädterungsgrad, also der Anteil der städtischen Bevölkerung in den hoch entwickelten Ländern besonders hoch aus (Ribbeck 2008). Problematisch an dieser Entwicklung ist, dass gerade in den Städten weltweit der größte Anteil an Energie verbraucht wird. Demzufolge weisen Städte als Knotenpunkte gesellschaftlicher Entwicklung und gesellschaftlichen Lebens mit den größten Anteil an den globalen Treibhausgasemissionen auf (OECD 2010a: 47 ff.).

Städte stellen aber auch ein bedeutendes lokales Reallabor, Experimentier- und Innovationsfeld für gesellschaftliche Veränderungen dar (Schneidewind/Scheck 2013). Sie machen es möglich, komplexe gesellschaftliche Gefüge zu koordinieren sowie auf neue Weise zu gestalten. Auf der Grundlage der artifiziellen Lebenswelt (Kunstlandschaft der Stadt) erlangt die Menschheit auch Gestaltungsmacht über die menschliche Natur und damit über sich selbst (Popitz 1995). Durch sie bietet sich immer aufs Neue eine Fülle an Möglichkeiten, die lokale, aber auch darüber hinausgehend die gesellschaftliche Lebensweise selbstbestimmt zu definieren und auszugestalten.

Stadtbildung, Städtebau und Stadtentwicklung haben also nicht nur das gesellschaftliche Leben auf Dauer verändert, sondern auch der Gesellschaft die Möglichkeit gegeben, nach neuen und innovativen Wegen ihrer eigenen Ausgestaltung zu suchen und diese zu finden. Städte treffen Entscheidungen, aber nicht nur für sich selbst, sondern diese sind immer auch ein Angebot an die Gesellschaft (Sennett 1994).

Die Stadt und ihre Integrationsfähigkeit werden gegenwärtig zunehmend in Frage gestellt. Die Gründe sind vielfältig, zuweilen intransparent und strittig. Genannt werden auf der einen Seite soziale Polarisierungsprozesse, Kommunen, die einen fortschreitenden Bevölkerungsrückgang verzeichnen, zudem Ungleichheiten, soziale Verwerfungen, Fragmentierungen oder Konflikte, die sich aus einer zunehmend ethnisch-kulturellen Heterogenität ergeben (u. a. Bernt/Liebmann 2013; Häußermann 2008; Häußermann/Kronauer/Siebel 2004; Häußermann/Läpple/Siebel 2008; Heytmeyer/Dollase/Backes 1998).

Auf der anderen Seite zeichnen sich Tendenzen ab, die dazu führen, dass nahezu die ganze Welt in einem einzigen globalen Netzwerk unter sich ständig verändernden Wettbewerbsbedingungen zusammenleben und arbeiten wird (Castells 1996; Sassen 1997). Neue Abhängigkeiten, aber auch wechselseitige Ergänzungen zwischen den Kommunen sind möglich. In jedem Fall verändern sich die Logik und damit auch das Gefüge der Standorte und der Räume. Neue Vergemeinschaftungen und Milieus bilden sich heraus, die ihre Identität nicht mehr durch lokale Bezüge herstellen müssen. Zudem droht eine neue Spaltung von Elite und Bürgergesellschaft. Es könnte aber auch sein, dass sich die Stadt zu einer unverbundenen Ansammlung von Wohnstätten, Konsum- und Arbeitsplätzen entwickelt und sich die bedeutsameren sozialen Herausforderungen künftig auf ganz anderen Ebenen abspielen, wie etwa Unterschiede und Ungleichheiten zwischen Reich und Arm, zwischen Inkludierten und Exkludierten, zwischen Ost- und West- oder zwischen Nord- und Süddeutschland oder gar zwischen unterschiedlichen Werte-, Kultur- und Vergemeinschaftungsmilieus (u. a. Herrmann 2011; Nassehi 2002).

Vor allem mit der Krise der altindustriellen Regionen scheint das einheitliche Muster der europäischen Stadtentwicklung als Wachstumsprozess zu zerbrechen: Es bilden sich verschiedene Pfade städtischer Krisen und Entwicklungen heraus (Siebel 2010: 4). Neben wenigen Städten und Regionen, die dem gewohnten Wachstumspfad weiterhin folgen können, gibt es solche, deren Entwicklung von Schrumpfen oder Stagnation geprägt ist. Soziale Spaltungen vertiefen sich, die den Zusammenhalt der Stadt infrage stellen. Städte drohen von Orten expliziter Integration zu Orten der internen Ausgrenzung zu werden. Angesichts der Aufgaben, vor die die Städte damit gestellt sind, wäre es notwendig, ihren Handlungsspielraum zu erweitern. Stattdessen sind nicht nur prekärer werdende Haushaltslagen der Kommunen zu konstatieren, sondern auch eine zunehmende Verengung kommunaler Handlungsmöglichkeiten und -spielräume (u. a. Holtkamp 2011). Vor allem die Finanznot der Städte ist ein wiederkehrendes Moment der Debatte um den Stellenwert und die relative Autonomie urbaner Governance (Holtkamp 2002).

Die sich zuweilen zuspitzenden Finanznöte führen dazu, dass viele deutsche Städte im Langfristvergleich mit deutlich geringeren Investitionen reagieren. Betroffen hiervon ist die lokale Infrastruktur, die zudem mit (Teil-)Privatisierungen und mit internen effizienzorientierten Reformen untersetzt wird. Haushaltspolitik und die jeweilige, zwischen den Städten unterschiedlich ausfallende finanzielle Ausstattung wirken sich als Querschnittspolitik im erheblichen Maße auf alle anderen Politikbereiche aus und erschweren die Suche nach angemessenen Lösungen etwa in der kommunalen Sozial-, Umwelt- und Wirtschaftspolitik.

Ein Ergebnis dieser Entwicklung kann in der Krise des kommunalen Sozialstaates gesehen werden (Hanesch 2011). Stärker die Wirkungen kommunaler Selbstverwaltung im Kontext städti-

schen Handelns in den Blick nehmend, geraten die Gewährleistungen materieller Sozialleistungen sowie die Versorgung mit einer sozialen Infrastruktur zunehmend in den Fokus. Das ständig gewachsene sozialpolitische Aufgabenspektrum unter Bedingungen dramatischer Haushaltslagen forcierte in den letzten Jahren eine Debatte über das richtige Verhältnis zwischen lokaler Politik und zentralstaatlicher Steuerung und Reglementierung (Güntner 2007: 141). In den Fokus rücken in diesem Zusammenhang auch die zunehmend deutlicher werdenden Interdependenzen der verschiedenen Politikebenen sowie die Ausdifferenzierung neuer Akteurskonstellationen, die die lokalen Politikprozesse in Richtung einer „urban governance“ verschieben (ebd.). Ebenfalls verringern die forcierte Privatisierung öffentlicher Güter und von Infrastrukturleistungen sowie die Einsparversuche im Kultur-, Bildungs- und Sozialbereich die städtische Integrationskraft.

Die neuen sozialräumlichen und bürgerschaftlichen Diskurse, die vor allem von zivilgesellschaftlichen Akteuren getragen werden, betonen über die schon angesprochenen Problemkreise hinausgehend zunehmende Tendenzen von Entgrenzungs- und Fragmentierungsprozessen. Zu diesen extern veranlassten Problemdrücken gesellen sich diejenigen, die mit einer ungenügenden Problemidentifikation und -verarbeitung einhergehen. Wie sich zeigt, teilen die reform- und gestaltungseuphorischen Projekte, angefangen von der Verwaltungsmodernisierung, kommunalen Partizipationserweiterungen bis hin zu den bürgerschaftlichen Programmatiken, allesamt die Vorstellung „die sozialen Probleme dort lösen zu wollen, wo sie auftreten“ (Böhnisch/Schroer 2005: 42).

Städte und ihre Bewohnerinnen und Bewohner sehen sich folglich mit neuen Herausforderungen konfrontiert, wie die zahlenmäßige Abnahme der Bevölkerung, eine zunehmende Überalterung der Bevölkerung, ungleiche Einkommensverhältnisse einhergehend mit räumlicher Entmischung, verstärkter Klimawandel, eine steigende Nachfrage nach Sicherheit, nationaler und internationaler Wettbewerb zwischen Städten und Regionen in Form zunehmender Mobilität, hiermit verbundene Auf- und Abstiegsprozesse und die Gefahr der Privatisierung von öffentlichen Räumen (vgl. Miegel et al. 2012: 39).

Dieser Kontext aus einer Vielzahl fundamentaler Problemlagen sowie neuer gesellschaftlicher Herausforderungen ist nun zu erweitern durch einen grundlegenden und alle Bereiche umfassenden Transformationsprozess in Richtung nachhaltiger Entwicklung. Die sich hieraus ergebenden Chancen, vor allem aber die spezifischen Problemlagen und Barrieren müssen genauer reflektiert werden. Im Anschluss an die im Jahr 2002 veröffentlichte<sup>15</sup> und 2012 erneuerte Nachhaltigkeitsstrategie der deutschen Bundesregierung<sup>16</sup> wurden für Städte und Kommunen verschiedene relevante Themenbereiche expliziert, die verstärkt Beachtung finden sollen:

- Klimaschutz/Energie,
- Nachhaltigkeit in der Ver- und Entsorgung,
- Flächeninanspruchnahme,
- nachhaltige Mobilität,
- Bürgerbeteiligung und Einbindung spezieller Zielgruppen,

---

15 [http://www.bundesregierung.de/Content/DE/\\_Anlagen/2006-2007/perspektiven-fuer-deutschland-langfassung.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/2006-2007/perspektiven-fuer-deutschland-langfassung.pdf?__blob=publicationFile).

16 [http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Publikation/Bestellservice/2012-05-08-fortschrittsbericht-2012.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Publikation/Bestellservice/2012-05-08-fortschrittsbericht-2012.pdf?__blob=publicationFile).

- kommunale Entwicklungszusammenarbeit,
- Organisation der nachhaltigen Entwicklung in den Kommunen.

Ergänzt wird dieser Katalog von Aufgaben mit der programmatischen Aussage, dass es in deutschen Kommunen auch darum gehen müsse, „den Prozessen mehr Verbindlichkeit zu geben, die Nachhaltigkeitsaspekte mehr miteinander zu verknüpfen, Eine-Welt-Aspekte mehr zu berücksichtigen sowie Geschlechtergerechtigkeit stärker als Querschnittsaspekt zu verankern“<sup>17</sup>.

An diesen und weiteren konzeptionellen Anregungen orientiert<sup>18 19</sup> (Endlicher/Kress 2008), können nun mit Bezug auf transformations- beziehungsweise nachhaltigkeitsbezogene Ziele potenzielle und artikulierte Innovationen im städtischen Kontext identifiziert und gewürdigt werden. Dabei sind im Folgenden insbesondere drei Fragen von Bedeutung. Erstens, welche Innovationspotentiale lassen sich ausmachen, zweitens wo können transformativ wirksame Chancen identifiziert werden beziehungsweise in welcher Weise können sich diese zu sozialen Innovationen entwickeln? Drittens, welche Erfordernisse beziehungsweise Probleme müssen bei ihrer strukturverändernden Verbreitung sowie politischen wie gesellschaftlichen Durchsetzung zur Kenntnis genommen werden und welche förderlichen und hinderlichen Governance-Formen sind hierbei bedeutsam?

Ebenso wie bei den skizzierten Problembezügen städtischen Wandels finden sich auch im Bereich der als soziale Innovationen bezeichneten Initiativen und Lösungsofferten sowie der häufig nicht reflektierten Chancen für Anknüpfungs- und Synergiepotenziale ein breites, kaum zu überschauendes Spektrum an Phänomenen und Projekten, das hier nur exemplarisch betrachtet werden kann.

### 3.2 Soziale Innovationen im städtischen Kontext

Anhand aktueller Transformationsansätze und Innovationskonzepte, wie Lokale Agenda 21, Transition Town, Urban Gardening, Energiekommunen, Regionalwährung und nachbarschaftlichem Wohnen wird die Problematisierung bestehender gesellschaftlicher Verhältnisse als Auslöser von Innovationen, identifizierbare Lösungsgehalte und schließlich der aktuell beobachtbare Stand struktureller Restabilisierung thematisiert. Auf dieser Basis kann exemplarisch verdeutlicht werden, welche Potentiale diese neuen Praktiken aufweisen und welche förderlichen und hinderlichen Governance-Formen und Bedingungen im lokalen Bereich auszumachen sind und ob die jeweils formulierten Erwartungen hinsichtlich ihrer Transformationskraft sowie einer erforderlichen gesellschaftlichen Breitenwirkung erfüllt werden können.

Das Spektrum dieser städtischen beziehungsweise lokal verankerten Innovationsofferten geht über die hier ausgewählten weit hinaus. Unsere Auswahl begründet sich unter anderem durch einen explizierten Nachhaltigkeitsbezug, den diese neuen Praktiken aufweisen, sowie durch die Potentialität der bearbeiteten Inhalte, aber auch dadurch, dass diese an vielen Orten in

---

17 [http://www.difu.de/sites/difu.de/files/archiv/publikationen/zeitschriften/difu-berichte/difu-berichte-2004\\_1.pdf](http://www.difu.de/sites/difu.de/files/archiv/publikationen/zeitschriften/difu-berichte/difu-berichte-2004_1.pdf).

18 <http://www.bmvbs.de/cae/servlet/contentblob/34480/publicationFile/518/leipzig-charta-zur-nachhaltigen-europaeischen-stadt-angenommen-am-24-mai-2007.pdf>.

19 <http://www.dstgb.de/dstgb/Home/Pressemeldungen/Archiv%202012/DStGB-Positionspapier%20zur%20Energiewende%20-%20Plattform%20f%C3%BCr%20Erneuerbare%20Energien%20richtiger%20Schritt/>

Deutschland, aber auch weltweit in unterschiedlichsten städtischen beziehungsweise lokalen Kontexten ausprobiert und weiterentwickelt werden.

Um nun den Erfolg von innovationsbasierten Veränderungsprozessen in Transformationssystemen bestimmen zu können, ist es hilfreich, auf die von Coburn (2003) vorgeschlagenen Dimensionen – Tiefe, Restabilisierung, Verbreitung und Treiberwechsel (agency shift) – zurückzugreifen (siehe auch Bormann/John/Rückert-John 2011). Ausgehend von der Frage, wie transformativ ansetzende Veränderungen erfolgreich umzusetzen sind, geht es hierbei vor allem um die zu bearbeitende Aufgabe, die innovativen Veränderungen in relevante Umwelten zu ‚übertragen‘. Die angestoßenen Ausdehnungsprozesse beziehen sich „auf Handlungen, auf Restabilisierung, die Verbreitung von Normen, Prinzipien und Überzeugungen sowie auf den Wandel der Protagonisten“. Zudem wird damit die Frage der Stabilisierung in relevanten Umwelten verfolgt (ebd.: 35).

Bei der „Tiefe“ geht es um die Qualität des Wandels und vor allem, wie stark der Wandel des Handlungsmodus ausfällt. Der Aspekt der „Restabilisierung gewandelter Strukturen“ bezieht sich auf die Fortdauer der Geltung veränderter Inhalte, wobei es bei einer „Verbreitung“ nicht nur auf die Zunahme von Unterstützern oder Nachahmern ankommt, sondern inwieweit die Einführung eines Leitbildes auch faktisch Routinen des praktischen Handelns prägen kann. Beim „Treiberwechsel“ (agency shift) geht es schließlich darum, dass auch die Zielakteure des für relevant erachteten Feldes sich zu Protagonisten für die Stabilisierung des Transformationsprozesses der innovativen Veränderungen entwickeln.

### **3.2.1 Neue Verfahren der Bürgerbeteiligung: Lokale Agenda 21**

Im Jahr 1992 unterzeichneten 178 Staaten in Rio de Janeiro die Agenda 21 als ein weltweit angelegtes Aktionsprogramm mit dem Ziel einer dauerhaften nachhaltigen und umweltgerechten Entwicklung. Den Kommunen wurde hierbei eine besondere Rolle zugedacht, insbesondere bei der Sensibilisierung für eine nachhaltige umweltverträgliche Entwicklung und Mobilisierung der Öffentlichkeit, bei der Entwicklung neuer politischer Instrumente und bürgerbeziehungsweise konsensorientierter Beteiligungsverfahren (Born/Kreuzer 2002: 9). Wesentliche Elemente, die für den Aspekt der Restabilisierung wichtig sein können, sind die Beteiligung der Bevölkerung, das Einbinden von Nicht-Regierungsorganisationen, Organisationen der Privatwirtschaft sowie die Beteiligung der Kommunalverwaltung, wobei insbesondere eine Erstellung und Implementation langfristiger angelegter strategischer Pläne angestrebt wird (Ruschkowski 2002). Das Anliegen der Lokalen Agenda konnte sich auf der kommunalen Ebene durchaus zu einem beachteten Thema entwickeln. In vielen Kommunen konnten unterschiedlichste Dialogprozesse, Projekte und Initiativen angestoßen und auf dem Weg gebracht werden (IZT 2012). Die tragenden Akteure sind dabei durchaus vielfältig. Sie kommen aus Verwaltung, Politik, Zivilgesellschaft und auch aus Unternehmen. Auch länderübergreifende Vernetzungs- und Unterstützungsprozesse wurden angestoßen. In vielen Kommunen sind kontinuierliche Arbeitskreise, Nachhaltigkeitsverantwortliche, Agenda- beziehungsweise Nachhaltigkeitsbüros oder Nachhaltigkeitsräte eingerichtet und institutionalisiert worden, die aber hinsichtlich Ressourcenausstattung, Integration in kommunale Zielsysteme und Prozessfortschritt noch besser unterstützt und gefördert werden könnten (Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V. 2012: 24 ff.).

Das Anliegen der Lokalen Agenda fand in unterschiedlichen Anwendungsfeldern ihren Niederschlag (Bormann/John/Rückert-John 2011). Trotz dieser Entwicklungen finden Agenda-Ziele bislang noch nicht in der erforderlichen Breite Eingang in politische Entscheidungsprozesse (Born/Kreuzer 2002: 9). Auch die mangelnde Wahrnehmung von Bürgerinteressen wird konsta-

tiert, ebenso wie die fehlende Unterstützung durch Politik und Verwaltung (Forum Umwelt & Entwicklung 2000: 29). Gründe hierfür werden in Aktionismus und unsystematischen Vorgehensweisen gesehen, auch ein bedingt ausgeprägter Wille, Spannungsfelder zur Kenntnis zu nehmen oder gar anzugehen, wird ausgemacht. Auch eine Konkurrenz zwischen verschiedenen Akteuren, Agenda-Foren und etablierten Institutionen (Rat und Verwaltung) spielen hier eine Rolle (Ruschkowski 2002). Hinsichtlich der Frage nach dem Treiberwechsel sind aber durchaus erste Erfolge zu konstatieren, die aber ausgebaut und strukturell stärker verankert werden müssen (vgl. ThINK 2012: 29).

Agenda-Prozesse haben auf vielfältige Weise Wirkungen entfalten können. Im kommunalen Kontext ist man mit den hiermit verbundenen Themen vertraut, auch wenn die tatsächlichen Veränderungen nicht in jeder Hinsicht mit den erwünschten Zielstellungen übereinstimmen. Erkennbar ist darüber hinaus, dass die mit Agenda 21 verbundenen Inhalte mittlerweile thematisch, konzeptionell und auch praktisch in anderen Zusammenhängen weiter- und fortgeführt werden und insofern inhaltlich und kommunikativ weitere Ausstrahlungswirkungen erwartet werden können.

### **3.2.2 Transition Town**

Orientiert an den Grundprinzipien der Permakultur hat sich in den letzten Jahren eine weltweit beobachtbare soziale Bewegung herausgebildet, die auf der Basis von lokalen Initiativen zu einer nachhaltigen, das heißt auf Restabilisierung abzielenden Transformation der Gesellschaft beitragen will (Kagen 2012). Eine wichtige Zielstellung, die auf einen qualitativ anspruchsvollen Umbau der Stadt hinausläuft, wird darin gesehen, prinzipiengestützt die Stadt in einen selbst auszugestaltenden transformativen Übergang hineinzuzusetzen. Hierzu werden spezifische Projekte, wie etwa Aktivierungs- Beteiligungs- und Mitmachprojekte, Gartenbauinitiativen oder die Einführung von Regionalwährungen initiiert. Problematisierte Ausgangspunkte sind schwindende Rohstoffreserven und ökologische Folgeprobleme von Industrialisierung, weltweiter Arbeitsteilung und Globalisierung, denen mit Ideen eines „einfacher anzulegenden Lebens“ sowie einer Ausrichtung an einer regionalen oder lokalen Wirtschaft sowie nachhaltiger und wirtschaftlicher Selbstversorgung und Selbstbestimmung begegnet werden soll. Was die Verbreitung anbelangt, so finden sich mittlerweile Initiativen, Vorhaben und Projekte in über 300 Städten weltweit. Die Bewegung ist sehr aktiv, es finden viele Tagungen, Veranstaltungen statt, auch werden in vielen Städten neue Projekte aufgelegt und angeschoben. Trotz dieser vielfältigen Entwicklungen, wobei sich aktuell viele noch im Anfangsstadium befinden, zeigen sich Erfordernisse, die breite Bevölkerung noch stärker als bisher anzusprechen und einzubinden.

Als Zwischenfazit kann festgehalten werden, dass auch im städtischen Kontext Veränderungsprozesse zunächst im Kleinen angeschoben werden, um im nächsten Schritt weitere Akteure einbinden und auf diese Weise die Städte selbst sowie die Stadtpolitik verändern oder gar zu einem Wandel hinsichtlich der formulierten Ziele motivieren zu können. Bemerkenswert an Transition Town ist nicht nur ihre (anwachsende) quantitative Verbreitung auf nationaler und internationaler Ebene oder der offene Charakter hinsichtlich der bearbeiteten Themenspektren. Vor allem die Vernetzungsqualitäten und -kompetenzen sind für die Realisierung von Synergiepotentialen wichtig. Transition Towns integrieren neben den bestehenden lokalen und überregionalen Projekten und Akteursgruppen auch kompetente Akteure für kommunale Entscheider in Politik und Verwaltung als Ansprechpartner. Außerdem sind sie integrierende Vermittler zwischen kommunalen Anliegen und Interessen der Bürgerinnen und Bürger.

### 3.2.3 Zwischennutzungen: Das Beispiel Urban Gardening

Urban Gardening wird als eine neue Möglichkeit der Gestaltung städtischer Verhältnisse angesehen, wobei gesellschaftliche Aufgaben wie Integration und Bildung mit der Bewirtschaftung von Freiflächen häufig kombiniert werden. Die gärtnerische Selbstversorgung mit Lebensmitteln steht meist nicht im Vordergrund. Wichtiger und hier ist der Aspekt der Tiefe angesprochen, scheint für Urban-Gardening-Projekte die empfundene Entfremdung der Stadtbewohnerinnen und -bewohner von der „Natur“, den natürlichen Kreisläufen und der Nahrungsmittelproduktion abzumildern oder ganz aufzuheben. Städtisches Gärtnern soll dabei das dichotome Verständnis von Stadt und Land infrage stellen und einen Kontrapunkt zur industrialisierten Nahrungsmittelproduktion setzen (Müller 2012). Wichtig ist zudem der Wunsch nach Mitgestaltung des öffentlichen Raums. Ungenutzte oder brachliegende Groß- und Kleinstflächen in der Stadt werden als Allmende ins Bewusstsein gebracht und erlebbar gemacht. Urban Gardening wird auch als eine Form des Widerstands gegen eine neoliberale Ordnung interpretiert (Werner 2011). Für viele Stadtgärtnerinnen und -gärtner spielt vor allem der soziale Aspekt, das heißt die gemeinsame Aktivität mit Gleichgesinnten, eine wichtige Rolle. Praktiziert wird eine Neu- oder Zwischennutzung städtischer Flächen, Aktivierung, gemeinschaftliches Gärtnern und Nutzen. Meist kommt der Anstoß von Einzelpersonen und von (bestehenden) Initiativen (bewegungsförmige Ausbreitung). Als Zielgruppen werden potentiell alle Stadtbewohnerinnen und -bewohner, Bildungseinrichtungen und auch die Politik und Stadtverwaltung angesehen und in diesem Sinne eine Restabilisierung angestrebt.

Konzeptionell geht es um eine Wiederentdeckung des Nahraums, der zum einen eine neue Öffentlichkeit schafft, zum anderen aber auch eine politische Dimension des urbanen Gärtnerns anspricht, einen anderen Blick auf die Stadt zu ermöglichen. Themen hierbei sind „grüne Stadt für alle“ oder „gemeinsame Nutzung statt privates Eigentum“. Abgezielt wird auf eine neue Form gemeinschaftlicher Selbstorganisation und gesellschaftlicher Teilhabe am städtischen Raum, die gewissermaßen als Bottom-Up-Stadtentwicklung praktiziert wird. Darin lässt sich eine neue Governance-Form identifizieren, wobei die Praxis (bisher) auf die aktiv Mitwirkenden beschränkt bleibt. Bezogen auf den Aspekt der Verbreitung beschränkt sich die Gruppe der Aktivisten meist auf eher junge Menschen, oftmals aus dem kreativen Milieu wobei die Nutzerinnen und Nutzer der Gärten eher als milieuunspezifisch anzusehen sind. Die Projekte sind vom Engagement vieler Freiwilliger und von Spenden abhängig. Letzteres stellt keine sichere Basis dar, da die Projekte institutionell, rechtlich und finanziell oftmals gefährdet sind. Dabei zeigt sich, je mehr Projekte entstehen, desto größer wird die Gruppe der „Change Agents“. Wichtig für Fragen des Treiberwechsels ist, dass zum Teil auch lokale Politiker als Multiplikatoren fungieren, indem sie versuchen, die Projekte zu begleiten und zu unterstützen. Anschlussmöglichkeiten finden sich auch im Rahmen spezieller politischer Fördervorhaben. Darüber hinaus lässt sich städtisches Gärtnern in Vorhaben der Transition-Town-Bewegung einordnen. Hier können Vernetzungspotentiale entstehen, die aber ausgebaut und verbreitert werden müssen. Urban Gardening wird zwar seit einiger Zeit auch in der Stadtentwicklungspolitik als mögliches Instrument diskutiert, bisher lässt sich aber keine entsprechende Integration konstatieren. Die jeweiligen Projekte selbst sind unterschiedlich strukturell gefestigt, meist eher instabil, da sie häufig als Zwischennutzung angelegt sind. Was den Wirkungsradius angeht, so ist dieser aktuell eher noch auf die direkten Nutzerinnen und Nutzer der Stadtgärten begrenzt. Auch hier bleiben Ausbreitung und Akzeptanz projektspezifisch. Was bisher fehlt, ist eine darüberhinausgehende Resonanz in Bevölkerung, Politik und Stadtverwaltung.

### **3.2.4 Klimastädte: Energiekommunen**

Bezugspunkte dieser Initiativen liegen häufig in der Preisentwicklung im Energiesektor, aber auch im ökologischen Bereich selbst. Mit der lokalen Energiewende sollen sich nun Energiekunden und passive Nutzerinnen und Nutzer zu Miteigentümern, Mitgestaltern und Mitverdienern entwickeln, was als ein wichtiger Aspekt qualitativer Veränderung lokaler Entwicklung angesehen werden kann. Gemeinschaftsprojekte als Energieprojekte, die gemeinsam von Bürgerinnen und Bürgern, Kommunen, Unternehmen und Institutionen getragen werden, sollen demnach einen Beitrag zum Klimaschutz leisten und zudem lokale oder regionale wirtschaftliche Anreize schaffen. Sofern dies lokal und später auch überlokal gelingt, kann eine Restabilisierung ermöglicht werden, die ökonomische und ökologische Aspekte integriert.

Hinsichtlich der Verbreitung sind einige erfolgversprechende Projekte beobachtbar, die auch fallweise auf der Ebene von Stadtentwicklung, Stadtpolitik und lokaler Bevölkerung auf Akzeptanz stoßen, jedoch ist der aktuelle Verbreitungsgrad bislang eher gering. Vom Veränderungspotenzial sowie einem erforderlichen Treiberwechsel her können prinzipiell alle relevanten Bereiche mit einbezogen werden: Zivilgesellschaft, Bürgerinnen und Bürger, Stadt- und Stadtverwaltung, kommunale Wirtschaft (Energieversorger), Banken sowie wissenschaftliche Einrichtungen. Die jeweils lokal realisierten (ökologischen) Effekte bleiben aber zunächst auf die jeweilige Kommune beschränkt. Ausstrahlungseffekte sind momentan über Wissenstransfer und angebotene Lernmöglichkeiten gegeben. Weitere Ausstrahlungseffekte vor allem hinsichtlich einer nationalen und internationalen Nachahmung wären möglich, sind aber aktuell nicht erkennbar. Die Tragfähigkeit selbst hängt sehr stark an Fragen der Wirtschaftlichkeit, am Gefährdungspotential durch Konkurrenz, an den politischen Rahmenbedingungen sowie der lokalen Kooperationskultur.

Hilfreich hierbei könnte die Kommunalrichtlinie sein, also das Förderprogramm des Bundesumweltministeriums für kommunale Klimaschutzprojekte. Seit dem Jahr 2008 bis Mitte 2013 wurden in rund 2.500 Kommunen mehr als 5.000 lokale Klimaschutzprojekte gefördert (BMU 2013: 4). Die Förderung von Klimaschutzprojekten in sozialen, kulturellen und öffentlichen Einrichtungen zielt darauf ab, mehr Kommunen und damit mehr Menschen auf Möglichkeiten des Klimaschutzes aufmerksam zu machen, dabei auch den Erfahrungsaustausch zu fördern, so dass im Jahr 2020 sich möglichst 14.000 Kommunen in diesem Bereich engagieren. Durch dieses und weitere Förderprogramme wird das Thema Klimaschutz für kommunale Projekte und Akteure interessant. Zudem gibt es mehr und mehr Vorreiter-Kommunen sowie infrastrukturelle Unterstützungseinrichtungen, die Beratungs- oder Serviceaufgaben anbieten und übernehmen.

Inwiefern aber diese eher kleinteiligen, projektförmig angelegten Rahmenstrukturen für das Thema Einsparung von CO<sub>2</sub> Emissionen geeignet sind, erstens verlässliche Strukturen für eine an Nachhaltigkeit ausgerichtete Transformation von Kommunen zu schaffen und inwiefern zweitens damit ein neuer Pfad städtischer Entwicklung gesetzt werden kann, ist aktuell offen. Ratsam ist es deshalb, die tatsächlichen Strukturänderungen empirisch begleitend zu untersuchen und zu reflektieren.

### **3.2.5 Neue Konzepte von Lebensqualität und Nachhaltigkeit: Regionalwährung**

Mit Regionalwährungen wird vor allem das Verdrängen regionaler und kleiner Unternehmen zugunsten großer, globalisierter Konzerne und auch Folgewirkungen, die mit der aktuellen Finanzkrise in Zusammenhang stehen, problematisiert. Um diesen Entwicklungen entgegenwirken zu können, werden vereinzelt regionale Währungen eingeführt, die von regionalen Dienstleistern und Herstellern als Zahlungsmittel akzeptiert werden. Ziele im Sinne einer inno-

vativen Veränderung sind die Schaffung eines regional begrenzt gültigen Zahlungsmittels und damit die Förderung und Stabilisierung der regionalen Wirtschaft, der Erhalt der Kaufkraft in der eigenen Region und die Erhöhung regionaler Wertschöpfung durch regionale Kreisläufe. „Regio-Geld“ wird vor allem als Komplementärwährung eingesetzt und durch die nationale Währung gedeckt. Die regional einsetzbare Währung wird durch eigene, erbrachte Leistungen erworben und gegen solche eingetauscht. Regionalwährungen sind auf die Akzeptanz der regionalen Bevölkerung und insbesondere der lokalen Wirtschaft und Dienstleister angewiesen. Hierin liegt auch ein besonderer Vorteil hinsichtlich des Aspektes der Restabilisierung, da es auf der Basis von Regionalgeld gelingen kann, Unternehmen als eine besondere Zielgruppe im Rahmen von Agenda-21-Prozessen entsprechend zu sensibilisieren und zu integrieren (Herrmann 2006: 16).

Nutzbar wäre die Regionalwährung für alle Bewohnerinnen und Bewohner einer bestimmten Region. Die Verbreitung wird aber selbst in erfolgreichen Fällen hinsichtlich der Akzeptanz der potentiellen Nutzerinnen und Nutzer als noch nicht ausreichend vermerkt (Ziegler 2009: 67). Problematisch ist, dass im Prinzip schon eine Konsum- und Dienstleistungsinfrastruktur besteht, es wird nur eine zusätzliche Währung eingeführt, die sich allerdings nur in einem Teil der Infrastruktur einsetzen lässt. Regio-Geld zu nutzen, ist aktuell kaum alltagsfähig, was eine Verbreitung und einen Treiberwechsel bisher behindert. Besonders bedeutsam für einen erfolgreichen Treiberwechsel sind die regionalen Unternehmer und Dienstleister, wobei diese vor allem die mit Regionalwährungen einhergehenden Vorteile noch als zu gering einschätzen. Aber auch der bisher beobachtbare Widerstand der Banken steht weiterreichenden Veränderungen bisher im Weg.

### **3.2.6 Mehrgenerationenhäuser und nachbarschaftliches Wohnen**

Die herkömmliche Siedlungs- und Lebensweise bringt zahlreiche Probleme mit sich: Zersiedelung, Ressourcenverschwendung, Vereinsamung vor allem älterer Menschen, kulturelle Entwurzelung oder wenig Raum und Entfaltungsmöglichkeiten für Kinder. Dagegen wenden sich Projekte, die sich in eine weltweite Bewegung zu nachhaltigeren Siedlungs- und Lebensformen einreihen. Ziele im Sinne innovativer Veränderungen sind unter anderem eine Förderung aktiver Nachbarschaft, neuer Wohnformen und Lebensweltkonzepte, wobei gleichzeitig der nötige Freiraum für die Bewohnerinnen und Bewohner geboten werden soll. Zudem soll kooperatives Wohnen maximale Lebensqualität ermöglichen bei kleinem ökologischem Fußabdruck und niedrigen Kosten.

Neue Nachbarschafts- und Wohnkonzepte sind sehr stark an einzelne Initiatorinnen und Initiatoren geknüpft, die solche Projekte planen und organisatorisch beziehungsweise finanziell umsetzen. Eine weitergehende Verbreitung beschränkt sich insofern auf die Gruppe von Personen, die über entsprechende zeitliche oder finanzielle Ressourcen verfügen. Selbst bei diesem Personenkreis ist eine Unterstützung durch Gemeinden, Förderinstitutionen und durch eine entsprechende Nachfrage notwendig, was hinsichtlich eines Treiberwechsels eine breitere Vermarktung und politische Unterstützung erforderlich macht. Der bisherige Verbreitungsgrad bezogen auf klassische Wohn- und Lebenskonzepte fällt aktuell eher gering aus, wenn auch mit steigender Tendenz.

Besonders interessant sind aber mögliche Synergiepotentiale, die zwar projektspezifisch variieren, die aber über gezielte kommunale und nationale Förder- und Unterstützungsstrukturen gezielt vorangetrieben und ausgestaltet werden können. Hierbei muss es nicht nur um eine Neuausrichtung im neuen Lebensabschnitt für die Generation 55plus gehen. Vielmehr kombinieren aktive Mehrgenerationen- und Wohnprojekte Formen gemeinsamer Vereinstätigkeit,

gemeinsame Freizeit- und Betreuungsaktivitäten, die unter veränderten demografischen Vorzeichen nicht nur tradierte Formen von Wohnen, Freizeit, Zusammenleben, Nachbarschaftshilfe zwischen Jung und Alt verändern, sondern zugleich auch familiäre und auch staatliche Aufgaben mit abdecken, beispielsweise in Form einer Bereitstellung von Angeboten für jüngere Generationen (Quartiersarbeit). Zudem sehen bereits einige Projekte veränderte Architekturen vor, die altersgerechtes Wohnen, ökologische Aspekte und auch frauengerechtes Wohnen (u. a. Kinderbetreuung und Spielmöglichkeiten) integrieren. Nachhaltigkeitsbezogene Effekte sind somit zugleich in sozialer, ökonomischer und ökologischer Hinsicht erkennbar.

### 3.2.7 Zwischenfazit

Die hier exemplarisch aufgeführten Ansätze, Initiativen und Konzepte zeichnen sich dadurch aus, dass sie sich meist (noch) im Experimentierstadium befinden. Zeitlich betrachtet, müsste das Konzept der Lokalen Agenda 21 am weitesten vorangeschritten sein. Konstatieren lassen sich hier zwar Prozesse der Verbreitung und thematischen Verstärkung Lokaler-Agenda-Initiativen, die zugleich mit einer entsprechenden Ausweitung und Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements einhergingen. Abgesehen von Anstrengungen, den kommunalen Klimaschutz im Energiebereich voranzubringen, muss insgesamt betrachtet in den vergangenen Jahren eine gewisse Stagnation der Agenda-Prozesse hinsichtlich der tatsächlich erreichten Ziele festgestellt werden (vgl. ThINK 2012). Trotz positiver Einschätzungen, die mit den Agenda-Prozessen in Verbindung gebracht werden und einigen Erfolgen, steht ein transformativer Wandel städtischer Entwicklung und kommunaler Politik im Sinne der programmatischen Zielstellungen wohl noch am Anfang (Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e. V. 2012). Ebenso fällt häufig die Ressourcenausstattung und strategische Einbindung in kommunale Entscheidungsprozesse und -strukturen eher marginal beziehungsweise randständig aus.

In allen hier aufgeführten Fällen sind Problemanliegen und Lösungsansätze transformations- und nachhaltigkeitsadäquat angelegt. Schaut man aber auf den Ausbreitungsgrad und auf Aspekte der Restabilisierung zeigt sich, dass es sich bisher nahezu ausschließlich um unverbundene Nischenlösungen handelt, deren Verbreitungsgrad gering ist und daher bislang nicht die erhobenen Ansprüche erfüllen kann. Vernetzungsdefizite lassen sich hinsichtlich unterschiedlicher Bezugsebenen verdeutlichen. Hierbei handelt es sich meist um separat vorangetriebene Vorhaben (Einzelprojekte, spezifische zeitlich begrenzte Förderprogramme und Initiativen), die kaum eine breite Resonanz und Akzeptanz weder auf der Mikro- noch auf der Meso- beziehungsweise der Regime-Ebene erlangen. Besonders folgenreich ist eine ungenügende Anbindung sowie Veränderungswirkung hinsichtlich lokalpolitischer Entscheidungs-routinen und -prämissen, was mit differenzierten Innovationserfordernissen einhergeht (u. a. städtische Politik- und Verwaltungsfelder), die jedoch nicht angegangen werden (können). Eine ähnliche Entwicklung wie beim Konzept der Lokalen Agenda 21 können folglich auch die anderen hier aufgeführten Initiativen und Projekte nehmen, sofern es nicht gelingt, die hierfür verantwortlichen Problemumstände, Barrieren sowie Verbreitungs- und Vernetzungspotentiale in den Blick zu nehmen.

Ein erster Schritt müsste darin bestehen, die mit den aktuellen städtischen Problemen und Möglichkeiten einhergehenden Hemmnisse zu identifizieren und gesellschaftspolitischen Lösungen zuzuführen. Dabei ist zur Kenntnis zu nehmen, dass Städte Orte von Entscheidungen sind (Häußermann/Siebel 2004: 117), die sich primär an konkreten, sich alltäglich stellenden Problemen abarbeiten, die aber hinsichtlich ihrer Komplexität und ihres aktuellen Schweregrades häufig nur kurzfristig orientiert sind. Hinzu kommen sich im Laufe der Zeit herausbildende Entscheidungsprämissen lokalen Handelns, die diesen sichtbaren Setzungen selbst zugrunde liegen hinsichtlich wirksamer Selbstverständlichkeiten, Zielkorridore, Rationalitätsannahmen

und vor allem für unabdingbar gehaltene Entscheidungen und Entscheidungsprämissen inklusive der strukturellen Differenzierung von Entscheidern und Betroffenen.

Um diese lokalen Veränderungserfordernisse sowie die hiermit verbundenen förderlichen und hinderlichen Governance-Formen konkreter benennen und Ansatzpunkte für künftige Gestaltungsmöglichkeiten aufzeigen zu können, haben wir die Erfahrungen und Einschätzungen verschiedener städtischer Expertinnen und Experten erhoben und analysiert.

### **3.3 Kommunale Potentiale und Hemmnisse einer Gesellschaftstransformation aus Sicht städtischer Praxisakteure sowie Expertinnen und Experten**

Die nachfolgenden Darlegungen und Befunde sind Ergebnis von explorativen Interviews mit Praktikern, Expertinnen und Experten sowie Initiatoren aus den zuvor beschriebenen nachhaltigkeitsorientierten Projekten und Initiativen: dem Agenda-Bereich (zwei Personen), aus Transition-Town-Initiativen (drei Personen), Akteuren, die sich im Rahmen von Urban Gardening sowie neuen Grünflächennutzungsprojekten engagieren (drei Personen aus zwei verschiedenen Initiativen beziehungsweise Netzwerken) sowie einer städtischen Expertin aus einem Stadtplanungsbüro (eine Person). Insgesamt konnten neun Expertinnen und Experten interviewt werden.

Inhaltlich fokussierten die Interviews auf Besonderheiten neuer, mit innovativen Potentialen ausgestatteten ökologischen und nachhaltigen Initiativen, Projekte und Konzepte von Bürgerinnen und Bürgern auf städtischer Ebene. In den Interviews wurde zudem die Entwicklungsgeschichte der Initiativen, Projekte und Konzepte thematisiert, ihre städtischen und gesellschaftlichen Potentiale und Barrieren sowie ihren Förder- und Unterstützungsbedarf.

Die leitfadengestützten qualitativen Gespräche orientierten sich dabei an folgenden Fragekomplexen:

- **Potentiale / Innovativität:** Welche innovativen Aspekte lassen sich identifizieren und welche weiteren Potentiale sind erkennbar (die vielleicht förderungswürdig sind)?
- **Synergiepotentiale und Synergien:** Welche Synergien werden deutlich beziehungsweise thematisiert? Welche auch bisher ungenutzten Synergiepotentiale sind relevant?
- **Hemmende Bedingungen:** Welche hemmenden, verhindernden Aspekte oder Faktoren werden benannt? Welche Vorschläge für deren Überwindung werden herausgestellt beziehungsweise lassen sich aus den Interviews ableiten, um diesen hemmenden Bedingungen zu begegnen?
- **Förderliche Aspekte und abgeleitete Handlungsempfehlungen:** Welche förderlichen Bedingungen, Strukturen oder Mechanismen werden benannt und wie können diese weiter ausgebaut werden? Welche neuen Governance-Formen und -Potentiale werden thematisiert beziehungsweise welche lassen sich auf der Basis der Experteninterviews herleiten?

#### **3.3.1 Potentiale / Innovativität**

In den Interviews ging es in einem ersten Schwerpunkt um die Frage, welche innovativen Aspekte sich bei den nachhaltigkeitsorientierten Projekten und Initiativen im städtischen Kontext identifizieren lassen und welche weiteren, bisher noch nicht ausgeschöpften Potentiale erkennbar sind. Die Ergebnisse der Interviews machen deutlich, dass innovative Potentiale sich in unterschiedlichen Ausprägungen finden, die sich hinsichtlich Angebotsspektrum, Angebotsqualität, struktureller Ausprägung sowie etablierter Vernetzungsformen unterscheiden.

Auf der Angebotsebene finden sich verschiedene Bildungsofferten, neue Formen von Sozialarbeit, niederschwellige Möglichkeiten, neue Konsumformen zu erleben und selbst auszuprobieren. Hierbei handelt es sich um eine sehr breite Palette an Themen und Inhalten sowie insgesamt vielversprechende Versuche, Dinge ‚von unten‘ anzuschieben, indem beispielsweise städtischer Wandel durch neue Aktivitätsformen, Denkangebote und neue Kommunikationsformen ermöglicht und auch bisher in Ansätzen forciert wird.

„Bei uns werden aber auch Ideen und Themen verfolgt, die über den eigentlichen Transition-Ansatz hinausgehen, wie unter anderem die Idee des Grundeinkommens. Wichtig ist uns, Themen zu suchen und aufzugreifen, die nicht so bekannt sind. Wichtig ist dabei, dass die Themen aus alternativen Bereichen kommen und wo es darum geht, Denkblockaden zu brechen.“ (Transition Town Initiative)

Die Besonderheiten werden vor allem hinsichtlich der Angebotsqualität deutlich. Hier sind unter anderem zu nennen das Gebot des Einfachen, sowie die Niedrigschwelligkeit der Angebote, die es ermöglichen, dass Menschen sich ohne große Schwierigkeiten an der Transformation von Alltagspraxen bis hin zur Veränderung städtischer Prozesse beteiligen können. Wichtig ist zudem, dass die Angebote aus der städtischen Bürgerschaft selbst kommen und auch als solche wahrgenommen werden.

„Und dafür sind wir genau die Richtigen. Wir schaffen es nämlich, niederschwellige Angebote zu machen. Leute lernen Gärtnern, stellen Beziehungen zur Natur her. Das ist alles so niedrigschwellig, so dass eigentlich jeder Bürger, so dass dieser sagen kann, ich mach mit an der Energietransformation der Stadt. Aber ob die Entscheider das erkennen, das heißt als Instrument, also die Politik einerseits und der kommunale Energieversorger andererseits?“ (Transition Town Initiative)

Auf struktureller Ebene haben sich lokale Kerngruppen in verschiedenen Themen- und Arbeitsfeldern gebildet, in einigen Kommunen auch lokale Arbeitskreise, in denen politische, administrative und ehrenamtliche Akteure zusammenarbeiten. Weiterhin lassen sich bestimmte strukturelle Effekte identifizieren, wie etablierte Tauschpraktiken, angelaufene Lernprozesse, die Weiterentwicklungen und neue Standards der Angebotsformulierung ermöglichen sowie Kompetenzen und Handlungspraxen, die von Menschen, für die diese Praxen neuartig sind, leicht angenommen und übernommen werden können.

„Wenn man so unterwegs ist oder sich trifft, ergeben sich die Dinge fast von selbst. Der eine hat ne Idee, der andere auch, ein anderer hat Gelegenheiten, Räume, und dann baut sich dann alles ohne großen Aufwand auf, das heißt man kann einen Laden mit neuen Angeboten innerhalb von zwei Wochen aufmachen, also zwei Wochen, nachdem man die Idee beziehungsweise das Konzept hatte. Man kann also relativ unaufwendig Dinge verleihen und gemeinsam nutzen, was wiederum mit einem sozialen Aspekt verbunden ist, das heißt man trifft sich bei einer Kleider-tauschparty, man kommt zusammen, bringt was zu essen mit und lernt sich kennen.“ (Transition Town Initiative)

Bedeutsam sind darüber hinaus verschieden angelegte Netzwerke, die Funktionen der Angebotsformulierung und -vermittlung wahrnehmen, aber auch die strukturbildende Verknüpfung von staatlichen und gesellschaftlichen Personen, Akteuren und Initiativen ermöglichen.

Zunächst ist das breite und breiter werdende Themenspektrum auf lokaler Ebene zu nennen, welches im Rahmen lokaler Initiativen aufgegriffen wird. Diskutiert und praktiziert wird unter anderem in den Bereichen Urban Gardening, Klimawandel, Peak Oil, gesunde Ernährung und Lebensweise, städtische Resilienz, Grundeinkommen, Regionalwährung, neue Bildungsangebote für Jung und Alt sowie unterschiedlichste Tauschpraktiken und -börsen.

Ein Anliegen der Initiativen besteht darin, sich vor Ort mit der Frage auseinanderzusetzen, wie funktions- und lebensfähig die eigene Stadt ist, vor allem in dem Fall, wenn bestimmte Krisen oder Störungen eintreten.

„Ausgangspunkt sind zwei Krisenfelder: Peak Oil und Klimawandel, und die Aktivitäten sollen diesen beiden Herausforderungen begegnen, auf diese reagieren, das heißt konkreter, dass es bei der aktuellen Wirtschafts- und Lebensweise, wie wir arbeiten und miteinander leben, starke Veränderungen benötigt.“ (Transition Town Initiative)

Als wichtig wird angesehen, neue Optionen anzubieten und auch vorhandene Denkblockaden aufzubrechen. Dies geschieht unter anderem auf der Basis formulierter Bildungsangebote, bei denen eine nachhaltige Lebensweise auch für Kinder erlebbar gemacht wird. Dabei geht es auch um die Frage, ob und wie es möglich ist, dass Kinder gar nicht erst nicht-nachhaltige Verhaltensweisen annehmen, die sie dann später wieder ändern müssen. Handlungsleitend ist hier die Annahme, dass Kinder gleich in nachhaltige Handlungsweisen ‚hineinwachsen‘ könnten, das heißt frühzeitig nachhaltigere Gewohnheiten vermittelt über Spielen, Teilen und Schenken lernen. Bestandteil von Öffentlichkeitsarbeit und Bildungsarbeit ist zudem das Angebot, neue Dinge und Praktiken kennenzulernen, aber auch, andere Menschen mit ihren Fähigkeiten und Erfahrungen zu treffen. Es werden also ...

... Gelegenheiten „angeboten, wo man sich über den Weg laufen kann, wo man sich treffen kann, über verschiedene Themen sich austauschen kann, wo man auch über andere Dinge reden kann und wo man sich auch verschiedene Inputs holen kann.“ (Tauschläden sowie Kontaktbüro)

Von den aktiven Personen und Gruppierungen wird auch eine besondere Form sozialer Arbeit angeboten. Es werden Leute in der Nachbarschaft beziehungsweise im Stadtteil oder auch darüber hinaus in Kontakt gebracht. Dabei werden Themenangebote gesetzt, Impulse in verschiedene Richtungen gestartet. Auf dieser Grundlage ergeben sich auch darüber hinausgehende Ausstrahlungs- und Nachahmungseffekte:

„Zum Beispiel kann im Leihladen die Commons-Theorie in Praxis angewendet werden. Wenn also jemand in den Laden kommt und fragt, kann man Dinge erklären und auch den eigenen Ansatz darlegen, und wie wir das machen in diesem Laden beziehungsweise welche Vorteile dieser hat und vor allem, was wir anders machen und damit bewirken können.“ (Leihladen)

Hingewiesen wurde aber auch darauf, dass derartige Angebotsstrukturen bisher nicht mit vorhandenen Förderprogrammen kompatibel sind und dass vor allem die sich hierdurch ergebenden bürokratischen Hürden viel zu hoch sind für die begrenzten personellen und zeitlichen Ressourcen in den Projekten und Initiativen.

### **3.3.1.1 Niedrigschwellige Angebotsqualität**

Die im städtischen Raum angebotenen Themen und Aktivitäten weisen nicht nur eine inhaltliche Seite auf, sondern sie sind darüber hinaus mit Folgewirkungen hinsichtlich neuer Erfahrungen und von den neuen Praktiken ausgehenden Vernetzungen verbunden. Die Interviews machen deutlich, dass aktive Bürgerinnen und Bürger in der Lage sind, andere auf die Projekte und Initiativen aufmerksam zu machen und zu ermutigen mitzumachen. Auf diese Weise gelingt es vielen Initiativen und Projekten neue (potentielle) Mitwirkende anzusprechen, zum Teil zu gewinnen und in manchen lokalen und überlokalen Bereichen Unterstützung zu aktivieren und zu organisieren.

Ein besonderer Vorteil hierfür liegt in der Niedrigschwelligkeit der Angebote. Die Akteure, die an den Aktivitäten und Projekten teilnehmen, lernen zum Beispiel (wieder) gärtnern. Sie stellen eine Beziehung zur Natur her beziehungsweise verändern ihre Wahrnehmung und ihren Umgang mit Natur. Die Angebote sind großenteils einfach angelegt, so dass eigentlich jede Bürgerin und jeder Bürger teilnehmen und aktiv mitmachen kann und ohne Vorwissen beispielsweise an der Energietransformation der Stadt teilhaben kann. Dies liegt vor allem daran, dass seitens der Initiatorinnen und Initiatoren darauf geachtet wird, dass die Angebote und Aktivitäten einfach angelegt sind.

Als Mitglied in einem Tauschring oder einem Garten, der zum Selbstanbau genutzt wird und bei Aktivitäten des Teilens wird es möglich, dem bisherigen Alltag eine neue Qualität zu geben. Möglich wird es, das eigene Leben neu auszurichten. Durch Alltagsnähe und ‚Ansätze von unten‘ in Form bürgernaher Angebote im unmittelbaren Lebensumfeld wird eine leichtere Form der Anschlussfähigkeit ermöglicht als dies bei Agenda-Prozessen, die häufig Top down ansetzen, der Fall ist.

„Agenda war eigentlich eine von oben verordnete Bürgerbewegung und da ist die Frage, ob es so funktioniert“. (Agenda-Büro)

### **3.3.1.2 Strukturbildungen**

In allen untersuchten Initiativen, Netzwerken und Projekten konnten spezifische Strukturen identifiziert werden. Hierzu gehört die Herausbildung von Kerngruppen beziehungsweise „Change Agents“, die sich beispielsweise intensiv damit beschäftigen, bestimmte Angebote zu formulieren und auch spezifische Ideen aktiv in die eigene Stadt oder in das eigene Wohnumfeld hineinzutragen. Derartige Strukturen finden sich nicht nur auf der Ebene zivilgesellschaftlicher Akteure, sondern auch als Kooperationen auf der kommunalpolitischen Ebene. Es finden sich zum Teil auch verschiedene Arbeitskreise auf der lokalen Ebene, die sich vor Ort mit den Themenfeldern Energie, Mobilität, Bauen (Generationenhaus) und Schulneubau (nach ökologischen Kriterien) beschäftigen.

Besonders hervorzuheben sind vielfältige angelaufene und institutionalisierte Lernprozesse, die auf die zivilgesellschaftlichen lokalen Aktivitäten zurückgeführt werden können. Diese betreffen die Personen und Gruppierungen selbst, also ihre Erfahrungen und Kompetenzen, aber auch darüber hinausweisende Lerneffekte. Genannt werden unter anderem Lernprozesse im Umgang mit der Presse, bei der Antragstellung von Fördermitteln und im Umgang mit politischen Führungskräften. Zudem gelingt es immer besser, diejenigen Menschen zu motivieren und zusammenzubringen, die sich für Projekte im städtischen Umfeld einsetzen wollen. Zudem gelingt es in Einzelfällen auch, die Initiative bekannter zu machen und auch seitens der Verwaltung für entsprechende Anliegen offene Ansprechpartner ausfindig zu machen.

### **3.3.1.3 Vernetzungsformen und -effekte**

Viele Netzwerkinitiativen und Gruppierungen nehmen mittlerweile verschiedene Koordinationsleistungen wahr. Es werden Menschen, die Aufgaben und Angebote nachfragen mit passenden Initiativen in Kontakt gebracht. Hierzu ist es notwendig, dass es vor Ort einen Ansprechpartner gibt, der sich einen entsprechenden Überblick über das vorhandene Spektrum von Initiativen verschafft und der in der Lage ist, noch diffuse beziehungsweise suchende Anliegen zu identifizieren, zuzuordnen und zu kanalisieren.

„Leute, die bisher keine Anlaufpunkte hatten, und Menschen mit ähnlichen Anliegen wurden zusammengebracht, dabei konkrete Projekte auf den Weg gebracht, die ihre Startphase erfolgreich bewältigt haben.“

„Viele konnten dabei befähigt werden, sich aktiv zu fühlen und damit aktiv zu werden, cirka zwanzig bis vierzig durch Vermittlung einer Person. Hinzu kommt ein größerer Dunstkreis von Leuten, die sich an der Schwelle befinden, die aber im Moment manchmal kommen, aber noch nicht so aktiv mitmachen.“ (Transition Town Initiative)

Von einigen Initiativen wird eine besondere Anforderung für die Aktivierung von Mitstreiterinnen und -streitern herausgestellt. Sie treffen häufig auf grundsätzlich interessierte Bürgerinnen und Bürger, die sich aber inhaltlich noch nicht festgelegt haben und auch noch nicht bereit sind, sich weitergehend beziehungsweise dauerhaft zu engagieren. Notwendig sei es daher, einerseits die Interessenlagen zu erkennen und auch zu wecken und auf der anderen Seite auch die hierfür notwendigen Kontakte aufzubauen und zu pflegen.

„Wir wollen Vernetzungsaufgaben auf der Basis vorhandener Angebote wahrnehmen, das heißt eigentlich sind alle Bausteine, die Transition als Idee transportieren, bereits vor Ort existent. Bemühungen werden daraufhin unternommen, die vorhandenen Strukturen stärker zu vernetzen und die Idee an sich bekannt zu machen. Die von uns aufgebaute Struktur fungiert hier als Vernetzungsplattform: Hier können sich Gruppen eintragen, ihre Projekte vorstellen, Termine, Veranstaltungen, Treffen ankündigen, man kann sich austauschen.“ (Transition Town Initiative)

Auf diese Weise entstehen auch diverse Synergieeffekte, beispielsweise weil die lokalen Initiativen miteinander vernetzt werden, „so dass man sich austauscht über die Instrumente, das heißt wie mache ich das eigentlich“ (Initiative Grünflächen). Zudem können auch spezifische Behördenkontakte eröffnet werden, die dann auch von anderen Akteuren aufgegriffen und genutzt werden können.

Auch in diesem Feld zeigt sich, dass erfolgreiche Projekte als Basis von Netzwerkbildung fungieren können, so dass sich beispielsweise verschiedene Vereine, Stadtplaner und Architekten, diverse Beteiligungsprojekte im Stadtumbau, Jugendinitiativen und Arbeitsgemeinschaften kennen lernen und gemeinsam stadtteilbezogene oder städtische Themen aufgreifen und voranbringen.

Auf diese Weise wird eine stärkere Vernetzung von Initiativen möglich, aber auch das Zusammenbringen verschiedener Initiativen. Zudem kristallisieren sich auch Anlaufstellen heraus für Menschen, die sich lokal engagieren wollen. In einigen Fällen können auch Gruppierungen als eine Art Dachorganisation fungieren, indem sie zum Beispiel bestimmte Infrastrukturleistungen wie eine Homepage anbieten.

### **3.3.2 Synergien und Synergiepotentiale**

Synergien können grundsätzlich ermöglicht werden, sobald eine Umstellung der Priorisierung beziehungsweise Erweiterung von Umweltpolitik auf Nachhaltigkeitspolitik auf der lokalen Ebene gelingt, denn dann kann in allen Politik- und Handlungsfeldern der Fokus auf Nachhaltigkeit und auf die hiermit einhergehenden Zusammenhänge der verschiedenen Dimensionen (Soziales, Wirtschaft, Ökologie, Bildung) mit bedacht und handlungsleitend ausformuliert werden. Im Einzelnen finden sich auf lokaler Ebene in unterschiedlichen Hinsichten Anknüpfungspunkte und Synergiepotentiale. Zu nennen sind Potentiale, die darin bestehen, bisher unverbundene Initiativen zusammenzubringen beziehungsweise über deren Vorhandensein wechselseitig zu informieren.

Kommunale Felder, in denen eine integrative Zusammenarbeit schon funktioniert beziehungsweise in denen diese initiiert oder ausgebaut werden können, sind unter anderem bei Gesund-

heit, Jugend und Bildung sowie Stadtentwicklungsplanung zu finden. Weitere Themen sind Integration und Sozialentwicklungsplanung, Schnittstellenbereiche wie Biodiversität, Gesundheit und Kindereinrichtungen sowie demographischer Wandel, Schrumpfung und neue Instrumente der Stadtentwicklung. Gewünscht wird aber auch hier eine bessere, das heißt systematische Verknüpfung bisher nebeneinander laufender Aktivitäten und der Akteure auf Landes- und Bundesebene sowie ein systematischer Einbezug der Bevölkerung in städtische Klima- und Energiekonzepte. Synergien und Synergiepotentiale lassen sich in vielen Hinsichten auffinden und identifizieren. Diese liegen bereits vor, wenn es darum geht, aktive Mitglieder von Projekten oder Initiativen informativ oder anderweitig zusammenbringen.

„Wir haben eine gute interne Vernetzung und Zusammenarbeit mit anderen Fachbereichen, zum Beispiel Gesundheit, Jugend. Über die Jahre hinweg konnten eigene, gut funktionierende Strukturen aufgebaut werden.“ (Agenda-Büro)

Aus Sicht der Agenda-Initiativen ist es wichtig, schon bei kommunalen Planungsprozessen auf nachhaltigkeitsrelevante Aspekte zu achten. Voraussetzung wäre hierfür die Bereitschaft und das Vermögen, Informationen auszutauschen. Auf kommunaler Ebene finden sich hierauf aufbauend etablierte Schnittstellen, zum Beispiel im Bereich von Biodiversität oder Gesundheit, ebenso hieran anschließende Arbeitskreise, die beispielsweise sich mit dem Thema „gesunde Ernährung in Kitas“ beschäftigen. Hierbei geht es darum, entsprechende Bedarfe auf Seiten der Kindertagesstätten zu identifizieren, Eltern zu informieren und auf Seiten kommunaler Stellen entsprechend unterstützend mitzuwirken.

Es werden aber auch vielfältige Synergiepotentiale genannt, die lokal, also seitens der Politik und Verwaltung bislang ungenügend oder überhaupt nicht erkannt oder aufgegriffen werden. Benannt werden ungenutzte Konzepte in der Stadtentwicklung, beispielsweise im Kontext von Demographie und Schrumpfung. In einem konkreten Fall setzte man trotz bestehendem Umbaukonzept, welches auch ein Finanzierungskonzept ohne Fördermittel vorsah, auf staatlich geförderten Rückbau sowie auf vollständigen Abriss vorhandener Wohnbestände.

„Niemand interessierte sich für das Umsetzungsmodell. Andere Modellprojekte, Vorzeigeprojekte, wurden alle finanziert durch Fördermittel, wobei ihre Alltagstauglichkeit ungeklärt blieb, und entsprechend von der Stadt auch umgesetzt.“ (Planungsbüro)

Problematisch ist zudem, dass vor allem in betroffenen Städten das Thema Schrumpfung kein beachtetes Thema mehr darstellt und demzufolge auch eine Verknüpfung von umweltbezogenen oder nachhaltigkeitsorientierten Strategien und Konzepten mit demographischen Herausforderungen eher unwahrscheinlich bleibt. Städte haben zum Teil große Brüche im Sinne eines baulichen Rückbaus sowie Abrisses vollzogen. Weiterhin orientiert man sich an Teilthemen. In der Wohnungswirtschaft wird in Fachkreisen diskutiert, was nach Auslaufen des Stadtumbau-Ost-Programms und nach der Altschuldenhilfeförderung passiert beziehungsweise welche Folgen hierdurch zu erwarten sind. Auf kommunaler Ebene wisse man zwar, dass es in den nächsten fünf bis sechs Jahren den nächsten Einbruch und die nächste Delle in der Leerstandentwicklung geben wird, aber ...

... „alle haben sich mit den bisherigen Instrumenten der Stadtentwicklung (Abriss) arrangiert, aber keiner sagt aktuell, was dann passiert“ (Planungsbüro).

Ähnliche Synergiedefizite werden hinsichtlich des Einbezugs der städtischen Bevölkerung, zum Beispiel in städtische Energie- und Klimaschutzkonzept vor Ort, benannt. Zudem wird die Verengung dieser Sichtweise und der hier zugrundeliegenden Problematisierung benannt. Aktuelle Schwerpunktsetzungen und hieran sich anlehrende Förderungen laufen fast ausschließlich auf Klimaschutzkonzepte hinaus „und eigentlich machen wir uns nichts vor, sind es Konzepte

für die Energieversorgung der Stadt und da steht regelmäßig die Frage im Raum, wie eine Bevölkerung der Stadt mitzunehmen ist, wie interessiert man diese, wie bindet man diese ein?“ (Transition Town Initiative)

### **3.3.3 Hemmende Bedingungen und Governance-Formen auf kommunaler Ebene**

Ausgangspunkt dieser Betrachtungen war die Frage an die Initiatoren und Akteure, welche hemmenden Governance-Faktoren sie identifizieren beziehungsweise welche Aspekte sie in ihrer Arbeit besonders behindern. Es geht aber nicht darum, diese nur auflisten zu wollen beziehungsweise eine kritische Zustandsbeschreibung gegenwärtiger Strukturen und Praktiken vorzunehmen. Vielmehr zielen wir darauf ab, diese als Anknüpfungspunkte für Änderungserfordernisse und Veränderungschancen anzulegen, um auf dieser Grundlage Eckpunkte einer Governance-Strategie für den kommunalen Kontext zu konkretisieren und Vorschläge beziehungsweise Handlungsempfehlungen ableiten zu können.

Behindernde, hemmende und verhindernde Faktoren und Bedingungen sind äußerst zahlreich, vielfältig und äußerst heterogen. Unterscheiden lassen sich kurzfristig zu behebende Bedingungen (zum Beispiel Förderprogramme und Vereinbarungen) im Kontext formeller Regelwerke sowie mittelfristig änderbare (zum Beispiel Problembewusstsein, neue Prämissensetzungen) und substantiellere Barrieren (zum Beispiel Denkweisen, politische Kultur, Verwaltungslogiken), im Sinne von sozialkapitalbasierten, informellen Regelwerken. Inhaltlich konnten Probleme, Barrieren und Hindernisse in folgenden Bereichen identifiziert werden, die nachfolgend im Einzelnen dargelegt und diskutiert werden.

#### **3.3.3.1 Stellenwert von Nachhaltigkeit und Agenda 21 in Politik, Verwaltung und Bevölkerung**

Ein Befund, der mehrfach aufgeführt wurde, besteht darin, dass auf kommunaler aber auch auf Landesebene im Rahmen einer zu erarbeitenden Nachhaltigkeitsstrategie vielfach nur eine Bestandsaufnahme gemacht wird und zwar in der Weise, dass man Aktivitäten und Aspekte benennt und zusammenstellt mit dem Ziel darzulegen, dass man schon nachhaltig ist (Agenda Büro). Vielfach fehlt es an politisch oder verwaltungsseitig angelegten und verantworteten Perspektivenplanungen, was dazu führt, dass die Verwaltung sich kaum mit nachhaltigkeitsrelevanten Fragen und Vorgängen befasst (Grünflächeninitiative).

„Ein Bewusstsein, was Nachhaltigkeit ist, ist weder bei der Bevölkerung ausgeprägt noch bei den Beamten in der Verwaltung oder Verantwortlichen in den Ministerien und auch in den Parteien sind die Personen, die das vertreten, in der Minderheit. Was fehlt ist politischer Rückenwind auf Landesebene, aber auch auf kommunaler Ebene und gegen den Willen der Hausleitung lässt sich nichts machen.“ (Agenda-Verantwortliche)

„Der Einfluss, der von Agenda-Prozessen ausgeht, fällt eher gering aus.“ (Transition Town Initiative)

In besonderer Weise werden in den Interviews vielfältige programmatische Defizite auf politischer Ebene moniert. Genannt wird eine ungenügend ausgeprägte politische Kultur in Form einer mangelnden politischen Priorisierung und einem Bekenntnis zu Nachhaltigkeit. Diese äußert sich zum einen in der Art und Weise des kommunikativen Miteinanders, in der Offenheit, sich neuen Themen und Herausforderungen zu stellen und zum anderen auch in einem ausgeprägten Desinteresse bei einer Vielzahl von Stadträten, für die beispielsweise das Ressourcenproblem kein relevantes Thema ist.

„Stadträte kommen nicht dahin, wo das kommunal thematisiert wird, was eben auch eine Frage der Bewusstheit ist und das Bewusstsein für das Ölproblem ist bei den Stadträten einfach nicht vorhanden. Hinzu kommt, dass Stadträte ehrenamtlich tätig sind, was dann auch eine Zeitfrage ist, auch gibt es viele Veranstaltungen. Aber es ist eine Frage der Dringlichkeit, das heißt wie wichtig sind mir bestimmte Dinge und wenn was für wichtig genommen wird, kommt man auch zu den Veranstaltungen.“ (Transition Town Initiative)

Ähnliche Hinweise kommen von Akteuren, die sich im Bereich Urban Gardening engagieren. Sie berichten von einseitig ausfallenden Schwerpunktsetzungen städtischer Entscheidungen und mangelhafter Grünflächenplanung. Grünflächen geraten hierbei stark in den Hintergrund, auch weil vor allem politisch die Wirtschaftsförderung massiv in den Vordergrund gerückt wird. Grünflächenplanung wird häufig als eher unwichtig behandelt und meist sind es in der Verwaltung eher weniger einflussreiche Akteure, die dieses Thema vertreten.

Auch ein mangelndes Problembewusstsein auf Seiten kommunaler Entscheidungsträger wird als problematisch erfahren. Im Kontext sich weiter verschärfender demographischer Veränderungen wird leicht übersehen, dass nicht das Älterwerden der Bevölkerung auf lokaler Ebene problematisch ist, sondern viel eher der massiv schrumpfende Teil der arbeitenden sowie arbeitsfähigen Bevölkerung, der Städte gegenwärtig und verstärkt in naher Zukunft vor gewaltige Probleme stellt.

„Die Annahme, wir werden älter und wir müssen alles barrierefrei machen, ist alles Quatsch, wir müssen nach denen schauen, die dazwischen fehlen. Nur, da denkt keiner drüber nach.“ (Planungsbüro)

Auch hindern politische beziehungsweise wahltaktische Vorgaben daran, sich mit den Gegebenheiten und den aktuellen Herausforderungen auseinanderzusetzen. Stattdessen wird nur das offiziell als förderlich ausgewiesen, was man als gut ausweisen kann.

„Alles, wo der Bezirk gut da steht und nicht, wo er Probleme hat, ist förderlich für den Bürgermeister und seine Außendarstellung in der Öffentlichkeit.“ (Agenda Büro)

Daraus ergibt sich eine widersprüchlich angelegte Praxis von Stadtentwicklung. Es gibt zwar städtische Diskussionen, zum Beispiel über zu ergreifende Klimaschutzmaßnahmen, aber im konkreten Handeln weist man faktisch dann doch wieder mehr Bebauungsflächen aus, anstatt beispielsweise Regenrückhalteflächen beziehungsweise Flächen mit kühlenden Wirkungen vorzusehen.

In der gegenwärtigen Stadtentwicklungspolitik werden von den lokalen Akteuren deutliche Schritte rückwärts in der Entwicklung kritisiert. Selbst aktuelle Leitbilddiskussionen werden nicht als Beteiligungs-, sondern als Verkündungsvorgang seitens zuständiger Bau-Dezernenten konzipiert und umgesetzt. Meist dient die formell angelegte Bürgerbeteiligung als Legitimationsfassade zur Durchsetzung von Investitionen, das heißt man arbeitet eine längst bestehende Investitionsprioritätenliste ab und favorisiert werden hierbei vor allem Straßenbauprojekte.

Bezogen auf die Wohnungspolitik im Osten Deutschlands wird herausgestellt, dass diese durch das Thema Schrumpfung überdeckt wurde und sich insofern kaum für weitere Zukunftsthemen geöffnet hat. In strategischer Hinsicht fehlt zudem eine auf Landesebene ausgearbeitete Wohnungspolitik und diese orientiert sich aktuell fast ausschließlich an den jeweils vorhandenen Förderungen und Förderprogrammen (Planungsbüro).

Bezogen auf Förderstrukturen und Förderpolitik finden sich auch andere Hinweise. Diese benennen eine zuweilen nur gering ausgeprägte Passfähigkeit von EU-Förderprogrammen und

Förderpolitik auf Bundesländerebene. Bei vielen Förderprogrammen passen die kommunalen Aufgaben und Initiativen weder thematisch noch bezogen auf die recht detailliert ausformulierten Voraussetzungen und Bearbeitungserfordernisse. Auch wird kritisch vermerkt, dass selbst Landes-Förderrichtlinien nur bedingt mit EU-Förderrichtlinien zusammenpassen. Die erforderliche Finanzierung von Vereinen und Initiativen wird hierdurch massiv erschwert (Agenda Büro). Einige Initiativen kritisieren die aus ihrer Sicht unzeitgemäßen Förderprogramme:

„Was wir machen, fällt aber eben nicht in ein Förderprogramm nach einem üblichen Schema, vor allem, weil die bürokratischen Hürden viel zu hoch sind.“

„Wir bringen Leute in Kontakt, wir bewegen Themen, wir setzen Impulse in verschiedene Richtungen, was aus unserer Sicht zu einem Stadtleben, zu einer Stadt hinzugehört und das wäre aus unserer Sicht schon förderwürdig.“ (Transition Town Initiative)

Als besonders problematisch werden die zunehmenden Formalisierungserfordernisse und -drücke angesehen. Wichtig ist den Akteuren vor Ort, dass die Initiativen durch formale Vorgaben nicht überfordert oder ‚erstickt‘ werden dürfen. Die Folge ist, dass Aktivitäten eingeschränkt, behindert oder gar abgewürgt werden.

### **3.3.3.2 Hindernisse durch Ressortegoismen, Blockaden und aktuelle Verwaltungsstrukturen**

Gerade aus dem Agenda-Bereich werden mangelnder Einfluss und begrenzte Ressourcen benannt. Dies betrifft beispielsweise die nachgeordnete und mit wenigen Zuständigkeiten versehene Positionierung im Verwaltungsbereich sowie defizitäre Ressourcenausstattungen von kommunalen Agenda-Verantwortlichen.

Thematisiert werden auch die Folgen, die auf die innere Logik der Verwaltungsarbeit in den Ressorts zurückgeführt werden. Dies äußert sich beispielsweise darin, eher Flächen abzugeben beziehungsweise diese zu veräußern, dann braucht die Verwaltung sich nicht mehr darum kümmern. Ansonsten, das heißt wenn andere und neue Nutzungsformen ermöglicht werden, muss die Verwaltung Sicherungspflichten übernehmen oder Folgekosten abdecken und sich intern rechtfertigen. Folglich sinkt das Interesse der Verwaltung, Flächen für die Bürgerinnen und Bürger bereitzustellen.

Naheliegend sind dann auch entsprechende Abwehrstrategien und Blockaden der Verwaltung, das heißt zum Beispiel Versuche den Bürgerinnen und Bürgern selbst Aufgaben zu übertragen, die eigentlich von der Verwaltung zu übernehmen sind (zum Beispiel Verkehrssicherungs- und Haftungspflichten für Gesamtflächen).

„Und das ist eigentlich der Versuch, den Bürger tot zu machen, in dem man ihm Sachen auferlegt, die er gar nicht erfüllen kann oder man gibt ihm unverbindliche Auskünfte oder zeigt abwehrende Reaktionsweisen.“ (Grünflächen-Initiative)

Weiterhin zeigen sich auch strategisch gesetzte Unzuständigkeiten sowie eine paradox ausfallende Verwaltungspraxis:

„Dann haben wir den Antrag in Mitte eingereicht, der aber abgelehnt wurde, zunächst mit dem Hinweis, dass sie örtlich nicht zuständig wären und dann mit dem Hinweis, darum könne sich ja die Bahn kümmern, wobei damit das Problem ad absurdum geführt wird, weil wir wollen den Poller ja, damit die Bahn das Gelände wieder aufmacht.“

„Sie wollen sich ihre Planungshoheit nicht nehmen lassen und einerseits können sie es gar nicht, diese Dinge selbst zu machen und auf der anderen Seite können und wollen sie nicht ihre Macht abgeben.“ (Grünflächen-Initiative)

Problematisiert wird aber auch die fehlende oder mangelhaft ausgeprägte Unterstützung auf der Verwaltungsseite. Vielfach erfolge die Unterstützung eher punktuell. Auch Transparenz sowie Commitment sind häufig eher schwach ausgeprägt.

Weiterhin werden unterschiedliche (unkoordinierte) Zuständigkeiten benannt. Die jeweiligen kommunalen Institutionen agieren mit eigener Stimme, aber die Dezernenten oder Stadträte sind für jeweils spezifische Felder und Bereiche verantwortlich, das heißt je nach Themenfeld (Stadtentwicklung oder Gesundheit) müssen die Initiativen beziehungsweise Vertreter der Projekte einen anderen Stadtrat oder Verwaltungsbereich aufsuchen.

„Man kommt ja immer mit zusätzlichen Aufgaben oder mit zusätzlichen Themen, die ja nicht in das Feld der Verwaltung passen. Man braucht immer eine bestimmte Schublade, die man bedienen kann und wo man sagt, da hat man vielleicht Synergien, die auch andere als wichtig oder als hilfreich erkennen.“ (Agenda-Büro)

Schwierigkeiten bereiten den Akteuren vor Ort auch künstlich aufgestellte Blockaden, zu komplizierte, verregelte Strukturen und auch Formen von Lobbyismus. Problematisch sind insbesondere einige vor Ort anzutreffende Haltungen und zugrundeliegende Denkstrukturen, also die Art und Weise, wie an Aufgaben und Vorhaben herangegangen wird (zum Beispiel erst Fördermittel beantragen müssen und Anträge schreiben oder Unbedenklichkeitsbescheinigungen beibringen):

„Man hat das Gefühl, gegen Mauern zu rennen und dass es nicht gewollt ist, jemanden zu unterstützen. Man sieht auch nicht, dass da Leute dahinter stehen und dass man was Gemeinnütziges machen möchte. Man lässt uns so ins Leere laufen und es ist ein Wunder, dass wir hier noch sitzen und machen und engagiert sind. Vor allem irritiert, dass beispielsweise Kleingärtner ‚gepampert‘ werden, dass Partikularinteressen so viel Gehör finden und da, wo was fürs Gemeinwohl, also für Anwohner, für Touristen gemacht wird, dass da eher Gegenwind zu spüren ist.“ (Grünflächen II)

Als besonders problematisch werden hyperkomplexe Verwaltungsstrukturen benannt, das heißt wenn zum Beispiel im Naturpark etwas angepflanzt werden soll, dann sehen sich die Bürgerinnen und Bürger veranlasst, selbst das Grünflächenamt einbeziehen zu müssen, ebenso das Naturschutzamt, zudem das Jugendamt. Stellenweise sind circa elf verschiedene Stellen beziehungsweise Verwaltungsbereiche involviert, die gefragt werden müssen, ob ein Baum gepflanzt werden darf. Eine verwaltungsinterne Binnenkoordination ist nicht vorgesehen. Dies müssen die Bürgerinnen und Bürger meist selbst (mit) leisten (Grünflächen-Initiative). Hinzu kommen fehlende beziehungsweise unzureichende Kompetenzen, aber auch geringe Bereitschaften zur Mitwirkung. Viele Akteure in der Stadtentwicklung scheuen den zu bewältigenden Koordinationsaufwand, beispielsweise zwischen Stadt, Wohnungsgesellschaften, Banken, Stadtwerken im Rahmen des Rückbaus von Wohnungsbeständen. Angesprochen wird in diesem Zusammenhang ein Problem im intermediären Bereich.

„Niemand will es machen, niemand kann es machen. Eigentlich sind es Aufgaben des Wohnungsunternehmens, dieses ist aber überfordert und hält an Bewährtem fest, an dem, was breit gefördert wird, wie der Abriss. Jeder hat nur seins, und so hat man immer Probleme, wenn man etwas verknüpfen muss.“ (Planungsbüro)

Insbesondere irritieren die Formalisierung und das Beharren auf Legalität des eigenen Handelns seitens der Verwaltungspraxis. Verwaltungen schauen meist nur darauf, was gemacht werden muss.

„Beispiel Verkehrsentwicklungsplan: warum nicht vorher schauen, wie man hier eine Bürgerbeteiligung und auch von Unternehmen, auch beteiligungsorientiert angehen könnte, eben auch ansprechend aufbereiten und eben nicht nur, ich legs aus und ihr könnt hier reinschauen.“ (Grünflächennetzwerk)

### **3.3.3.3 Fehlende Verbreitung, Koordination, Reflektion und Lerneffekte**

Aktive Kommunen werden insbesondere von aktiven Personen getragen. Dies trifft vor allem auf Verwaltungen zu, die zuweilen durch Verbände und Initiativen vor Ort unterstützt werden. Scheiden diese Personen aus (Umzug oder berufliche Veränderung), brechen die aufgebauten Strukturen auch schnell wieder zusammen. Eine systematisch vorangetriebene Nachhaltigkeitspolitik wird eher als Ausnahmefall benannt. Problematisch sind zudem vielfach anzutreffende inkompatible Datenlagen:

„Es gibt einen Nachhaltigkeitsbericht mit Kriterien und Bestandsaufnahme, wobei das statistische Landesamt die Kriterien auf achtzehn zugeschnitten hatte und leitend hierfür waren die vorhandene Datenlage und nicht sachliche Gesichtspunkte. Zudem sind die Daten nicht auf andere Verwaltungsbereiche übertragbar, da hier andere Daten ermittelt werden und diese sind somit auch nicht vergleichbar.“ (Agenda-Büro)

Ein Thema sind zudem mangelhaft angelegte Datengrundlagen und Informationsflüsse sowie fehlende Transparenz. Ein genanntes Problem besteht darin, dass lokal, aber auch überregional und auf Landesebene schnell der Überblick über das Spektrum und die hiermit einhergehenden Aktivitäten und Potentiale verloren geht. Vieles wird nicht registriert beziehungsweise es fehlen entsprechende Informationen darüber, welche Aktivitäten alle vor Ort laufen. Landesübergreifende Verwaltungsstellen haben aufgrund fehlender Ressourcen beziehungsweise Funktionszuweisungen meist auch keine direkten Kontakte mehr vor Ort, so dass Vernetzungen und die Integration der Akteure und Projekte lokal begrenzt bleiben beziehungsweise dem Zufall überlassen werden (Agenda-Büro).

Weiterhin werden fehlende Ansprechpartner und hiermit verbundene Möglichkeiten auf Länderebene benannt. Entwicklungsfähige Netzwerke sind folglich sich selbst überlassen, was dann auch Konsequenzen für landesweit geförderte und zu organisierende Bildungsinitiativen haben kann, da über Einzelaktivitäten kaum weitergehende Unterstützungen gewollt beziehungsweise fördernd vorangetrieben werden.

### **3.3.3.4 Ressourcen und Kompetenzen von Initiativen, Projekten und Akteuren**

Wie in anderen Feldern auch, sind bei den lokalen Initiativen und Projekten Probleme auszumachen, die auf das Spannungsfeld von Beruf (Karriere) und Ehrenamt zurückgeführt werden.

„Es ist keine Zeit vorhanden, einen Verein zu gründen oder sich um Strukturen zu kümmern. Und wenn man das so macht, dann ufert das eben schnell aus. Wir sind ja alle berufstätig und da muss man sich überlegen, wofür man diese Zeit verwendet.“ (Grünflächen-Initiative)

Probleme mit dem Ehrenamt äußern sich bei vielfältigen Rekrutierungsbemühungen, denn das Engagement hängt von den Aktiven und Teilnehmern ab. Sofern sich beispielsweise berufliche oder private Veränderungen ergeben, werden hiervon auch die persönlichen Aktivitäten und

das Engagement tangiert. Zudem wird herausgestellt, dass man sich ein Mitmachen von noch mehr jungen Leuten wünscht. Meist beschränkt sich das Engagement auf wenige und in manchen Bereichen (vor allem im Agenda-Kontext) wird eine Überalterung der Aktiven beklagt.

Besonders häufig wird das Problem fehlender Finanzmittel angesprochen. In vielen Fällen gab es bisher (externe) Zuwendungen, meist finanziert man sich selbst oder über wenige Spenden. Die aufgebauten Strukturen sind brüchig und meist nur informeller Natur, selten sind diese beispielsweise über Vereinsstrukturen stabilisiert, so dass auch kaum auf Mitgliedsbeiträge zurückgegriffen werden kann.

Hinzu kommt die Unsicherheit hinsichtlich städtischer Freiräume. Freiraumprojekte sind meist vakant und vielfach werden die Flächen den Zwischennutzern wieder entzogen, da Flächen eher neuen Investoren als den kaum geschätzten zivilgesellschaftlichen Initiativen und Akteursgruppen zur Verfügung gestellt werden. Gründe hierfür sind kommunale Präferenzen von Politik und Verwaltung, die ihren Schwerpunkt meist in der Förderung wirtschaftlichen Wachstums und dem hierdurch erhofften Nutzen für den regionalen Arbeitsmarkt sehen oder aber die Flächen für den für erforderlich eingeschätzten Wohnungsneubau vorsehen. Eine Folge dieser meist kurzsichtigen Betrachtungsweise ist, dass sich Initiativen auf diese Weise aufreiben, was sich noch dadurch verschärft, wenn gleich mehrere Projekte von der Umnutzung städtischer Freiflächen betroffen sind.

Deutlich angesprochen wurden in den Interviews vielfältige Vermittlungsprobleme, denen künftig mehr Beachtung geschenkt werden sollte. Berichtet wird von einer Verbitterung gegenüber der Verwaltung, aber vor allem, von einer größer werdenden Entfernung von der Politik. Ursachen hierfür sind in der mangelnden Wertschätzung und Unterstützung ehrenamtlichen Engagements zu sehen.

„Wir haben das Gefühl, dass Politiker nicht mehr für das Allgemeinwohl arbeiten.“  
(Grünflächen-Initiative)

Probleme gibt es auch beim Thema Bürgerbeteiligung. Angemahnt wird, dass Kommunen künftig besser eruieren müssten, wie man Bürgerinnen und Bürger ansprechen und auch mitnehmen kann. Die Verwaltung hat bisher nicht gelernt, den nachfragenden Bürgerinnen und Bürgern Vorgänge und Abläufe in angemessener Weise zu erklären.

Aber auch in Bezug auf die breite Bürgerschaft werden Schwierigkeiten und Hürden gesehen. Konstatiert wird, dass Bürgerinnen und Bürger meist nur dann in Erscheinung treten, wenn sie selbst direkt betroffen sind. Auffällig ist hierbei, dass das Interesse und die Bereitschaft meist an die eigene Betroffenheit geknüpft sind. Zudem sind Bürgerinnen und Bürger stark themenorientiert ausgerichtet. Problematisch sind zudem spürbare Informationsdefizite. Es fehlt vielen an Einsichten in Problemhintergründe. Meist liegt nur ein oberflächiges Wissen über Problemlagen und von den Prozessen der Bearbeitung vor. Auch die Erwartungshaltung von Anwohnern beim Umgang mit neu erschlossenen beziehungsweise neu bewirtschafteten Grünflächen ist verbesserungswürdig.

„Solange zum Beispiel die Fläche zwanzig Jahre brach lag, hat sich niemand dafür interessiert. Wenn dann aber junge Leute anfangen, die Fläche zu bewirtschaften, schauen die Bewohner genau und plötzlich entsteht der Anspruch, dass doch jemand das Unkraut wegmachen sollte. Und das sind dann so Prozesse, die darum entstehen. Das sind dann auch Annäherungsprozesse, die auch mit erlernt werden müssen.“ (Grünflächen-Initiative)

### **3.3.4 Förderliche Aspekte sowie Handlungsempfehlungen für die Entwicklung nachhaltigkeitsorientierter, kommunaler Governance-Formen**

Zu diesem Schwerpunkt lassen sich zunächst diejenigen förderlichen Bedingungen, Strukturen oder Mechanismen aufzählen, die Potentiale einer Weiterentwicklung aufweisen. Genannt werden von den Expertinnen und Experten kommunale Netzwerk-Strukturen, die Akteure aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft verbinden. Solche Netzwerke gesellschaftlicher und öffentlicher Akteure sind jedoch nicht in allen Kommunen vorzufinden. Zudem benötigen sie eine verbindliche und systematische Verankerung in den kommunalen Verwaltungs- und Entscheidungsbereichen. Darüber hinaus werden wissenschaftliche Bedarfe beziehungsweise Expertisen im Sinne der Erarbeitung von entscheidungsrelevanten Datengrundlagen und Informationen, aber auch die Bedeutung wissenschaftlicher Einrichtungen und Institute hervorgehoben, beispielsweise für den Bereich der Verkehrsentwicklungsplanung. Weiterhin wird die Rolle von Verbänden für die inhaltliche, organisatorische und materielle Unterstützung von Initiativen betont.

Als förderliche Aspekte werden aus Agenda-Prozessen heraus entstandene fach- und ressortübergreifende Arbeitsgruppen genannt, in denen verschiedene Fachbereiche der Verwaltung durch entsprechende Personen vertreten sind und denen auch zuweilen das vor Ort angesiedelte Lokale-Agenda-Büro angehört. Solche integrierten Ansätze fördern eine ganzheitliche Betrachtung von Nachhaltigkeitsproblemen und möglichen Lösungsansätzen. Über diese fachliche Vernetzung können sich unterschiedliche Zugänge zu einzelnen Fachbereichen und Synergien ergeben, wie unter anderem im Bereich der Stadtentwicklung und der Wirtschaft. Wie weit diese Strukturen tatsächlich in den Städten, Landkreisen und Gemeinden dauerhaft und verbindlich verankert sind und wie weitreichend tatsächlich die kommunalen Entscheidungen geprägt oder beeinflusst werden, konnte nicht ermittelt werden. Dies wäre eine Aufgabe, die künftig einer umfassenderen wissenschaftlichen Untersuchung zugeführt werden müsste. Darüber hinausgehend werden aber auch die schon angesprochenen Netzwerkstrukturen aufgeführt, die sich vielfach noch in einem frühen Entstehungsprozess befinden und zumeist weiter ausgebaut werden müssen. Wichtig, um nachhaltige Entwicklung zu fördern, sei auch die Unterstützung der Naturschutzverbände, die unter anderem Strukturberatung anbieten (z. B. Grüne Liga) in Form von IT-Hilfe oder Pressearbeit. Derartige beratende oder infrastrukturelle Gründungs- und Vernetzungsunterstützungsleistungen treffen auf vielfältige Bedarfe, so dass hier ein weiterer Ausbau hilfreich wäre, beispielsweise die Förderung ihres Organisationsgrades und der Ressourcenausstattung sowie deren Vertretungsanspruch in Forschungsplattformen.

Die im Folgenden aufgeführten Ansatzpunkte und Handlungsempfehlungen orientieren sich an Empfehlungen der Expertinnen und Experten, an identifizierten Bedarfen sowie an strukturellen und transformativen Erfordernissen. Dabei zielen die Bedarfe und Empfehlungen einerseits auf die kommunale Ebene, das heißt auf Politik, Verwaltung sowie das Verhältnis von Kommune und Bevölkerung und andererseits auf Weiterentwicklungsaspekte lokaler Akteure, Projekte, Initiativen und Netzwerke. Mit Bezug auf die Ebene der Kommunen und auf die Ebene von Initiativen, Projekten und Akteursgruppen werden an dieser Stelle hemmende (verbesserungsbedürftige), förderliche (aktuell anzutreffende) und vor allem anzustrebende (neue) Governance-Formen aufgeführt und zur Diskussion gestellt.

Auf der Ebene der Kommunen lassen sich vielfältige Änderungs- und Gestaltungspotentiale identifizieren, die zur Ausgestaltung einer nachhaltigkeitsorientierten lokalen Governance konstruktiv beitragen können. Was auf kommunaler Ebene als fehlend ausgemacht wird, sind praktische Nachhaltigkeitskonzepte. Dies betrifft einen Ordnungsrahmen, der klare Zielvorstellungen, der Zuteilung von Verantwortlichkeiten und Koordinationsmechanismen beinhaltet, die Planungssicherheit geben. Bisher gäbe es kaum Möglichkeiten, wirklich planend in die Zu-

kunft zu schauen. Als wünschenswert wird daher ein konkretes, verbindliches und langfristiges Konzept für nachhaltige Entwicklung vor Ort angesehen, welches auch mit Unterstützung wissenschaftlicher und anderer Einrichtungen erarbeitet werden soll. Bisher gibt es hierfür keine Ressourcen, sowohl in zeitlicher, finanzieller Hinsicht, aber auch aufgrund von Arbeitsüberlastung und fehlender Priorisierung seitens der Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter.

Eine wissenschaftliche Unterstützung auf kommunaler Ebene wird als sehr wertvoll hervorgehoben, da viele Ergebnisse bisher eher Stückwerk bleiben. Die Erarbeitung einer integrierten Datengrundlage wäre in diesem Zusammenhang hilfreich, wo Erfahrungen mit bestimmten Modi der Handlungskoordination und ihre Wirkungen im Sinne nachhaltiger Entwicklung erfasst, gesammelt, evaluiert und zur Verfügung gestellt werden. In diesem Zusammenhang wird ein besserer Austausch mit anderen Kommunen für sinnvoll erachtet, der gegenwärtig zumeist fehlt. Bearbeitet werden müsste zudem das immer wieder aufgeführte Problem hinsichtlich bestehender Integrations- und Koordinationsbedarfe.

„Nachhaltigkeit heißt immer integrieren. Dieser Integrationsaufwand zwischen den einzelnen Sparten, Denkweisen und Positionen und Akteuren, dieses Puzzle gilt es zu koordinieren. Aber: Wer hat Interesse daran, dass das passiert? Keine der Einzelparteien!“ (Planungsbüro)

Zudem fehlt eine angemessene Behördenschulung. Dies betrifft das Befähigen der Verwaltung zur Integration und Abstimmung mit anderen Behörden und Ressorts. Folgende Fragen werden hierbei aufgeführt: Wer kann derartige Leistungen beziehungsweise Beiträge einbringen? Wer beauftragt und bezahlt das? Die Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter müssen auch darin geschult werden, wie man mit Bürgerinnen und Bürgern umgeht und spricht. Als problematisch wird das sogenannte ‚Behördendeutsch‘ angesehen, das heißt es existiert ein Kommunikations- und Vermittlungsproblem. Wichtig ist, dass die Bürgerinnen und Bürger auch verstehen, worum es geht und wie bestimmte Dinge vorangetrieben werden können. Hier gilt es auf beiden Seiten ‚Sprachbarrieren‘ zu überwinden. Anzudenken wären neu zu schaffende Zwischenstellen beziehungsweise Vermittlerinnen und Vermittler in Behörden. Sie sollen auch dazu beitragen, interne Sensibilitäten und die „richtigen“ Kommunikationswege aufzuzeigen und wenn nötig, mediativ einzugreifen.

Dabei könnten auch externe Planungskompetenzen in der Stadtverwaltung besser als bisher gefördert und genutzt werden. Vorteile ergeben sich einerseits aus ihrer Legitimität und ihrem Mandat beispielsweise eine integrative Planung voranzutreiben, und andererseits ihrer Unabhängigkeit gegenüber internen Hierarchien und Befindlichkeiten. Dies betrifft auch die Vergabe von Bildungsaufträgen, die vor allem deshalb als notwendig erachtet werden, weil viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Stadtverwaltungen kaum oder gar nicht den Stand der Fachdiskussion kennen oder über innovative Projekte in anderen Städten informiert sind. Einige Planerinnen und Planer organisieren vor diesem Hintergrund schon Exkursionen sowie thematische Handreichungen, um Kommunen über aktuelle Handlungsinstrumentarien ins Bild zu setzen. Die Bedarfe werden hier als besonders groß eingeschätzt (Planungsbüro).

Dringender Handlungsbedarf zeigt sich auch im Bereich Governance beziehungsweise Gewährleistung von Qualität sowie ihrer funktionalen Zuordnung. Nicht nur die Kommune sowie ihre eigenen Träger können Leistungen für kommunale Daseinsvorsorge bereitstellen, sondern andere Akteure und Institutionen können dies ebenfalls, sofern sie entsprechend eingebunden werden.

„Die Kommune muss Inhalte und Kriterien entwickeln und formulieren und absehen von der Trägerschaft. Die Kommune sollte Qualitätskriterien steuern, das heißt

Geld für Qualität ausgeben und nicht Geld nur für den eigenen Träger.“ (Planungsbüro I)

Neue Ansätze in der Angebots- und Bedarfsplanung wären hilfreich, denn bisher ist es unmöglich, kommunale, private und öffentliche Träger vernetzt zu denken. Die Deckung des Bedarfs wird auf Seiten kommunaler Entscheidungsträger vorwiegend über kommunale Angebote gedacht. Das Planen und Steuern konzentriert sich dabei nur auf eigene kommunale Angebote, aber nicht auf darüberhinausgehende Angebote und Potentiale.

Als besonders schwierig wird der Umgang kommunaler Vertreterinnen und Vertreter von Politik und Verwaltung mit aktiven Bürgerinnen und Bürgern erlebt und die hiermit verbundenen Unsicherheiten wie partizipativ gearbeitet wird, sowohl was den Einbezug von Interessengruppen angeht als auch die Berücksichtigung von vielfältigen Perspektiven. Dies sei in vielen Behörden Neuland oder ungewohnt. Dabei wären auch neue Kooperationsbeziehungen möglich, zum Beispiel zwischen Grünflächenamt und potentiellen Nutzergruppen.

Darüber hinausgehend wird auch der Wunsch nach neuen Partizipationsmöglichkeiten und Angeboten geäußert. Gerade viele Erfahrungen aus Agenda-Prozessen zeigen hier neue Bedarfe auf, insbesondere wenn es um die Herausforderung geht, wie man kommunale Nachhaltigkeitsanliegen künftig attraktiver gestalten kann, „so dass diese auch für junge Menschen und Menschen mittleren Alters interessanter werden“ (Transition Town Initiative).

Gewünscht wird eine gemeinsame Erarbeitung kommunaler Beteiligungskonzepte, bei der man von kommunaler Seite her auch in Kontakt tritt zu zivilgesellschaftlichen Akteuren und Gruppierungen vor Ort, um gemeinsam ein Konzept für Bürgerbeteiligung auszuarbeiten und Verantwortlichkeiten zu diskutieren und zu verteilen,

„weil es tut auch uns weh, wenn die Stadt selbst einlädt und – egal was drin steht – es kommen nur fünf Leute.“

Sinnvoll wären neue Kommunikationsofferten und Strategien, um Nachhaltigkeitsprobleme und Herausforderungen sowie Lösungsansätze und Möglichkeiten gemeinsam zu eruiieren. In Ansätzen wird dies bereits praktiziert, könnte aus Sicht der Befragten zukünftig jedoch ausgebaut werden, indem Möglichkeiten der Mobilisierung über Wettbewerbe und Veranstaltungen stärker genutzt werden (Agenda Büro).

Zudem müsse auf die Spezifik der neuen (jungen) Zielgruppen und der hierdurch geprägten Kommunikationsweisen geachtet werden. Junge Menschen sind häufig international vernetzt und sie bedienen sich anderer Kommunikationsmittel. Gerade klassischen Anbietern fällt es schwer, hier neue Vorgehensweise zu entwickeln.

„Es braucht neue Ansätze, um auch neue, andere Menschen zu begeistern. Das Markenzeichen Agenda 21 müsste durch ein anderes Markenzeichen ersetzt werden, da wo der übergreifende Charakter deutlich wird. Sowas ist aber leider nicht in Sicht.“ (Agenda Büro)

Zudem werden eine Öffnung und Etablierung von (neuen) Schnittstellen zur Verwaltung angemahnt, im Sinne von Vermittlungsplattformen und Ansprechpartnerinnen und -partnern. Es fehlt an Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie Beauftragten, die nur dafür zuständig sind, die Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern zu fördern, und die nicht einer bestimmten Abteilung zugeordnet sind.

Nötig wäre hier eine „Übernahme von Vermittlungsaufgaben, die dann zum Beispiel denjenigen hinzuziehen kann, der weiterhelfen kann, das heißt der so eine Art Filterung macht. Das würde sehr viele Projekte einfach weiter bringen. Das würde

auch uns sehr weiterhelfen, wenn wir da einen Ansprechpartner hätten, das würde es massiv verbessern. Man muss ansonsten immer sofort ins tiefe Wasser tauchen, also einen Antrag schreiben und das schreckt einfach viele Leute ab, die so was nicht können.“ (Grünflächennetzwerk)

Es wird als sinnvoll erachtet, Bürgerbeauftragte einzusetzen, die Bürgerinnen und Bürgern helfen und dabei unterstützen, wenn sie Anträge stellen wollen (ähnlich wie beim Ombudsmann, Rechnungshof).

„Wichtig ist, dass jemand da ist, der sich darum kümmert, dass der Bürgerantrag nicht leer läuft. Wir haben die Erfahrung gemacht, dass unsere Anfragen mit einer Hohlformel beantwortet wurden. Und was haben wir dann von abweisenden oder arroganten Antworten. Bürgerbeauftragte wären zuständig dafür, dass die Instrumente nicht leer laufen. Der Bürger als Laie ist nicht in der Lage hierauf entsprechend zu reagieren, wir werden mit Politikern konfrontiert, die das tagtäglich machen, und wenn man so abgebügelt wird, ist Bürgerbeteiligung eine Farce.“ (Grünflächennetzwerk)

In diesem Zusammenhang wäre auch die Schaffung einer ebenenübergreifenden Struktur im Sinne einer Multilevel Governance angezeigt, als eine Art vertikale Schnittstelle, die nicht nur auf lokaler Ebene angesiedelt ist, sondern auch auf der Ebene von Bund und Ländern.

„So eine Art Baumsystem, so dass auf lokaler Ebene die Möglichkeit besteht, Dinge anzusprechen, die auch nach oben weitergeleitet werden können. Ein derartiges Kommunikationssystem müsste mit etabliert werden.“ (Grünflächen-Initiative)

Auf der Ebene der zivilgesellschaftlichen Projekte, Gruppierungen und Initiativen wird eine Unterstützung beim Aufbau von langfristigen und tragfähigen Koordinationsstrukturen als sehr wünschenswert herausgestellt. Es fehlen vor allem finanzielle und personelle Ressourcen, um strukturell, das heißt personenunabhängig etwas aufbauen zu können. Das heißt auch, dass Schwerpunktsetzungen und weitere Professionalisierungsschritte schwierig sind, da der aktive und häufig begrenzte Personenkreis sich um zu viele Dinge gleichzeitig kümmern muss. Sinnvoll wäre auch eine personelle und strukturelle Kontinuität bei wichtigen Initiativen hinsichtlich der Angebotsstrukturen, denn vielfach hängt die Tragfähigkeit etablierter Aktivitäten noch zu sehr an konkreten Personen und wenn diese ausscheiden, sind auch die Strukturen (und das Wissen) insgesamt gefährdet.

Entwickelt und etabliert werden sollten verschiedene Modi des Stabilisierens und des Verstetigens: Diese könnten darin bestehen, (Frei-)Räume und Orte der Integration bereitzustellen und damit Experimentiermöglichkeiten anzubieten. Es geht dabei um Räume, die ohne oder gegen geringe Gebühr zur Verfügung stehen, um Vermittlungs- und Austauschtreffen durchzuführen sowie Orte der Begegnung und des Zusammenseins zu schaffen. Weiterhin ist anzustreben, dass Aufgaben und Verantwortlichkeiten klar zugeordnet und aufgeteilt werden, so dass einzelne Personen nicht alles allein übernehmen müssen. Vor allem bemühen sich vielfach Gründer oder Gründungsmitglieder von Initiativen und Projekten darum, Aufgaben auch abzugeben beziehungsweise auf andere zu übertragen. Hierbei hilft es, wenn aufgebaute Strukturen verstetigt werden können und hierbei Unterstützungen durch öffentliche Akteure und Organisationen geleistet werden. Problemhintergrund hierbei ist die Frage, wie Projekte und Initiativen auf Dauer gestaltet werden können, wenn die Förderung jedoch nur zeitlich befristet ist.

Nötig wäre es zudem, Initiativen und Projekte, die sich inhaltlich und strukturell bewiesen haben, eine ständige Förderung in Aussicht zu stellen. Von den Befragten werden aber auch Formen ideeller Unterstützung im Sinne einer Anerkennung der Arbeit für eine nachhaltige Entwicklung gewünscht. Strukturelle Neuerungen beziehungsweise Innovationen werden ebenfalls

benannt. Sinnvoll wäre beispielsweise eine Art Ehrenamts-Urlaub (3 Monate oder mehr), das heißt dass genügend Zeit zur Verfügung steht, Ideen auch entwickeln zu können.

„Ansonsten stoßen viele aktive Bürger schnell an (ihre) Grenzen: Wenn man an die Schnittstelle zur Normalwelt kommt, dann wird es schwierig. Man braucht dann einen anderen Job, weil von Transition-Aktivitäten lässt sich normales Leben, der Lebensunterhalt, nicht bestreiten.“ (Transition Town Initiative)

Zudem wäre es notwendig, Stellen gezielt zu schaffen und zu finanzieren, mit denen Koordinationsaufgaben wahrgenommen werden. Problematisch ist hier vor allem, kompetente Personen zu finden, die diese Stellen ausfüllen können. Ebenso wird eine Koordination als notwendig angesehen, bei der es darum geht, (vorhandene oder potentielle) Strukturen anzubieten und diese aufrechtzuerhalten (wie z. B. Räume, Webspaces und Moderation). Hierzu gehört auch, einen Moderatorenpool aufzubauen und den Initiativen finanzielle Ressourcen bereitzustellen. Hierzu bräuchte es eine Stelle, die angefragt und genutzt werden könnte, die beispielsweise Vereinsgründungsseminare anbietet oder auch kleine Starthilfen finanziell ermöglicht. Sinnvoll wäre es, Kleinstförderungen unbürokratisch bereitzustellen.

### **3.4 Fazit: Soziale Innovationen im Kontext gegenwärtiger Governance-Formen**

Gerade in Städten haben sich vielfältige Initiativen, Gruppen, Milieus und Akteurskonstellationen herausgebildet, die als Vorbild und künftige Treiber im Transformationsprozess eine besondere Rolle einnehmen können. Diese Pioniere oder „Change Agents“ des transformativen Wandels können nicht nur punktuell etwas bewirken, sondern sie können vergleichsweise großflächige Transformationsprozesse dezentral und ‚von unten‘ anstoßen. Bedingung hierfür ist, dass sie auf unterstützende Rahmenbedingungen und neu auszugestaltende Governance-Formen treffen. Dies beinhaltet einerseits einen Rahmen, der eine klare Orientierung und Planungssicherheit auf kommunaler Ebene vermittelt und Innovationen fördert. Hierbei geht es speziell um eine Institutionalisierung von Nachhaltigkeitszielen und Strategien, das heißt die Schaffung von politischer Verbindlichkeit. Dies betrifft einerseits eine verbindliche Festschreibung von Nachhaltigkeitszielen und Strategien in einem Set kommunal wirksamer Regelwerke, die gezielt nachhaltige Entwicklungen befördern, anregen, darüber informieren, belohnen, aber auch verlangen. Andererseits gilt es Koordination formal und dauerhaft zu ermöglichen und zu organisieren. Dies betrifft die Abstimmung öffentlicher Akteure untereinander, also zwischen verschiedenen kommunalen Ressorts und Behörden, wie auch die Abstimmung zwischen Behörden und gesellschaftlichen Akteuren in Form von Netzwerken und Kooperationen. Notwendig wäre es hierfür beispielsweise kommunale Vernetzungsstellen einzurichten und zu verstetigen im Sinne einer dauerhaften Ausstattung mit Ressourcen. Darüber hinaus muss das kommunale Wissen gesammelt, gebündelt und für den Informationsaustausch, auch für andere Kommunen zur Verfügung gestellt werden. Für eine Transformation, die aus den Nischen heraustreten soll, ist es erforderlich, dass sie Nachahmer findet und andere zur Veränderung ihrer Verhaltenspraxis animiert werden. Wenn dies gelingt, dann werden sie tatsächlich zu Promotoren des Wandels, der durch Innovationen, die auf eine sich ausweitende gesellschaftliche Akzeptanz treffen, vorangetrieben werden kann. Eine entsprechende Informationsbasis und Kommunikationsstrategie ist hierfür notwendig.

Ein Vorteil dieser lokalen Akteure ist, dass sie auf kontextgebundenes Wissen zurückgreifen können und verstehen, was unter den jeweiligen lokalen Besonderheiten funktioniert und was nicht. Insgesamt fallen ihre Vielfalt und Kreativitätspotentiale auf. Viele der lokalen Akteure stellen explizite Umwelt- oder Nachhaltigkeitsbezüge her. Zu konstatieren ist aber auch, dass die identifizierten Konzepte, Strategien, Projekte und Initiativen selten oder überhaupt nicht

unter dem Begriff Innovation gefasst werden, insbesondere wenn es darum gehen könnte, weitergehende Diffusionsstrategien auszuarbeiten. Hinzu kommt, dass viele Projekte und Initiativen unter teilweise prekären Verhältnissen agieren. Viele sind zeitlich befristet oder arbeiten auf der Basis temporär eingeräumter Miet- oder Nutzungsmöglichkeiten. Vernetzungen scheinen in vielen Fällen aktuell eher zufällig zu erfolgen. Es lassen sich aber bereits auch einige systematische Vernetzungsansätze ausmachen. Professionalisierungserfordernisse werden durchaus erkannt und thematisiert. Neben der Schaffung von Räumen, die Netzwerkbildungen befördern, gilt es somit ferner auch Ressourcen in Form von Ansprechpartnern, Geldern, Austausch- und Informationsplattformen dauerhaft bereitzustellen und in der Haushaltsplanung vorzusehen.

Tabelle 3: Potentiale und hinderliche Faktoren von Initiativen und Projekten auf der lokalen Ebene

Merkmale	Aspekte	Beispiele und Ausprägungen
<b>Potentiale / Innovativität</b>	Niedrigschwellige Angebotsqualität	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Bildungsofferten</li> <li>• Neue Formen von Sozialarbeit</li> <li>• Niedrigschwellige Möglichkeiten des Mitmachens</li> <li>• Neue Konsumformen</li> <li>• Neue Denkangebote und Kommunikationsformen</li> </ul>
	Strukturbildungen (Lernprozesse)	
	Vernetzungsformen und -effekte	
<b>Hemmende Bedingungen/ Governance-Formen</b>	Prekärer Stellenwert von Nachhaltigkeit und Lokaler Agenda 21	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Nachhaltigkeitsstrategie ausschließlich als Bestandsaufnahme</li> <li>• Fehlende Perspektivenplanungen</li> <li>• Mangelnde politische Priorisierung und kein Bekenntnis zu Nachhaltigkeit</li> <li>• Desinteresse bei anstehenden Ressourcenproblemen</li> <li>• Einseitig ausfallende Schwerpunktsetzungen</li> <li>• Mangelndes Problembewusstsein (z. B. hinsichtlich Demographie)</li> <li>• Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger als Verkündungsvorgang</li> <li>• Fördermittelpolitik</li> </ul>
	Ressortegoismen und Blockaden von Politik und Verwaltung	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Mangelnder Einfluss und begrenzte Ressourcen im Agenda-Bereich</li> <li>• Geringes Verwaltungsinteresse (u. a. an Grünflächen)</li> <li>• Unkoordinierte Zuständigkeiten der Verwaltung, die teilweise aus reiner Verwaltungslogik strategisch gesetzt sind</li> <li>• Hyperkomplexe Verwaltungsstrukturen</li> <li>• Unzureichende Kompetenzen des Verwaltungspersonals</li> <li>• Geringe Bereitschaften zur Mitwirkung</li> </ul>

	Fehlende Verbreitung, Koordination, Reflektion und Lerneffekte	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Inkompatible Datenlagen</li> <li>• Eingeschränkter Überblick über das Spektrum lokaler Aktivitäten</li> <li>• Fehlende Ansprechpartner</li> </ul>
<b>Ressourcen und Kompetenzen von Initiativen und Projekten</b>	Interne/ persönliche Barrieren	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Spannungsfeld von Beruf (Karriere) und Ehrenamt</li> <li>• Fehlende Finanzmittel (meist Eigenfinanzierung)</li> <li>• Überlastung und Nachwuchsprobleme</li> </ul>
	Externe Barrieren	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Unsicherheit hinsichtlich städtischer Freiräume und Freiraumprojekte</li> <li>• Schwerpunkt von Politik und Verwaltung: Förderung wirtschaftlichen Wachstums</li> <li>• Mangelnde Wertschätzung und Unterstützung ehrenamtlichen Engagements</li> <li>• Eingeschränkte Fähigkeiten der Verwaltung bezüglich Bürgerbeteiligung</li> <li>• Eingeschränkte Bereitschaften sowie Informationsdefizite bei Bürgerinnen und Bürger</li> </ul>

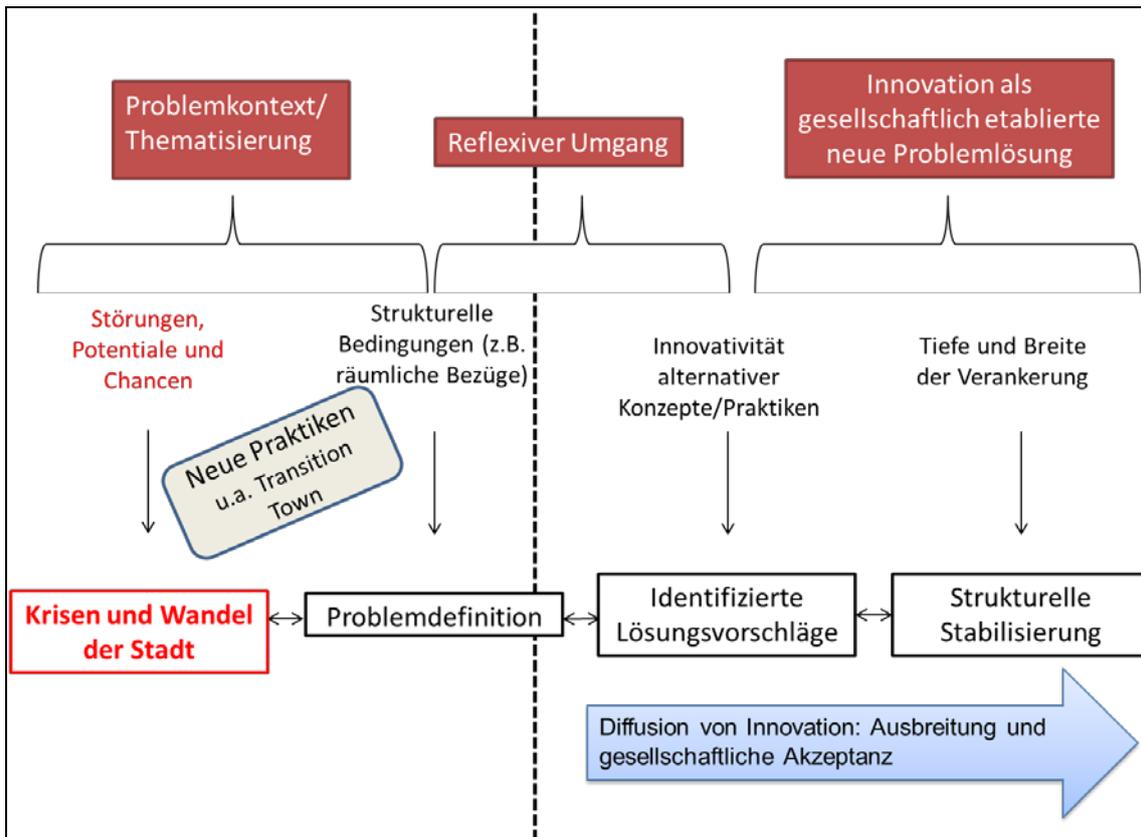
Quelle: Eigene Darstellung

Eine wesentliche Voraussetzung, um eine nachhaltige Entwicklung auf lokaler Ebene zu befördern, ist, dass die neu auszurichtenden Governance-Formen auf lokaler Ebene an die lokal verschieden ausfallenden Potentiale sowie Besonderheiten der Initiativen und Projektgruppen anschließen. Dies könnte beinhalten, dass man sich über deren Stärken und Schwächen informiert und entsprechend lokale Formen der Zusammenarbeit und Unterstützung (unter Zuhilfenahme entsprechend einzurichtender nationaler Förderstrukturen) identifiziert und institutionalisiert. Weiterhin müssten die spezifischen lokalen Bedingungen und Barrieren ausgemacht werden (in Anlehnung an Tabelle 3). Auf dieser Basis wären neue Antworten auf die verschiedenen hemmenden Bedingungen und aktuellen lokalen Governance-Formen zu erarbeiten, was auch eine stärkere Berücksichtigung wissenschaftlicher Expertise beinhalten sollte.

Wichtig ist hierbei, Hemmnisse und Barrieren angemessen zu interpretieren. Diese sind nur selten auf eine fehlende oder konfrontative Haltung oder Einstellung lokaler Akteure zurückzuführen. Vielmehr sind diese eng mit den geltenden und praktizierten Routinen, Verfahren sowie auch rechtlichen und finanziellen Rahmenseetzungen verknüpft. Eine Aufgabe ist es folglich, Beharrungsbestrebungen verstehen und einordnen zu können, um auf diese Weise Veränderungserfordernisse besser identifizieren und entsprechende Change-Strategien ableiten zu können (siehe Aderhold/Vordank 2008). In sich hieran anlehnenden Aushandlungsprozessen sind die Akteure dann angehalten, Transparenz nicht nur auf der Ebene von Interessenlagen und Motiven herzustellen, sondern auch funktionale und dysfunktionale Wirkungen gegenwärtig praktizierter Prozesse und Entscheidungen zu berücksichtigen. Auf dieser Basis kann es gelingen, Probleme und Barrieren tatsächlich in innovative Chancen zu transformieren.

Mit den aufgeführten Barrieren und Problembereichen, die vor allem Handlungserfordernisse markieren, ist damit die Frage berührt, wie aus den Potentialen der vielen Konzepte, Projekte und Initiativen auch tatsächlich soziale Innovationen werden können, die es vermögen, eine Transformation in Richtung Nachhaltigkeit anzuschieben. Ein wichtiger Aspekt besteht darin, die vielen kommunalen Initiativen und Beispiele systematisch zu erfassen, in ihren förderlichen und hinderlichen Bedingungen und Governance-Formen zu beschreiben und auszuwerten.

Abbildung 2: Von der Krise des Städtischen zur transformierenden Wirkung sozialer Innovationen (eigene Darstellung)



Eine solche Informationsgrundlage kann einerseits helfen, den konkreten Entwicklungsprozess einzelner Projekte und Initiativen gezielt zu befördern. Andererseits kann eine Systematik sozialer Innovationen erarbeitet werden, die als Orientierungshilfe für weitere Projekte dient, die sich verstärken und – idealerweise – eine Regime-Transformation bewirken. Einen ersten Ansatz einer solchen systematischen Betrachtung und Einordnung von kommunalen Initiativen als soziale Innovationen im Zusammenhang mit gesellschaftlicher Transformation bietet Abbildung 3.

Anhand dieser Abbildung können mehrere Aspekte veranschaulicht werden. Erstens können die betrachteten Phänomene eingeordnet werden. Bezogen auf das Beispiel Transition Town kann somit geprüft werden, an welcher Stelle des städtischen Diffusionsprozesses sich einzelne Transition-Projekte befinden und wieweit es dem Transition-Town-Ansatz insgesamt bislang gelungen ist, gesellschaftliche Veränderungen voranzubringen. Zweitens ist es möglich, verschiedene Initiativen und Konzepte zu vergleichen. Drittens kann damit gefragt werden, wie sich diese neuen Konzepte oder Praktiken gesellschaftlich verbreiten können und gesellschaftliche Akzeptanz finden, aber auch welche Erfordernisse sich ergeben sowie welche Strategien sinnvoll sein können.

Bezogen auf einzelne Konzepte, Initiativen oder Projekte stellt sich die Frage, wie eine breite Diffusion befördert werden kann. Das heißt auch künftig zu untersuchen, wie aus den vielen (noch vereinzelt) Engagements und Aktivitäten ein ‚großes Ganzes‘ entwickelt werden kann und wie sich diese sinnvoll verbinden lassen. Hierbei könnte es hilfreich sein, in Bezug auf die Kommune sowie die Initiativen und Akteure, die in Tabelle 4 zusammengeführten Problembe- reiche und Ansatzfelder zum Ausgangspunkt zu nehmen, um neue Vermittlungs- Kommunika- tions- und Unterstützungsformen entwickeln und systematisch institutionalisieren zu können.

Tabelle 4: Ansatzpunkte und Handlungsfelder für neue Governance-Formen auf der lokalen Ebene

Fokus	Aspekte	Beispiele und Ausprägungen
<b>Kommune</b>	Wissenschaftliche Unterstützung	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Integrierte Datengrundlage</li> <li>• Unterstützung bei Integrations- und Koordinationsbedarfen</li> </ul>
	Erweiterung der Kompetenzen von Verwaltungsakteuren	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Befähigung zur Integration und Abstimmung mit anderen Behörden und Ressorts</li> <li>• Nutzung externer Planungskompetenzen</li> <li>• Exkursionen sowie Bildung kommunaler Lerngemeinschaften</li> <li>• Umgang kommunaler Vertreter von Politik und Verwaltung mit aktiven Bürgern</li> </ul>
	Neue Beteiligungsangebote und -formen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Nachhaltigkeitsanliegen künftig attraktiver machen</li> <li>• Spezifik junger Zielgruppen und Kommunikationsweisen berücksichtigen</li> <li>• Neue Schnittstellen zur Verwaltung (Vermittlungsplattformen und Ansprechpartner)</li> <li>• Bürgerbeauftragte einsetzen</li> </ul>
<b>Ebene der zivilgesellschaftlichen Projekte, Gruppierungen und Initiativen</b>	Modi des Stabilisierens und des Verstetigens	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Freiräume und Orte der Integration, Eröffnung von Experimentiermöglichkeiten</li> <li>• Professionalisierung der Initiativen</li> <li>• Entlastung von Gründern und Gründungsmitgliedern</li> <li>• Unterstützung von Seiten öffentlicher Akteure und Organisationen</li> <li>• Setzen neuer Anreize (institutionalisierte Förderung)</li> <li>• Ehrenamts-Urlaub</li> <li>• Unbürokratische Kleinstförderungen</li> </ul>
	Aufbau langfristiger und tragfähiger Koordinationsstrukturen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Förderung von Stellen und Personen, die Koordinationsaufgaben wahrnehmen</li> <li>• Aufbau eines Moderatorenpools</li> <li>• Schaffung von Beratungsangeboten</li> </ul>

Quelle: eigene Darstellung

Zusammenfassend sollten die hier bezogen auf städtische Entwicklungen dargelegten Befunde deutlich machen, dass die mit sozialen Innovationen verbundenen Erwartungen auf vielfältige Schwierigkeiten treffen. Dies betrifft sowohl den Einbezug, die Verantwortlichkeiten und die Ausstattung öffentlicher, gesellschaftlicher und wissenschaftlicher Akteure als auch ausbaufähige förderliche und hinderliche Regelungsstrukturen und Koordinationsmechanismen. Hierzu gehören aber auch auf lokaler Ebene weitere in Kapitel 3 allgemein herausgearbeitete Aspekte, wie fehlende Verantwortlichkeiten, mangelnde Koordination und Kurzsichtigkeit. Ein Grund hierfür liegt darin, dass die aktuellen städtischen Problemlagen unter den Bedingungen verfügbarer Handlungsspielräume und orientierungsleitender Entscheidungsprämissen sowie entsprechender Politik- und Governance-Formen gedeutet und bearbeitet werden. In dieser Prob-

lambearbeitung werden nachhaltigkeitsorientierte Ansätze und Strategien häufig noch ungenügend berücksichtigt.

Die sich hieran anschließende Aufgabe besteht nun darin, die aktuell wirksamen Entscheidungs- und Koordinationsprozesse entsprechend der hier vorgelegten Handlungsempfehlungen zu verändern, so dass sie im Sinne eines teilsystemübergreifend und kooperativ anzulegenden Governance-Systems nicht nur Städte in die Lage versetzen, über die Identifikation und Förderung sozialer Innovationen hinaus eine gesellschaftliche Transformation in Richtung Nachhaltigkeit befördern und vorantreiben zu können.

Nachdem erste empirische Einblicke in förderliche und hinderliche Bedingungen für die Initiierung und Koordination von sozialen Innovationen im städtischen Kontext gewonnen werden konnten, gilt es nun, diese in einen generellen Zusammenhang von Governance und Gesellschaftstransformation einzuordnen. Auf dieser Grundlage werden Empfehlungen für eine Governance-Strategie für Gesellschaftstransformation abgeleitet, die sowohl für den städtischen Kontext als auch für andere gesellschaftspolitische Bereiche, Sektoren und Ebenen Relevanz haben. In Kapitel 4 werden daher zunächst das generelle Transformationsverständnis im Kontext nachhaltiger Entwicklung sowie förderliche und hinderliche Governance-Formen im aktuellen gesellschafts-politischen Diskurs dargestellt.

### **3.5 Diskussion der Ergebnisse im Rahmen eines Expertenworkshops**

Die Ergebnisse zum Projektarbeitspaket „Systematisierung und Typisierung von sozialen Innovationen mit Bezug auf die Nachhaltigkeitsthematik“ und zur Konkretisierung für den städtischen Kontext („Experimentierraum Stadt“) wurden im Rahmen eines Praxisworkshops diskutiert und so weiter vertieft. Der Workshop „Rolle zivilgesellschaftlichen Engagements und Bedeutung sozialer Innovationen im sozial-ökologischen Transformationsprozess am Beispiel nachhaltiger Stadtentwicklung“ wurde am 13. Juni 2013 vom Zentrum Technik und Gesellschaft (ZTG) der TU Berlin und dem Institut für Sozialinnovation (ISInova e.V.) in Kooperation mit dem Deutschen Naturschutzring (DNR) veranstaltet. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer kamen aus den Bereichen Wissenschaft, Verbände, Politik, Verwaltung und von lokalen Initiativen (siehe hierzu Kapitel 8.2).

In einem ersten Schwerpunkt des Workshops wurden wissenschaftliche Perspektiven auf das Thema diskutiert. Hierzu wurden zunächst aus beiden Projekten aktuelle Ergebnisse präsentiert (J. Rückert-John, ZTG TU Berlin; J. Aderhold, ISInova; T. Klostermeyer, DNR). Danach referierten zwei geladene Wissenschaftler zu ihren aktuellen Forschungsergebnissen (S. Becker, Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung und H. Walk, ZTG TU Berlin). Die anschließende Diskussion fokussierte auf folgende Fragestellungen: Welche Rolle spielen soziale Innovationen und zivilgesellschaftliches Engagement für die aktuellen Herausforderungen in der Stadt? Welche Governance-Formen und Kooperationen sind förderlich für zivilgesellschaftliches Engagement?

Innerhalb der Workshop-Diskussion wurde die Bedeutung, die sozialen Innovationen beigemessen wird, deutlich, da sie wichtige Ideen zur Veränderung der Gesellschaft beitragen und Rückzug, Überforderung oder auch mangelnde konsequente Durchsetzung der Politik sowie die Unzufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger, ihr Interesse sich einzumischen und die eigene Lebensweltwelt zu gestalten, auffangen.

Es entstand eine spannende Diskussion über Fragen gesellschaftlicher Entwicklung und den Herausforderungen des Transformationsprozesses. Soziale Initiativen sind zum einen räumlich vereinzelt und vor allem inhaltlich sehr divers. Die unterschiedlichen Projekte vereinen also die

Themen unterschiedlichster politischer Ressorts, weshalb innerhalb der Diskussion Forderungen nach einer übergreifenden Zusammenarbeit der unterschiedlichen Politik- und Verwaltungsressorts geäußert wurden. Aber auch die Pfadabhängigkeiten anderer Akteure wie Verbände, die es häufig verhindern, sich langfristig und nachhaltig zu vernetzen und über die eigene Projektorientierung hinaus zu gehen, wurden kritisiert.

Darüber hinaus wurde über die Vor- und Nachteile von Unterstützung und Förderung gesprochen. Zum einen müssen Politik und Verwaltung Freiheiten garantieren, Freiräume schaffen, aktivieren und Aktivitäten auch finanziell fördern. Auch die Rolle des Staates als ausgleichender und schützender Akteur wurde hervorgehoben. Alltagspraktische Schwierigkeiten und unterschiedliche Entscheidungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten gelte es zu erkennen und zu integrieren, um die Teilnahme an Prozessen nachhaltiger Entwicklung als Aspekt der Gerechtigkeit zu gewährleisten. Es wurden zum anderen jedoch auch einige Spannungsfelder diskutiert. Beispielsweise wurde angesprochen, dass Förderung und gegebenenfalls Institutionalisierung auch eine hemmende Wirkung auf Kreativitätspotentiale haben können. Hier wurde deutlich, dass es neuer Governance-Formen bedarf, die eine Balance zwischen Strukturert und Experimentieren ermöglichen und Prozesse fördern, jedoch nicht durch eine zu starke Einmischung oder Evaluierung hemmen.

Weiterhin wurde diskutiert, dass Politik sich stärker am Subsidiaritätsprinzip orientieren sollte, indem sie beispielsweise Räume für Neugestaltung schafft, die Ausgestaltung jedoch den Menschen selbst belässt. In Politik und Verwaltung müsse hierfür Vertrauen in Projekte sozialer Innovationen aufgebaut werden, damit diese sich ausprobieren können. Vertrauensbildende Maßnahmen, Kennenlernen auf Augenhöhe und unvoreingenommener Wissensaustausch sind aus Sicht der Workshop-Teilnehmerinnen und -teilnehmer hierfür sehr relevant. Neben den frei zu gestaltenden Experimentierräumen ist es aber auch wichtig, dass Politik und Gesellschaft von den Projekten und Initiativen, also den sozialen Innovationen, für die Gesellschaftstransformation lernen können. Die Fragen, wo Andockstellen für die Politik zu finden sind und wie das Verhältnis von Initiativen und Projekten sowie der Politik gestaltet werden kann, sind weiter zu verfolgen.

Auch die Frage nach neuen Governance-Formen, die eine stärkere Bürgerbeteiligung und zivilgesellschaftliches Engagement unterstützen, wurde während des Workshops diskutiert. Der Politikverdrossenheit müsse mit mehr qualifizierter Beteiligung, verbesserten Prozessen und früherer Einbindung entgegengewirkt werden. Der Wert der Beteiligung müsse neu definiert und in gewisser Hinsicht auch rehabilitiert werden, um die Grundlage für ein längerfristiges Engagement zu bilden.

Der zweite Schwerpunkt des Workshops konzentrierte sich auf politische und zivilgesellschaftliche Perspektiven. Zentrale Fragestellungen hierzu waren die Folgenden: Welche Bedeutung wird zivilgesellschaftlichem Engagement, sozialen Innovationen und neuen Governance-Formen aus politischer Sicht beigemessen? Wie sehen Verbände und Initiativen ihre Rolle im gesellschaftlichen Transformationsprozess? Zu diesem Schwerpunkt wurden drei Diskussionsbeiträge gehalten (M. Wehrspau, Umweltbundesamt; F. Sperfeld, Unabhängiges Institut für Umweltfragen; G. Wessling, Transition-Town-Initiative).

In dieser Diskussionsrunde berichteten die Verbandsvertreterinnen und -vertreter ähnlich wie einzelne Initiativen und Projekte von der Schwierigkeit, die Balance zwischen einerseits Autonomie und Selbstbestimmtheit und andererseits politischer Förderung zu halten. In kritischer Perspektive diskutierten sie auch ihre „eigene Unbeweglichkeit“, mit anderen Akteuren gemeinsam an transdisziplinären Lösungen zu arbeiten. Hierzu bedarf es stärker als bisher, gemeinsame Themen zu identifizieren und konkrete Schritte zu vereinbaren. Mit Blick auf die

Unterstützung innovativer Projekte müssen sich auch die Verbände selber die Frage nach der Balance zwischen Einbindung oder Zusammenarbeit, ohne zu vereinnahmen, stellen. Diese muss innerhalb der Verbände diskutiert und entwickelt werden.

Resümierend kann festgehalten werden, dass sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sehr einig waren, dass eine Verbreitung und Vernetzung der unterschiedlichen Ideen, Ansätze und Projekte für eine Gesellschaftstransformation von besonderer Relevanz sind. Gerade im städtischen Raum können soziale Innovationen als Treiber der Entwicklung angesehen werden. Deshalb muss ihre Diffusion beziehungsweise der Versuch Nachahmer für die innovativen Ideen zu finden, die die Alltagspraxis nachhaltige verändern, ins Auge gefasst werden.

## 4 Transformationsbedarfe und -bedingungen im Lichte hinderlicher und förderlicher Governance-Formen

Im zweiten Kapitel wurden die verschiedenen wissenschaftlichen Perspektiven sowie die aus Politik und Zivilgesellschaft im Hinblick auf soziale Innovationen sondiert. Deutlich geworden sind eine große Themenbreite sowie unterschiedliche Einschätzungen zur Bedeutung, die speziell sozialen Innovationen beigemessen werden. Deutlich geworden ist aber auch, dass es in diesem Diskussionsbereich zwar durchaus inhaltliche Berührungspunkte zu den Themen Nachhaltigkeit und Transformation gibt, jedoch sind diese bisher eher nicht systematisch ausgearbeitet. Um das Thema Innovation und Transformation aufeinander zu beziehen und um Anhaltspunkte für die Frage nach Barrieren und Potentialen transformierender Governance-Formen aufnehmen zu können, ist es hilfreich, sich genauer mit dem bereits verfügbaren Wissen über Transformation zu beschäftigen. Dies erfolgt aber nicht mit dem Anliegen, eine angemessene und vollständige Darlegung bisheriger Transformationsansätze sowie des hiermit einhergehenden Transformationswissens vorzunehmen. Vielmehr können wir an dieser Stelle nur stark verkürzt und zusammenfassend auf diejenigen Aspekte eingehen, an denen wir Anhaltspunkte für die hier interessierenden Themen Innovation und Governance identifizieren.

Obwohl die Bedeutung gesellschaftlicher Transformationsprozesse für die Umgestaltung der modernen Gesellschaft in Richtung einer nachhaltigen Entwicklung nicht nur im städtischen Kontext sondern auch auf Länder- und Bundesebene weitgehend erkannt wurde, stehen die wissenschaftliche Auseinandersetzung, ein weiterführender Austausch von Wissenschaft und gesellschaftlicher Praxis sowie die Bearbeitung von Fragen der inhaltlichen Ausrichtung und regulativen Gestaltung von Gesellschaftstransformation noch am Anfang.

Ein wichtiges Erfordernis für die wissenschaftliche Bearbeitung des Themas ist zunächst die Entwicklung eines Analyserahmens, mit dem förderliche und hinderliche Governance-Formen für die Gesellschaftstransformation in Richtung nachhaltige Entwicklung identifiziert werden können. Eine solche Governance-Analyse umfasst einerseits Fragen der Entwicklung und Ausbildung eines am Leitbild der Nachhaltigkeit orientierten Ordnungsrahmens und die Rollen der beteiligten Akteure, wie auch den Umgang mit spezifischen Herausforderungen von Transformationsprozessen. Angesprochen ist hiermit auch die Frage nach dem sich ergebenden Koordinations- und Abstimmungsaufwand und wie dieser bezogen auf den städtischen Kontext ebenso wie auf weitere gesellschaftliche Teilbereiche und -probleme, gesellschaftswirksam ausgestaltet werden kann.

Ein besonderes Augenmerk der Analyse gilt sozialen Innovationen, die als von bisher praktizierten Selbstverständlichkeiten und Routinen abweichende, neuartige Praktiken beschrieben werden, die Lösungen für gesellschaftliche Probleme mit weitreichenden strukturellen gesellschaftlichen Veränderungen darstellen. Innovative Ansätze, Praktiken und Koordinationsimpulse werden daraufhin befragt, inwiefern sie gesellschaftliche Transformationsprozesse in Richtung nachhaltige Entwicklung initiieren und befördern beziehungsweise wie sie in ihrer Wirkung und hinsichtlich ihrer gesellschaftlichen Akzeptanz verbreitert und verknüpft werden können (zum Beispiel im Kontext nachhaltiger Entwicklung, bei Gerechtigkeitsfragen, in Bereichen der Gesundheitsfürsorge, oder zur Bewältigung des wirtschaftlichen und regionalen Strukturwandels, siehe hierzu die Bestandsaufnahme in Kapitel 2).

Im Folgenden muss es aber auch darum gehen, ein allgemeines - auf die Fragen des möglichen Beitrages sozialer Innovationen bezogenes - Grundverständnis von Transformation in den Blick zu nehmen, inklusive der konzeptionellen und strategischen Bedingungen, die Transformation behindern oder befördern können. Kapitel 4.1 gibt hierfür zunächst einen historischen Abriss

über gesellschaftliche Transformationsansätze wider und stellt die Neuerungen der anstehenden Transformation heraus. Während in Kapitel 4.2 der theoretisch-konzeptionelle Rahmen für die Beschreibung und Analyse von Governance-Formen und Gesellschaftstransformation dargelegt ist, werden in Kapitel 4.3 Governance-Ansätze und Strategien hinsichtlich ihrer förderlichen und hinderlichen Wirkungen für Transformationsansätze präsentiert. Dies geschieht anhand einer Auswahl diskursprägender Studien aus Politik und von Verbänden. Die Ergebnisse der Analyse gehen in das Schlusskapitel ein, in dem Eckpunkte einer Governance-Strategie, die eine nachhaltige Gesellschaftstransformation befördern können, skizziert und mit Empfehlungen für mögliche Beiträge der Umweltpolitik zu einer nachhaltigen Gesellschaftspolitik verbunden werden (Kapitel 5).

## 4.1 Historische Vorläufer und gegenwärtige Ansätze gesellschaftlicher Transformation

Anregungen hinsichtlich eines an Nachhaltigkeitsfragen orientierten Transformationswissens können durch die Beschäftigung mit den Überlegungen von Polanyi (1944) zur „Großen Transformation“, den Befunden zur ökologischen Modernisierung sowie den großen gesellschaftlichen Umbrüchen der letzten 25 Jahre und hier insbesondere den politischen und wirtschaftlichen Veränderungen im Zuge des Zusammenbruchs des sozialistischen Herrschaftssystems gewonnen werden (u. a. Best/Holtmann 2012). Im Folgenden greifen wir zwei Perspektiven heraus, da diese für die hier interessierenden Fragen von Innovation und Governance bedeutsame Einsichten versprechen.<sup>20</sup>

Die erste für Transformations- und Governance-Fragen bedeutsame Studie von Karl Polanyi „The Great Transformation“ thematisiert das sich auf gravierende Weise verschiebende Verhältnis von Wirtschaft (Marktwirtschaft) und Gesellschaft. Im Zuge der Entwicklungen des 19. Jahrhunderts begann die Wirtschaft aus der ‚Umklammerung‘ gesellschaftlicher Vorgaben herauszutreten. Hiermit verbunden war die Entstehung eines weltumspannenden Systems sich selbst regulierender Märkte, in der Form, dass die Produktion von Gütern und Leistungen sowie deren Distribution zunehmend von Preisen beeinflusst und reguliert wird und sich auf diese Weise anderen gesellschaftlichen Vorgaben und Erwartungen entzieht. Die hierdurch in Gang gesetzte Transformation führte nicht nur zu einer Durchsetzung des selbstregulierenden Marktes als zentralem Steuerungsmechanismus der kapitalistischen Wirtschaft, sondern auf dieser Grundlage kam es zu einer ‚Herauslösung‘ der Wirtschaft aus gesellschaftlichen Einbettungsverhältnissen. Die Wirtschaft begann die Gesellschaft zu dominieren und „nach ihren Gesetzmäßigkeiten neu zu strukturieren“ (Schrader 1995: 5). Diese Veränderungen und die hiermit einhergehenden Verschiebungen und Folgewirkungen sind weniger Ausdruck evolutionärer, ungesteuerter Vorgänge, sondern das Resultat politischer Entscheidungen, zum Beispiel in Form einer „Kommodifizierung der Produktionsfaktoren Boden, Arbeit und Kapital“ sowie der Beseitigung internationaler Handelshemmnisse (ebd.). Eine sich preislich regulierende Markt-

---

<sup>20</sup> Nutzen ließe sich in diesem Zusammenhang auch das Wissen über Wandelprozesse, die nach 1945 in Westdeutschland stattgefunden haben (Holtmann/Gerhardt/Braun 2007). Generell ist festzuhalten, dass die bisher verfügbaren Einsichten über Transformationsprozesse sowie das verfügbare Transformationswissen sehr viel fruchtbringender im Nachhaltigkeitskontext sondiert und ausgewertet werden müssten. Hierfür müssten aber erst noch die notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden, die auf der einen Seite institutionelle und förderbezogene Bereitschaften und Ressourcen im politischen Bereich und auf der anderen Seite auch eine neue Herangehensweise seitens der Sozialwissenschaften (siehe ISSC/UNESCO 2013) umfassen.

gesellschaft konnte nur deshalb etabliert werden, weil die negativen Folgen einer ungesteuerten Marktdynamik durch gesellschaftliche Rück- und Einbettungsmaßnahmen in Form politischer Interventionen, wohlfahrtstaatlicher Lösungen wie Arbeits- und Sozialgesetzgebung, soziale Bewegungen, demokratische Errungenschaften und Institutionen eingedämmt wurden.<sup>21</sup>

Die zweite unter der Bezeichnung Transformation laufende gesellschaftsweite Großveränderung hängt mit dem Zusammenbruch der sozialistischen Herrschaftsstrukturen nach 1989 zusammen, der auf fehlende Innovations- und Entwicklungsfähigkeit in Folge monolithischer Machtkonstellationen sowie die Notwendigkeit einer ordnungsrelevanten, funktional differenzierten Gesellschaft zurückgeführt wurde (vgl. u. a. Blanchard/Froot/Sachs 1994). Im Zentrum stand hierbei die Frage, wie die in Westeuropa als bewährt erachtete Marktökonomie auch in Osteuropa eingeführt werden kann, beziehungsweise, wie sich der Wandel von der Planwirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft vollziehen habe. In diesen politisch angestoßenen und ausgestalteten Vorgängen ging es um die „Übernahme, Errichtung, Inkorporation von modernen demokratischen, marktwirtschaftlichen, rechtsstaatlichen Institutionen“ (Zapf 1994: 138). Transformation wurde als Abfolge von drei interdependenten Phasen verstanden: (1) radikale oder stufenförmig angelegte Wandlungsprozesse (u. a. Revolution oder Implosion), wobei die bisherigen dominanten gesellschaftlichen Strukturmuster fragil wurden beziehungsweise gänzlich in Auflösung begriffen waren; (2) hieran anschließend transitorische Phasen, unter anderem die Suche und Fixierung allgemein akzeptierter Orientierungsinstitutionen (Demokratie, Marktwirtschaft), wobei geklärt werden musste, auf welche Weise und wie diese zu adaptieren, zu übernehmen beziehungsweise zu implementieren waren. (3) Zudem wurde eine Anpassung beziehungsweise Neuausrichtung verbliebener Strukturen und individueller Verhaltensweisen, die noch nicht als anpassungsfähig erachtet wurden, angestrebt. Von entscheidender Bedeutung ist hierbei die dritte Phase, das heißt eine längerfristig anzusetzende Strukturierungsphase (u. a. Hanf 1996).

Die politisch ausgelöste und vorangetriebene Transformation setzte hierbei auf eine Governance-Strategie, die als Modernisierung vor allem zwei Aufgabenfelder formulierte: erstens die Implementierung moderner westlicher Institutionen und zweitens das hierfür erforderliche Erlernen adäquater Orientierungen, bezogen auf die Wertstrukturen und Rationalitätsstandards von Demokratie, Marktwirtschaft, Leistungsgesellschaft und Rechtsstaatlichkeit.

Diese historischen Vorläufer und Überlegungen zu Gesellschaftstransformation verdeutlichen, dass unter Transformation ein spezifischer Typ sozialen Wandels verstanden wird, welcher sich durch die Intentionalität im Sinne einer zielgerichteten Übernahme modernisierungstheoretischer Grundprämissen auszeichnet (Zapf 1994: 138). Transformationsprozesse sind folglich von nicht-intentionalen sozialen Wandlungerscheinungen abzugrenzen. Entscheidend ist, dass sie einen „ganzheitlichen Vorgang gleichzeitiger, radikaler und umfassender, das heißt alle gesellschaftlichen Bereiche einschließender Veränderungen“ bezeichnen (Hanf 1996: 617). Insofern stellt die aktuell anstehende Transformation in Richtung einer nachhaltigen Entwicklung auf den ersten Blick kein vollkommenes Neuland da, vielmehr können die Vorläufer als Orientierungsgeber angesehen werden. Dabei wird es künftig darauf ankommen, erstens die Verschiedenartigkeit der jeweiligen Prozesse im Auge zu behalten und zweitens die jeweiligen Ansätze und Perspektiven auf ihre tatsächliche Brauchbarkeit hinsichtlich der Bereitstellung von Transformationswissen zu prüfen. Mindestens genauso wichtig ist es, neben den Gemeinsamkeiten

---

<sup>21</sup> Mit den vielfältigen Folgen dieser Entwicklungen sowie mit den Positionen von Polanyi beschäftigt sich beispielsweise Nico Stehr (2007) kritisch.

auch bedeutsame Unterschiede heutiger Transformationsaufgaben zu identifizieren. Übertragungsprobleme ergeben sich unter anderem aus den einseitigen Blickrichtungen in Bezug auf die anvisierten gesellschaftlichen Übergänge. Der Fokus der Gesellschaftstransformation lag bei den Vorgängern primär auf institutionellen Aspekten von Demokratisierung und marktwirtschaftlicher Strukturanpassung (Hopfmann/Wolf 2001: 35 f.). Hierbei handelt es sich um einseitige und auf einzelne Teilsysteme (Wirtschaft und Märkte) gerichtete Transformationsansätze, die nur einige Teilprobleme gesellschaftlicher Transformation (Demokratie, Marktwirtschaft) in den Blick nahmen. Sie hatten die Tragfähigkeit der empfohlenen Governance-Formen sowie Transformationsziele nur teilweise problematisiert und Eigendynamiken der Transformationsziele nur unzureichend im Blick (vgl. hierzu Kollmorgen 2005).

Daraus folgt, dass die historischen Vorläufer von Transformation nicht ohne Änderungs- beziehungsweise Reformulierungsbedarfe als Grundlage für das Konzept einer „großen gesellschaftlichen Transformation“ in Richtung Nachhaltigkeit geeignet sind. Die weitere Ausarbeitung und Aushandlung einer großen gesellschaftlichen Transformation sollte sich auf drei Aspekte konzentrieren:

- Erstens bezeichnet Transformation nicht nur einen Wandel oder Institutionenwechsel eines Subsystems (und deren Teillogiken), sondern Transformation beinhaltet einen Wechsel von Gesellschaftsformationen. Gesellschaftstransformation bezeichnet somit wesentliche Änderungen in den Merkmalen der Ausgangsgesellschaft mit dem Ziel eines Systemwandels beziehungsweise Systemwechsels, bei dem die vorherigen, systemzersetzenden Widersprüche aufgehoben und bearbeitet wurden (Töpfer 2012: 93).
- Zweitens bezieht sich der gegenwärtige Transformationsprozess auf einen (noch) nicht bestimmbar beziehungsweise abgrenzbaren Zeitraum, das heißt er ist zukunftsgerichtet. Von entscheidender Bedeutung ist, dass es hierbei um eine zielorientierte und langfristige Umgestaltung eines gesellschaftlichen (Gesamt-)Systems gehen soll, die gesteuert aber auch eigendynamische, das heißt sich der Intentionalität entziehende Prozesse mit einschließen.
- Transformation im Sinne von Umgestaltung bedeutet aber nicht einfach Veränderung, sondern zeigt drittens umfassende, erst in Ansätzen bekannte Innovationsbedarfe an, die sich auf alle gesellschaftlichen Bereiche und Ebenen richten. Hieraus ergeben sich vielfältige Innovationserfordernisse, die im Governance-Bereich untersucht, identifiziert und praktisch voranzubringen sind. Dies beinhaltet zum einen eine intelligente Auseinandersetzung mit Barrieren und Potentialen bestehender Governance-Formen und zum anderen eine Governance-Strategie, die sich an den von uns erarbeiteten Kernelementen (siehe Kapitel 5) orientieren sollte.

Als ein Zwischenfazit der Betrachtung historischer und gegenwärtiger Transformationsverständnisse und -ansätze kann zunächst festgehalten werden, dass ein wesentlicher Unterschied zu bisherigen Beschreibungen transformativer Prozesse im gesellschaftsweiten Nachhaltigkeitsbezug, der insbesondere durch ein vorgreifendes Zeitverständnis charakterisiert wird, besteht. Während bisher die Veränderungen anderer großer Transformationen im Nachhinein oder zumindest zeitlich begleitend wie im Fall der Länder des ehemaligen Ostblocks betrachtet und bearbeitet werden konnten, so geraten nun Veränderungen und Entwicklungslinien in den Blick, die zukünftig erst noch in Angriff genommen werden müssen, beziehungsweise bei denen die eigentlichen Umstellungen und Weichenstellungen erst noch bevorstehen. Die zeitliche Unsicherheit wird zudem durch eine inhaltliche Unbestimmtheit ergänzt. Dieses Fehlen von Vorbildern, Blaupausen oder schon praktizierten gesellschaftlichen Vorgängern führt dazu, dass sich die anstehenden Transformationsprozesse qualitativ und grundlegend von bisher be-

kannten Transformationen unterscheiden. Daher scheint es umso wichtiger zu sein, konkretere Vorstellungen von der Reichweite, den Zielgrößen und Gestaltungsmöglichkeiten der Gesellschaftstransformation und auch von den zu erwartenden Problemen und Hindernissen zu formulieren und auf dieser Basis gesellschaftliche Aushandlungsprozesse anzustoßen und entsprechend zu begleiten.

Zu beachten sind hierbei drei weitere, neuartige Prozesse, welche auch in bisherigen Transformationsprozessen sowie den sie begleitenden wissenschaftlichen Reflektionen keine Rolle spielten respektive spielen konnten:

- Die Eingriffstiefe heutiger menschlicher Techniken und Technologien übersteigt die Möglichkeiten früherer Gesellschaften und die damit verbundenen Risiken stellen gesellschaftliche und politische Akteure vor neue Herausforderungen (Beck 1997).
- Die Globalisierung von Wirtschaftsbeziehungen, Märkten, Informations- und Kommunikationstechnologien führt zu weitreichenden Veränderungen und verlangt nach neuen Lösungen und Umgangsweisen (Aderhold 2004; Altvater/Mahnkopf 1996; Bauman 1997; Brose/Voelzkow 1999).
- Schließlich sind auch die disziplinär von Praxiserfordernissen differenzierten Wissenschaften angehalten, sich auf neuartige Problemlagen einzustellen und die hiermit verbundenen neuen Fragestellungen und Thematisierungspraxen entsprechend anzupassen (vgl. u. a. Gibbons et al. 1996; WBGU 2011).

## **4.2 Governance-Formen für eine nachhaltige Gesellschaftstransformation**

Die „Große Transformation“ beinhaltet somit weitreichende und vielfältige Handlungserfordernisse diverser staatlicher, zivilgesellschaftlicher und wissenschaftlicher Akteure, die an einer entsprechenden institutionellen Gestaltung für eine ressourcenschonende, klimaverträgliche und nachhaltige Wirtschaftsordnung beteiligt sind. Neben klassischen Steuerungsansätzen des regulierenden Staates existieren eine Reihe von neuen Koordinationsformen, die von dynamischen Bottom-Up-Bewegungen der Zivilgesellschaft zur Initiierung sozialer Innovationen bis hin zu neuen Regelsetzungsformen durch Unternehmen und Marktakteuren in globalen Wertschöpfungsketten reichen. Im Rahmen einer auf Nachhaltigkeit abzielenden gesellschaftlichen Transformation erfahren nun solche Innovationen eine ganz besondere Relevanz, die in der Lage sind, mit den zuvor benannten Herausforderungen umzugehen. Ziel der nachfolgenden Darstellung zu Governance-Formen ist es, Governance-Ansätze und Strategien zur Förderung und Etablierung sozialer Innovationen im nachhaltigen Transformationsprozess zunächst konzeptionell und dann empirisch anhand einer Auswahl von Studien aus Politik und Verbänden zu identifizieren. Dabei werden auch solche Governance-Formen identifiziert, die einer Gesellschaftstransformation in Richtung Nachhaltigkeit entgegenwirken.

Konzeptionell orientieren wir uns an zwei Theoriesträngen, mit denen bisherige wie auch zukünftige Governance-Strategien für eine nachhaltige Gesellschaftstransformation beschrieben beziehungsweise entwickelt werden sollen. Sie umfassen einerseits einen erweiterten Governance-Ansatz und ein Governance-Verständnis, welche für eine deskriptive, empirisch-analytische Rahmung für die Beschreibung der Ist-Situation bisheriger Transformationsprozesse und deren Koordinierung geeignet erscheinen (vgl. Benz 2004). Andererseits ziehen wir Ansätze der Transition-Forschung im allgemeinen und das Modell des Transition-Managements im speziellen hinzu, um ein besseres Verständnis von den verschiedenen Transitions-Dynamiken und -Mustern als auch hinsichtlich der Möglichkeiten für eine intentionale Transition-

Gestaltung zu gewinnen. Die theoretisch-konzeptionellen Ansätze werden in den nachfolgenden Kapiteln erläutert und die Analyseergebnisse anschließend vorgestellt.

## **4.2.1 Theoretisch-konzeptioneller Rahmen für die Beschreibung und Analyse von Governance-Formen und Strategien**

### **Governance-Verständnis**

Das Ziel einer „großen Gesellschaftstransformation“ soll durch zahlreiche gesellschaftspolitische Steuerungsmaßnahmen befördert werden, durch die das System vom jetzigen Zustand in einen anderen, nachhaltigeren Zustand transformiert wird. Politische Steuerung kann als Element eines umfassenderen Governance-Kontextes verstanden werden (Kooiman 2003; Pierre 2000; vgl. Newig/Voß 2010), bei dem Steuerungsaktivitäten in verschiedenartige Regelungsstrukturen eingebettet sind, welche die Koordination und Interaktion von Institutionen und Akteure bestimmen.

Governance lässt sich als ein gesellschaftlicher Selbstregulierungsprozess verstehen, der nicht 'von außen' auf 'die Gesellschaft' wirkt, sondern Ausdruck eines gesellschaftlichen Willensbildungs- und Steuerungsprozesses ist und als Ergebnis einzelner Steuerungsaktivitäten auf unterschiedlichen Ebenen und in verschiedenen Sektoren begriffen werden kann (Haus 2010; Newig/Voß 2010). Governance grenzt sich explizit von der Annahme ab, dass der Staat von 'oben herab' Gesellschaft steuert, sondern, dass neben der hierarchischen Steuerung auch alternative Regelwerke und Mechanismen von gesellschaftlichen Akteuren genutzt werden, um sich zu koordinieren. Solche alternativen Formen kollektiver Regelung umfassen beispielsweise netzwerkförmige Aushandlungsprozesse oder die Nutzung von Markt- und Wettbewerbsmechanismen.<sup>22</sup>

Die Governance-Perspektive ermöglicht somit eine umfassendere Sichtweise auf die Vielzahl von Regelungsstrukturen und Koordinationsmechanismen, durch die kollektive Verbindlichkeit erreicht wird (Benz/Dose 2004; Benz 2004; Mayntz 1996, 2004a). Diese werden im Folgenden genauer beschrieben.

### **Unterscheidung von Struktur- und Prozesskomponenten**

Um die Komplexität von Governance-Prozessen für Gesellschaftstransformation zu reduzieren, bauen wir auf verschiedenen Vorschlägen für die Erstellung eines Analyserasters auf, die eine idealtypische Unterscheidung vornehmen (z. B. Kooiman 2003; Scharpf 2000; vgl. auch Ostrom 2007). Für unsere Governance-Analyse unterscheiden wir idealtypisch eine Struktur- und eine Prozesskomponente (Mayntz/Scharpf 1995; Scharpf 1997), die miteinander verknüpft sind.

- Mit Regelungsstrukturen sind Strukturen sozialer Ordnung (Makro-Ebene) gemeint, die beschreiben, wie Akteure miteinander in Beziehung stehen. Die Regelungsstrukturen unterstützen bestimmte Modi der Handlungskoordination und stellen Möglichkeitsgrenzen dar (Scharpf 2000).

---

<sup>22</sup> Im Unterschied zu einem wirtschaftswissenschaftlichen Governance-Verständnis, insbesondere der neuen Institutionenökonomik, das stark von der Transaktionskostentheorie beeinflusst wird, steht nicht nur die Koordination der Marktwirtschaft mithilfe von Märkten und Hierarchie (Bürokratie) als entscheidende Governance-Formen im Untersuchungsfokus (z. B. Lindblom 1977; Lütz 2004; Williamson 1979).

- Prozesse der Handlungskoordination und Interaktion nehmen Mechanismen in den Blick, die auf Verhaltensänderungen beteiligter Akteure auf der Mikro-Ebene abzielen (vgl. Kooiman 2003).

Mit dieser Aufteilung in Strukturen und Prozesse wird das enge Wechselspiel zwischen individuellem Handeln und Strukturen betont, die beständig durch Interaktionen geprägt werden und sich zueinander in Beziehung setzen. Ein solcher Governance-Ansatz hilft bei der Entscheidung, welche Interaktionen in die Analyse einbezogen werden müssen und wie die einzelnen Interaktionen miteinander in Beziehung stehen (vgl. auch Brunngräber et al. 2004).

### **Regelstrukturen: Hierarchie, Wettbewerbs- und Verhandlungssysteme**

Regelungsstrukturen werden in der politikwissenschaftlich-orientierten Literatur nach den Begriffen Hierarchie, Wettbewerbssysteme und Verhandlungssysteme (Netzwerke) unterschieden. Diese vereinfachte Typologie beschreibt auf der Makro-Ebene wie Akteure eines Gesellschafts-systems miteinander in Beziehung stehen.

- Hierarchie beinhaltet institutionalisierte Über- beziehungsweise Unterordnungsverhältnisse, welche die Handlungsautonomie der Akteure bestimmt und vor allem die der untergeordneten Akteure entscheidend einschränkt. Das bedeutet, es handelt sich bei hierarchischen um asymmetrische Beeinflussungen.
- Im Wettbewerb und in Verhandlungssystemen stehen sich die Akteure dagegen formal gleichberechtigt gegenüber. Sie können jedoch unterschiedlich über Verhandlungsmacht und Konkurrenzfähigkeit verfügen (Benz 2008). In Wettbewerbssystemen ist keine strukturelle Kopplung vorgesehen, sondern Akteure koordinieren ihre Handlungen autonom über wechselseitige Anpassung.
- Verhandlungssysteme sind durch lose Kopplungen zwischen den Akteuren gekennzeichnet. Der Grad der Kopplung kann allerdings variieren, abhängig davon, ob es sich um freiwillige Verhandlungssysteme oder um Zwangsverhandlungssysteme handelt, in denen Akteure aus rechtlichen oder praktischen Gründen Einigung mit anderen Akteuren erzielen müssen (Scharpf 2000). Im Unterschied zu formalisierten Verhandlungssystemen ergibt sich in Netzwerken die Kopplung aus den wechselseitigen Ressourcenabhängigkeiten zwischen den Akteuren und/oder durch informelle Regelwerke wie Normen oder Traditionen.

### **Modi der Handlungskoordination**

Die beschriebenen Regelungsstrukturen Hierarchie, Wettbewerb und Verhandlungssysteme begünstigen bestimmte Koordinationsmechanismen (Scharpf 2000), die sich als Institutionen beschreiben lassen. Institutionen sind Regeln, die das menschliche Miteinander organisieren, indem sie zum Beispiel den Zugang und die Ressourcen von Akteuren regeln (Mayntz 2004b; Schuppert 2007). Sie teilen Akteuren Ressourcen und Kompetenzen zu, regulieren den Zugang zu politischen Entscheidungsprozessen, beeinflussen die Orientierungen der Akteure und setzen damit den Rahmen („Spielregeln“) für die Handlungskoordination. Dabei wird generell zwischen formellen Regelwerken (wie Gesetze, Verordnungen) und informellen Regelwerken

(Normen, Traditionen, Kulturen) differenziert.<sup>23</sup> Zudem lassen sich zwei „idealtypische“ Modi der Handlungskoordination unterscheiden: der hierarchische und nicht-hierarchische Modus (vgl. Scharpf 2000):

- Hierarchische Koordination wird in der Regel mit hoheitlicher Weisung und Top-Down-Ansätzen (wie regulative Politikinstrumente, Ge- und Verbote, Gerichtsurteile) gleichgesetzt (z. B. Knill 2008).
- Nicht-hierarchische Koordination beruht hingegen auf Mechanismen der Freiwilligkeit oder Konkurrenz (vgl. Jänicke 2008). Interessenskonflikte werden beispielsweise über Verhandlungen gelöst, wie etwa durch kooperative Maßnahmen oder durch den Einsatz von informationellen Instrumenten wie Informationen, Aufklärung und Bildung, vor dem Hintergrund von Akteursinteressen oder über Verständigungs- und Überzeugungsprozesse (Benz 1994).
- Im Wettbewerb erfolgt die Handlungskoordination hingegen über die Konkurrenz zwischen den Akteuren, die sich wechselseitig anpassen. Im privaten Wettbewerb verfolgen Akteure vordringlich ihre eigenen, egoistischen Ziele, wohingegen der politische Wettbewerb das Handeln von Akteuren auf die Erreichung gesellschaftlicher Werte oder kollektiver Güter beziehungsweise Leistungen lenkt.

Sowohl die beschriebenen Regelungsstrukturen (Hierarchie, Wettbewerb und Verhandlungssysteme) als auch die darin eingebetteten Modi der sozialen Handlungskoordination beschreiben Idealtypen, die in der Realität selten in ihrer Reinform anzutreffen sind. Vielmehr finden sich Kombinationen, zum Beispiel in Form von Governance-Regimen (Benz 2008). Im Idealfall werden Instrumentenmixe zusammengestellt, die wechselseitig ihre Defizite kompensieren. Darüber hinaus sind fast alle Arten von Verhandlungssystemen in hierarchische Strukturen eingebettet, so dass öffentliche und private Akteure mit- oder untereinander zumeist im Schatten der Hierarchie verhandeln. Umgekehrt können Hierarchie und Verhandlung im Schatten des Wettbewerbs stehen, so zum Beispiel im Regulierungswettbewerb, wo konkurrierende Gebietskörperschaften miteinander verhandeln (Windhoff-Héritier 1994). Schließlich können Verhandlungen auch den Rahmen für politischen Wettbewerb und Hierarchie bilden, etwa wie internationale Regime wichtige Rahmen für staatliche Interventionen im Bereich der Umweltpolitik setzen (zum Beispiel zu Klima, Biodiversität oder Energie).

### **Öffentliche und nicht-öffentliche Akteure**

Aufgrund der Vielfalt handlungsleitender Strukturen, Mechanismen und Institutionen müssen Governance-Ansätze eine Vielzahl und die Heterogenität von Akteuren berücksichtigen, die in politischen Entscheidungsprozessen involviert sind. Die Governance-Forschung unterscheidet dabei zwischen öffentlichen Akteuren und nicht-öffentlichen beziehungsweise privaten Akteuren (Werle 2000).

Im Unterschied zu privaten Akteuren verfügen öffentliche Akteure über die Fähigkeit zum hoheitlichen Handeln, auch wenn sie in Wettbewerbs- und/oder Verhandlungsbeziehungen formal darauf verzichten. So können sie die institutionalisierten Regeln für Wettbewerb und Verhandlungen verbindlich festlegen oder ändern und damit auch die Struktur und Zusammen-

---

<sup>23</sup> Die Governance-Forschung betont in diesem Zusammenhang, dass die Bedeutung der gesetzlichen Regelung durch Nationalstaaten zugunsten einer Vielfalt institutioneller Steuerungsmechanismen in den letzten Jahrzehnten abgenommen hat (vgl. Kooiman 2003).

setzung der Akteurskonstellationen beeinflussen (Mayntz 1996). Zudem sind öffentliche Akteure durch ihr Mandat dem Gemeinwohl verpflichtet und Legitimationszwängen unterworfen (Scharpf 1992).

Intra- und transgouvernementale Verhandlungssysteme setzen sich aus öffentlichen Akteuren zusammen, die in verschiedenen Politiksektoren beziehungsweise auf unterschiedlichen Regierungsebenen miteinander verflochten sind (Mayntz 2004a). Während hierarchische Regelungsstrukturen ausschließlich öffentlichen Akteuren vorbehalten sind, lassen sich unterschiedliche Arten von Wettbewerbs- und Verhandlungssystemen unterscheiden. Intermediäre Verhandlungssysteme bringen öffentliche Akteure mit Vertretern nicht-öffentlicher Interessen zusammen. Gesellschaftliche Verhandlungssysteme dagegen kommen ganz ohne die Beteiligung öffentlicher Akteure aus (zum Beispiel Verbände).

### **Politisch-territoriale Ebenen**

Weiterhin spielt die politische Geografie eine wichtige Rolle in der Governance-Analyse. Es gilt die verschiedenen politisch-territorialen Ebenen, auf denen Governance praktiziert wird, zu unterscheiden. Unterschieden werden kann zwischen der lokalen/kommunalen Ebene (Local Governance), der Ebene der Regionen (Regional Governance), dem Nationalstaat (National Governance) und der Ebene der internationalen Beziehungen (Global Governance). Von Interesse ist dabei weniger die Abgrenzung der Ebenen als vielmehr die Frage nach den Wechselwirkungen, Interdependenzen und Schnittmengen, die zwischen den Ebenen existieren. Es wird angenommen, dass eine effiziente Problemlösung nur durch die Integration der Ebenen erfolgen kann (Multi-Level-Governance), bei denen zahlreiche Akteure auf verschiedenen Governance-Ebenen in politischen Entscheidungsprozessen eingebunden werden (Benz 2009; Newig/Fritsch 2009).

Im Zusammenhang mit Multi-Level-Governance wird eine stärkere Dezentralisierung der Politikimplementierung forciert (vgl. Jordan 2005), ausgedrückt durch die Etablierung nicht hierarchischer Strukturen (Scharpf 1997) sowie die Einbindung nicht-öffentlicher Akteure (Bache/Flinders 2005). Durch die Überschneidung der Handlungsebenen können so auch transnationale Räume entstehen, in denen dann wiederum neue Koordinationsmechanismen formuliert und praktiziert werden können (vgl. Brunngräber et al. 2004). Solche Überlegungen spielen insbesondere im Bereich von Umwelt-Governance und Nachhaltigkeit eine entscheidende Rolle, um der Komplexität globaler Umweltprobleme und sozialer Ungleichheit begegnen zu können.

Im Rahmen der Nachhaltigkeits- und Transition-Forschung, insbesondere auch im Hinblick auf soziale Innovationen, hat vor allem die lokale, kommunale und regionale Handlungsebene als Bezugsrahmen für die Operationalisierung von Governance-Ansätzen an Bedeutung gewonnen. Akteure auf dieser Handlungsebene reagieren dabei zum Teil auch auf internationale Abkommen und Vereinbarungen wie etwa die Agenda 21, den Klimaabkommen oder dem Fortschrittsbericht zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie. Regional Governance spielt insbesondere strategisch zur Implementierung eines Transformationsprozesses in Richtung Nachhaltigkeit eine zentrale Rolle. Verbunden ist dies mit Macht- und Kompetenzverschiebungen bei der Koordination von Wandlungsprozessen, hin zu kooperativen Regelungsstrukturen und zivilgesellschaftlicher Selbstorganisation. In der Regel geht dies einher mit einer Erhöhung und Flexibilisierung der lokalen und regionalen Gestaltungsspielräume, teilweise mit Hilfe einer eher projekt- und themenbezogenen Definition von Regionen (Nischwitz et al. 2002).

### **Anforderungen an neue Governance-Ansätze für eine gesellschaftliche Transformation**

Unabhängig von den Regelwerken und Mechanismen ist die handlungsleitende Annahme, dass die Wirkungsweise institutioneller Koordination auf das Handeln der Akteure verstanden werden muss (Schuppert 2007), um diese intentional gestalten zu können. Aufgabe der Governance-Forschung ist es daher, relevante Gestaltungsoptionen durch den Nachweis von effektiven Formen der Handlungskoordination und der Bewältigung von Interdependenzen ausfindig zu machen. Die „große Transformation“ wird daher als umfassendes institutionelles Reformprojekt verstanden (vgl. Minsch et al. 1998). Der Schlüssel eines „guten“ Institutionen-Designs liegt nach Braun (2000) darin, Übergänge von einer eigennützigen zu einer Gemein-nutzenorientierung und von Eigensinnigkeit zu Konsensbereitschaft zu fördern (vgl. auch Haus 2010). Doch werden die Fragmentierung des Regierens, die normative Eigenlogik von Institutionen, wie auch der komplexe Zusammenhang zwischen institutionellem Governance-Design und kausalen Wirkungen von Koordinationsmechanismen (Policies) als die zentralen Probleme der institutionenpolitischen Gestaltung betrachtet (vgl. Haus 2010). Daher sollten neue Governance-Ansätze nicht auf funktionale Ansätze und ihre Gemeinwohl-Orientierung reduziert werden, sondern es geht vielmehr um ihre Konstruktion und soziale Einbettung. Neue Governance-Ansätze berücksichtigen daher verstärkt Dynamiken von Gesellschaftssystemen und betrachten deren Koordination als fortwährenden, politischen Aushandlungsprozess, bei dem sich die beteiligten Akteure über relevante Ziele sowie geeignete Mechanismen und benötigte Ressourcen bewusst werden und verständigen müssen (Reflexive Governance).

Das Konzept zielt auf die Modellierung von Systemprozessen ab, auch wenn diese letztlich nicht vollständig durch die einzelnen beteiligten Akteure verstanden oder kontrolliert werden können (Axelrod/Cohen 2000; Rip 1998). Stattdessen können Experimentierräume beispielsweise für die Initiierung und das Ausprobieren von Projekten sozialer Innovationen gefördert werden, die es den Akteuren erlauben, mögliche Lösungen für als problematisch erachtete Wirtschafts- und Lebensstile zu erproben. Die gesammelten Erfahrungen in diesen Experimentier-räumen dienen dazu, Reflexionen und Lernprozesse anzuregen, um Governance-Strategien frühzeitig anzupassen, nicht-intendierte Effekte zu vermeiden (vergleiche hierzu auch Voß et al. 2006; Voß et al. 2007; Voß 2008) und soziale Innovationen gezielt zu fördern.

#### **4.2.2 Ansätze der Transition-Forschung**

Transitions bedeuten „Übergänge“. Sie sind definiert als „radikaler, struktureller Wandel eines gesellschaftlichen Systems als Folge einer Ko-Evolution von ökonomischen, kulturellen, technologischen, ökologischen und institutionellen Entwicklungen auf unterschiedlichen Ebenen“ (Rotmann/Loorbach 2010: 115 ff.; Übersetzung in Schneidewind/Scheck 2012: 47 ff.). In diesem Sinne ist Transition Ergebnis eines grundlegenden Wandels von Strukturen, Routinen und Konventionen sowie Kulturen eines Systems beziehungsweise dessen Sub-Systemen. Es handelt sich um evolutive, nicht-lineare Prozesse ineinandergreifender Dynamiken, die sich auf unterschiedlichen Zeitskalen abspielen können und auf einem komplexen Zusammenspiel von Entwicklungen auf verschiedenen Governance-Ebenen, politischen Regelungsstrukturen sowie einer Vielzahl von Akteuren mit unterschiedlichen Handlungsmöglichkeiten basieren.

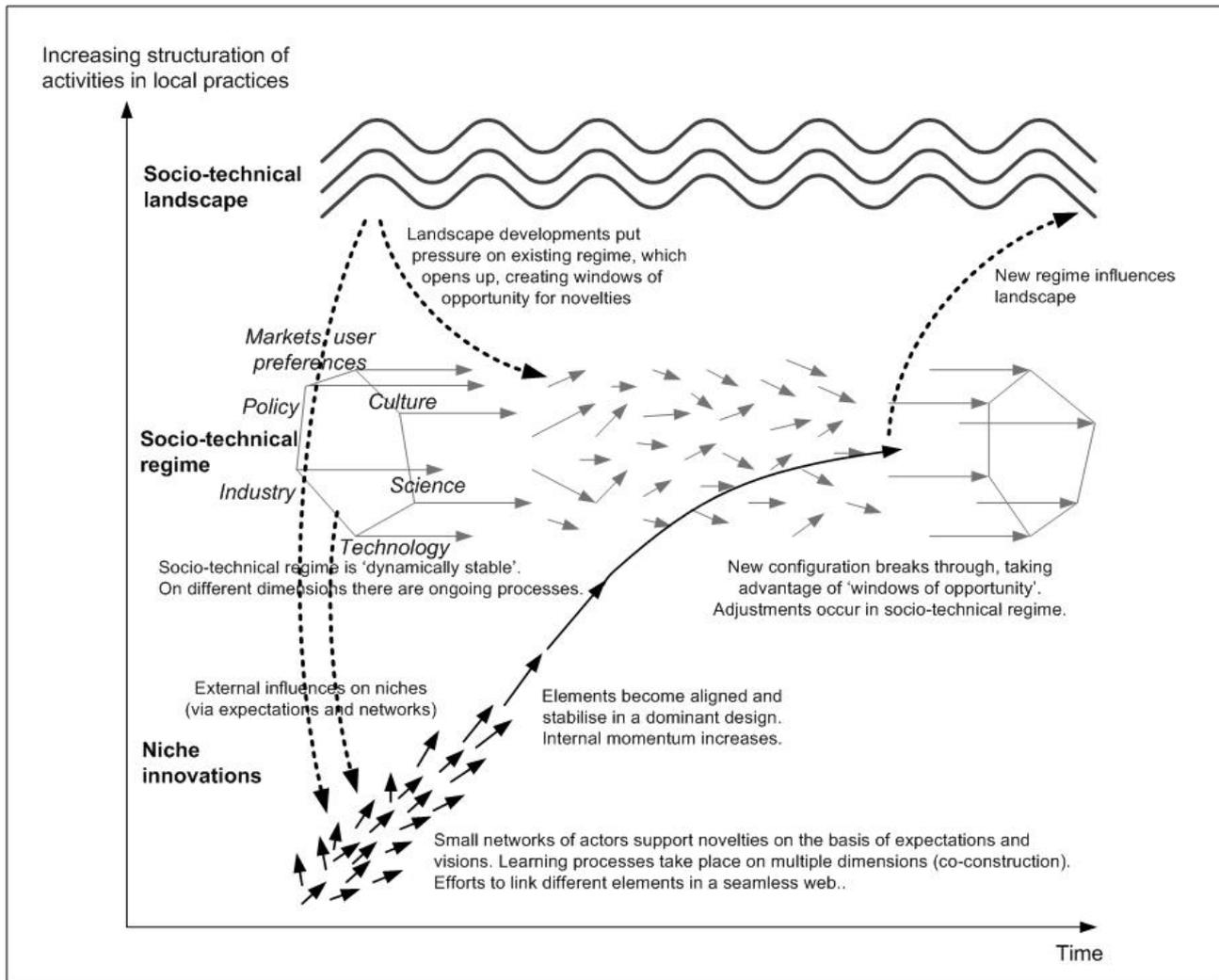
Um solche Wandlungsprozesse und ihre Dynamiken zu verstehen, wurde in den letzten Jahren die Transition-Forschung in den Niederlanden entwickelt (Grin et al. 2010; Kemp et al. 2007; Loorbach 2007, 2010). Die Transition-Forschung verfolgt das Ziel, ein besseres Verständnis der komplexen Transition-Dynamiken und der Rolle und Funktionen einzelner System-Ebenen im Transformationsprozess zu gewinnen. Dies soll gelingen, indem sie disziplinäre wie auch systemisch angelegte, transdisziplinäre Forschung integriert. Darüber hinaus soll sie Transitions konkret befördern und Umgestaltungsprozesse unterstützen (vgl. Wissenschaftlicher Beirat Globale Umweltveränderungen 2011: 23). Hierfür gilt es im Umgang mit Transformationspro-

zessen gestaltungsorientierte und reflexive Fähigkeiten in der Wissenschaft wie in der Gesellschaft als Ganzes zu schaffen (Schneidewind 2013: 82).

Im Kern der Transition-Forschung steht eine integrierte, komplexe Systemperspektive, in der Strukturen sowie Handlungen der Akteure eingebettet sind (Rotmann/Loorbach 2010). Transition als Ergebnis von ko-evolutionären strukturellen Veränderungen findet auf drei zentralen und funktional differenzierten Ebenen statt (siehe auch Rip/Kemp 1998).

- Die erste funktionale Ebene bildet die „sozio-technische Nische“ (siehe Abbildung 4). Sie ist gekennzeichnet durch individuelle und kollektive Akteure, Technologien und Routinen, aus denen sozio-technische aber eben auch soziale Innovationen, die für unsere Betrachtung entscheidend sind, entstehen. Zentrale Transformationsakteure sind sogenannte „Pioniere des Wandels“ beziehungsweise Nischenakteure, die Innovationen entwickeln, vorantreiben und verbreiten (siehe hierzu Linz 2012).
- Die zweite Ebene bildet das „sozio-technische Regime“. Das Regime zeichnet sich aus durch formelle Regelwerke (Gesetze, Richtlinien), informelle Regeln (wie Normen, Traditionen, Rollen) sowie kognitive Regeln (zum Beispiel Leitbilder, Problemdefinitionen, Ziel-/Lösungsperspektiven). Diese werden von den dominanten Akteuren eines Regimes vorgegeben beziehungsweise geprägt. Das Regime bildet die dominanten Strukturen, Routinen, Kulturen und Konventionen des Gesamtsystems ab und kann als Machtzentrum bezeichnet werden (Schneidewind/Scheck 2012: 48).
- Die dritte Ebene in dieser Mehrebenen-Perspektive ist die „sozio-technische Landschaft“ (Socio-Technical Landscape). Sie umfasst exogene, kaum beeinflussbare Faktoren wie globale Trends (zum Beispiel Umwelt- und Sozialprobleme wie Klimawandel, Armut oder Umweltkatastrophen), globale Regeln und Institutionen (zum Beispiel das Völkerrecht). Diese Ebene bildet die grundlegenden Rahmenbedingungen für strukturelle Veränderungen auf den anderen Ebenen.

• Abbildung 3: Die Mehrebenen-Perspektive (Quelle: Geels 2002)



Im Transition-Ansatz werden die drei Ebenen als funktionale Ebenen begriffen, die jeweils durch eigene Strukturen, Routinen, Kulturen und Konventionen geprägt sind (Rotmann/Loorbach 2010). Wandel wird erklärt als Ergebnis von gleichgerichteten, sich gegenseitig verstärkenden strukturellen Entwicklungen in Nische, Regime und Landschaft. Doch kommt dem Regime als Machtzentrum und vorherrschendem Modell der Problemlösung des Systems eine zentrale Rolle im Wandlungsprozess zu. Regime sind zumeist von starken ökonomischen, technischen, infrastrukturellen und mentalen Pfadabhängigkeiten geprägt, die überwunden werden müssen, wenn es zu strukturellem Wandel kommen soll. Laut Schneidewind und Scheck (2012: 50) sind es vor allem die jeweils dominanten Strukturen und Akteure, die starke Beharrungstendenzen aufweisen und sich gegenüber Veränderungen und Innovationen eher ablehnend verhalten, um den Status-quo und ihre Interessen und Positionen zu bewahren. Dies bezieht sich auf die individuelle Ebene der Akteure, die sich beispielsweise mangels Problemwissen, Einsicht, Einbezug oder aufgrund von Ängsten gegen Wandlungsprozesse wehren. Widerstände existieren jedoch auch in struktureller Hinsicht, beispielsweise aufgrund fehlender Koordinations-, Legitimations- und/oder Partizipationsmöglichkeiten (vgl. Wissenschaftlicher Beirat Globale Umweltveränderungen 2011). Um diese Strukturen zu verändern, geht es der Governance-Forschung auch darum, die bestehenden Beharrungstendenzen zunächst einmal in ihren Eigenlogiken zu verstehen.

Wandel auf Regime-Ebene entsteht in der Regel durch das Aufkommen und die Entwicklung von sozio-technischen Nischen, die sich durch Anhäufung und Verstärkung zu Nischen-Regimen entwickeln können (Schneidewind/Scheck 2012). Viele der untersuchten sozialen Innovationen befinden sich beispielsweise noch in der Nische, und nur vereinzelt gelingt es, dass sich Nischen-Regime bilden etwa beim Carsharing oder Energiegenossenschaften. Solche Nischen-Regime können dann Teil der Regime-Ebene werden, wenn dort Instabilität entsteht, die die Pfadabhängigkeiten aufbrechen lässt. Rotmann und Loorbach (2010: 137 ff.) konkretisieren verschiedene Wandlungsmuster, wie Instabilitäten auf Regime-Ebene entstehen können. Entweder entstehen sie Bottom-Up, wenn Nischen-Regime so dominant werden, dass bestehende Regime aufgrund des zunehmenden Drucks aufbrechen und dann durch die Nischen-Regime ersetzt werden. Ein zweites Top-Down-Muster erklärt Regimewandel durch die plötzliche Zunahme bestimmter Landschafts- (Landscape) Entwicklungen, die sich als eine Art Schock auf das Regime auswirken. Das dritte Muster, ein Hybrid, führt aufgrund von Lern- und Anpassungsprozessen auf Regime-Ebene zur Annahme von Nischen-Innovationen, um seine Leistungsfähigkeit zu verbessern.

### 4.2.3 Gestaltung von Wandlungsprozessen: Governance of Change

Im Anschluss an diese konzeptionellen Überlegungen stellt sich nun die Frage, ob sich strukturelle Wandlungsprozesse auf Regime-Ebene gestalten lassen oder zumindest zielgerichtet beeinflussbar sind. Gibt es ein intentionales Governance of Change? Können soziale Innovationen so befördert werden, dass sie Instabilitäten auf Regime-Ebene bewirken? Sowohl die reflexive Governance-Forschung wie auch die Transition-Forschung erkennt die Komplexität der wechselseitigen Beeinflussung von Strukturen und Handlungen, der diversen und zum Teil konfliktären Akteursinteressen und der Systemdynamiken an (z. B. Voß 2008). Sie zweifeln daran, Gestaltungsoptionen auf eine funktionalistische Sichtweise reduzieren zu können und fordern stattdessen ihre stärkere soziale Einbettung im Sinne gesellschaftlicher Aushandlung, da ein struktureller Wandel in Richtung nachhaltige Entwicklung auch gesamtgesellschaftlich verteilt und getragen werden muss. So gehen beide Ansätze von einer politischen Beeinflussbarkeit, aber nicht von einer völligen Steuerbarkeit von Wandlungsprozessen aus.

Ambivalente Nachhaltigkeits- und Transformationsziele, unsicheres Systemwissen und verteilte Machtstrukturen erfordern vielmehr eine reflexive Gestaltung sozio-technischen Wandels (Meadowcroft 2009; Voß 2008). Im Rahmen der Transition-Forschung wurde daher der „Transition-Management“ Ansatz entwickelt, der eine reflexive Gestaltung von Wandlungsprozessen befördern möchte (vgl. Kemp et al. 2007; Loorbach 2010; Rotmann/Loorbach 2010). Hierfür wird die langfristige Vision einer nachhaltigen Entwicklung mit kurzfristigen, experimentellen Lernprozessen kombiniert, um verschiedene Optionen und Entwicklungspfade zu testen, die Vision zu erreichen (Voß et al. 2009: 277).

Der Transition-Management Ansatz formuliert grundlegende Meta-Prinzipien von Governance, mit deren Hilfe die Richtung und Geschwindigkeit von Wandlungsprozessen beeinflusst werden sollen (siehe hierzu Schneidewind/Scheck 2012: 51). Im Fokus steht das Design von Such-, Lern- und Experimentierprozessen, mit deren Hilfe partizipativ, unter Beteiligung verschiedener Akteure, Wandlungsprozesse ermöglicht und gestaltet werden können (Reissig 2009; Rotmann/Loorbach 2010). Als Zeithorizont gelten fünfundzwanzig bis fünfzig Jahre (Voß et al. 2009: 277). Diese Meta-Prinzipien (Loorbach 2007, 2010; Rotmann/Loorbach 2010) umfassen folgende Aspekte:

- Erstens die Bereitstellung von Raum und Ressourcen für Nischen-Innovationen, das heißt die Entwicklung sogenannter transition arenas, denn Nischenentwicklungen sind für

Veränderungen auf Regime-Ebene wichtig. Sie bieten die Chance, Innovationen und alternative Entwicklungspfade im kleinen und im geschützten Raum zu testen und ihr Transformationspotential, aber auch Gefahren aufzuzeigen und davon zu lernen.

- Zweitens sollte innerhalb der Nische der Fokus auf Change Agents (Frontrunner) gerichtet werden, mit deren strategische Hilfe Nischen-Innovationen entwickelt und vorangetrieben werden.
- Aufgrund von Unsicherheiten kausaler Wirkungszusammenhänge zwischen Gestaltungsoptionen und Systemauswirkungen ist es drittens notwendig, die Variation und Selektion innovativer Optionen durch Experimente zu unterstützen.
- Ungeachtet des Ziels, einen umfassenden, strukturellen Wandlungsprozess zu initiieren, muss Transformation viertens schrittweise vorangetrieben werden. Dies ist notwendig, um Anpassungen des Systems zu ermöglichen und negative Effekte zu vermeiden.

Notwendige Voraussetzung einer inkrementellen Vorgehensweise ist dabei einerseits die Entwicklung von langfristigen Zielen und Visionen, zum Beispiel mithilfe von Szenario-basierten Foresight-Methoden. Diese dienen der Formulierung von Gestaltungsoptionen und der Mobilisierung öffentlicher Unterstützung. Andererseits bedarf es fortwährende Antizipations- und Adaptionsprozesse bei Unsicherheiten oder Fehlentwicklungen. Ein wesentlicher Bestandteil solcher Anpassungsleistungen von Systemen sind Lernprozesse, die auf Informationen aus den Experimenten basieren und die entsprechend aufgegriffen, gebündelt, vertieft und zur Verfügung gestellt werden müssen. Eine zentrale Herausforderung bei der Gestaltung von Transformationsprozessen besteht nach Loorbach (2010: 168) darin, die genannten Prinzipien nicht als Blaupause für jeden Transitionsprozess anzusehen, sondern den Einschätzungs-, Lern- und Experimentierprozess intelligent und vernünftig zu strukturieren. Dies sollte im Rahmen eines offenen Gestaltungsmodells stattfinden, das sowohl der Komplexität von Gestaltungsprozessen gerecht wird als auch offen ist für individuelle Anpassungsleistungen von Systemen (siehe hierzu auch Schneidewind/Scheck 2012: 53).

Hinsichtlich Dauer und zeitlicher Planung von Transformationsprozessen werden häufig Phasenmodelle zu Hilfe gezogen, die den zeitlichen Verlauf von Veränderungsprozessen darstellen (Kristof 2010). Das Transition-Management unterscheidet in Anlehnung an die Innovationsforschung vier idealtypische Phasen von Wandel, im Verlauf einer S-Kurve. Es gibt eine Vorentwicklungsphase, die Experimente beinhaltet, eine Take-off Phase mit ersten Veränderungen auf der Regime-Ebene, eine Durchbruchphase die den „erfolgreichen“ strukturellen Wandel nach der Regime-Instabilität beschreibt und eine Stabilisierungsphase, in der ein neues (dynamisches) Gleichgewicht entsteht (Rotmans et al. 2001; Rotmans 2005). Die Phasen beziehungsweise Phasenübergänge bestehen aus vielen, sich verstärkenden Sub-Prozessen.

#### **4.2.4 Resümee zum theoretisch-konzeptionellen Rahmen**

Als Resümee der Betrachtung von Governance-Formen für nachhaltige Gesellschaftstransformation kann festgehalten werden, dass es verschiedene Mechanismen gibt, die Transformation und insbesondere soziale Innovationen einleiten, befördern, regulieren und koordinieren können. Hierbei lassen sich idealtypische Regelungsstrukturen unterscheiden, die sich auf Institutionen und Akteurskonstellationen beziehen. Diese Regelungsstrukturen umfassen Hierarchie (Staat), Wettbewerbssysteme (Markt) und Verhandlungssysteme (Netzwerke), durch die die verschiedenen staatlichen und gesellschaftlichen Akteure in Beziehung miteinander stehen. Die Strukturen begünstigen bestimmte Koordinationsmechanismen, die entweder hierarchisch (hoheitlich) oder nicht-hierarchisch (aufbauend auf Freiwilligkeit oder Konkurrenz) organisiert sein können. Solche Modi der Handlungskoordination lassen sich durch Institutionen beschreiben,

die sich aus formellen Regelwerken wie Gesetzen, Marktanreizen, Förderprogrammen und Vereinbarungen zusammensetzen, als auch aus informellen, zumeist sozialkapitalbasierten Regeln, zum Beispiel hinsichtlich eines gemeinsamen Handlungsverständnisses und einer kollektiven Wahrnehmung von Regeln, mit unterschiedlichem Institutionalierungsgrad und Bedeutung für das Handeln der Akteure. In Bezug auf die Analyse förderlicher und hinderlicher Faktoren einer großen Transformation erlaubt es die zuvor skizzierte Governance-Perspektive, sehr umfassend die existierenden Regelungsstrukturen und Modi der Handlungskoordination zu betrachten. Dies ist insofern von zentraler Bedeutung für die Analyse, da bei Steuerungsfragen einer nachhaltigen Entwicklung und Förderung sozialer Innovationen der Staat als zentraler Akteur und hierarchischer Koordinationsmechanismen lediglich Teil des Akteurs- und Instrumentenmixes ist. Darüber hinaus rücken auch Netzwerke und Marktmechanismen in den Fokus, die insbesondere auf lokaler und regionaler Ebene für die Initiierung und Diffusion sozialer Innovationen eine entscheidende Rolle spielen. Gerade die Vielfalt und das Zusammenspiel dieser verschiedenen Governance-Formen stellen weitreichende Potentiale für die „große gesellschaftliche Transformation“ in Richtung Nachhaltigkeit dar, die es in ihrem Zusammenspiel zu untersuchen gilt.

Gesellschaftstransformation, beziehungsweise sozio-technische Übergänge finden nach dem Modell der Mehrebenen-Perspektive aufgrund von Instabilitäten auf Regime-Ebene statt, die entweder durch (soziale) Nischen-Innovationen, durch Entwicklungen beziehungsweise Schocks auf der Landschaft-Ebene oder aber durch Lern- und Anpassungsprozesse auf Regime-Ebene hervorgerufen werden. Der jeweilige Druck, der von diesen Entwicklungen ausgeht, kann zu Spannungen zwischen Regime, Nische und Landschaft führen, wodurch sich Gelegenheitsfenster (Kingdon 1984) öffnen können, die Regime-Ebene zu destabilisieren und Wandlungsprozesse einzuleiten. Gelegenheitsfenster können sodann aktiv von „Champions“ beziehungsweise „Change Agents“ genutzt werden, um innovative Lösungen mit Problemen zu verknüpfen und so auf die politische Agenda zu setzen (Kristof 2010). Für die Initiierung von sozialen Innovationen ist insbesondere die Nischen-Ebene von zentraler Bedeutung, da hier „Change Agents“ auf lokaler und kommunaler Ebene aktiv sind, Netzwerke aufzubauen und sich entsprechende Räume des Experimentierens zu schaffen. Jedoch führt dies bisher selten dazu, Instabilität auf Regime-Ebene zu erzeugen.<sup>24</sup> Im Folgenden wird deswegen – auch auf Basis einer empirischen Sondierung verschiedener Studien - genauer darauf eingegangen, welche derzeitigen Governance-Formen eine höhere Wirksamkeit transformativer Prozesse verhindern und welche neuen Governance-Formen erforderlich sind.

---

<sup>24</sup> Für die aktive Gestaltung von Transformationsprozessen hat das Transition-Management Modell in den letzten Jahren viel Aufmerksamkeit erfahren, sowohl empirisch-analytisch wie auch in der praktischen Anwendung. Doch im Hinblick auf eine Übertragung des Transition-Management-Modells auf andere Anwendungs- und Systemkontexte wird auch auf dessen Grenzen und Gefahren hingewiesen (Shove/Walker 2007). Wie andere Best-Practice-Politik- und Managementmodelle, die ihren Ursprung in spezifischen Entwicklungskontexten haben, kann auch die Anwendung von Transition-Management-Ansätzen eigene Entwicklungsdynamiken nach ihrer Implementierung entfalten. Diese können hervorgerufen werden durch spezifische Ideen, politische Vorstellungen über Akteure und Konflikte, Konsequenzen und Erwartungen, die im (Prozess)Design eingeschrieben sind, welche die erwartete Wirkungsweise des Modells übersteigen können. Insofern scheint die reflexive Anwendung auch von reflexiven Modellen eine unabdingbare Voraussetzung für eine sozial eingebettete Gesellschaftstransformation zu sein.

### 4.3 Empirische Reflektion bisheriger Governance-Ansätze und -Strategien

Die nachfolgende Reflektion von Governance-Ansätzen und -Strategien ist das Ergebnis einer Literatur- und Dokumentenanalyse von Studien aus Politik und von Verbänden, die sich mit Gesellschaftstransformation in Richtung einer nachhaltigen Entwicklung beschäftigen. Diese Analyse umfasst dreizehn Konzeptpapiere und Studien des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF), des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) und der Bundesregierung wie auch von wissenschaftlichen Beratungsgremien, die an der Schnittstelle von Politik und Wissenschaft aktiv sind, etwa dem Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU), dem Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU), dem Umweltbundesamt (UBA), dem Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW), Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie, der Heinrich-Böll-Stiftung, dem Studienwerk und Denkwerk Zukunft (Tabelle 5). Die ausgewählten Studien erstrecken sich über die letzten zehn Jahre. Dabei handelt es sich bei den ausgewählten Dokumenten um diskursprägende und politisch bedeutsame Studien im Bereich nachhaltige Gesellschaftstransformation.

Tabelle 5: Übersicht der ausgewerteten Studien aus Politik und von Verbänden

Institution	Einbezogene Studien
Ashoka	Höll, R. & Oldenburg F. (2011): Wie überwinden wir Hürden für soziale Problemlöser? Sechs Ansätze zur Verbreitung von sozialer Innovation und Social Entrepreneurship in Deutschland.
BMBF, Bundesministerium für Bildung und Forschung	Sozialökologische Forschung. Rahmenkonzept 2007-2010. Bonn: Projektträger im DLR e. V. Umwelt, Kultur, Nachhaltigkeit.
BMU, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	Nachhaltigkeit – der Vision ein Gesicht geben, den Raum der Möglichkeiten erkunden, Perspektiven verändern. BMU Nachhaltigkeitsbericht 2013.
Denkwerk Zukunft	Miegel, Meinhard et al. (2012): Lebenswerte Städte unter Bedingungen sinkenden materiellen Wohlstands. Herausforderungen und Maßnahmen.
Die Bundesregierung	Nationale Nachhaltigkeitsstrategie. Fortschrittsbericht 2012.
Heinrich-Böll-Stiftung Studienwerk	Helfrich, Silke et al. (2009): Gemeingüter – Wohlstand durch Teilen. Herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung. Berlin. Transformationsforschung: Forschung für und über die „Große Transformation“. <a href="http://www.boell.de/downloads/stipendien/hbs_Foerderschwerpunkt-Transformationsforschung_Mrz2013.pdf">http://www.boell.de/downloads/stipendien/hbs_Foerderschwerpunkt-Transformationsforschung_Mrz2013.pdf</a> Kagen, Sacha (2012): Auf dem Weg zu einem globalen (Umwelt-)Bewusstseinswandel. In: Schriften zur Ökologie (20).
IÖW, Institut für ökologische Wirtschaftsforschung	Hagemann et al. (2004): Instrumente und Strategien zur Förderung des nachhaltigen Konsums – Evaluation und Optimierung.
SRU, Sachverständigenrat für Umweltfragen	Umweltgutachten 2012. Verantwortung in einer begrenzten Welt.
Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie (WI)	Zukunftsfähiges Hamburg. Zeit zum Handeln. 2010. von Winterfeld, Uta et al. (2012): Welche Rolle können Commons in Transformationsprozessen zu Nachhaltigkeit spielen?

Die folgende Governance-Analyse fokussiert auf zwei Teilbereiche von Transformation: Einerseits auf das „Was“, das heißt: Welche Zielsetzungen und Visionen einer Gesellschaftstransformation werden politisch postuliert? Andererseits geht es um das „Wie“, also die Frage, wie ein

solcher struktureller Wandlungsprozess derzeit gesteuert oder koordiniert wird beziehungsweise zukünftig gestaltet werden sollte. Dies führt dazu, förderliche und hinderliche Governance-Formen im Hinblick auf die wirkenden Koordinations- und Interaktionsprozesse der beteiligten Akteure zu beschreiben. Wo es möglich erscheint, werden Bezüge zu sozialen Innovationen hergestellt. Als Ergebnis werden Kernelemente einer Governance-Strategie abgeleitet, die für eine „große Transformation“, das heißt einen Regimewechsel und umfassende institutionelle Reformen, förderlich sind. Im Kern verstehen wir hierunter Elemente, die fester Bestandteil eines gesamtgesellschaftlichen Aushandlungsprozesses für die Umgestaltung der Industriegesellschaft in Richtung Nachhaltigkeit sein sollten.

### **4.3.1 Transformationsansätze, Herausforderungen und zukünftige Aufgaben**

Im Folgenden werden die ausgewählten Studien zunächst auf ihren Transformationsbezug untersucht. Von analytischem Interesse sind hierbei insbesondere 1.) die Offenlegung der jeweiligen Transformationsverständnisse und -ansätze, auf die in den Studien Bezug genommen wird. Ferner sollen 2.) der Problembezug sowie die sich hierauf beziehenden Aufgaben und Herausforderungen von Transformation identifiziert werden. Schließlich werden 3.) Adressaten und Verantwortlichkeiten zur Initiierung und Gestaltung der Transformation benannt, wie sie in den Studien und Konzepten dargestellt werden.

#### **4.3.1.1 Vielfältige Transformationsverständnisse und -ansätze**

Schnell sichtbar wird nach Durchsicht der untersuchten Studien und Konzeptpapiere von Politik, Verbänden und Zivilgesellschaft, dass allgemein die Notwendigkeit für ein tragfähiges Transformationsverständnis gesehen wird. Es gilt einen Transformationsansatz zu entwickeln, der konzeptionell, strategisch und methodisch Möglichkeiten bietet, gegenwärtige und künftige Entwicklungen angemessen zu erfassen sowie heterogene und teilweise auch widersprüchlich angelegte Perspektiven zu einer gesellschaftlichen Transformations-Governance zu bündeln, zu fokussieren und zu integrieren.

In den Studien fallen die Vorstellungen darüber, was sich verändern soll und welche Herausforderungen hiermit verbunden sind, je nach Schwerpunkt der jeweiligen Veröffentlichung, sehr vielfältig aus. Gefordert werden zum Beispiel der Umbau der Volkswirtschaft zu einer „Green Economy“ (BMU 2013), eine Förderung nachhaltiger Konsummuster (Hagemann et al. 2004), ein technischer Wandel, der zur Verbesserung der Ressourceneffizienz und zur Deckung des unvermeidbaren Energiebedarfs beitragen soll, ergänzt durch angepasste Verhaltensweisen sowie faire Produktionsbedingungen (von Winterfeld et al. 2012: 116), zudem ein landesweit ausgreifendes Indikatorenset der Nachhaltigkeitsstrategie zur Identifikation von Handlungsfeldern und als Managementinstrument (Bundesregierung 2012). Weiterhin wird in gesellschaftlich neu zu bewertenden Commons ein großes Potenzial demokratischer Transformationskraft hin zu mehr Nachhaltigkeit gesehen (von Winterfeld et al. 2012: 15).

Versucht man diese recht vielfältigen Ansatzpunkte konzeptionellen Elementen der Transformation zuzuordnen, so lässt sich ein wirtschaftlicher Bezug (Green Economy, Konsum, Energiebedarf und -erzeugung), ein steuerungsrelevanter Bezug (Indikatorenset; Bundesregierung 2012) sowie ein auf Verhaltensweisen und Sozialbeziehungen abstellender Bezug (Konsummuster, anzupassende Verhaltensweisen, Fairness, Commons) ausmachen. Zudem fallen thematische Schnittmengen hinsichtlich Zielgrößen, Ansatzpunkten und Transformationsbereichen auf, wie etwa beim Thema Konsum. Einigkeit besteht auch hinsichtlich der Einschätzung, dass es um tiefgreifende Transformationsprozesse geht, bei denen umfassende technische, ökonomische und soziale Umsteuerungsprozesse als notwendig erachtet werden (SRU 2012: 367 ff.), sowie ferner das Erfordernis, gesellschaftliche beziehungsweise politische Veränderungsbedarfe iden-

tifizieren zu müssen, um auf dieser Grundlage eine informierte Diskussion über notwendige Reformen entsprechend vorantreiben zu können (Bundesregierung 2012).

Auffällig ist jedoch eine heterogene Ausgangslage im Umgang mit der Frage, was Transformation bedeutet. Begrifflich bleibt es vielfach unbestimmt, was Transformation meint oder welche gesellschaftlichen Themen damit aufgerufen werden (synonyme Begriffe sind: Wandel, Umbau, Umbruch, Veränderung, Evolution, Krise, Schock). Hier ist in Zukunft die Wissenschaft gefragt, die unterschiedlichen Begriffe für einen gesellschaftlichen Verständigungsprozess aufzuarbeiten und voneinander abzugrenzen.

Hinzu kommt, dass es recht unterschiedliche Vorstellungen zur inhaltlichen Ausrichtung und zum Ausarbeitungsgrad bei der Frage gibt, wie eine erfolgreiche Transformation zu bewerkstelligen ist. In den Studien findet sich eine Bandbreite an Vorschlägen: Gefordert wird zum Beispiel eine neue Art beziehungsweise ein neuer Typ von Wachstum (SRU 2012) orientiert an „Ökologischen Grenzen“ (S. 20) und „Verantwortung“ (S. 21), welches sich an den Konzepten der starken Nachhaltigkeit und der ökologischen Grenzen orientieren sollte. Andere Vorschläge setzen auf Commons, also auf das neu auszuhandelnde „Recht auf Gemeingüter“ (von Winterfeld et al. 2012: 19). Weiterhin wird eine Transformation von unten gefordert, das heißt es geht künftig darum, auf kreative, innovativ unternehmerische Bürgerinnen und Bürger zu setzen (Höll/Oldenburg 2011). Anders gelagert, aber ebenso umfassend ist der Ansatz, den Nachhaltigkeitsgedanken zu einem integrierten Bestandteil gesellschaftlicher Gestaltungsprozesse zu machen und auf diese Weise auch der Tendenz entgegenzuwirken, dass Nachhaltigkeit auf Umweltpolitik reduziert wird (ebd.: 13).

#### **4.3.1.2 Vielfalt transformativer Problembezüge und Herausforderungen**

In den Studien wird eine Vielfalt transformativer Problembezüge und Herausforderungen genannt. Angeführt werden einerseits sehr allgemeine soziale (beziehungsweise gesellschaftliche) Probleme, wie „fehlgeschlagene Integration, ungerechte Bildungssysteme, Arbeitslosigkeit und soziale Isolation“ (Höll/Oldenburg 2011). In anderen Studien wird auf spezifische Problemlagen eingegangen. Beispielsweise geht es um neu auszutarierende Wissensprozesse im Verhältnis von Wissenschaft und Gesellschaft auf der Basis von Transdisziplinarität (BMBF 2007), oder um eine grundlegende Transformation großer Versorgungssysteme und Infrastrukturen im Sinne von Effizienzsteigerung und Energieträgersubstitution (SRU 2012). Weiterhin genannt wird der Aufbau nachhaltiger Konsumbereiche (Stichworte sind: effiziente Produktentwicklungen, Ökologisierung von Massenmärkten in Teilbereichen, Stabilisierung nachhaltiger Konsumalternativen in Nischen sowie Differenzierung der Anbieterstrukturen) (Hagemann et al. 2004).

Auf der kommunalen Ebene geht es vor allem darum, (neue) Antworten in Bezug auf die gravierende Verschiebungen im Gefüge der kommunalen Haushalte zu finden, insbesondere hinsichtlich der chronischen Überschuldung und Überforderung kommunaler Haushalte (Miegel et al. 2012) sowie um das Ziel, den Ressourcenverbrauch drastisch zu reduzieren (WI 2010: 16), was wiederum vor allem durch Bildungsmaßnahmen (der einen kulturellen Wandel befördert) unterstützt werden soll. Doch lassen sich auch abstraktere Problembezüge finden, wie etwa das anzustrebende Verbot der Externalisierung von Umweltkosten, welches über eine Reform des Wettbewerbsrechts in Kombination mit der Stärkung der Verantwortung der Privateigentümer für den Erhalt von Natur und Sozialem wirbt (von Winterfeld et al. 2012). Genannt werden auch die im Zusammenhang mit Nachhaltigkeit diskutierten Prämissen von Generationengerechtigkeit, Lebensqualität, sozialen Zusammenhalt und internationaler Verantwortung (Bundesregierung 2012). Erkannt wird, dass bisher tragende Schubkräfte von Wandel, Wachstum und Wohlstandmehrung (u. a. natürliche Ressourcennutzung oder Verschuldung) zur Neige gehen beziehungsweise sich in ihrer Wirkungsweise sogar umkehren. Das bedeutet auch, dass

Umweltprobleme nicht nur als „Beeinträchtigung ökologischer Systeme“ zu begreifen, „sondern in Verbindung“ mit denjenigen „politischen, wirtschaftlichen und sozialen Strukturen“ zu bringen sind, „die zu ihrem Auftreten führen“ (BMBF 2007).

Als zentrale Herausforderungen der Transformation werden etwa Klimaveränderung und saubere Energie, nachhaltiger Verkehr, nachhaltiger Konsum und nachhaltige Produktion, Erhaltung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen, Gesundheit, soziale Integration, Demografie und Migration sowie als globale Herausforderungen Armut und zivilisatorische ‚Rückständigkeit‘ benannt (Hagemann et al. 2004; BMBF 2007; WI 2010; von Winterfeld et al. 2012; WBGU 2011; Bundesregierung 2012; BMU 2013). In den Studien wird dafür plädiert, die anstehenden Zukunftsfragen in Form einer anspruchsvollen Nachhaltigkeitsstrategie zu bearbeiten, was bedeutet, eine Einkommens- und Wohlfahrtssicherung in einer nachhaltigen Ökonomie, Handlungskompetenz für eine nachhaltige Transformation sowie Infrastrukturen für eine nachhaltige Gesellschaft entsprechend strukturell anzulegen und nachhaltigkeitsbezogen umzugestalten (BMU 2013). Auch Städte und Gemeinden stehen vor Herausforderungen, „die sowohl in ihrer Art als auch in ihrem Umfang für sie neu und mitunter bedrohlich“ sein können (Miegel et al. 2012: 39).

Vergleichsweise weitgehend ist die Benennung von Transformationsproblemen und Herausforderungen durch den WBGU (2011). Hiernach wird die gesellschaftsweite Transformation durch folgende Probleme und Herausforderungen strukturiert:

- Notwendig ist ein völlig neuer gesellschaftsumfassender Ansatz, der bei der Ausgestaltung der anstehenden Veränderungen „über technologische und technokratische Reformen weit hinausreichen“ muss.
- Besonders herausfordernd ist der notwendige Koordinations- und Abstimmungsaufwand. Wichtig wird in diesem Zusammenhang die Entwicklung und Ausgestaltung neuer Koalitionen und Governance-Formen sein. Hierbei sind nicht nur Politik oder einzelne Staaten in der Verantwortung, sondern die Staatengemeinschaft insgesamt sowie Akteure der Zivilgesellschaft, der Wirtschaft und der Wissenschaft.
- Für diese anstehenden Veränderungen ist eine neue Kultur der gesellschaftlichen Teilhabe notwendig, die auch die Selbstverpflichtung der aktuellen gegenüber zukünftigen Generationen einschließen soll.
- Eine besondere Stellung und Aufgabe soll hierbei der „gestaltende Staat“ (WBGU 2011) übernehmen, der dem paradoxen Anspruch gerecht werden muss, Setzungen hinsichtlich nachhaltigkeitsbezogener Transformationserfordernisse vornehmen zu müssen und gleichzeitig genügend Partizipationsmöglichkeiten für zivilgesellschaftliche Akteure bereitzuhalten und neue zu eröffnen.
- Die schwierigste Herausforderung besteht vor allem in der Definition der Zielrichtung und Ausrichtung sowie der Komplexität der Transformation. Dies wird insbesondere bei einem Vergleich mit anderen Transformationsprozessen wie dem Umbau in den ehemals sozialistischen Ländern im Übergang zu Demokratie und Marktwirtschaft deutlich. Hier gab es eine Orientierung im Sinne einer nachholenden Modernisierung an vorhandenen Leitbildern und Modellen der westlichen Länder. Auch drängten in den beiden durchlaufenden großen Transformationen keine existentiellen Fragen, die die gesamte Menschheit sowie die gefährdeten Naturprozesse mit global zu lösenden Herausforderungen konfrontierten.

Vor diesem Hintergrund fällt auf, dass es sich in den analysierten Studien bei der Formulierung der Transformationsprobleme und Herausforderungen (notwendigerweise) vielfach um Postula-

te, bisherige Bestandaufnahmen (Was haben wir bisher gemacht, und was machen wir nun?), normative Vorhabensbeschreibungen (so soll oder sollte es sein) oder Grundkonzepte in Form von Prämissen handelt. Ein zentraler Grund hierfür ist in der Komplexität globaler Umweltprobleme, wie dem Klimawandel, dem Verlust an Biodiversität, oder steigender Armut, zu sehen (z. B. WBGU 2011). Durch das hohe Maß an Komplexität ist auch die Wissensbasis als Entscheidungsgrundlage für nachhaltiges, sozial-ökologisches Handeln lückenhaft (BMBF 2007; SRU 2012). Es besteht große Unsicherheit hinsichtlich zukünftiger Entwicklungen, auch, weil viele indirekte Wirkungsbeziehungen, unklare Einflussfaktoren und kaum eindeutige Wirkungszusammenhänge existieren.

Andere Studien beziehen sich auf die unzureichende Lern- und Wissenskultur, sowohl von Seiten der politisch Verantwortlichen als auch der Zivilgesellschaft (z. B. BMU 2013). Es scheint in der Politik an Verständnis zu mangeln, dass die große Transformation kein linearer Prozess ist, sondern eine Folge von ineinandergreifenden Dynamiken, die sich auf unterschiedlichen Zeitskalen abspielen (WBGU 2011). Ein übergreifendes Problembewusstsein, das gesellschaftliche Handeln an ökologischen Grenzen auszurichten, das (An-)Erkennen von Komplexitäten, Vielschichtigkeiten und Ungleichzeitigkeiten im Transformationsprozess fehlen größtenteils oder wenn, dann sind sie nur partiell und lokal ausgebildet (z. B. WBGU 2011; SRU 2012).

#### **4.3.1.3 Segregierte Verantwortlichkeiten für die Gestaltung der Transformation**

In den meisten Studien wird die Notwendigkeit struktureller Wandlungsprozesse für eine ökologische und soziale Neuausrichtung hervorgehoben. Gleichzeitig wird deutlich, dass Verantwortlichkeiten für die Herstellung einer (neuen) Sozial- und Umweltgerechtigkeit eher einseitig und unabhängig voneinander verteilt sind. Kernproblem der „großen Transformation“ scheint zu sein, dass Transformation zwar stattfindet, aber nicht im Großen, sondern überwiegend lokal und partiell, in Nischen, das heißt weder umfassend noch dauerhaft. Die vielfältigen Initiativen auf lokaler und kommunaler Ebene werden zumeist durch aktive und visionäre Einzelpersonen initiiert und gesteuert, die es schaffen, punktuell für ihre Ideen und Innovationen zu begeistern und diese voranzubringen (z. B. SRU 2012; WBGU 2011; WI 2010).

Erfolgsfaktoren, die in diesem Zusammenhang bei der Beschreibung von lokalen Best-Practice-Beispielen genannt werden, basieren zumeist auf Kooperationen unterschiedlicher Stakeholder und gesellschaftlicher Akteure auf lokaler und regionaler Ebene (z. B. von Winterfeld et al. 2012; WBGU 2011; Miegel et al. 2012; WI 2010). Diese lokalen und regionalen Kooperationen sind zumeist dadurch gekennzeichnet, dass neben öffentlichen auch private Akteure in Netzwerken zusammenarbeiten und dabei heterogene, auch konfliktäre Akteursinteressen offengelegt und verhandelt werden. Auf der Suche nach Lösungen werden Interessen verhandelt, abgewogen, priorisiert und neue trade-offs geschlossen. In vielen Studien wird hervorgehoben, dass bei den Kooperationen nicht nur Partialinteressen verhandelt werden, sondern sich darüber hinaus häufig auch ein Umdenken zu neuen Bewertungsprozessen entwickelt und gestärkt wird, das heißt informelle Regelwerke sich ändern, wie der Wohlfahrtsgedanke oder das Gemeinwesen (z. B. WBGU 2011; SRU 2012). Hierbei werden Routinen und Traditionen neu gedacht und ihre gesellschaftliche Wertschätzung verändert. Alternative Praktiken - in diesem Sinne - lassen sich als soziale Innovationen verstehen. Hilfreich für ein solches Umdenken auf lokaler und kommunaler Ebene können Freiräume zum Experimentieren und kommunale Selbstverwaltungsstrukturen sein, die die Vernetzung von Wirkungsgefügen und Akteuren besser beachten und auf diese eingehen und fördern. Sie stellen förderliche Bedingungen für soziale Innovationen dar. Netzwerke und Verhandlungssystemen als zentrale Koordinationsmechanismen kommt hier eine zentrale Bedeutung zu. Hervorgehoben wird, dass für eine erfolgreiche Initiierung von Innovationen und Umdenkprozessen Nischen, „Pioniere“ und „Change

Agents“ eine zentrale Rolle spielen, um Prozesse anzustoßen, zu koordinieren und voranzubringen (z. B. SRU 2012; WBGU 2011; WI 2010). Häufig tauschen sich die einzelnen Initiativen untereinander kaum oder nur wenig aus.

Auf politisch-administrativer Ebene jenseits des kommunalen und lokalen Kontexts existieren überwiegend segregierte, kaum vernetzte Verantwortlichkeiten für Transformationsansätze, die eine Absprache zwischen den einzelnen Zuständigkeitsbereichen und Entscheidungskompetenzen erschweren (z. B. SRU 2012). Als Folge fehlen einheitliche Rahmenbedingungen für eine Gesellschaftstransformation, die Unsicherheiten reduzieren könnten und einen wissensbasierten sowie auf gemeinsame Visionen beruhenden Prozess befördern. Diffusionsprozesse und erhoffte Spill-over-Effekte für Transformation auf der Regime-Ebene bleiben, bis auf einige Ausnahmen in den Bereichen Energie und ansatzweise Mobilität, jedoch (noch) aus. Welche Ursachen gibt es hierfür? Welche Hemmnisse werden beschrieben? Und welche Erfordernisse für zukünftige Governance-Formen lassen sich daraus ableiten? Diesen Fragen wollen wir uns im folgenden Kapitel widmen.

### **4.3.2 Hemmnisse für die Gesellschaftstransformation**

Zahlreiche Hemmnisse aus Governance-Perspektive, das heißt Regelungsstrukturen und Koordinationsmechanismen ver- beziehungsweise behindern eine breite Diffusion transformativer Ansätze. Größtenteils fehlt die politische Verbindlichkeit ebenso wie eine koordinierte handlungsleitende Strategie bei der Formulierung von Rahmenbedingungen, die eine systemische Transformation befördern können. Es gibt nur vereinzelt abgestimmte beziehungsweise organisierte Koordinationsprozesse innerhalb und zwischen öffentlichen und nicht-öffentlichen Akteuren. Es mangelt an politischem Willen, Mut und Entschlossenheit und als Folge dessen auch an personellen, organisatorischen und finanziellen Ressourcen. Gründe hierfür lassen sich mithilfe des theoretisch-konzeptionellen Governance-Ansatzes einerseits 1) den beteiligten Akteuren zuordnen und andererseits 2) den existierenden Steuerungs- und Koordinationsmechanismen.

#### **4.3.2.1 Akteure und Organisationen im Transformationssystem**

Aus dem Bereich Akteure und Organisationen werden zahlreiche hemmende Faktoren beschrieben, welche die gegenwärtige Situation kennzeichnen und eine Gesellschaftstransformation erschweren.

#### **Sektorale Ausrichtung**

Öffentliche Akteure und Administration in Deutschland sind strikt nach Sektoren unterteilt und ausgerichtet. So ist zum Beispiel das Bundeswirtschaftsministerium (BMWi) für die Umsetzung der Energiewende verantwortlich, wohingegen Bereiche wie nachhaltiger Konsum oder Schutz von Biodiversität und natürlicher Ressourcen in die Verantwortung des Bundesumweltministeriums (BMUB) fallen. Innerhalb einzelner Verwaltungen und Verwaltungsbereiche existiert häufig eine ausgesprochene Pfadabhängigkeit, die sich im Ressortdenken und -Handeln widerspiegelt und einer zielgerichteten Koordination der verschiedenen Politikbereiche entgegenwirkt (z. B. WBGU 2011; SRU 2012). Die Zusammenarbeit von Behörden, insbesondere bei sich überschneidenden Kompetenzbereichen, wie es bei dem Thema nachhaltige Entwicklung der Fall ist, ist häufig durch Interessenskonflikte und Machtkämpfe geprägt. Häufig verhalten sich die Akteure gegenüber Veränderungen und Innovationen eher ablehnend, um den Status-Quo zu erhalten und ihre Interessen zu verteidigen (WBGU 2011). Solche dominanten Pfadabhängigkeiten können laut WBGU (2011) zu Transformationsblockaden führen. Kurzfristige Planung

beziehungsweise kurzfristige Planungshorizonte erschweren zusätzlich eine behördenübergreifende Koordination von umfassenden Transformationsansätzen.

### **Machtkämpfe und Interessenskonflikte**

Laut WBGU (2011: 205) ist davon auszugehen, dass die anstehende Transformation zu einer nachhaltigen Gesellschaft nicht unbedingt durch eine unzureichende politische Programmatik behindert wird, sondern eher durch Probleme, die im politischen Prozess angesiedelt sind, insbesondere durch strategische Vorgehensweisen im Rahmen des politischen Wettbewerbs und Machtkämpfe. Auch vielfältige Beziehungen privater Akteure sind gekennzeichnet durch komplizierte und zum Teil konfliktäre Interessensgeflechte, die zur Folge haben, dass verschiedene Lobby- und Interessensgruppen Gegenkräfte und Widerstände gegen Transformationsansätze entwickeln. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn sich Akteure als Verlierer des geplanten Gesellschaftsumbaus sehen, etwa weil sie sich um ihren Machterhalt und ihre Position sorgen. Zudem sind Ungleichgewichte im Machtverhältnis und im Organisationsgrad zwischen den Interessensgruppen zu erkennen (WBGU 2011; SRU 2012), so dass die Einbeziehung von Umwelt- und Naturschutzbänden forciert werden sollte, um frühzeitig beispielsweise auf die Nebenfolgen einer einseitig ökonomisch ausgerichteten Sektorstrategie und die einseitige Prägung von Forschungsagenden durch Wirtschaftsverbände hinweisen zu können.

In den Studien wird konstatiert, dass im Vergleich zu ökonomischen Interessen ein geringer Organisations- und Vertretungsgrad für ökologische Belange existiert, was die Lobbyarbeit und den Einbezug von Umwelt- und Naturschutzverbänden in politische Entscheidungsprozesse erschwert. Wirtschaftsinteressen werden in der Regel prominenter vertreten und sind besser mit Ressourcen ausgestattet (z. B. SRU 2012; WBGU 2011). In den Studien nicht explizit benannt wird der stärkere Einbezug von Verbänden, die soziale Belange oder Verbraucherinteressen vertreten; diese sind für eine Transformation in Richtung Nachhaltigkeit aber als ebenso wichtig anzusehen. Neben den genannten öffentlichen und gesellschaftlichen Akteuren spielen im Transformationsprozess zudem wissenschaftliche Akteure eine entscheidende Rolle. Allerdings kann auch hier die Vielfalt der Disziplinen und Interdependenzen für heterogene Problemwahrnehmungen sorgen. Dies kann dazu führen, dass Macht- und Interessenskonflikte um die Deutungshoheit bei der Problemdefinition und Ableitung möglicher Lösungsansätze auftreten können (vgl. hierzu Schneidewind 2013; Voß 2013).

### **Fehlendes Problembewusstsein und Akzeptanz**

In einigen Studien (z. B. SRU 2012; WBGU 2011; Hagemann et al. 2004) wird bemängelt, dass es auf Seiten der öffentlichen, gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Akteure an (inter- und transdisziplinärem) Problembewusstsein, gesellschaftlichem Rückhalt und Akzeptanz von Transformationsbemühungen (und -forschung) mangelt. Teilweise wird dies erklärt durch ein generelles Defizit an insbesondere politischen Beteiligungs- und Entscheidungsprozessen (WBGU 2011). Dies wird zumindest von vielen nicht-öffentlichen Akteuren so empfunden und kann zu Frustration und Resignation führen.

#### **4.3.2.2 Regelungsstrukturen und Koordinationsmechanismen**

Was das „Wie“ einer Gesellschaftstransformation angeht, das heißt die Vorgehensweise und die Auswahl der Mechanismen des zu gestaltenden Wandels, so lassen sich eine breite Vielfalt an Vorschlägen, Konzepten und Instrumenten in den ausgewählten Studien ausmachen.

### **Dominanz von Wettbewerbs- und Verhandlungssystemen**

In der Zusammenschau fällt auf, dass im Hinblick auf die wirkenden Regelungsstrukturen insbesondere Wettbewerbs- und Verhandlungssysteme bei der Umsetzung von Transformationsansätzen dominieren. Entsprechend wird vorrangig auf den Einsatz von Koordinationsmechanismen gesetzt, die auf den Prinzipien des Wettbewerbs und der Freiwilligkeit beruhen. Dies drückt sich in vielfältigen Vorschlägen zum Einsatz marktbasierter beziehungsweise ökonomischer Instrumente, wie Steuern, Emissionsbepreisung oder handelbare Zertifikate, aus. Befürworter ökonomischer Instrumente argumentieren, dass finanzielle Anreize zu einer Internalisierung externer Kosten und Korrektur bestehender, redundanter ökonomischer Anreize, zum Beispiel durch eine Veränderung der Preisrelation bei Lebensmitteln oder Steueranreize, führen können (siehe z. B. Hagemann et al. 2004). Eine transparente Darlegung von Kosten kann das Konsumbewusstsein erhöhen und Transformationsansätze bestärken. Limitierungen und Hemmnisse beim Einsatz marktbasierter Instrumenten bestehen generell darin, dass es sich immer um unvollkommene Märkte handelt, die durch Asymmetrien (Informationen, Wettbewerb, Macht) gekennzeichnet sind. In diesem Zusammenhang kommen auch zahlreiche informationelle Instrumente zum Einsatz.

Unter der Bezeichnung 'informationelle Instrumente' lassen sich Informationskampagnen und Bildungsmaßnahmen wie Produktkennzeichnungen, Umweltkampagnen, Aufklärungsarbeit und Bildungsangebote fassen, die zusätzliche Informationen bereitstellen beziehungsweise vermitteln sollen, um Informations-Asymmetrien entgegenzuwirken und den Wettbewerb zu fördern. Ein Kriterium, um den Erfolg von Informations- und Bildungskampagnen zu bewerten, ist die Veränderung von Normen, Handlungsweisen und Praktiken in Richtung nachhaltiger Entwicklung, das heißt die Änderung informeller Regelwerke, deren Wirkungsweise jedoch nur schwer festzustellen ist (z. B. WBGU 2011; von Winterfeld et al. 2012; WI 2012). Entsprechend gilt dieser Instrumententyp im Hinblick auf seine Durchsetzungskraft als der schwächste, doch wird er im Vergleich zu den anderen Mechanismen häufig genutzt.

Unter dem Sammelbegriff 'Verhandlungssysteme und Netzwerke' lassen sich die meisten Koordinationsprozesse verorten, die den Gesellschaftsumbau initiieren und befördern sollen. Dies trifft insbesondere auch für die Initiierung und Entwicklung von sozialen Innovationen auf lokaler Ebene zu. Im Bereich nachhaltige Entwicklung existieren vielfältige Netzwerke, Kooperationen und Vereinbarungen zwischen Akteuren und Organisationen auf unterschiedlichen politisch-administrativen Ebenen und mit unterschiedlichen inhaltlichen und institutionellen Ausrichtungen. Doch sind derart kooperative Maßnahmen, wengleich auch große Hoffnungen mit ihnen verbunden werden, kein Garant für soziale Innovationen und die gesellschaftliche Transformation, wie einige Studien betonen (z. B. WBGU 2011). Während der Einbezug vielfältiger Akteure die Offenlegung unterschiedlicher Interessen häufig erleichtert, können solche Koordinationsmechanismen auch blockiert werden beziehungsweise nur eingeschränkt wirken. Ein Grund hierfür liegt in der politischen Dimension von Aushandlungsprozessen und den unterschiedlichen Macht- und Einflussverteilungen der Akteure in konkreten Politikfeldern, die zu Wettbewerb und Machtkampf führen und die Erreichung übergreifender Ziele verhindern. Zudem sind viele Kooperationen geprägt durch institutionelle Fragmentierung, mangelnde Kohärenz und Koordination. Es werden in den Studien zahlreiche Gründe hierfür genannt, etwa eine fehlende, langfristige Koordination durch Fachbehörden und Ressorts, kurzfristige Planungshorizonte, fehlende Strategien und Visionen (z. B. WBGU 2012; SRU 2012).

Neben kooperativen Maßnahmen setzen öffentliche Akteure verstärkt auf freiwillige Vereinbarungen und Selbstverpflichtungen bei Marktakteuren und Unternehmen. Vor allem in Bereichen, wo das Ordnungsrecht wenig Anwendung findet, wird fast ausschließlich auf die Einsicht von Marktakteuren gesetzt, so zum Beispiel ihre Waren und Produktionsprozesse freiwillig zu kennzeichnen, oder „Corporate Social Responsibility“ zu fördern (vgl. WI 2010). Problematisch

scheint bei der Maßnahme die Freiwilligkeit, die, sofern sie realisiert wird, zwar dem politisch gewünschten Transformationsziel näher kommt, aber eben nur punktuell, auf einzelne Bereiche und Sektoren bezogen und nicht als großflächig wirkender Gesellschaftsprozess.

### **Seltener Gebrauch von Ordnungsrecht**

Die Studien stellen fest, dass bislang vergleichsweise wenig in die Handlungsautonomie von öffentlichen Akteuren eingegriffen, das heißt hierarchisch geregelt, wird (vgl. Hagemann et al. 2004; WI 2010; SRU 2012). Dies drückt sich vor allem in den formellen Regelwerken aus. In den Studien wird moniert, dass es an gemeinsamen hoheitlichen Rahmenbedingungen fehlt, wie einheitliche Genehmigung, ökologische Standards oder konkrete Belastungsgrenzen, die im Ordnungsrecht festgeschrieben sind (z. B. SRU 2012; WBGU 2011). Unter Ordnungsrecht werden rechtlich verbindliche Regularien zusammengefasst, die vom Gesetzgeber, sei es innerhalb des nationalen Rechts, aber auch von Seiten der EU festgeschrieben werden. Für die Transformation sind dabei solche Gesetze von Bedeutung, die die Umweltverschmutzung begrenzen (zum Beispiel EU Nitratrichtlinie) und für sozialen Ausgleich sorgen (zum Beispiel Regelung zum Mindestlohn). Das bedeutet, dass das Ordnungsrecht überwiegend dann zum Einsatz kommt, wenn die Gesundheit der Menschen beziehungsweise seine Daseinsgrundlage direkt gefährdet sind. So existieren eine Reihe von Ge- und Verboten im Bereich der Gewässer- und Nahrungssicherheit (vgl. BMBF 2007; Hagemann et al. 2004; WI 2010). Als Hemmnis dieses Steuerungstyps wird nicht etwa die fehlende Notwendigkeit für weitere Regularien genannt, sondern die mangelnde beziehungsweise unzureichende Kontrolle bestehender Verordnungen in vielen Konsumbereichen beziehungsweise gesellschaftlichen Sektoren registriert.

### **Fehlende integrierte Konzepte und Maßnahmen**

Betrachtet man den gesamten Politikzyklus, angefangen bei der Politikformulierung, über die Implementierung, das Monitoring und die Evaluation, so wird ein lückenhaftes Monitoring sowohl bei der Politikimplementierung als auch der Folgenabschätzung festgestellt. In einigen Studien wird darauf hingewiesen, dass die Gesetzesfolgeabschätzung große Defizite bei der Erfassung sozialer und ökologischer Auswirkungen von Maßnahmen aufweist (z. B. SRU 2012; Bundesregierung 2012). Ähnlich wie die nach Themen geregelte Organisation und Zuständigkeit von Behörden und Administration, ist auch das Ordnungsrecht überwiegend sektoral ausgerichtet, so dass integrierte und holistische Ansätze bei der Steuerung von Gesellschaftstransformation kaum anzutreffen sind. Im Gegenteil, es werden eher redundante, zum Teil auch widersprüchliche Anreize, zum Beispiel beim Steuerrecht, gesetzt. Gefordert werden stattdessen integrierte Konzepte und Maßnahmen, die transformationsfördernde Rahmenbedingungen setzen und Rechtssicherheit für die beteiligten Akteure schaffen (z. B. für eine nachhaltige Innovationspolitik und deren Nachfrage) (z. B. BMBF 2007; WI 2010).

### **Fehlende gemeinsame Wissensbasis und Datengrundlage**

In vielen Studien wird eine fehlende gemeinsame Wissensbasis und Datengrundlage, die für eine gesellschaftliche Transformation notwendig erscheint, beklagt (z. B. BMBF 2007; BMU 2013; SRU 2012). Diese Defizite können, laut Studien, mehrere Ursachen haben. Einerseits sind viele aktuelle Sozial- und Umweltprobleme globaler Natur mit unbekanntem, komplexen Einflussfaktoren und Auswirkungen. Hier mangelt es an gesicherten Informationen und wissenschaftlicher Evidenz. Andererseits sind Lücken in der Informationsbasis auch durch ein fehlendes beziehungsweise lückenhaftes (Umwelt-)Monitoring zu erklären, das, so die Kritik, sektoral und zu wenig am Schutzgut (Umwelt) orientiert ist (SRU 2012). Es bestehen zudem Defizite in der Forschungsförderung im Bereich Transformation und Nachhaltigkeit, sodass die Erarbeitung einer Wissensgrundlage von Fördermitteln und -schwerpunkten abhängig ist, die zudem

im Zeitverlauf stark schwanken. Neben diesen Lücken der Informationsgrundlage ist das vorhandene Wissen asymmetrisch verteilt, beispielsweise zwischen Herstellerinnen und Herstellern sowie Konsumentinnen und Konsumenten (Hagemann et al. 2004). In diesem Zusammenhang wird wiederholt Kritik an der unzureichenden Lern- und Wissenskultur von gesellschaftlichen und politischen Akteuren geäußert.

### **Schwierigkeit, informelle Regelwerke zu ändern**

Informelle Regelwerke (Institutionen) gelten als ein entscheidender Koordinationsmechanismus, da das Projekt der Gesellschaftstransformation nicht gegen vorherrschende Werthaltungen durchgesetzt werden kann (z. B. WI 2010; von Winterfeld et al. 2012). Doch Fragen der individuellen Werte- und Einstellungsänderungen sind mit Unsicherheiten behaftet. Zum einen sind Wirkungsbeziehungen zwischen Werteorientierungen, zum Beispiel dem Umweltbewusstsein, und Alltagspraktiken, wie umweltbewusstes Verhalten, nur vage erkennbar (z. B. Hagemann et al. 2004; WBGU 2011). Dem Wertewandel und veränderten Alltagspraktiken stehen vielfältige individuelle und gesellschaftliche Hürden gegenüber. Individuell sind veränderte Einstellungen und Präferenzen zum Beispiel in den Konsumfeldern Ernährung oder Energie häufig mit Ängsten einer Einschränkung und des Verzichts verbunden. Das Bestreben nach individueller Freiheit widerspricht häufig dem Gemeinwohlgedanken, so dass sich in diesem Zusammenhang von der Tragik der Gemeingüter sprechen lässt. Auch dient Konsum häufig zur Darstellung des sozialen Status in der Gesellschaft und symbolisiert individuellen Erfolg, Leistung und Zufriedenheit. Ökologischen und sozialen Umdenkprozessen stehen die in der Gesellschaft vorherrschenden Logiken des Privateigentums, der Ökonomisierung, der Privatisierung und neoliberaler Globalisierungsprozesse entgegen (z. B. WI 2010). Doch finden sich auch Positivbeispiele, wo Umdenkprozesse erfolgreich initiiert wurden, etwa im Bereich der erneuerbaren Energien (z. B. Bundesregierung 2012).

### **4.3.3 Resümee förderlicher und hinderlicher Governance-Formen**

Transformation hin zu einer nachhaltigeren Gesellschaft erfordert einen umfassenden Wandel gesellschaftlicher Normen, Institutionen, Organisationen und lebensweltlich verankerter Praktiken und Einstellungen. Die hiermit sich andeutenden Erfordernisse tiefgreifender gesellschaftlicher Veränderungen implizieren einen breit angelegten Innovationsbedarf, der in seiner Vielfalt, Differenziertheit und den hierfür benötigten Governance-Formen aber erst in Umrissen sichtbar und beschreibbar ist.

Bei der Analyse der vorgestellten Studien fällt auf, dass die „Große Transformation“ (WBGU 2011) oder das „Grand Design“ (BMU 2013) zumeist normativ postuliert wird, doch scheitert ein derartig groß angelegtes Vorhaben an der fehlenden Verbindlichkeit und einer integrierten und holistischen Betrachtung der Transformationsfelder, um wirksame, das heißt ineinandergreifende und sich ergänzende Transformationsstrategien in den einzelnen Ressorts beziehungsweise Sektoren zu entwickeln. Nur wenn sich in einzelnen Politikfeldern und gesellschaftlichen Bereichen konkrete Gefährdungen ergeben, etwa die Gesundheit bedroht ist, werden Sozial- oder Umweltbelange berücksichtigt und ein entsprechendes institutionelles Design vorangetrieben.

In den Studien werden zumeist Entwicklungen in Schlüsselbranchen wie Verkehr oder Energie sowie Einzelprojekte und Städte als Motoren für den ökologischen Umbau beschrieben beziehungsweise als Best-Practices vorgestellt (z. B. Miegel et al. 2012). Hier lassen sich auch die wenigen Beispiele sozialer Innovationen verorten, die in den Studien genannt werden (WBGU 2011). Im Vergleich zur vorhandenen Bandbreite von Innovationen, spielen soziale Innovationen beziehungsweise ein dezidiertes Verständnis von Innovation nur eine marginale Rolle (SRU

2012; WBGU 2011; WI 2010). Größtenteils handelt es sich bei den Initiativen und Maßnahmen um Nischen-Innovationen, die Bottom-up von lokalen Akteuren betrieben werden und lokal wirken, aber eben nur als punktuelle Interventionen. Triebkraft, Engagement und Implementierung liegt vielfach in der Hand privater Akteure. Als Koordinationsmechanismen wird auf Freiwilligkeit gesetzt oder es den Triebkräften des Marktes überlassen, soziale Standards, umweltfreundlichere Produkte und Praktiken zu etablieren und durchzusetzen. Eine umfassende und verbindliche Koordination von Seiten öffentlicher Akteure fehlt hingegen, auch wenn beispielsweise mit der Einrichtung von Nachhaltigkeitsbeiräten auf Bundes- oder Länderebene sowie dem „Staatssekretärsausschuss für nachhaltige Entwicklung“ institutionelle Neuerungen eingeführt wurden. Der WBGU (2011) erwartet, dass mit erhöhtem politischen Druck und konkreter Umsetzung von Klima- und Umweltschutzziele, auch die Bedeutung von sozialen Innovationen zunehmen wird. Die großflächige Einführung erneuerbarer Energien und die Verbesserung der Energieeffizienz, die die Alltagspraxis zahlreicher Menschen in vielen Lebensbereichen verändert hat, werden beispielhaft genannt.

Derzeit wird überwiegend auf gesellschaftliche Bottom-up-Initiativen für die Initiierung und Entwicklung von (sozialen) Innovationen und Maßnahmen gesetzt, die bisher von einzelnen, engagierten Akteuren vorangetrieben werden. Es wird die Hoffnung geäußert, dass diese „Pioniere des Wandels“ auch großflächige Veränderungen (hier: auf Regimeebene) dezentral und von unten anstoßen, indem sich möglichst viele Nachahmer finden.

Doch scheint eine großflächige, strukturelle Transformation an einer vorwiegend einseitigen und eher unkoordinierten Übertragung der Handlungsverantwortung auf die Zivilgesellschaft zu scheitern, auch durch die inhaltliche und geographische Vielfalt der Initiativen. Die Wirkungen der Innovationen bleiben zumeist lokal, auf einzelne kommunale Ausschnitte beziehungsweise Bereiche bezogen und temporär begrenzt. Die alleinige Hoffnung auf eine „Transformation von unten“ lässt sich, zumindest so der Eindruck, den die Studien vermitteln, kritisch betrachten, insbesondere, wenn Prozesse breiter diffundiert und beschleunigt werden müssen. Fraglich ist in diesem Zusammenhang auch, ob die lokalen Innovationen und Initiativen geeignet sind, in andere Kontexte übertragen zu werden, also Nachahmer zu finden, sie zu modifizieren und zu adaptieren. Das Übertragen von Innovationen in Form von Best-Practice-Beispielen, von einem Kontext auf einen anderen, birgt eigene Gefahren, etwa das lokale Gegebenheiten (wie soziale Gefüge, Machtverhältnisse, kulturelle Werte, Normen und Ökosysteme) nur unzureichend Berücksichtigung finden und eine gesellschaftliche Akzeptanz der Innovationen ausbleibt. Gezielte Feedbackschleifen und Reflektionen finden nur vereinzelt statt. Strukturelle Reformen großer, zentraler Versorgungssysteme und Infrastrukturen auf Regime-Ebene werden hingegen viel zu wenig angegangen. Der Energiebereich stellt hier eine – entsprechend intensiv umkämpfte – Ausnahme dar.

Ein weiterer zentraler Problemkomplex, der einer Transformation entgegenwirkt, betrifft die Wissensgrundlage als Basis für gesellschaftliche Weichenstellungen und die Rolle, die Wissenschaft im Transformationsprozess einnimmt. Zwar bleibt festzuhalten, dass ein breit gefächertes Wissenskorporus in Form von Studien, Konzepten sowie Steuerungsmodellen in den Themenbereichen Transformation und Governance existiert, doch findet eine systematische Auseinandersetzung über den Zusammenhang von Transformation und Innovation kaum statt. Auch wird von Umweltverbänden im Zusammenhang mit den Forschungsplattformen beklagt, dass der überwiegende Teil der Gelder in Projekte und Entwicklungen fließt, die nicht nachhaltig sind (Ober 2013). Auffällig sind zudem auch die dürftig bleibenden Bezüge, beispielsweise hinsichtlich einer Berücksichtigung vorliegender Wissensbestände über vorausgegangene Transformationsprozesse (z. B. BMU 2013; Miegel et al. 2012; BMBF 2007; Hagemann et al. 2004). Differenziert ausgearbeitete Transformationsansätze (mit explizitem Transformationsverständnis

nis) sind eher selten aufzufinden, was Folgen für die begriffliche Präzision sowie hierauf aufbauend der Reflektion über Reichweite, Komplexität und Problemverständnis transformativer Vorgänge zeitigt.

Beklagt wird darüber hinaus eine mangelnde politische Verankerung von wissenschaftlicher Beratung. So wird beispielsweise nur vereinzelt dafür gesorgt, dass die Forschungsergebnisse aus den Förderprogrammen zu Nachhaltigkeit und Transformation im breiteren Umfang Eingang in die Praxis finden (BMBF 2007; SRU 2012). Zudem scheint eine Diskrepanz zu existieren zwischen einerseits Forschungsinitiativen und somit die Übertragung von Transformationsverantwortung auf die Wissenschaft, und andererseits eine größtenteils fehlende politische und gesellschaftliche Anwendung beziehungsweise Berücksichtigung des Wissens. Dies kann unter anderem daran liegen, dass Wissenschaft zu wenig in den politischen und gesellschaftlichen Prozessen verankert ist beziehungsweise wird. Für die Erarbeitung von Transformationswissen und von Lösungsstrategien liegt der Fokus auf dem Verhältnis Gesellschaft und Politik; weniger wird das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik und Wissenschaft und Gesellschaft thematisiert. Vielleicht ist es dieser fehlenden Integration von Wissenschaft und ihrer mangelnden Einbindung in den Aushandlungsprozess als Akteur von gesellschaftlicher Transformation geschuldet.

Der aktuelle Stand der Transformationsdebatte mit Nachhaltigkeitsbezug beinhaltet aber auch vielversprechende Potentiale. Besonders hervorzuheben sind zwei Felder, einmal das vielfältige Spektrum an Ansätzen, Konzepten und Studien und die mittlerweile erreichte Vielfalt gesellschaftlicher Akteure, die sich mit diesen Themen auseinandersetzen sowie die hiermit eröffneten gesellschaftlichen Ebenen und Bereiche, die sich entsprechend exponieren. Künftige Anstrengungen sollten sich vor diesem Hintergrund insbesondere auf die Bearbeitung von drei Bereichen konzentrieren:

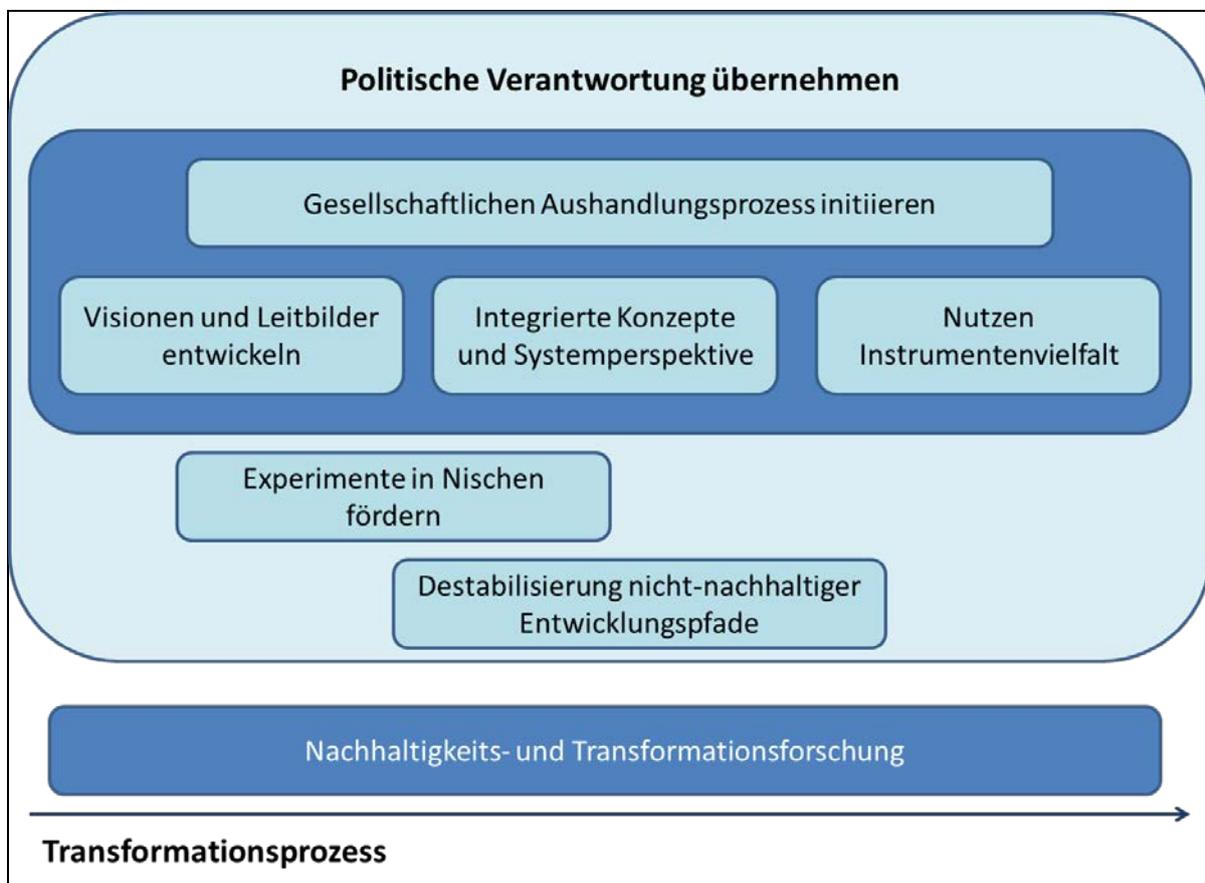
- Die anzutreffende ‚kreative Vielfalt‘ von Governance-Ansätzen und Konzepten ist auf der einen Seite positiv zu bewerten und fördert das Entstehen von Experimentierräumen und Diskussionsarenen. Diese Arenen bilden eine Grundlage für die Entstehung von sozialen Innovationen, mit denen verstärkt und gezielt Umdenkprozesse gefördert werden können. Zugleich wirkt das Nebeneinander von Themen und Konzepten aber auch hindernd, was auf das Erfordernis aufmerksam macht, dass diese künftig stärker aufeinander bezogen werden sollten, um neue Lernchancen zu eröffnen. Die aktuelle Transformationsdebatte befindet sich somit (noch) in einem Suchprozess. Das Ziel sollte sein, eine konstruktive Wissens- und Lernkultur zu ermöglichen, an der möglichst viele Akteure und Institutionen partizipieren können.
- Weiterhin ist darauf hinzuweisen, dass sowohl Reich- als auch Tragweite von Transformation nicht in ausreichendem Maße geklärt sind und vor allem, dass diese nicht nur wissenschaftlich identifiziert und empirisch überprüft werden, sondern vor allem politisch und gesellschaftlich entsprechend thematisiert und ausgehandelt werden müssen. Auffällig ist hier insbesondere der bisher unzureichende Reflexionsgrad bei der Formulierung zu erwartender Transformationsaufgaben und -probleme.
- Zudem ist auf eine fehlende systematische Betrachtung von Governance-Formen und Innovationen hinzuweisen. Hier geht es vor allem um folgende Fragen: Welche Koordinationsformen und Innovationen werden in welchen Bereichen benötigt, welche Typenvielfalt ist erforderlich und wie können sie ermöglicht, verstärkt und gesellschaftlich verbreitet werden? Welche besondere Rolle wird hierbei sozialen Innovationen beigemessen und wie können diese durch spezielle Governance-Formen gefördert werden?



## 5 Kernelemente einer Governance-Strategie für eine Gesellschaftstransformation

Anhand a) der empirischen Einblicke in die Förderungsspezifika für soziale Innovationen im städtischen Kontext, b) den identifizierten förderlichen und hinderlichen Governance-Formen für Gesellschaftstransformation der gesichteten Studien, wie auch c) aufbauend auf der theoretisch-konzeptionellen Orientierung aus dem Bereich der Transition-Forschung und des Transition-Managements lassen sich Kernelemente einer Governance-Strategie ableiten, die als förderlich für die gesellschaftliche Transformation als auch für die Entwicklung sozialer Innovationen angesehen werden können. Zwar beziehen sich die Elemente und Formen auf unterschiedliche Handlungsfelder und Sektoren, doch versuchen wir in diesem Abschnitt Kernelemente einer Governance-Strategie für eine Gesellschaftstransformation zusammenzustellen, die allgemeingültigere Relevanz besitzen (Abbildung 5).

Abbildung 4: Überblick zu den Kernelementen



Künftige Arbeitsschwerpunkte sollten sich aus unserer Sicht auf folgende Themen- und Problemfelder konzentrieren, die für künftig auszugestaltende Governance-Formen strategisch bedeutsam sind. Das betrifft Fragen der Reichweite von Transformation, der Einbindung und Koordination verschiedener öffentlicher, privater und wissenschaftlicher Akteure wie auch Fragen nach den zu schaffenden Rahmenbedingungen, die Transformation - und speziell soziale Innovationen - fördern können. Im Folgenden werden acht Kernelemente einer Governance-Strategie für eine Gesellschaftstransformation vorgestellt. Dabei soll insbesondere die Rolle sozialer Innovationen im Transformationsprozess berücksichtigt werden. Zudem soll auch beispielhaft veranschaulicht werden, wie diese Kernelemente teilweise bereits im städtischen Kon-

text Anwendung finden. Weiterhin soll hierbei die Frage beantwortet werden, welche Rolle der Umweltpolitik hierbei jeweils zukommt.

## 5.1 Initiierung eines gesamtgesellschaftlichen Aushandlungsprozesses

Sowohl in den theoretisch-konzeptionellen Überlegungen zu einem erweiterten, reflexiven Governance-Verständnis als auch zum Transition-Management wird deutlich, dass eine grundlegende Gesellschaftstransformation nur als partizipativer Prozess gestaltbar ist. Es geht um das Design eines umfassenden, interaktiven Gestaltungsprozesses unter Beteiligung aller relevanter Akteure auf verschiedenen Governance-Ebenen, die unterschiedliche Interessen und Vorstellungen zur Ausgestaltung einer „Großen Transformation“ haben. Ein solcher Prozess umfasst dabei das Aushandeln von Transformationszielen ebenso wie von Optionen der Handlungskoordination, die auf einer breiteren gesellschaftlichen Basis erfolgen soll.

Ziele wie auch Pfade der Zielerreichung der Transformation werden in möglichst frühzeitigen und umfassenden Beteiligungsverfahren und Aushandlungsprozessen bestimmt, damit ihre Implementierung und Umsetzung erleichtert werden. Ein solcher offener Gestaltungsprozess beinhaltet Einschätzungs-, Lern- und Experimentierprozesse (vgl. Loorbach 2010: 168), aber auch integrative Ansätze, mit denen Einigung erzielt werden kann. Dabei kann es nicht um einen einvernehmlichen Konsens über Werte und Weltanschauungen gehen, sondern um die Verständigung darüber, dass Transformationserfordernisse existieren, denen es sich zu stellen gilt. Hierfür sollten Bürgerinnen und Bürger sowie Interessensgruppen verbindlicher beteiligt werden, beispielsweise in Beratungsgremien etwa zur Stadtentwicklung und -planung (siehe Miegel et al. 2012). Ein solch initiiertes gesellschaftlicher Aushandlungsprozess sollte stets Gegenstand von Reflektionen der beteiligten Akteure sein. Er sollte kritisch beobachtet und bewertet, aber auch in einem größeren Systemzusammenhang koordiniert werden, um über Wirkungszusammenhänge zwischen Vision und Maßnahmen zu lernen.

Insbesondere sozialen Innovationen kommt hier eine entscheidende Funktion zu. Zum einen geht es um die Entwicklung von neuen und innovativen Beteiligungsangeboten und -formen. Soziale Innovationen dieser Art können als ein zentrales Bindeglied fungieren, zwischen einerseits den normativ postulierten Zielen einer neuen nachhaltigen Gesellschaftsentwicklung und andererseits die Konfrontation dieser Transformationsziele mit der Alltagsrealität und Praxis der betroffenen öffentlichen und privaten Akteure. Um dies leisten zu können, müssen ausreichend Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, um Partizipation und Einbindung auch in umfangreichere Transformationsstrategien formell realisieren zu können. Eine solche Gestaltungskompetenz für Problemlösungs- und Handlungsfähigkeit muss als ein Bildungsziel gesetzt und durch Informations-, Sensibilisierungs- und Qualifizierungsmaßnahmen geschult werden.

Zum anderen geht es darum, soziale Innovationen im Sinne von „Experimenten“ in die Aushandlungsprozesse einzubeziehen. Hier erscheint es einerseits wichtig zu sein, dass die „Change Agents“ als Akteure wahrgenommen und mit einbezogen werden, und andererseits dass die gewonnenen Erfahrungen von sozialen Innovationen zur Kenntnis genommen und in die Aushandlungsprozesse einbezogen werden. Teilweise existieren bereits integrative innovative Lösungen, die als Basis für Kompromisse fungieren können.

Auf kommunaler Ebene gehen bereits ansatzweise solche Aushandlungsprozesse vonstatten. Einerseits lässt sich beobachten, dass diese entweder bewusst initiiert werden, beispielsweise in Form von Bürgerhaushalten oder Partizipationsverfahren in der Stadtplanung. Andererseits haben vernachlässigte Partizipationsbestrebungen auch Protest zur Folge, durch die beispielsweise Volksbegehren eingefordert werden (Stuttgart 21, Volksentscheid Stadtwerke Hamburg).

Die spezifische Rolle der Umweltpolitik kann es in diesem Zusammenhang sein, gesellschaftliche Aushandlungsprozesse mit anzustoßen, als ein Akteur unter anderen mitzuwirken und dafür Sorge zu tragen, dass zivilgesellschaftliche Akteure entsprechend ausgestattet sind, um längerfristig und gleichberechtigt an solchen Zielbildungs- und Umsetzungsprozessen teilnehmen zu können. In diesen Aushandlungsprozessen sollte die Umweltpolitik signalisieren, dass sie für ökologische Belange eintritt, aber gerade in dieser Funktion auch die sozialen und wirtschaftlichen Aspekte mitberücksichtigt und zu gesellschaftlichen Problemlösungen und einer integrativen Gesellschaftspolitik beizutragen bereit und in der Lage ist.

## **5.2 Schaffung von Räumen für die Entwicklung gemeinsamer Visionen und Leitbilder**

Ein entscheidender Teil des gesellschaftlichen Aushandlungsprozesses ist es, Visionen und Leitprinzipien für die Gestaltung eines möglichen Entwicklungspfades zu erarbeiten. Auch dies geschieht im Rahmen der geschaffenen Austauschplattformen, den sogenannten transition arenas (Loorbach 2010; Rotmann/Loorbach 2010), in denen Visionen und unterschiedliche Perspektiven formuliert und diskutiert werden.

Der Zusammensetzung der beteiligten Akteure in solchen Arenen kommt eine zentrale Bedeutung zu. Die Akteure sollten einerseits eine gewisse Unabhängigkeit von den dominanten Strukturen des Regimes aufweisen, welches es zu verändern gilt, andererseits müssen die Akteure innerhalb des Regimes eine gewisse Legitimation erfahren. Hier sind nicht nur politische Akteure und Entscheidungsträger gefragt; die Leitbildsuche zur großen Transformation sollte vielmehr ein gesamtgesellschaftlicher Such- und Lernprozess sein, in den möglichst viele Betroffene ihre Sichtweisen und Vorstellungen zu einer nachhaltigen, zukünftigen Entwicklung einbringen können. Doch treffen bei einem solchen Aushandlungsprozess Akteure und Organisationen mit unterschiedlichen Problemwahrnehmungen, Werten und Zielen aufeinander. Ziel einer gemeinsamen Leitbildentwicklung kann es daher nicht sein, in allen Bereichen Konsens zu finden. Vielmehr muss die Ambivalenz unterschiedlicher Zielvorstellungen „erkennbar und diskutierbar“ sein und sich gegebenenfalls auch in politischen Entscheidungen widerspiegeln (vgl. Schneidewind/Scheck 2012: 51). Die Vision und Leitbildentwicklung sollte daher zum Ziel haben, eine Verständigung über die Entwicklungsrichtung einer Transformation zu ermöglichen (vgl. Jacob et al. 2010: 7). Der Prozess sollte so aufgebaut sein, dass er nicht mit der Zielbeziehungsweise Leitbilddefinition endet, sondern sich auch auf die weitere Strategiefindung, Implementierung und das Monitoring des Umbauprozesses bezieht und diesen reflektiert.

Wichtige Ziele für eine konkrete Erarbeitung und Ausgestaltung von Zukunftsvisionen sind, dass erst durch die Zieldefinition geeignete Transformationsstrategien entwickelt und deren Wirkweisen evaluiert werden können. Zudem kann durch eine langfristige Zieldefinition Planungssicherheit geschaffen werden, zum Beispiel für Marktakteure, die in Innovationen investieren (SRU 2012; Bundesregierung 2012). Laut Schneidewind und Scheck (2012: 54 ff.) ist die Entwicklung von Visionen und Konzepten als dynamischer „evolutionärer Zielfindungsprozess“ zu verstehen, dessen Inhalt immer wieder auf der Basis von neuen Erkenntnissen und veränderten Rahmenbedingungen angepasst werden muss.

Die zentrale Rolle, die soziale Innovationen in diesem Zusammenhang leisten können, und zum Teil auch schon im städtischen Kontext leisten, wurde bereits hervorgehoben (siehe Kap. 5.1). Hier geht es vor allem um die Schaffung und Bereitstellung von Infrastrukturen für gesellschaftliche „Experimentierräume“, in denen gemeinsame Visionen und Leitbilder entwickelt werden.

Die Umweltpolitik könnte hier eine Vorreiterrolle einnehmen und versuchen, eine integrative Perspektive in der Entwicklung solcher Leitbilder und Visionen einzubringen. Hierbei kann sie

Anschlussstellen für andere Ressorts mithilfe von Szenario- und Foresight-Prozessen aufzeigen. Das integrative und ganzheitliche Verständnis „Umweltpolitik als Gesellschaftspolitik“ kann hierbei beispielgebend sein.

### **5.3 Förderung integrativer Konzepte und komplexer Systemperspektiven**

Die ökologisch orientierte Umgestaltung der Industriegesellschaft zu einer nachhaltigen, klimaverträglichen und ressourcenschonenden Wirtschaftsweise erfordert vielfältige Gestaltungsaufgaben, die weder rein wissenschaftlich-technologischer Natur sind, noch rein gesellschaftlicher oder politischer (Helfrich et al. 2009). Hierfür braucht es ein Verständnis von Transformation, das alle Nachhaltigkeitsdimensionen berücksichtigt und vielfältig Transformationsakteure einbindet, das heißt eine integrierte und systemumfassende Betrachtungsweise von sozialen, ökologischen und ökonomischen Belangen, die nicht separat voneinander geplant und bewertet werden können. Doch sind substantielle integrative Konzepte derzeit selten (vgl. de Haan 2004: 39; Hagemann et al. 2004).

Soziale Innovationen stellen ein wichtiges Potenzial dar, die soziale Dimension von Nachhaltigkeit und ihre Verknüpfung mit ökologischen und wirtschaftlichen Belangen stärker als bisher in den Blick zu nehmen und weiter zu forcieren. Ihr Potenzial besteht gerade darin, alltags-taugliche, alternative Strategien zu entwickeln, die bisherige Nachhaltigkeitsstrategien ergänzen.

Gefordert wird in diesem Zusammenhang auch ein erweitertes Verständnis von (Umwelt-)Politik, welches auf einer fach- und sektorübergreifenden Planung und auf integrierten Bewertungskonzepten beruht, um Transformationsprozesse holistisch zu verstehen, zu planen, zu initiieren, zu begleiten und zu bewerten (SRU 2012). Hierfür müssten neue Organisationsstrukturen geschaffen werden, die formal den Einbezug einer Bandbreite von relevanten Fachbehörden, zum Beispiel beim Nachhaltigkeits-Assessment, erlauben. Durch solche fach- und sektorübergreifenden Kooperationen können unterschiedliche Interessen und Sichtweisen seitens der Fachaufsicht frühzeitig besprochen werden, bevor sich Widersprüche erst nach der Implementierung und Evaluierung der Pläne zeigen.

Die Notwendigkeit eines erweiterten Verständnisses wird ebenso für die Kommunalpolitik erkannt, wie die Ergebnisse der Experteninterviews zeigen. Hier ist es aus Sicht der Akteure vor allem notwendig, ein starres Ressortdenken aufzubrechen und sich von eher kurzfristigen, „einfachen“ Lösungen zu verabschieden (beispielsweise Abriss in städtischen Schrumpfungsphasen, einseitige Fixierung auf ökonomische Belange der Kommune).

Generell kann die Umweltpolitik bei der Entwicklung und Anwendung integrierter Konzepte zur Förderung der Systemperspektive eine wichtige Rolle spielen. Sie kann vorbildhaft zeigen, dass die ökologische Dimension einen zentralen Bestandteil des Leitbildes nachhaltiger Entwicklung bildet und welche Synergien hierbei zu ökonomischen und sozialen Dimensionen bestehen. „Umweltpolitik als Gesellschaftspolitik“ kann auch hierbei als integratives Konzept gewinnbringend sein.

### **5.4 Politische Verantwortung übernehmen und Langfristigkeit garantieren**

Aus Governance-Sicht scheint es zielführend für die gesellschaftliche Umgestaltung zu sein, politische Verbindlichkeiten zu schaffen sowie Transformationsziele in Rechtsstrukturen festzuschreiben. Die staatliche Verantwortung sollte von vielen Behörden und Administrationen integrativ aufgenommen und getragen werden. Gleichzeitig ist es wichtig, Adaptionsmechanismen zu institutionalisieren, um auf sich verändernde Rahmenbedingungen reagieren zu kön-

nen. Reflexivität und kontinuierliche institutionelle Anpassungsprozesse sollten gewährleistet werden. Hierfür gilt es, klare Verantwortlichkeiten zuzuweisen, festgelegte und nachprüfbar Zeitpläne festzulegen und ein Monitoring zu implementieren sowie Verantwortung für die Einleitung von Maßnahmen und deren Koordination stärker auf öffentliche Akteure zu übertragen. In diesem Zusammenhang wird beispielsweise die Etablierung eines „Managementkonzepts der Nachhaltigkeit“ (Bundesregierung 2012: 13) vorgeschlagen, um auf gesellschaftlicher Ebene die Transformation voranbringen zu können. Genannt wird beispielsweise die Gesetzesfolgenabschätzung, wobei jeweils zu klären ist, inwieweit dieser Ansatz bereits in der aktuellen Gesetzgebungspraxis Eingang gefunden hat und wodurch Prozesse der Implementierung und Weiterentwicklung be- oder verhindert werden. Ebenfalls diskutiert wird eine Erweiterung zu einer übergeordneten Nachhaltigkeitsprüfung, die auf Gesetzgebungen genauso angewandt werden kann wie auf die Planung und das Monitoring politischer Förderprogramme.

Kernüberlegung ist es, dass sich der Staat nicht aus der Koordination von Transformationsprozessen heraushalten sollte und Verantwortung für dessen Initiierung und Lenkung auf die Zivilgesellschaft und auf Marktakteure überträgt. Stattdessen scheint eine Rückbesinnung auf nachhaltige Entwicklung, Umweltschutz und Schutz der natürlichen Lebensgrundlage als Staatsziele und Aufgaben hilfreich, um Transformationsprozesse zu fördern. Anzustreben ist ein gestaltender Staat (WBGU 2011) mit „Kümmererfunktion“ und Vorbildwirkung, der gesellschaftliche Initiativen und Aktivitäten fördert und die Koordination der Prozesse übernimmt.

Zentrale Aufgabe der politischen Verantwortung – unter anderem auch der Umweltpolitik – wäre es, die Notwendigkeit der gesamtgesellschaftlichen Anstrengungen für einen nachhaltigen Gesellschaftsumbau in den Vordergrund zu rücken und mit den Herausforderungen bewusst umzugehen. Erst durch eine prioritäre Setzung des Themas auf die politische Agenda, versehen mit dem Willen, Transformationsbemühungen großflächig zu fördern und zu begleiten, können geeignete, förderliche Rahmenbedingungen geschaffen werden. Diese Rahmenbedingungen sollen Rechtssicherheit schaffen und innovationsfördernd wirken, indem sie beispielsweise Beteiligungsverfahren forcieren und Ermöglichungsräume für „Change Agents“ sozialer Innovationen schaffen. Umweltpolitik kann hierbei zum Beispiel soziale Innovationen im Bereich des nachhaltigen Konsums unterstützen und die Verbändeförderungen intensivieren.

Erreicht werden kann dies nicht nur durch Steuerungsansätze, die auf Freiwilligkeit und Marktregulation ausgerichtet sind, sondern vielmehr durch Maßnahmenbündel und eine sinnvolle Kombination von Politikinstrumenten (siehe Kernelement Instrumentenvielfalt), welche die Instrumentenvielfalt ausnutzen und Verbindlichkeiten neu verhandeln. Als Ausdruck der politischen Verbindlichkeit und des Willens, Transformationsprozesse langfristig und stetig voranzutreiben, können permanente, das heißt Legislaturperioden unabhängige Arbeitsgruppen und Gremien (wie z. B. Beiräte) eingerichtet und Ansprechpartnerinnen und -partner benannt werden, ebenso wie eine langfristig garantierte Finanzierung. Entsprechende Beiräte und Beratungsgremien existieren zum Teil bereits, doch wird bisher noch nicht ausreichend dafür gesorgt, dass Politik sich verbindlich mit den Empfehlungen auseinandersetzt.

Politische Verantwortung auf städtischer Ebene kann sich daran zeigen, ob und wie die durch aufwändige Partizipationsverfahren erarbeiteten Lösungen und Empfehlungen in kommunalpolitische Entscheidungen einfließen beziehungsweise hierbei berücksichtigt werden. Verantwortlichkeit auf städtischer Ebene wird auch daran deutlich, dass klare Prioritäten, zum Beispiel in der Stadtplanung und -entwicklung gesetzt werden, die nicht von kurzfristigen, ökonomischen Entscheidungen unterlaufen werden. Empfehlungen der Interviewpartner beziehen sich in diesem Zusammenhang vor allem darauf, Ressortegoismen zu überwinden.

## 5.5 Nutzen der Instrumentenvielfalt

Anstatt für einen Wandel von dominanten Produktions- und Konsummustern und eine Neuorientierung von Planungs- und Entscheidungsprozessen mehrheitlich auf Freiwilligkeit, Unverbindlichkeit und Wettbewerb zu setzen, empfiehlt es sich, auf die gesamte Bandbreite von Koordinationselementen zurückzugreifen. Es gilt, Kombinationen verschiedener ordnungsrechtlicher, planerischer, informativer und fiskalischer Maßnahmen und Instrumente mit unterschiedlichen Zeithorizonten auszuprobieren, die den systemischen und kulturellen Wandel fördern (WBGU 2011; WI 2010).

Vom WBGU (2011) werden in diesem Zusammenhang zwei verschiedene Strategien vorgeschlagen, die beide als notwendig für eine Transformation erachtet werden. Die eine ist eine polyzentrische Strategie, bei der es um die Bündelung von (bestehenden) Maßnahmen und deren Verstärkung durch neue Prioritätensetzungen geht, wenn zum Beispiel alle Subsysteme eines nationalen Innovationssystems auf eine Problemlösung ausgerichtet werden. Als Folge sollen viele kleine Transformationsprozesse anstelle von Großprojekten angestoßen werden (vgl. auch von Winterfeld et al. 2012). Hierbei nehmen vor allem soziale Innovationen in Form von Nischen-Innovationen einen wichtigen Stellenwert ein. Mit Projekten und Initiativen – wie zum Beispiel Urban Gardening, Transition Towns, Bioenergiegenossenschaften oder CarSharing – können in verschiedenen gesellschaftlichen Handlungsfeldern als nicht-nachhaltig bewertete Alltagsroutinen irritiert und in Richtung Nachhaltigkeit verändert werden (Rückert-John et al. 2014).

Daneben steht eine fokussierte Strategie, bei der es darum geht, sich auf wenige große Weichenstellungen zu konzentrieren, um Prozesse zu beschleunigen. Bei beiden Strategien geht es um eine sinnvolle Mischung und geschickte Kombination (WBGU 2011) verschiedener Steuerungsansätze, um (positive) Dynamiken zu erzeugen und zu nutzen. Als förderliche Bestandteile des Maßnahmenbündels werden beispielhaft aus der Gruppe der regulativen Instrumente Verordnungen genannt, die auf nationaler und EU Ebene wirken und sich auf Aspekte der Qualitätssicherung beziehen oder die Regulierung von Marktzugängen (WBGU 2011). Komplementierend hierzu bieten sich Förderprogramme an, die soziale Innovationen ergebnisoffen fördern, ebenso wie eine stärker auszubauende Transformations- und Nachhaltigkeitsforschung (z. B. BMU 2013). Wirtschaftliche und finanzielle Anreize sollten darüber hinaus umweltfreundliche und sozialgerechte Produktionsprozesse und Praktiken honorieren. Aus dem Bereich der informativen Instrumente werden (Umwelt-)Kampagnen und Verbraucherinformationen eine förderliche Wirkung zugesprochen (vgl. WI 2010), insbesondere dann, wenn sie nicht nur auf Umweltschutz oder soziale Gerechtigkeit abzielen, sondern auch sogenannte „added values“, das heißt den Mehrnutzen im Sinne monetärer oder gesundheitlicher Vorteile der Produkte und Verhaltensweisen den Verbraucherinnen und Verbrauchern nahe bringen (vgl. Hagemann et al. 2004). Allerdings ist der Erfolg solcher Kampagnen generell schwer festzustellen, auch, weil sie kaum evaluiert werden.

Es scheint auch weiterhin empfehlenswert zu sein, Maßnahmen der Selbstverpflichtung (z. B. für die Industrie) und der freiwilligen Kennzeichnung von Produkten und Praktiken einzuführen, doch sollte das Maß an Verbindlichkeit in unterschiedlichen Bereichen neu verhandelt werden, insbesondere dann, wenn Zeitdruck und Problemdimensionen zunehmen. Aufgrund ihrer unsicheren Wirkweisen und schwachen Durchsetzungskraft ist es empfehlenswert, den Einsatz informeller Instrumente mit weiteren, auch verbindlichen Maßnahmen zu kombinieren. Ähnlich argumentieren Jänicke und Jörgens (2006), dass sich durch weiche und kooperative Formen umweltpolitischer Steuerung im Ansatz Verbesserungen bei der Lösung persistenter Umweltprobleme ergeben können, sie zugleich aber so voraussetzungsvoll sind, dass zusätzli-

che Vorkehrungen wie insbesondere die Absicherung und Flankierung durch traditionelle hierarchische Regelsteuerung erforderlich sind.

Als alternative Koordinationsmodelle werden die Ideen von „Commons“ (von Winterfeld et al. 2012) und Wohlfahrt sowie des politischen Gemeinwesens (BMU 2013) als hoffnungsvolle, neue Mechanismen der Transformation in einigen Studien hervorgehoben. Aus Governance-Sicht beinhaltet dieses Modell Kooperationen und Verhandlungsprozesse als wesentliche Mechanismen der gesellschaftlichen Gestaltung. Neu ist auch die Forderung, fach- und sektorübergreifende Kooperationen über den kommunalen und regionalen Raum auszuweiten, insbesondere dort, wo nationalen, internationalen und globalen (Umwelt-)Problemen begegnet werden muss (Miegel et al. 2012; WI 2010). So sollen nationale und internationale Kooperationen initiiert, entwickelt und gestärkt werden, beispielsweise durch die Einrichtung öffentlicher Koordinationsstellen.

Auch aus innovationstheoretischer Perspektive ist es ratsam, die gesamte Bandbreite von Instrumenten auszuschöpfen, die die gesellschaftliche Umgestaltung befördern können und Instabilitäten auf Regimeebene verursachen. Neben bisherigen technologischen und politischen Schwerpunktsetzungen sollten soziale Innovationen gleichrangig gefördert werden, insbesondere dann, wenn es darum geht, Alltagspraktiken und normative Orientierungen zu irritieren, mit der Absicht, sie zu ändern. So vielfältig wie die Herausforderungen des Transformationsprozesses zu erwarten sind, sollte auch die Bandbreite an möglichen Koordinations- und Innovationsmechanismen genutzt werden.

Die Umweltpolitik verfügt generell über ein breites Bündel von Instrumenten, Maßnahmen und Konzepten, die für die Beförderung von nachhaltiger Gesellschaftstransformation nutzbar erscheinen. Dabei sollte die Umweltpolitik – wie die anderen Fachpolitiken auch – auf die gesamte Bandbreite ordnungsrechtlicher, planerischer, fiskalischer und informeller Maßnahmen und Instrumente mit unterschiedlichen Zeithorizonten zurückgreifen, um Transformationsziele wirksam und zeitnah umzusetzen. Dies umfasst den Einsatz von ordnungsrechtlichen Instrumenten wie beispielsweise verbindlichen Planungs-, Zulassungs- oder Anmeldeverfahren und Richtlinien, von ökonomischen Instrumenten wie Anreizsystemen, handelbaren Zertifikate, Abgaben, Steuern und öffentlichem Beschaffungswesen, verbindliche und freiwillige Produktkennzeichnungen, die Einführung sozialer und ökologischer (Mindest-)Standards sowie unterschiedliche Informations- und Kommunikationskampagnen, Bildungs- und Beratungsangebote für die Verbraucherkommunikation. Wie in der Governance-Analyse gezeigt wurde, werden in der transformationsbezogenen Politik bisher überwiegend Instrumente aus dem Bereich der Verbraucherberatung und -information, bewussteinbildende Maßnahmen sowie freiwillige Ansätze der Produktkennzeichnung und -information eingesetzt. Doch die Nutzung eines breiten Instrumenten-Mix sowie seine verstärkte Abstimmung und (Mehrebenen-)Koordination scheint notwendig, da diese Maßnahmen sowie Instrumente kooperativer Governance (z. B. Selbstverpflichtungen, siehe Jänicke/Jörgens 2006) im Umweltbereich in den letzten Jahren nur begrenzte Wirkungen entfaltet haben.

## **5.6 Raum und Ressourcen für Nischen und Orte der Integration schaffen**

Gesellschaftstransformation, Wertewandel, Öffnung für Aushandlungen, Übernahme von Verantwortung, Wille zu Kooperation und Koordination müssen ausprobiert werden, um aus Erfahrungen zu lernen und Prozesse zu optimieren. Daher müssen Nischen für neue Ansätze und Experimente geschaffen werden, sogenannte Transition Arenas. Nischeninnovationen und Experimente sind eine zentrale Grundvoraussetzung, um Transformation zu testen und auszuprobieren. Somit besteht die Forderung nach lebhaften „Experimentierorten der modernen Gesell-

schaft“ (vgl. Hagemann et al. 2004: 34 f.; Rückert-John et al. 2014). Schon jetzt finden sich im städtischen Kontext zahlreiche solcher Freiräume und Orte zum Erproben alternativer Alltagspraktiken, sozialer Innovationen wie zum Beispiel Projekten des Urban Gardenings oder Zwischen- beziehungsweise Freiraumnutzungen. Die empirischen Befunde der Experteninterviews zeigen aber auch, dass Politik und Verwaltung die Erprobung neuer Wirtschafts- und Lebensformen – und damit die Gewährung solcher Freiräume - häufig noch behindern oder zu wenig unterstützen (siehe Kapitel 3).

Die hierfür erforderlichen Voraussetzungen sind anspruchsvoll und wohl nur bereichs- und ebenenspezifisch zu ermöglichen. Vielfältige Bedingungen für derartige Experimentierräume sind hierbei vorzusehen. Forderungen der Expertinnen und Experten aus dem städtischen Kontext umfassen beispielsweise Ehrenamts-Urlaub, Anreize durch Anerkennung sowie unbürokratische Kleinstförderung. Entscheidend hierfür ist eine kooperative Grundausrichtung politischer und gesellschaftlicher Verhandlungs-, Aushandlungs- und Entscheidungsprozesse, wobei hierbei vor allem staatliche Akteure und Institutionen in besonderer Weise gefordert sind, für ein entsprechendes kooperatives Klima Sorge zu tragen. Ebenso bedarf es einer starken demokratischen Öffentlichkeit. Im Einzelnen ist zu klären, wie derartige Handlungsweisen, Rahmenbedingungen und kulturelle Praxen ermöglicht und auf Dauer stabilisiert werden können. Zudem können bereits bestehende Strukturen und Freiräume besser durch öffentliche Akteure genutzt werden, etwa durch Experimentierklauseln, Ausnahmetatbestände oder Sondergenehmigungen.

Experimente sind sinnvoll, wenn sie dazu dienen, zu reflektieren, zu lernen und so stetig die Wissensgrundlage zu erweitern. Viele Informationen werden gesammelt, doch scheint es schwierig zu sein, diese aufzufinden und abzurufen, da sie zumeist dezentral vorliegen. Eine wichtige Aufgabe für die staatliche Forschungsförderung kann dabei sein, die Sammlung, Pflege und das Angebot von Informationen zu übernehmen. Nur so kann eine lernende und sich stetig erweiternde Wissensgrundlage geschaffen werden, die der Transformation und der notwendigen Diffusion von Innovationen dient und den gesellschaftlichen, ökologischen und ökonomischen Dynamiken gerecht wird.

Die Umweltpolitik kann bei diesem Kernelement eine zentrale Rolle spielen, indem sie entsprechende Nischen-Innovationen (wie Ökodörfer) und Vernetzung der Change Agents fördert sowie Wissenstransferstellen sozialer Innovationen einrichtet und finanziert (Rückert-John et al. 2014).

## **5.7 Destabilisierung von nicht-nachhaltigen Entwicklungspfaden**

Ein zentrales Hemmnis sowohl für die Förderung sozialer Innovationen als auch für eine erfolgreiche, umfassende Koordination von Transformationsprozessen ist das Beharrungsvermögen öffentlicher wie privater Akteurspositionen. Nicht nur Ressortdenken, auch konfliktäre Interessen gesellschaftlicher Akteure bilden vielfach schwer überwindbare Blockaden bei der Gesellschaftstransformation. Ziel dieses Kernelementes ist es daher, existierende Pfadabhängigkeiten, ihre Logik und Sinnhaftigkeit zu verstehen und als solche zu akzeptieren. Es gilt den Blick dahingehend zu öffnen, dass auch Beständigkeit eine gesellschaftliche Funktion besitzt und es nicht automatisch gilt, im Transformationsprozess Altes durch Neues zu ersetzen. Ein solches Verständnis kann nur durch eine retrospektive, historische Betrachtung von Entwicklungsdynamiken erfolgen, die erklären, warum sich heutige Akteurspositionen, Interessen, Machtstrukturen und Konfliktlinien derart darstellen. Für eine solche historische Betrachtungsweise und Analyse kann Wissenschaft eine zentrale Rolle einnehmen. Mit einem solchen Verständnis

können ganz gezielt Transformationsbedarfe aufgezeigt und konfliktäre Akteursgruppen in Gestaltungsprozesse eingebunden werden, um Lösungspotenziale und -wege zu eruieren.

Die Überwindung von Blockaden im Transformationsprozess kann nur durch Kooperationsmodelle erfolgen. Dies erfordert die Offenlegung und Reflektion der verschiedenen Positionen und Interessen und einen bewussten Umgang mit ihnen. Wenn es darüber hinaus gelingt, auch mithilfe sozialer Innovationen, neue Allianzen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung zu fördern, können solche Aushandlungsprozesse zielgerichtet und sukzessive vorangetrieben werden. Dies geschieht nicht von heute auf morgen, sondern es verlangt Zeit, gegenseitiges Vertrauen aufzubauen. Eine wichtige Voraussetzung hierfür ist es, die Interessen der beteiligten Akteursgruppen und ihre Handlungslogiken zu kennen, anzuerkennen und bewusst damit umzugehen. Hier kommt besonders den Sozialwissenschaften eine wichtige Funktion zu.

Die Rolle von Umweltpolitik kann in diesem Zusammenhang darin bestehen, den ökologischen beziehungsweise auch gesellschaftlichen Mehrwert neuer Entwicklungspfade aufzuzeigen, wie es am Beispiel erneuerbare Energien als Wirtschaftsfaktor bereits geschehen ist.

## **5.8 Förderung der Nachhaltigkeits- und Transformationsforschung**

Aufgabe der Nachhaltigkeits- und Transformationsforschung ist es, eine inter- und transdisziplinär generierte Wissensgrundlage für die große Transformation bereitzustellen. Dies umfasst neben dem Transformationswissen auch System- und Orientierungswissen. Erkenntnisse sollen nicht nur eine Bewertungsgrundlage darstellen, sondern den gesamten Transformationsprozess unterstützen und den Übergang zu einer nachhaltigen Entwicklung einleiten und reflektierend begleiten (WBGU 2011: 200). Dies schließt die Entwicklung von Methoden ein, wie solche gesellschaftspolitischen Aushandlungsprozesse initiiert und reflexiv begleitet werden können. Wissenschaft kommt hier eine gestalterische Schlüsselrolle zu, um Transparenz zu schaffen und die Aushandlung von Transformationszielen und -strategien zu unterstützen. Nach Voß (2013) ist es nicht Ziel von Transformationswissenschaft, (expertenbasiert) Probleme zu formulieren sowie Gesellschaftsformen und Lösungsvorschläge hegemonial auszuwählen, sondern, wie staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure, Teil des Aushandlungsprozesses zu werden und die Vielfalt perspektivischer Wahrheiten für einen kollektiven, demokratischen Umgang mit Transformation nutzbar zu machen.

Diese neuen Herausforderungen für die Wissenschaft im Transformationsprozess bedingen Lernprozesse in den Wissenschaften selber, für die ebenfalls Räume und Möglichkeiten zu schaffen sind, damit das komplexe Verhältnis von Transformationsforschung und transformativer Forschung sich entwickeln kann – nicht zuletzt in den Sozialwissenschaften.

Bei diesem Kernelement geht es vor allem um eine breite, vielfältige Entwicklung von gestaltungsorientierten und reflexiven Fähigkeiten unterschiedlicher Akteure für den Transformationsprozess (vgl. Schneidewind 2013: 82). Transformationsprozesse sollen in ihrer Vieldimensionalität verstanden und reflektiert und das Potenzial unterschiedlicher Akteure in Transformationsprozesse eingebracht und nutzbar gemacht werden. Da insbesondere die Änderung informeller Regelwerke mithilfe von Informations-, Aufklärungs- und Bildungsangeboten mit viel Unsicherheit behaftet ist, können soziale Innovationen als alternative Koordinationsmechanismen verstärkt gefördert und untersucht werden, um deren Potenziale systematisch einzuschätzen.

Gerade auf städtischer Ebene kann der Forschungstyp der Begleit-, Aktions- und transdisziplinären Forschung eine sehr wichtige Rolle spielen, um innovative Kommunen zu unterstützen. Zudem kann diese Art der Forschung dabei helfen, Lernergebnisse für andere Kommunen zu

sichern und entsprechend für den Transfer aufzubereiten. Die transformative Forschung kann hierbei vor dem Hintergrund regionaler und kommunaler Besonderheiten ausgerichtet werden, um den spezifischen Bedarfen gerecht zu werden.

Die Umweltpolitik kann in diesem Zusammenhang vermehrt inter- und transdisziplinäre Forschungsvorhaben fördern und unterstützen, wie das bereits gegenwärtig der Fall ist. Zukünftig kann diese Art der Forschung jedoch noch weiter an Bedeutung gewinnen.

## 6 Diskussion der Ergebnisse im Rahmen einer interdisziplinären Tagung

Der Projektteil zu Governance-Formen für eine nachhaltige Gesellschaftstransformation wurde mit einer interdisziplinären Tagung mit dem Titel „Neue Governance-Formen für eine nachhaltige Gesellschaftstransformation. Konzepte des Wandels, kooperative Politikmodelle und Netzwerke zur Förderung und Etablierung sozialer Innovationen“ abgeschlossen. Die Tagung fand am 14. und 15. Oktober 2013 im ZTG der TU Berlin statt. Im Vorfeld der Tagung wurden hierzu mit einem Call for Papers Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler eingeladen, die Veranstaltung mitzugestalten (siehe hierzu Kapitel 8.3).

Die Tagung ging von der Erkenntnis aus, dass der Transformationsprozess in Richtung nachhaltige Entwicklung neue Governance-Formen erfordere. Denn obwohl die Notwendigkeit entsprechender gesellschaftlicher Transformationsprozesse bereits weitgehend erkannt wurde, stehen Fragen ihrer inhaltlichen Ausrichtung und gesellschaftspolitischen Gestaltung noch relativ am Anfang. Intensiv diskutiert wird, wie die Umgestaltung der Gesellschaft in Richtung nachhaltiger Entwicklung konzeptionell gefasst, ausgestaltet und bewerkstelligt werden kann. Unklar ist dabei, welche institutionellen und strukturellen Veränderungen sowie politischen Rahmungen hierzu erforderlich sind. Reicht das bestehende Instrumentarium der gesellschaftlichen Steuerung aus oder müssen neue Governance-Formen geschaffen werden? Ausgehend von dieser Frage, widmete sich die Tagung der Analyse politischer und institutioneller Gestaltungsmöglichkeiten sowie förderlicher Bedingungen und bestehender Barrieren für neue Governance-Formen. Daraufhin wurden konkrete Erfordernisse nachhaltiger Entwicklung mit bestehenden Problemlösekapazitäten abgeglichen und neue Gestaltungsoptionen ausgelotet.

Auf der Grundlage der eingegangenen Abstracts wurden elf Beiträge ausgewählt und zu folgenden Sessions zusammengestellt: Einführung/Setting the Stage (1), Kooperative Politikformen (2), Netzwerke und dynamische Governance-Arrangements (3), Genossenschaften I (4), Governance-Strategien (5). Des Weiteren wurden neben einem eigenen Beitrag des Projektteams drei Keynote-Speaker eingeladen: Prof. Dr. Cordula Kropp (Hochschule München), Prof. Dr. Jens Newig (Leuphana Universität Lüneburg) und Prof. Dr. Markus Hanisch (Humboldt Universität Berlin).

Im Folgenden soll nicht die Diskussion wiedergegeben werden. Hierzu sei auf die geplante Buchveröffentlichung, die im Herbst 2014 im VS Verlag erscheint, verwiesen. An dieser Stelle sollen vielmehr einige Reflexionspunkte der Tagung und die sich hieraus ergebenden Fragen zusammengefasst werden. Die Beiträge und die Diskussionen machten folgende Bedarfe für weitere Forschung deutlich:

Weitergehende Klärung des Transformationsbegriffs: Es ist eine vielfältige Nutzung des Transformationsbegriffs festzustellen, die zu einer konzeptionellen Unsicherheit führt und weiterführende Fragen aufwirft: Ist Transformation mit nachhaltiger Entwicklung gleichzusetzen beziehungsweise, wie ist das Verhältnis beider Begriffe zueinander? Hiermit verbunden ist auch eine fehlende Abgrenzung von Transformations- zu Umwelt- und Nachhaltigkeitsforschung sowie -politik.

Weiterentwicklung des Transitionmodells (MLP - Multi-Level Perspektive): Die Beiträge machten deutlich, dass für die Transformationsforschung eine weitergehende Konzipierung und Konkretisierung des MLP-Modells notwendig scheint. Fast alle Transformationsforscherinnen und -forscher der Tagung beziehen sich auf das MLP-Modell von Geels (2002). Sie kritisieren dabei die unklare Definition und Abgrenzung, vor allem zwischen „Nische“ und „Regime“. Unklar bleibt für viele auch, durch was sich eine Transition Arena auszeichnet. Problematisiert wird

zudem die begrenzte analytische Durchdringung. Hiermit ist auch die Frage verbunden, ob sich das MLP-Modell eher für deskriptive Beschreibungen als für Modellierungen eignet.

Erweiterung des Forschungsgegenstands: Die Beiträge der Tagung beschreiben überwiegend Erfolgsmodelle der Transformation anhand von Fallbeispielen. Selten werden gescheiterte Versuche diskutiert. Die erfolgreichen Fallbeispiele sind dabei mehrheitlich auf lokaler, in Ausnahmen auch auf regionaler Ebene angesiedelt. Bis auf die Energieforschung ist eine Leerstelle in der bisherigen Forschung zu Transformationsprozessen auf höheren Ebenen, zum Beispiel auf nationaler Ebene, festzustellen.

Konkretisierung von Erfolgsfaktoren: Die Stabilisierung von veränderten Strukturen wird als notwendiger Erfolgsfaktor des Transformationsprozesses angesehen. In der Diskussion wurden aber nur wenige Beispiele erfolgreicher, stabilisierter Strukturen vorgestellt, die den Erfordernissen der Transformation gerecht werden. Beispiele hierzu waren: Koordinationsbüros und Vernetzungsstellen bürgerschaftlichen Engagements auf regionaler Ebene. Häufig wurde angemerkt, dass aber auf der kommunalen Ebene entsprechende Strukturen fehlen.

Grundlegende Konzeptionierung von Governance: Das Thema Steuerung und Governance wurde in den Beiträgen kaum oder nur in Ansätzen konzeptionell behandelt. Überwiegend konzentrierten sich die Beiträge und die Diskussion auf Kooperationen und Netzwerkiniciativen, sowie auf Genossenschaften – Themen und Fragestellungen, die auch durch den Call for Papers vorgegeben waren. Hierarchische Steuerungsmodelle wurden kaum behandelt und Marktmechanismen nur am Rande. Dabei liegt gerade in der Schaffung von klaren politischen Rahmenbedingungen ein großes Transformationspotenzial, wie das Beispiel des Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) zeigt. Fragen, ob das bestehende Instrumentarium ausreichend ist oder die Entwicklung von neuen Steuerungsformen notwendig ist (wie immer die auch aussehen mögen), wurden kaum behandelt.

Stärkere Reflektion von Up-Scaling-Prozessen: Zwar wurden zahlreiche Best-Practice-Beispiele lokaler Initiativen beschrieben und Möglichkeiten Ihrer Institutionalisierung erkannt, jedoch blieben konkrete Prozesse des Up-Scalings zumeist unreflektiert. Verbunden hiermit wäre auch die Frage nach Risiken und Eigendynamiken der Prozesse.

Erweiterung des Blicks auf andere Transformationsfelder: Schaut man sich die eingereichten und ausgewählten Beiträge der Tagung mit Blick auf Transformationsfelder an, so fällt eine Konzentration auf den Bereich Energie auf, die sich vor allem durch das verstärkte politische Interesse erklären lässt. Andere Transformationsfelder wie Wohnen, Wasser- und Landmanagement waren im Rahmen der Tagung von nachgeordneter Relevanz.

Schaffung einer Informationsbasis: In der Diskussion wurde die Erarbeitung einer umfangreichen, integrierten Informationsbasis hervorgehoben, wo inter- und transdisziplinäres Wissen zu Transformationsprojekten systematisch aufgearbeitet und bereitgestellt wird. Eine solche Informationsbasis, die auch Fallvergleiche erlaubt, gibt es bislang nicht. Wissen liegt überwiegend unsystematisch und geographisch verstreut vor. Ein Lernen, wie Transformationsprozesse erfolgreich gestaltet werden können, wird hierdurch erschwert.

Reflektion der Rolle von Wissenschaft: In den Beiträgen wurde überwiegend deutlich, dass das eigene Rollenverständnis der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler kaum reflektiert wird. Hierbei kann die Unterscheidung des WBGU (2011) zwischen Transformationsforschung und transformativer Forschung beziehungsweise Wissenschaft hilfreich sein.

Reflektion zum Rollenverständnis der Steuerungsakteure: Bei den Beiträgen und in der Diskussion fiel auch auf, dass die Fragen, wer sind die jeweiligen Steuerungsakteure und was ist deren

Rollenverständnis, nur ansatzweise diskutiert wurden (zum Beispiel Rolle der Zivilgesellschaft, Rolle des Staates).

## 7 Empfehlungen für Umweltpolitik und Umweltkommunikation

In den Kapiteln 5.1 bis 5.8 haben wir Kernelemente einer Governance-Strategie vorgestellt, die eine „Große Transformation“ in Richtung nachhaltiger Entwicklung befördern können. Hierbei wurden die Interventionsmöglichkeiten der Umweltpolitik bereits mit angedacht. Im Folgenden geht es darum, die Rolle der Umweltpolitik explizit im Prozess des Designs und der Erprobung innovativer Steuerungs- und Koordinationsinstrumente für Gesellschaftstransformation sowie die Neujustierung von Umweltkommunikation zu bestimmen. Für die Reflektion der Rolle der Umweltpolitik muss bedacht werden, dass mit den weitreichenden Zielsetzungen von Gesellschaftstransformation neue Ansprüche und Notwendigkeiten für den Umsetzungs- und Gestaltungsprozess verbunden sind. Die Herausforderungen begründen sich vor allem durch

- den stärkeren Einbezug gesellschaftlicher Anspruchsgruppen (Unternehmen, Zivilgesellschaft, Konsumentinnen und Konsumenten) bei der Formulierung und Umsetzung von Maßnahmen nachhaltiger Entwicklung,
- die Notwendigkeit, stärker Maßnahmen auf verschiedenen Ebenen (lokal, regional, national, international) im Sinne einer Multi-Level-Governance aufeinander abzustimmen, um die internationalen Zielstellungen zu koordinieren,
- die Notwendigkeit der Entwicklung systemischer Lösungen, die die Grenzen der Nutzung natürlicher Ressourcen ebenso im Blick behalten wie die weltweite Gewährleistung von Grundbedürfnissen und menschlichen Gestaltungsmöglichkeiten,
- die Erweiterung der als notwendig angesehenen Innovationsstrategien von der bisher vorrangig verfolgten Effizienzstrategie um Konsistenz- und Suffizienzstrategien, was mit einer Aufwertung sozialer Innovationen einhergeht.

Die Anforderungen machen deutlich, dass der gesellschaftliche Wandel hin zu einer nachhaltigen Gesellschaft nicht durch sektorale Maßnahmen in einzelnen Politikfeldern zu leisten ist. Umweltpolitik, so wie sie derzeit organisiert ist und wie die Zuständigkeiten geregelt sind, stellt nur einen Politikbereich einer umfassenden – alle Politikfelder umfassenden – Transformations- oder Nachhaltigkeitspolitik dar. Vor diesem Hintergrund ergeben sich für die Umweltpolitik zwei notwendige, auf einander bezugnehmende Strategien:

- Die Erweiterung der Umweltpolitik um gesellschaftspolitische Perspektiven.
- Die Integration von umweltpolitischen Fragestellungen in andere Sektorpolitiken.

### 7.1 Erweiterung der Perspektiven von Umweltpolitik

Umweltprobleme wie umweltpolitische Maßnahmen sind mit umfassenden gesellschaftlichen Auswirkungen verbunden, wie beispielsweise der ungleichen Verteilung des Nutzens und der Belastung für verschiedene Akteurs- und Bevölkerungsgruppen. Aktuell steht die Energiewende und den damit verbundenen Maßnahmen (beispielsweise bei der Ausgestaltung des Erneuerbare-Energien-Gesetz) in der öffentlichen Aufmerksamkeit. Aber auch unterlassener Umweltschutz, für den sich unter anderem im Bereich der Feinstaubbelastung Beispiele finden lassen, hat gesellschaftliche Ursachen, zum Beispiel in etablierten Mobilitätskulturen sowie sozial ungleich verteilte Lasten. Im Zuge der Neujustierung der Rolle von Umweltpolitik im Rahmen der „Großen Transformation“ wird daher thematisiert, Umweltpolitik in Zukunft stärker als nachhaltige ‚Gesellschaftspolitik‘ zu verstehen beziehungsweise ihre sozialen und gesamtgesellschaftlichen Wirkungen im Sinne vollzogener sowohl wie unterlassener Umweltmaßnahmen, stärker zu berücksichtigen und in das politische Handeln einzubeziehen (Wehrspaun/Schack 2013). Ein erweitertes Verständnis von Umweltpolitik entspricht dem systemischen Verständnis

für nachhaltige Entwicklung. Es gilt die verschiedenen Systemdimensionen, Ökologie/Umwelt, Ökonomie und Soziales und ihre Wechselwirkungen in umweltpolitischen Entscheidungsprozessen zu berücksichtigen.

Hierbei geht es darum, gesellschaftspolitische Fragestellungen mit Blick auf die Beteiligung verschiedener Bevölkerungsgruppen, vorliegende Interessenskoalitionen und Akteurskonstellationen sowie förderliche und hemmende Faktoren für umwelt- und naturverträgliches Verhalten sowie hinsichtlich einer sozial ausgewogenen Gestaltung umweltpolitischer Maßnahmen stärker einzubeziehen. Weiterhin gilt es, den (vollzogenen oder unterlassenen) Beitrag der Umweltpolitik zur Gestaltung anderer gesellschaftlicher Herausforderungen (z. B. Sozialpolitik, Demografie, Stadtentwicklung) stärker wahrzunehmen und im politischen Handeln zu berücksichtigen. Damit kann es gelingen, die Akzeptanz umweltpolitischer Maßnahmen in breiteren Akteurs- und Bevölkerungskreisen zu erhöhen und Anschlussstellen für andere Politikressorts herzustellen. Eine wichtige Aufgabe ist es dabei, für eine ausgewogene und gleichberechtigte Beteiligung der zivilgesellschaftlicher Akteure (Umwelt- Sozial und Verbraucherschutzverbände, Träger sozialer Innovationen) zu sorgen. Dies kann unter anderem heißen, diese mit entsprechenden Ressourcen (Aufwandsentschädigung, Kompetenzen) auszustatten, damit eine gleichberechtigte Teilnahme gegenüber besser ausgestatteten und organisierten Interessensgruppen beispielsweise aus der Wirtschaft gewährleistet ist.

Zum anderen ergibt sich aus der Erkenntnis, dass für eine gesellschaftliche Transformation in Richtung Nachhaltigkeit neben der Entwicklung und Beförderung von Effizienz- und Konsistenzstrategien ebenso Suffizienzstrategien an Bedeutung gewinnen, eine verstärkte Notwendigkeit, die Potentiale sozialer Innovationen für nachhaltige Produktions- und Konsumstile auszuschöpfen. Soziale Innovationen bieten Potenziale neue Entwicklungsperspektiven aufzuzeigen und Entwicklungsimpulse zu setzen. Der Umweltpolitik kommt hier – gemeinsam mit anderen Fachpolitiken – die Aufgabe zu, die experimentelle Erprobung neuer Wirtschafts- und Lebensstile in gesellschaftlichen Nischen zu ermöglichen und damit verbundene gesellschaftliche Lernprozesse zu unterstützen. Sie kann dabei eine Rolle als steuernder, ermöglichender oder moderierender Akteur einnehmen, wie im Folgenden kurz skizziert wird (siehe hierzu Rückert-John et al. 2014).

Als **steuernder Akteur** kann die Umweltpolitik Marktstrukturen für soziale Innovationen schaffen und stabilisieren, die Integration bestimmter Angebote in den Markt befördern sowie die Nachfrage nach ihnen stimulieren. So kann Umweltpolitik beispielsweise über Vorgaben zur öffentlichen Beschaffung dafür sorgen, dass Innovationen wie Car Sharing, Leasing-Angebote für Bürotechnik oder wiederaufbereitete Computer größere Verbreitung finden. Über die Einführung von Labels oder die Formulierung von Standards kann sie außerdem die Nachfrage nach Innovationen, wie wiederverwendeten Produkten oder die stärkere Nutzerintegration in das Design von Produkten und Dienstleistungen, befördern.

Als **ermöglichender Akteur** kann die Umweltpolitik verstärkt Ressourcen zur Initiierung und Stabilisierung von sozialen Innovationen zur Verfügung stellen. Wie in Kapitel 4 und 5 dargestellt, haben gesellschaftliche Experimente, die sich zunächst in Nischen vollziehen, einen hohen Stellenwert im Transformationsprozess in Richtung nachhaltiger Entwicklung. Die Entwicklung von sozialen Innovationen wie zum Beispiel Energiegenossenschaften, Mehrgenerationenhäusern, Ökodörfern oder Transition Town Initiativen sind Beispiele hierfür. Um ihre Funktion als Experimentier- und Lernorte erfüllen zu können, ist die Bereitstellung von Ressourcen hilfreich. Dies können Räume, Flächen oder Unterstützung mit Startkapital sein. Ermöglichung kann sich aber auch in einer offenen Haltung der Verwaltung äußern, die versucht, die vorhandenen gesetzlichen Spielräume für gesellschaftliche Experimente auszunutzen. Hilfreich kann ebenso die Vermittlung von Beratungsleistungen oder allgemeiner die Förderung des

Kompetenzerwerbs für die oftmals komplexen Fragen institutioneller Etablierung sozialer Innovationen sein (z. B. Fragen zum Genossenschafts- und Haftungsrecht). Mittels Wettbewerben und Kampagnen kann Umweltpolitik außerdem den Transfer und die Anerkennung von sozialen Innovationen in der Öffentlichkeit unterstützen.

Schließlich kann Umweltpolitik in einer *moderierenden Rolle* übergreifende Verständigungs- und Vernetzungsprozesse initiieren. Da soziale Innovationen häufig dezentral entstehen und daher oft mit ähnlichen Herausforderungen konfrontiert sind, können Vernetzungsprozesse zu einer raschen Weitergabe gewonnener Erfahrungen und damit zu einer schnelleren Verbreitung sozialer Innovationen beitragen.

## 7.2 Integration umweltpolitischer Fragestellungen in andere Sektorpolitiken

Weitgehende Transformationserfordernisse betreffen alle Sektoren und Fachpolitiken – sie umfassen sowohl eine Neujustierung der Finanz- und Wirtschaftspolitik, der Wissenschafts- und Bildungspolitik sowie der Gestaltung zentraler Infrastruktur- und Versorgungssysteme (Energie, Mobilität, Bau- und Landwirtschaft). Für den Einbezug von Nachhaltigkeitsprinzipien in alle Politikressorts sind integrative Strategien und Institutionen notwendig, wie sie beispielsweise in Form der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie und der Nachhaltigkeitsstrategien der Bundesländer, ressortübergreifenden Abstimmungsorganen wie interministeriellen Arbeitsgruppen und Staatssekretärsausschüssen und langfristig tätigen Nachhaltigkeitsbeiräten auf Bundes- und Länderebene (parlamentarische Beiräte oder Beiräte mit Vertretern aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft) existieren. Doch erscheint es essentiell, dass die vorhandenen Strategien und mit Indikatoren unterlegten Zielstellungen größere Verbindlichkeit entfalten und das Monitoring zu periodischen Nachjustierungen der entsprechenden Fachpolitiken führt. Hierzu kann die konsequente Einführung und Umsetzung weiterer Instrumente wie eine Nachhaltigkeitsprüfung für Gesetzesvorhaben, die Haushaltsplanung und die Gestaltung politischer Programme einen wichtigen Beitrag leisten.

Der Umweltpolitik kommt in der Gestaltung und Umsetzung solcher integrativen Strategien und Instrumente von Nachhaltigkeitspolitik eine wichtige Rolle zu. Sie kann anbieten, ihre jeweilige fachliche Expertise auch in anderen Politiksektoren einzubringen und auf die Berücksichtigung langfristiger ökologischer Zielsetzungen zu drängen. Hierbei kann es bei manchen Themenfeldern sinnvoll sein, die Unterstützung weiterer gesellschaftlicher Bündnispartner zu suchen. Strategisch gilt es, Schnittstellen zu anderen Politikbereichen und Ressorts aufzuzeigen und Synergien hervorzuheben. Umweltpolitik kann hier ihre Kooperationsfähigkeit bei Umweltproblematiken aufzeigen und ihre Allianzfähigkeit herausstellen. Synergien mit anderen Fachpolitiken können aber auch dadurch expliziter gesucht werden, indem Bezüge zu laufenden Debatten und Strategieentwicklungen in anderen Politikressorts, wie zum Beispiel dem Umgang mit dem demographischen Wandel oder der Aufrechterhaltung von Lebensqualität ohne wirtschaftlichem Wachstum, hergestellt und die gesellschaftlichen Potentiale für und von Umweltpolitik stärker ausgelotet werden (Abstimmung zu laufenden Förder- und Forschungsbedarfen oder bei Strategien, wie zum Thema Bioökonomie).

Die Vorteile neuer Kooperationen und Allianzen mit anderen Fachressorts liegen aus Governance-Sicht erstens in einer größeren Auswahl und mehr Kombinationsmöglichkeiten von Innovations- und Koordinationsmechanismen, die zu neuen (klugen) Kombinationen zusammengestellt werden könnten. Wie die Governance-Analyse zeigte, werden in der transformationsbezogenen Politik vielfach Instrumente aus dem Bereich der Verbraucherberatung und -information, bewusstseinsbildende Maßnahmen sowie freiwillige Ansätze der Produktkennzeichnung und -information eingesetzt. Doch ist die Nutzung eines breiten, intersektoralen

Instrumenten-Mix sowie seine verstärkte Abstimmung und (Mehrebenen-) Koordination notwendig, da diese Maßnahmen und Instrumente kooperativer Governance (z. B. Selbstverpflichtungen, siehe Jänicke/Jörgens 2006) allein auf den Umweltbereich angewandt in den letzten Jahren nur begrenzte Wirkungen entfaltet haben.

Zweitens kann sich durch eine engere Verzahnung von Fachressorts die Entscheidungsgrundlage verbessern, indem der Austausch und der Nutzung von Daten zwischen Fachbehörden erleichtert wird. Eine solche Datenzusammenführung, -verwaltung und -auswertung könnte Aufgabe des Umweltressorts sein, sofern adäquate technische, organisatorische und operative Organisationsformen geschaffen werden. Die übergeordnete Zusammenführung und Auswertung der Daten kann aber auch als Querschnittsaufgabe von einer ressortübergreifenden Einrichtung übernommen werden.

Drittens können Kooperationen und Allianzen die Akzeptanz von Umsetzungsmaßnahmen seitens der beteiligten öffentlichen Akteure erhöhen. Die Durchsetzungsmacht kann sich hier verschieben, was es im Einzelfall genau zu prüfen und abzuwägen gilt. Die Aufgabe der Moderation des Prozesses und der Abwägung und Integration der verschiedenen Perspektiven sollte daher von übergeordneter, ressortunabhängiger Stelle (wie dem Kanzleramt auf nationaler Ebene und den Staatskanzleien auf Länderebene) übernommen werden.

### **7.3 Empfehlungen für die Umweltkommunikation**

Auch mit Blick auf Empfehlungen für Kommunikationsstrategien lassen sich zwei Verständnisse unterscheiden: im weiteren Sinne für eine Kommunikation der „Großen Transformation“ und im engeren Sinne für die Umweltkommunikation. Als Schwerpunkte einer auf Transformation ausgerichteten Kommunikation lassen sich die Folgenden benennen:

Die historische Situation, dass eine internationale Staatengemeinschaft sich – bei allen Widersprüchlichkeiten und Konflikten – sich der Herausforderung stellt, auf die drängenden gesellschaftlichen Probleme heutiger und künftiger Generationen mit einem Prozess des Umsteuerns in Richtung nachhaltige Entwicklung zu reagieren, sollte auch in der Kommunikation hervorgehoben werden. Neben den zu erwartenden Schwierigkeiten sollten dabei insbesondere auch die Potentiale eines intentional in die Wege geleiteten Prozesses thematisiert werden als Alternative zu einer unvorhersehbaren Konfrontation mit den Folgen nicht-nachhaltigen Lebens und Wirtschaftens, von denen unterschiedliche Bevölkerungsgruppen global ganz unterschiedlich stark betroffen wären.

Elementar erscheint es, die gemeinsame Verantwortlichkeit für den gesellschaftlichen Transformationsprozess in den Vordergrund der Kommunikation zu rücken, wobei der Staat deutlich vermitteln sollte, dass er sich in der Pflicht sieht, förderliche Rahmenbedingungen für ein Umsteuern in Richtung nachhaltige Entwicklung zu setzen, zudem aber auf die Beteiligung aller gesellschaftlicher Gruppen angewiesen ist. Dabei erscheint es sehr wichtig zu betonen, dass zwar einige wichtige Leitplanken der großen Transformation als zentrale Orientierungen gelten, dass es sich insgesamt aber um einen gesellschaftlichen Such- und Lernprozess handelt, bei dessen Gestaltung große Offenheit für iterative Schleifen und Nachjustierungen notwendig ist.

Ein ebenso wichtiges Element einer Transformationskommunikation ist die Vermittlung, dass die Suche nach dem Weg zu einer nachhaltigeren Gesellschaft mit kontinuierlichen Aushandlungsprozessen verbunden ist, bei denen es Gewinner und Verlierer geben wird. Im Kontrast zu nicht-intendierten oder ungesteuerten Prozessen des strukturellen Wandels in der Vergangenheit, besteht derzeit aber noch die Chance, die Übergänge sozial ausgewogen zu gestalten.

Insgesamt kommt der Kommunikation einer positiven Vision für einen erfolgreichen Transformationsprozess eine hohe Bedeutung zu. Sollte ein globales Umsteuern künftiger Wirtschafts- und Lebensweisen unter den Prämissen intra- und intergenerationeller Gerechtigkeit gelingen, so wäre dies eine historisch beispiellose Leistung des Zusammenwirkens der internationalen Staatengemeinschaft und der Akteursgruppen verschiedener Ebenen. Welzer (2013) spricht in diesem Zusammenhang von der Verwendung eines noch zu entwickelnden „Transformations-Narratives“, welches attraktiv genug sein muss, um Pfadabhängigkeiten heutiger Produktions- und Konsumweisen aufzubrechen. Für Deutschland gilt es hervorzuheben, dass den Industrieländern in diesem Prozess eine besonders wichtige Rolle als Vorreiter für die Verwirklichung eines neuen Wohlstandsmodells zukommt. Neben der Vision erscheint es allerdings genauso wichtig, klare Zielstellungen und entsprechende Maßnahmen, wie diese Ziele erreicht werden sollen, zu formulieren. Bei Nichterreicherung wichtiger Zielstellungen muss auch öffentlich nachvollziehbar vermittelt werden, welche zusätzlichen Maßnahmen im Sinne einer Nachjustierung ergriffen werden.

Im Zusammenhang mit den beiden vorher formulierten Strategien der Erweiterung der eigenen Perspektive und des Mitwirkens am Mainstreaming von Nachhaltigkeit könnte Umweltkommunikation im engeren Sinne sich vorrangig darum bemühen, die Anschlussstellen und Synergien von umweltpolitisch motivierten Maßnahmen mit anderen gesellschaftspolitischen Zielstellungen zu verdeutlichen. So können Maßnahmen der Ressourceneffizienz (wie die Förderung des Tauschens und Teilens) insbesondere auch für sozial benachteiligte Milieus attraktiv sein oder durch Formen des gemeinschaftlichen Wohnens den sozialen Zusammenhalt stärken.

Ein weiterer Schwerpunkt der Umweltkommunikation könnte außerdem sein, die Bedeutung und das Zusammenwirken verschiedener Innovationsformen zu kommunizieren. Im Hinblick auf soziale Innovationen sind folgende Kommunikationsstrategien denkbar (siehe Rückert-John et al. 2014):

Soziale Innovationen, wie zum Beispiel neue Beteiligungsmodelle und Formen bürgerschaftlichen Engagements, können als wichtiger Beitrag einer neuen Teilhabekultur betrachtet werden. In dieser Perspektive steht der erleichternde Zugang insbesondere für gesellschaftlich benachteiligte Gruppen im Vordergrund.

Die Möglichkeit der erweiterten Teilhabe könnte aber auch im Sinne einer neuen Verantwortungskultur thematisiert werden. Hierbei wird positiv hervorgehoben, dass durch die eigene Gestaltung von Versorgungsleistungen (z. B. Energiegenossenschaften, Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften) eine Ausweitung der Rolle als Bürgerinnen und Bürger zu Prosumentinnen und Prosumenten erfolgt und hiermit Verantwortlichkeit für die zukunftsfähige Gestaltung gesellschaftlicher Strukturen übernommen wird.

Ergänzend dazu können soziale Innovationen als Wegbereiter einer neuen Anerkennungskultur kommuniziert werden. Dabei würden eher Aspekte wie die gesellschaftliche Aufwertung bürgerschaftlichen Engagements sowie der Beitrag zum Zusammenhalt der Gesellschaft ins Zentrum der Kommunikation gerückt. Geeignete Beispiele für diese Kommunikationsstrategie wären soziale Innovationen wie Transition-Town-Initiativen, Urban Gardening oder Tauschringe.

Mit der Frage nach dem Potenzial für innovative Geschäftsmodelle wird eine gänzlich andere Perspektive auf das Thema soziale Innovationen geöffnet, die vermutlich die Anschlussfähigkeit des Themas an wirtschaftsnahe Diskurse, wie zum Beispiel der Green Economy, verbessern würde.

Eine weitere kommunikative Perspektive wird eröffnet, wenn soziale Innovationen als Experimente für den gesellschaftlichen Transformationsprozess in Richtung Nachhaltigkeit betrachtet

werden, in denen beispielsweise im überschaubaren Rahmen Aushandlungsprozesse erprobt werden, die im weiteren Verlauf auch auf gesamtgesellschaftlicher Ebene notwendig sind. Lokale Experimente oder Reallabore wie Ökodörfer oder Bioenergiedörfer könnten dafür geeignete Kommunikationsvehikel sein.

## 8 Anhänge

### 8.1 Programm des Expertenworkshops „Sozialer Wandel, gesellschaftliche Krisen und die Bedeutung sozialer Innovation – Perspektiven und Befunde“, 15.11.2012 im ZTG der TU Berlin

11.00 – 11.10 Uhr

Martina Schäfer und Jana Rückert-John (ZTG TU Berlin)

Eröffnung und Begrüßung

11.10 – 11.20 Uhr

Korinna Schack (BMU)

Begrüßung

11.20 – 11.30 Uhr

Michael Wehrspaun (UBA)

Erwartungen an das Projekt

11.30 – 11.45 Uhr

Martina Schäfer (ZTG TU Berlin)

Soziale Innovationen und förderliche Governance-Formen im gesellschaftlichen Transformationsprozess

#### **Block I                      Problem- und Krisendiagnosen gesellschaftlicher Entwicklung**

11.45 – 12.30 Uhr

Inge Paulini (WBGU)

Soziale Innovationen für die Transformation zur Nachhaltigkeit: Notwendigkeit und Ansatzpunkte

Beate Hollbach-Grömig (DIFU) und Christine Henseling (IZT)

Demographischer Wandel – Probleme, Herausforderungen und Chancen für Nachhaltigkeit

12.30 – 13.00 Uhr

Diskussion zu den Vorträgen, Moderation: Martina Schäfer

13.00 – 14.00 Uhr

Mittagessen

**Block II      Ansätze der Transformation**

14.00 – 14.20 Uhr

Jens Aderhold (ISInova e.V.)

Soziale Innovationen als Schlüsselkonzept der Transformation

14.30 – 16.00 Uhr

Weiterführende Diskussion in Arbeitsgruppen zur Rolle sozialer Innovationen im Transformationsprozess

AG 1: Impulsbeitrag: Immanuel Stieß (ISOE)

Ökologische Gerechtigkeit: Synergien im Verhältnis von Ökologie und Sozialem

AG 2: Impulsbeitrag: Hanna Scheck (Wuppertal Institut)

Die Stadt als Motor für nachhaltige Transformationsprozesse

16.10 – 16.25 Uhr

Kaffeepause

16.25 – 17.00 Uhr

Abschlussdiskussion und Ausblick, Moderation: Jana Rückert-John

## **8.2 Programm des Expertenworkshops „Rolle zivilgesellschaftlichen Engagements und Bedeutung sozialer Innovationen im sozial-ökologischen Transformationsprozess am Beispiel nachhaltiger Stadtentwicklung“, 13. Juni 2013 im ZTG der TU Berlin**

10.20 – 10.30 Uhr

Eröffnung durch die VeranstalterInnen sowie VertreterInnen des Umweltbundesamtes und des Bundesumweltministeriums

### **Wissenschaftliche Perspektiven**

10.30 – 10.45 Uhr

Jana Rückert-John (ZTG TU Berlin) & Jens Aderhold (ISInova e.V.)

Impulsvortrag: Soziale Innovationen und Krisen der Stadt

10.45 – 11.00 Uhr

Theresa Klostermeyer (DNR)

Impulsvortrag: Generationengerechtigkeit als sozial-ökologische Herausforderung – Das Zusammenspiel von Umwelt- und Sozialthemen

11.00 – 11.20 Uhr

Heike Walk (ZTG TU Berlin)

Die solidarische Stadt. Genossenschaftliches Engagement im Kontext des Klimawandels

11.20 – 11.40 Uhr

Sören Becker (IRS Erkner)

Energiepolitische Proteste und die Rolle der Zivilgesellschaft

11.40 – 13.00 Uhr

Diskussion zu den Vorträgen: Welche Rolle spielen soziale Innovationen und zivilgesellschaftliches Engagement für die aktuellen Herausforderungen in der Stadt? In welcher Beziehung stehen soziale Innovationen, zivilgesellschaftliches Engagement und Governance-Strukturen? Welche Governance-Formen und Kooperationen sind förderlich für zivilgesellschaftliches Engagement?

13.00 – 14.00 Uhr

Mittagessen

## **Politische und zivilgesellschaftliche Perspektiven**

14.00 – 14.20 Uhr

Michael Wehrspau (UBA)

Rolle und Bedeutung zivilgesellschaftlichen Engagements aus Sicht der Politik

14.20 – 14.40 Uhr

Franziska Sperfeld (UfU)

Verbände als zivilgesellschaftliche Akteure im Prozess der sozialökologischen Transformation und Perspektiven auf zivilgesellschaftliches Engagement im Zusammenhang mit sozialen Innovationen

14.40 – 15.00 Uhr

Gerd Wessling

Zivilgesellschaftliche Bewegung: Transition (Town) Initiativen

15.00 – 15.30 Uhr

Kaffeepause

15.30 – 16.30 Uhr

Diskussion zu den Vorträgen: Welche Bedeutung wird zivilgesellschaftlichem Engagement, sozialen Innovationen und neuen Governance-Formen aus politischer Sicht beigemessen? Wie sehen Verbände und Initiativen ihre Rolle im gesellschaftlichen Transformationsprozess und vor Ort im städtischen Kontext? Welche Rolle spielen hierbei soziale Innovationen?

16.30 – 17.00 Uhr

Zusammenfassung der Ergebnisse des Workshops und Ausblick

### **8.3 Tagungsprogramm „Neue Governance-Formen für eine nachhaltige Gesellschaftstransformation. Konzepte des Wandels, kooperative Politikmodelle und Netzwerke zur Förderung und Etablierung sozialer Innovationen“, 14./15.10.2013 im ZTG der TU Berlin**

**Montag, 14. Oktober 2013**

10.00 – 10.45 Uhr

Anreise/Registrierung

#### **Session 1: Setting the stage**

10.45 – 11.00 Uhr

Jana Rückert-John & Martina Schäfer (Zentrum Technik und Gesellschaft der TU Berlin)

Begrüßung und Einführung

11.00 – 11.30 Uhr

Jens Aderhold & Carsten Mann (ISInova e.V.)

Transformation zwischen Gestalten und Hoffen – förderliche und hinderliche Governance-Arrangements

11.30 – 12.00 Uhr

Jens Newig (Leuphana Universität Lüneburg)

Keynote 1: Governance und gesellschaftliche Transformation: Ein konzeptioneller Rahmen

12.00 – 12.30 Uhr

Cordula Kropp (Hochschule für Angewandte Wissenschaften München)

Keynote 2: Climate Change Governance: Möglichkeiten und Grenzen kollektiver Problemlösungsprozesse „von unten“

12.30 – 13.00 Uhr

Diskussion

13.00 – 14.00 Uhr

Mittagessen

## **Session 2: Kooperative Politikformen**

14.00 – 14.30 Uhr

Tobias Engelmann (Faktor 10) & Sabine Hafner (Universität Bayreuth)

Intentionale Regional Governance für eine nachhaltige Gesellschaftstransformation am Beispiel des Wirtschaftsraums Augsburg

14.30 – 15.00 Uhr

Steffen Wetzstein (Adam-Ries-Fachhochschule Erfurt)

Die Rolle von Wirtschaftsinteressen in post-politischer, sub-nationaler Governance in Australasien: Relevanz für Europäische Gesellschaften

15.00 – 15.30 Uhr

Kaffeepause

## **Session 3: Netzwerke und dynamische Governance-Arrangements**

15.30 – 16.00 Uhr

Järmo Stablo & Chantal Ruppert-Winkel (Zentrum für Erneuerbare Energien der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg)

Rolle und Ausgestaltung einer regionalen Vernetzungsstelle zur Stabilisierung nachhaltiger lokaler Energiewendeprozesse

16.00 – 16.30 Uhr

Carolin Baedeker & Christa Liedtke (Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH)

Nachhaltige Gesellschaftstransformation durch Regionale Netzwerke gestalten – am Beispiel von Lernpartnerschaften zwischen Schulen und Unternehmen

16.30 – 16.45 Uhr

Kaffeepause

16.45 – 17.15 Uhr

Angela Pohlmann (Universität Hamburg)

Sozio-technische Innovationen und Symbolische Macht – Gesellschaftliche (Macht-)Verhältnisse und Selektionsentscheidungen in lokalen erneuerbaren Energieprojekten

17.15 – 17.45 Uhr

Claudia Rinke (Pestel Institut für Systemforschung e.V. Hannover)

„Big Society“ – weniger Staat, mehr bürgerschaftliches Engagement Das neue Paradigma für die Erbringung Öffentlicher Leistungen in Großbritannien – ein Modell für Deutschland?

Ab 19.30 Uhr

Geselliges Zusammensein im Café Hardenberg

## **Dienstag, 15. Oktober 2013**

### **Session 4: Genossenschaften**

9.15 – 10.00 Uhr

Markus Hanisch (Humboldt-Universität zu Berlin)

Keynote 3: Bürger(Innen) in Bewegung: Die Rolle von genossenschaftlichen Gestaltungsprinzipien für nachhaltige gesellschaftliche Transformationsprozesse

10.00 – 10.30 Uhr

Sören Becker (Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung Erkner e.V.) & Conrad Kunze (Büro für eine regionalisierte und demokratische Energiewende Berlin e.V.)

Neue Energiegenossenschaften als Vehikel für Nachhaltigkeit? Erfahrungen aus Deutschland, Belgien, Spanien und Italien

10.30 – 11.00 Uhr

Daniel Dorniok (Carl von Ossietzky Universität Oldenburg)

Energiegenossenschaften als Protestbewegung? Eine systemtheoretische Analyse aktueller Entwicklungen

11.00 – 11.30 Uhr

Kaffeepause

11.30 – 12.00 Uhr

Sarah Debor (Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH)

Cooperation between energy cooperatives & municipal energy providers. Potentials for changing the regional energy structure in Germany

12.00 – 12.30 Uhr

Christine Henseling (Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung Berlin)

Die Rolle von neuen Genossenschaften beim generationengerechten Wohnen und Leben

12.30 – 13.30 Uhr

Mittagessen

### **Session 5: Governance Strategien**

13.30 – 14.00 Uhr

Sophia Schönborn & Martin David (Kulturwissenschaftliches Institut Essen)

Offenheit, Beteiligung und neue Kooperationen. Beispiele der Etablierung von Nachhaltigkeitsinnovationen

14.00 – 14.30 Uhr

Benjamin Nölting (Zentrum Technik und Gesellschaft, TU Berlin), Timothy Moss (Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung Erkner e.V.), Uta Steinhardt (Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde (FH))

Governance-Strategie für eine alternative Land- und Wassernutzung: Nachhaltiges Landmanagement unter Nutzung gereinigten Abwassers

14.30 – 15.00 Uhr

Stefanie Baasch (Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung Leipzig)

Bedingungen partizipativer Governance am Beispiel von Anpassung an Klimawandel

15.00 – 15.30 Uhr

Jana Rückert-John (Zentrum Technik und Gesellschaft, TU Berlin)

Zusammenfassung und Ausblick

15.30 Uhr

Ende der Tagung

## 9 Literaturverzeichnis

- Aderhold, J. (2004): Form und Funktion sozialer Netzwerke in Wirtschaft und Gesellschaft. Beziehungsgeflechte als Vermittler zwischen Erreichbarkeit und Zugänglichkeit. Wiesbaden: VS Verlag.
- Aderhold, J. (2005): Gesellschaftsentwicklung am Tropf technischer Neuerungen? S. 13-32. In: Ders. und John, R. (Hrsg.): Innovation – Sozialwissenschaftliche Perspektiven. Konstanz: UVK.
- Aderhold, J. (2009): Rationalities of Innovation. S. 161-194. In: Roth, S. (Ed.): Non-technological and non-economic innovations. Contributions to a theory of robust innovation. Bern u. a.: Peter Lang.
- Aderhold, J. (2010): Probleme mit der Unscheinbarkeit sozialer Innovationen in Wissenschaft und Gesellschaft. S. 109-126. In: Howaldt, J., Jacobsen, H. (Hrsg.): Soziale Innovation: Auf dem Weg zu einem postindustriellen Innovationsparadigma. Wiesbaden: VS Verlag.
- Aderhold, J. (2013): Gesellschaftliche Eliten im Kontext nachhaltigkeitsbezogener Erfordernisse von Ermittlung und Vermittlung. S. 195-225. In: Rückert-John, J. (Hrsg.): Soziale Innovation und Nachhaltigkeit: Perspektiven sozialen Wandels. Wiesbaden: Springer VS.
- Aderhold, J., John, R. (Hrsg.) (2005): Innovation – Sozialwissenschaftliche Perspektiven. Konstanz: UVK.
- Aderhold, J., Harm, K., Jaeck, T. (2009): Professionalisierungsprozesse lokaler Selbstverwaltungseliten und ihre Bedeutung für Integration und Legitimation. S. 161-200. In: König, K., Kropp, S. (Hrsg.): Theoretische Aspekte einer zivilgesellschaftlichen Verwaltungskultur. Speyerer Forschungsberichte 263. Speyer.
- Aderhold, J., Vordank, T. (2008): Organisationale Lernprozesse initiieren und nachhaltig handhaben. Das Instrument „Management of the Intangible Resource Cycle“. In: Organisationsentwicklung, H. 3/08, S. 80-89.
- Altvater, E., Mahnkopf, B. (1996): Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Andersen, M.L., Taylor, H.F. (2009): Sociology: The Essentials. Belmont, CA: Thomson Wadsworth.
- Attewell, P. (1992): Technology Diffusion and Organizational Learning: The Case of Business Computing. In: Organization Science, Vol. 3, pp. 1-19.
- Axelrod, R. M., Cohen, M. D. (2000): Harnessing Complexity: Organizational Implications of a Scientific Frontier. New York: Basic Books.
- Bache, I., Flinders, M. V. (2005): Multi-Level Governance. Oxford University Press.
- Bauman, Z. (1997): Schwache Staaten. Globalisierung und die Spaltung der Weltgesellschaft. S. 315-332. In: Beck, U. (Hrsg.): Kinder der Freiheit. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Beck, U. (1997), Was ist Globalisierung? Irrtümer des Globalismus – Antworten auf Globalisierung, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Beck, G., Kropp, C. (Hrsg.) (2012): Gesellschaft innovativ. Wer sind die Akteure? Wiesbaden: VS Verlag.
- Bell, D. (1976): The Coming of Post-Industrial Society. A Venture in Social Forecasting. New York: Basic books.

- Benz, A. (1994): *Kooperative Verwaltung: Funktionen, Voraussetzungen und Folgen*. Baden-Baden: Nomos.
- Benz, A. (2004): "Governance – Modebegriff oder nützliches sozialwissenschaftliches Konzept?" S. 11–28. In: Ders. (Hrsg.): *Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Benz, A. (2008): *Der moderne Staat: Grundlagen der politologischen Analyse*. München: Oldenbourg.
- Benz, A. (2009): *Politik in Mehrebenensystemen*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Benz, A., Lütz, S., Schimank, U., Simonis, G. (2007): *Handbuch Governance. Theoretische Grundlagen und empirische Handlungsfelder*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Benz, A., Dose, N. (2004): *Governance - Regieren in Komplexen Regelsystemen - Eine Einführung*. Retrieved October 30, 2013 (<http://www.springer.com/springer+vs/-politikwissenschaft/book/978-3-531-17332-0>).
- Berkun, S. (2007): *The Myths of Innovation*. Sebastopol et al.: O'Reilly.
- Bernt, M., Liebmann, H. (Hrsg.) (2013): *Peripherisierung, Stigmatisierung, Abhängigkeit? Deutsche Mittelstädte und ihr Umgang mit Peripherisierungsprozessen*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Best, H., Holtmann, E. (2012): *Aufbruch der entscherten Gesellschaft. Deutschland nach der Wiedervereinigung*. Frankfurt am Main: Campus.
- Blätzel-Mink, B., Clausen, J., Dalichau, D. (2011): *Neue Akteure in Online-Märkten des Gebrauchsgüterhandels. Chancen für nachhaltigen Konsum am Beispiel eBay*. S. 349-362. In: Defila, R., Di Giulio, A., Kaufmann-Hayoz, R. (Hrsg.): *Wesen und Wege des nachhaltigen Konsums. Ergebnisse aus dem Themenschwerpunkt „Vom Wissen zum Handeln – Neue Wege zum nachhaltigen Konsum“*. München: Oekom.
- Blanchard, O. J., Froot, K. A., Sachs, J. D. (1994): *The Transition in Eastern Europe, Volume 1*. Chicago: University of Chicago Press.
- Böhnisch, L., Schröder, W. (2005): *Entgrenzung und die räumliche Transformation sozialer Probleme - zum bürgerschaftlichen Regieren der Sozialräume*. S. 37-48. In: Projekt „Netzwerke im Stadtteil“ (Hrsg.): *Grenzen des Sozialraums: Kritik eines Konzepts – Perspektiven für Soziale Arbeit*.
- Bormann, I., John, R., Rückert-John, J. (2011): *Innovationskraft lokalen Nachhaltigkeitsengagements*. Berlin: ISInova (Beiträge zur Sozialinnovation Nr. 7) (Internet: <http://www.isinova.org/download/wdokumente/BzS7.pdf>, Zugriff: 20.1.2012)
- Bormann, I., John, R., Aderhold, J. (Hrsg.) (2012): *Indikatoren des Neuen. Innovation – Sozialtechnologie oder Sozialmethodologie?* Wiesbaden: VS Verlag.
- Born, M., Kreuzer, K. (2002): *Nachhaltigkeit Lokal. Lokale Agenda 21 in Deutschland. Eine Zwischenbilanz 10 Jahre nach Rio*. Forum Umwelt & Entwicklung. Bonn.
- Bourdieu, P. (1983): *Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital*. In: *Soziale Welt, Sonderband 2*, S. 183-198.
- Braun, D. (2000): *Gemeinwohlorientierung Im modernen Staat*. In: Werle, R., Schimank, U. (Hrsg.): *Gesellschaftliche Komplexität und kollektive Handlungsfähigkeit*. Schriften aus dem Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung. Frankfurt am Main: Campus Verlag. Retrieved November 6, 2013 (<http://www.gesis.org/sowi-port/search/id/iz-solis-90274495/>).

- Braun-Thürmann, H., John, R. (2010): Innovation: Realisierung und Indikator des sozialen Wandels. S. 53-70. In: Howaldt, J., Jacobsen, H. (Hrsg.): Soziale Innovation: Auf dem Weg zu einem postindustriellen Innovationsparadigma. Wiesbaden: VS Verlag.
- Brock, D. (2008): Globalisierung: Wirtschaft – Politik – Kultur – Gesellschaft. Wiesbaden: VS Verlag.
- Brooks, H. (1982): Social and Technological Innovation. pp. 1-30. In: Lundstedt, S. B., Colglazier, E. W. (ed): *Managing Innovation: The Social Dimension of Creativity, Invention and Technology*. New York: Pergamon Press.
- Brose, H. G., Voelzkow, H. (1999): Globalisierung und institutioneller Wandel der Wirtschaft. Eine Einführung in diesen Band. S. 9-23. In: Dies. (Hrsg.): *Institutioneller Kontext wirtschaftlichen Handelns*. Marburg: Metropolis.
- Brunngräber, A., Dietz, K., Hirschl, B., Walk, H. (2004): Interdisziplinarität in der Governance-Forschung. Discussion paper Nr. 14/04. Zentrum Technik und Gesellschaft der TU Berlin. [http://www.tu-berlin.de/uploads/media/InterdiszGov\\_01.pdf](http://www.tu-berlin.de/uploads/media/InterdiszGov_01.pdf) (Zugriff: 14. März 2014).
- Bullinger, H.-J. (2006): Verdammt zur Innovation. In: *RKW-Magazin*, 57, S. 12-14.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (2006): Die Hightech-Strategie für Deutschland. Bonn/Berlin.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (2007) Sozialökologische Forschung. Rahmenkonzept 2007-2010. Bonn: Projektträger im DLR e. V. Umwelt, Kultur, Nachhaltigkeit.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (2010): Ideen. Innovation. Wachstum. Hightech-Strategie 2020 für Deutschland. Bonn. [www.bmbf.de/pub/hts\\_2020.pdf](http://www.bmbf.de/pub/hts_2020.pdf).
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2010): Nationale Engagementstrategie. [http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2010/10/Nationale%20Engagementstrategie\\_10-10-06.pdf](http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2010/10/Nationale%20Engagementstrategie_10-10-06.pdf) (Zugriff: 14. März 2014).
- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) (2013): Nachhaltigkeit – der Vision ein Gesicht geben, den Raum der Möglichkeiten erkunden, Perspektiven verändern. *BMU Nachhaltigkeitsbericht 2013*
- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) (2013): Das Klima schützen, Kommunen fördern. *Die Kommunalrichtlinie 2014*. [http://www.klimaschutz.de/sites/default/files/publication/file/20131212\\_NKI\\_KRL-Flyer-barrierefrei-NEU.pdf](http://www.klimaschutz.de/sites/default/files/publication/file/20131212_NKI_KRL-Flyer-barrierefrei-NEU.pdf)
- Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI) (2012): Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit in Europa – Leitlinien und Handlungsfelder. [http://www.bdi.eu/download\\_content/EuropaUndBruessel/Wachstum\\_und\\_Wettbewerbsfaehigkeit\\_in\\_Europa.pdf](http://www.bdi.eu/download_content/EuropaUndBruessel/Wachstum_und_Wettbewerbsfaehigkeit_in_Europa.pdf) (Zugriff: 1. November 2012).
- Bureau of European Policy Advisers (BEPA) (2011): Empowering people, driving change. *Social Innovation in the European Union*, [http://ec.europa.eu/bepa/pdf/publications\\_pdf/social\\_innovation](http://ec.europa.eu/bepa/pdf/publications_pdf/social_innovation).
- Cagan, J., Vogel, C. M. (2002): *Creating Breakthrough Products. Innovation from Product Planning to Program Approval*. Upple Saddle River, NJ: Prentice Hall.

- Caracostas, P., Muldur, U. (1998): Die Gesellschaft, letzte Grenze. Eine europäische Vision der Forschungs- und Innovationspolitik im XXI. Jahrhundert. Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaft. Luxemburg.
- Casey, C. (2009): Critical Reflections on Work. Citizenship and Corporate Social Responsibility. pp. 167-186. In: Harrison, D., Széll, G., Bourque, R. (Eds.): Social Innovation, the Social Economy and World Economic Development. Democracy and Labour Rights in the Era of Globalization. Frankfurt am Main: Peter Lang.
- Castells, M. (1996): The Rise of the Network Society. Malden, Massachusetts: Blackwell Publishers.
- Coburn, C. E. (2003): Rethinking Scale: Moving Beyond Numbers to Deep and Lasting Change. In: Educational Researcher. 32/6: 3-12.
- Conrad, T. (2012): Ideen mit System. Internationale Erfahrungen mit der Verbreitung sozialer Innovationen: Implikationen für Deutschland. Diskussionspapier 01. Herausgegeben von der Vodafone Stiftung Deutschland in Kooperation mit goodroot. Düsseldorf.
- Davilla, T., Epstein, M. J., Shelton, R. (2006): Making Innovation Work, How to Manage It, Measure It, and Profit from It. Upple Saddle River, NJ: Wharton School Publishing.
- De Haan, G. (2004): Politische Bildung für Nachhaltigkeit. Aus Politik und Zeitgeschichte B7 - 8/2004, <http://owl-nachhaltig-gestalten.de/files/articles/GerharddeHaan2004.pdf>
- Deutsch, K. W. (1985): On Theory and Research in Innovation. pp. 17-35. In: Merritt, R. L., Merritt, A. J. (Eds.): Innovation in the Public Sector. Beverly Hills etc.: Sage.
- Endlicher, W., Kress, A. (2008): Wir müssen unsere Städte neu erfinden. Anpassungsstrategien für Stadtregionen. In: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 6/7, S. 437-445.
- Europäische Kommission (1995): Grünbuch zur Innovation. [http://europa.eu/documents/comm/-green\\_papers/pdf/com95\\_688\\_de.pdf](http://europa.eu/documents/comm/-green_papers/pdf/com95_688_de.pdf).
- Europäische Kommission (2011): Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über ein Programm der Europäischen Union für sozialen Wandel und soziale Innovation. <http://eurlex.europa.eu/-LexUriServ/LexUri-Serv.do?uri=COM:2011:0609:FIN:DE>.
- Fairweather, G. W. (1967): Methods for experimental social innovation. New York: Wiley.
- Forum Umwelt & Entwicklung (2000): Lokale Agenda 21. Ein Leitfaden. Bonn. Download unter: [http://www.forumue.de/fileadmin/userupload/publikationen/agla21\\_2000\\_leitfadenla21.pdf](http://www.forumue.de/fileadmin/userupload/publikationen/agla21_2000_leitfadenla21.pdf)
- Fraunhofer Gesellschaft (2004): Deutschland innovativ. Ein Beitrag der Fraunhofer Gruppe im Innovationsbüro für die „Partner für Innovation“. Fraunhofer-Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation.
- Fuchs, Peter (2008): Nachhaltige Entwicklung – theoretisch. Manuskript. [http://www.fen.ch/-texte/-gast\\_fuchs\\_nachhaltigkeit.pdf](http://www.fen.ch/-texte/-gast_fuchs_nachhaltigkeit.pdf)
- Geels, F. W. (2002): Technological transitions as evolutionary reconfiguration processes: a multi-level perspective and a case-study. Research Policy 31 (8/9), 1257–1274.
- Gibbons, M., Limoges, C., Nowotny, H., Schwartzman, S., Scott, P., Trow, M. (1996): The new production of knowledge. The dynamics of science in contemporary societies. London/Thousand Oaks/New Delhi: Sage.
- Gillwald, K. (2000): Konzepte sozialer Innovation. WZB-discussion paper P00-519. Berlin.
- Goldenberg, J., Mazursky, D. (2002): Creativity in Product Innovation. Cambridge.

- Grin, J., Rotmans, J., Schot, J. (2010): *Transitions to Sustainable Development – New Directions in the Study of Long Term Transformation Change*. New York: Routledge.
- Güntner, S. (2007): *Soziale Stadtpolitik. Institutionen, Netzwerke und Diskurse in der Politikgestaltung*. Bielefeld.
- Hagemann, H., Simshäuser, U., Rubik, F., Scholl, G. (2004): *Instrumente und Strategien zur Förderung des nachhaltigen Konsums – Evaluation und Optimierung*. Schriftenreihe des IÖW 174/04.  
[http://www.ioew.de/uploads/tx\\_ukioewdb/IOEW\\_SR\\_174\\_Instrumente\\_und\\_strategien\\_zur\\_Foerderung\\_des\\_nachhaltigen\\_Konsums.pdf](http://www.ioew.de/uploads/tx_ukioewdb/IOEW_SR_174_Instrumente_und_strategien_zur_Foerderung_des_nachhaltigen_Konsums.pdf) (Zugriff: 14. März 2014)
- Hanesch, W. (2011): *Soziale Spaltung und Armut in den Kommunen und die Zukunft des „lokalen Sozialstaats“*. S. 7-47. In: Ders. (Hrsg.): *Die Zukunft der „Sozialen Stadt“*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hanf, T. (1996): *Gesellschaftliche Entwicklung und Transformation*. S. 617-629. In: Clausen, L. (Hrsg.): *Gesellschaften im Umbruch*. Verhandlungen des 27. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Halle an der Saale 1995. Frankfurt/New York: Campus Verlag.
- Harm, K., Aderhold, J. (Hrsg.) (2013): *Die subjektive Seite der Stadt – Neue gesellschaftliche Herausforderungen und die Bedeutung von Eliten im lokalen Bereich*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Harrison, D., Szell, G., Bourque, R. (Eds.) (2009): *Social Innovation, the Social Economy and World Economic Development. Democracy and Labour Rights in the Era of Globalization*. Frankfurt am Main: Peter Lang.
- Haus, M. (2010): *Governance-Theorien und Governance-Probleme: Diesseits und jenseits des Steuerungsparadigmas*. *Politische Vierteljahresschrift* 51(3):457–79.
- Hauschildt, J., Salomo, S. (2011): *Innovationsmanagement*. 5., überarbeitete, ergänzte und aktualisierte Aufl. München: Vahlen.
- Häußermann, H. (2008): *Schrumpfende Städte – katastrophale Perspektiven?* In: Lampen, A., Owzar, A. (Hrsg.): *Schrumpfende Städte. Ein Phänomen zwischen Antike und Moderne*. Köln: Böhlau. S. 343-352.
- Häußermann, H., Siebel, W. (2004): *Stadtsoziologie. Eine Einführung*. Frankfurt am Main: Campus.
- Häußermann, H., Läßle, D., Siebel, W. (Hrsg.) (2008): *Stadtpolitik*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Häußermann, H., Kronauer, M., Siebel, W. (Hrsg.) (2004): *An den Rändern der Städte*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Heitmeyer, W., Dollase, R., Backes, O. (Hrsg.) (1998): *Die Krise der Stadt. Analysen zu den Folgen desintegrativer Stadtentwicklung für das ethnisch-kulturelle Zusammenleben*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Helfrich, S., Kuhlen, R., Sachs, W., Siefkes, C. (2009): *Gemeingüter – Wohlstand durch Teilen*. Herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung. Berlin.
- Herrmann, H. (2011): *Von der ‚Krise der Stadt‘ zur ‚Stadt des Sowohl – als auch‘ Zum Wandel der (stadt)soziologischen Wahrnehmung der Stadt*. In: Dies. (Hrsg.): *Die Besonderheit des Städtischen. Entwicklungslinien der Stadt(soziologie)*. Wiesbaden: VS Verlag.

- Herrmann, M. (2006): Fördert Regiogeld eine nachhaltige Regionalentwicklung? In: Zeitschrift für Sozialökonomie 149/2006, S. 12-18.
- Höll, R., Oldenburg, F. (2011): Wie überwinden wir Hürden für soziale Problemlöser? Sechs Ansätze zur Verbreitung von sozialer Innovation und Social Entrepreneurship in Deutschland. [http://germany.ashoka.org/sites/germanysix.ashoka.org/files/Ashoka\\_SozialeInnovation.pdf](http://germany.ashoka.org/sites/germanysix.ashoka.org/files/Ashoka_SozialeInnovation.pdf) (Zugriff: 14. März 2014)
- Hollbach-Grömig, B., Langel, N., Göll, E., Henseling, C. (2013): Demografischer Wandel - Herausforderungen und Handlungsempfehlungen für Umwelt- und Naturschutz. Abschlussbericht Teil II. Dessau: Umweltbundesamt. [http://www.bmub.bund.de/fileadmin/Daten\\_BMU/Pool/Forschungsdatenbank/fkz\\_3711\\_11\\_107\\_demografischer\\_wandel\\_teil2\\_bf.pdf](http://www.bmub.bund.de/fileadmin/Daten_BMU/Pool/Forschungsdatenbank/fkz_3711_11_107_demografischer_wandel_teil2_bf.pdf) (Zugriff: 15. März 2014)
- Holtkamp, L. (2002): Kommunale Haushaltspolitik in den 90er Jahren. Der Wandel von Polity, Politics und Policy. In: Bogumil, J. (Hrsg.): Kommunale Entscheidungsprozesse im Wandel. Theoretische und empirische Analysen. Opladen: Leske und Budrich. S. 55 – 73
- Holtkamp, L. (2011): Kommunale Haushaltspolitik bei leeren Kassen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament. 7-8/2011. 13-19.
- Holtmann, E., Gerhardt, U., Braun, H. (Hrsg.) (2007): Die lange Stunde Null. Gelenkter Sozialer Wandel in Westdeutschland nach 1945. Baden-Baden.
- Hopfmann, A., Wolf, M. (2001): Transformationstheorie - Stand, Defizite, Perspektiven. Berlin u. a.: Lit Verlag.
- Howaldt, J., Schwarz, M. (2010): „Soziale Innovation“ im Fokus. Skizze eines gesellschaftstheoretisch inspirierten Forschungskonzepts. Transcript Verlag: Bielefeld.
- Huber, J. (2004): New Technologies and Environmental Innovation. Cheltenham/Northampton: Elgar.
- Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) (2006): Wachstumsfaktor Innovation. Eine Analyse aus betriebs-, regional- und volkswirtschaftlicher Sicht. Köln.
- ISSC, UNESCO (2013): World Social Science Report 2013: Changing Global Environments. [http://www.oecd-ilibrary.org/social-issues-migration-health/world-social-science-report-2013\\_9789264203419-en](http://www.oecd-ilibrary.org/social-issues-migration-health/world-social-science-report-2013_9789264203419-en).
- Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung gemeinnützige GmbH (IZT) (2012): „Rio+20 vor Ort“ Kommunen auf dem Weg zur Nachhaltigkeit. Beispiele aus Deutschland. Berlin.
- Jacob, K., Quitzow, R., Weiland, S. (2010): Perspektiven der Nachhaltigkeitspolitik in Deutschland. Ein Policy Paper im Rahmen des Projektes „Meta-Analyse: Nachhaltigkeitsstrategien in Politik und Wirtschaft“. [http://www.innovative-nachhaltigkeit.de/htdocs\\_de/pdf/Perspektiven\\_der\\_Nachhaltigkeitspolitik\\_in\\_Deutschland\\_deutsch\\_2010905.pdf](http://www.innovative-nachhaltigkeit.de/htdocs_de/pdf/Perspektiven_der_Nachhaltigkeitspolitik_in_Deutschland_deutsch_2010905.pdf) (Zugriff: 22. Oktober 2013).
- Jänicke, M. (2008): Megatrend Umweltinnovation: Zur ökologischen Modernisierung von Wirtschaft und Staat. München: oekom Verlag.
- John, R. (2005): Innovation als irritierende Neuheit. Evolutionstheoretische Perspektiven. S. 49-64. In: Aderhold, J., John, R. (Hrsg.): Innovation. Sozialwissenschaftliche Perspektiven. Konstanz: UVK.

- John, R. (2012a): Erfolg als Eigenwert der Innovation. S. 77-96. In: Bormann, I., John, J., Aderhold, J. (Hrsg.): Indikatoren des Neuen. Innovation – Sozialtechnologie oder Sozialmethodologie? Wiesbaden: VS Verlag.
- John, R. (2012b): Innovativität der Alltagsroutinen – Stabilität, Veränderung und Umweltaffinität. Berlin: ISInova (Beiträge zur Sozialinnovation Nr. 8)  
<http://www.isinova.org/download/wdokumente/BzS8.pdf>. (Zugriff: 15. Mai 2012).
- John, R., Aderhold, J., Bormann, I. (2012): Indikatoren des Neuen. S. 7-13. In: Bormann, I., John, R., Aderhold, J. (Hrsg.): Indikatoren des Neuen. Innovation – Sozialtechnologie oder Sozialmethodologie? Wiesbaden: VS Verlag.
- Jordan, A. (2005): Environmental Policy in the European Union: Actors, Institutions, and Processes. Earthscan.
- Kagen, S. (2012): Auf dem Weg zu einem globalen (Umwelt-)Bewusstseinswandel. In: Schriften zur Ökologie (20).  
[http://www.boell.de/sites/default/files/GlobalerUmweltbewusstseinswandel\\_V01\\_kommentierbar.pdf](http://www.boell.de/sites/default/files/GlobalerUmweltbewusstseinswandel_V01_kommentierbar.pdf) (Zugriff: 14. März 2014)
- Karlsson, C. (Ed.) (2012): Innovation, technology and knowledge. London [u. a.]: Routledge.
- Kemp, R., Loorbach, D., Rotmans, J. (2007): "Transition Management as a Model for Managing Processes of Co-Evolution towards Sustainable Development." International Journal of Sustainable Development & World Ecology 14(1):78–91.
- Kingdon, J. W. (1984): Agendas, Alternatives, and Public Policies. Boston: Little, Brown.
- Knill, C. (2008): Europäische Umweltpolitik: Steuerungsprobleme und Regulierungsmuster im Mehrebenensystem. Wiesbaden: VS Verlag.
- Kollmorgen, R. (2005): Ostdeutschland. Beobachtungen einer Übergangs- und Teilgesellschaft. Wiesbaden: VS-Verlag.
- Kooiman, J. (2003): Governing as Governance. Thousand Oaks, California: SAGE.
- Kristof, K. (2010): Models of Change: Einführung und Verbreitung sozialer Innovationen und gesellschaftlicher Veränderungen in transdisziplinärer Perspektive. vdf Hochschulverlag AG.
- Krumbein, W., Ziegler, A. (Hrsg.) (2005): Perspektiven der Technologie- und Innovationsförderung in Deutschland. Impulse und Erfahrungen der Innovations- und Technologiepolitik in den Bundesländern. Schüren-Verlag: Marburg.
- Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V. (2012): RIO +20 NRW : Länderstudie zur Lokalen Agenda 21 und zu Nachhaltigkeitsprozessen in Nordrhein-Westfalen. Dokumentation mit Handlungsempfehlungen. Dortmund.
- Leggewie, C., Welzer, H. (2011): Das Ende der Welt, wie wir sie kannten. Klima, Zukunft und die Chancen der Demokratie. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch.
- Leonard-Barton, D. (1995): Wellsprings of knowledge. Building and sustaining the sources of innovation. Boston.
- Lepsius, R. M. (1995): Max Weber und das Programm einer Institutionenpolitik. In: Berliner Journal für Soziologie, Heft 3, S. 327-333.
- Lindblom, C. E. (1977): Politics and Markets: The World's Political Economic Systems. New York: Basic Books.

- Linz, M. (2012): *Weder Mangel noch Übermaß: Warum Suffizienz unentbehrlich ist*. München: Ökom.
- Loorbach, D. (2007): *Transition Management: New Mode of Governance for Sustainable Development*. Utrecht, the Netherlands: International Books.
- Loorbach, D. (2010): "Transition Management for Sustainable Development: A Prescriptive, Complexity-Based Governance Framework". *Governance* 23(1):161–83.
- Lütz, S. (2004): Governance in der politischen Ökonomie. S. 147–72. In: Benz, A. (Hrsg.): *Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen*. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Retrieved November 5, 2013 ([http://link.springer.com/-chapter/10.1007/978-3-531-90171-8\\_8](http://link.springer.com/-chapter/10.1007/978-3-531-90171-8_8)).
- Mandl, B., Schaner, P. (2012): Der Weg zum Smart Citizen – soziotechnologische Anforderungen an die Stadt der Zukunft. In: Schrenk, M., Popovich, V. V., Zeile, P., Elisei, P. (Eds.): *Proceedings REAL CORP 2012 Tagungsband*. 14-16 May, Schwechat.
- Mann, L. (Ed.) (2011): *Creativity and innovation in business and beyond: social science perspectives and policy implications*. London [u. a.]: Routledge.
- Mayntz, R. (1996): Politische Steuerung: Aufstieg, Niedergang und Transformation einer Theorie. S. 148–68. In: von Beyme, K., Offe, C. (Hrsg.): *Politische Theorien in der Ära der Transformation*, Politische Vierteljahresschrift. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Retrieved November 5, 2013 ([http://link.springer.com/-chapter/-10.1007/978-3-322-86620-2\\_6](http://link.springer.com/-chapter/-10.1007/978-3-322-86620-2_6)).
- Mayntz, R. (2004a): Governance im modernen Staat. S. 65–76. In: Benz, A. (Hrsg.): *Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen*. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Retrieved November 5, 2013 ([http://link.springer.com/chapter/-10.1007/978-3-531-90171-8\\_4](http://link.springer.com/chapter/-10.1007/978-3-531-90171-8_4)).
- Mayntz, R. (2004b): *Governance Theorie als fortentwickelte Steuerungstheorie?* Retrieved November 6, 2013 (<http://www.mpifg.de/pu/workpap/wp04-1/wp04-1.html>).
- Mayntz, R. (2009): *Über Governance . Institutionen und Prozesse politischer Regelung*. Schriften aus dem Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Bd. 62. Frankfurt am Main: Campus.
- Mayntz, R., Scharpf, F. W. (1995): *Gesellschaftliche Selbstregelung und politische Steuerung*. Campus Verlag.
- Meadowcroft, J. (2009): "What about the Politics? Sustainable Development, Transition Management, and Long Term Energy Transitions." *Policy Sciences* 42(4):323–40.
- Meadows, D. (1972): *Die Grenzen des Wachstums*. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit. Deutsche Verlagsanstalt: Stuttgart.
- Miegel, M., Wahl, S., Schulte, M., Butzmann, E. (2012): *Lebenswerte Städte unter Bedingungen sinkenden materiellen Wohlstands. Herausforderungen und Maßnahmen*. Memorandum des Denkwerks Zukunft – Stiftung kulturelle Erneuerung. Bonn.
- Minsch, J., Feindt, P. H., Meister, H.-P., Schneidewind, U. (1998): *Institutionelle Reformen für eine Politik der Nachhaltigkeit*. Berlin: Springer.
- Mostafavi, M., Doherty, G. (2010): *Ecological Urbanism*. Harvard University: Lars Müller Publishers.
- Müller, C. (2012): Interkulturelle Gärten als innovative Antwort auf soziale Entfremdung. S. 103–117. In: Beck, G., Kropp, C. (Hrsg.) (2012): *Gesellschaft innovativ. Wer sind die Akteure?* Wiesbaden: VS Verlag.

- Nassehi, A. (2002): Dichte Räume. Städte als Synchronisations- und Inklusionsmaschinen. S. 211-232. In: Löw, M. (Hrsg.): Differenzierung des Städtischen. Bd. 15, Reihe Stadt, Raum und Gesellschaft. Opladen: Leske + Budrich.
- Nationale Kontaktstelle Sozial-, Wirtschafts- und Geisteswissenschaften (2011): Infomagazin. 3/2011.
- Nefiodow, L. A. (1996): Der sechste Kondratieff: Wege zur Produktivität und Vollbeschäftigung im Zeitalter der Information. Sankt Augustin: Rhein-Sieg Verlag.
- Nelson, R. R. (1968): Innovation. pp. 339-234. In: Sills, D. L. (Ed.) International Encyclopedia of the Social Sciences. Macmillan und The Free Press.
- Newig, J., Voß, J.-P. (2010): Steuerung Nachhaltiger Entwicklung - Governance of Sustainable Development. S. 239-258. In: Steurer, R., Trattnigg, R. (Eds.): Nachhaltigkeit regieren: eine Bilanz zu Gouvernance-Prinzipien und -Praktiken. München: oekom.
- Newig, J., Fritsch, O. (2009): "Environmental Governance: Participatory, Multi-Level – and Effective?" *Environmental Policy and Governance* 19(3):197-214.
- Nischwitz, G., Molitor, R., Rohne, S. (2002): "Local and Regional Governance für eine nachhaltige Entwicklung." Retrieved November 6, 2013 ([http://www.ioew.de/uploads/tx\\_ukioewdb/IOEW\\_SR\\_161\\_Local\\_and\\_Regional\\_Governance\\_fuer\\_nachhaltige\\_Entwicklung.pdf](http://www.ioew.de/uploads/tx_ukioewdb/IOEW_SR_161_Local_and_Regional_Governance_fuer_nachhaltige_Entwicklung.pdf)).
- North, D. C. (1990): *Institutions, Institutional Change and Economic Performance*. New York.
- Nowotny, H. (1997): Die Dynamik der Innovation. Über die Multiplizität des Neuen. S. 33-54. In: Rammert, W., Bechmann, G. (Hrsg.): *Technik und Gesellschaft. Jahrbuch 9: Innovation – Prozesse, Produkte, Politik*, Frankfurt/New York: Campus.
- Nuscheler, F. (2009): *Good Governance. Ein universelles Leitbild von Staatlichkeit und Entwicklung?* INEF-Report 96/2009. Universität Duisburg/Essen.
- Ober, S. (2013): Forschungswende für die Große Transformation - Neue Ansätze in der Forschungspolitik. In: *eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft* 08/2013 vom 10.05.2013.
- OECD (2010a): *Cities and Climate Change*. <http://www.oecd.org/berlin/publikationen/citiesandclimatechange.htm>
- OECD (2010b): *The OECD Innovation Strategy. Getting a head start on tomorrow*. [http://www.fora-net.dk/media/14867/the%20oecd%20innovation%20strategy\\_getting%20a%20head%20start%20on%20tomorrow.pdf](http://www.fora-net.dk/media/14867/the%20oecd%20innovation%20strategy_getting%20a%20head%20start%20on%20tomorrow.pdf).
- Ostrom, E. (2007): "Institutional Rational Choice: An Assessment of the Institutional Analysis and Development Framework." *Theories of the Policy Process*, 21-64.
- Paech, N. (2009): Die Postwachstumsökonomie – ein Vademecum. In: *Zeitschrift für Sozialökonomie (ZfSÖ)* 46/160-161, S. 28-31. [http://www.sozialoekonomie-online.de/ZfSO-160-161\\_Paech.pdf](http://www.sozialoekonomie-online.de/ZfSO-160-161_Paech.pdf).
- Parsons, T. (1969): *Politics and Social Structure*. New York.
- Pierre, J. (2000): *Debating Governance: Authority, Steering, and Democracy*. Oxford University Press. Retrieved November 5, 2013 (<http://econpapers.re-pec.org/bookchap/oxpobooks/9780198297727.htm>).
- Polanyi, K. (1944): *The great transformation*. New York: Rinehart.

- Popitz, H. (1995): *Der Aufbruch zur Artifiziiellen Gesellschaft. Zur Anthropologie der Technik.* Tübingen: Mohr.
- Rammert, W. (1998): *Die Form der Technik und die Differenz der Medien. Auf dem Weg zu einer pragmatischen Techniktheorie.* S. 293-326. In: Ders. (Hrsg.): *Technik und Sozialtheorie.* Frankfurt am Main: Campus.
- Reiser, M., Schnapp, K.-U. (2007): *Jenseits der Linearität - Möglichkeiten und Grenzen der Challenge-Response-Perspektive.* S. 25-51. In: de Nève, D., Reiser, M., Schnapp, K.-U. (Hrsg.): *Herausforderung – Akteur – Reaktion. Diskontinuierlicher sozialer Wandel aus theoretischer und empirischer Perspektive.* Baden-Baden: Nomos.
- Reissig, R. (2009): *Gesellschafts-Transformation im 21. Jahrhundert ein neues Konzept sozialen Wandels.* Wiesbaden: VS Verlag.
- Renn, O. (2007): *Abschied von der ‚Risiko-Gesellschaft‘?* S. 230-251. In: Aderhold, A., Kranz, O. (Hrsg.): *Intention und Funktion: Probleme der Vermittlung psychischer und sozialer Systeme.* Wiesbaden: VS Verlag.
- Richter, E. (2005): *Nachhaltigkeit – zeitgemäße Dimensionen eines politischen Begriffs.* In: *Leviathan*, 33. Jahrgang, Heft 2, Juni 2005, S. 257-272.
- Ribbeck, E. (2008): *Städtische Bevölkerung.* Bundeszentrale für politische Bildung. [http://www.bpb.de/themen/WL9MSS,0,Staedtiche\\_%20Bevoelkerung.html](http://www.bpb.de/themen/WL9MSS,0,Staedtiche_%20Bevoelkerung.html).
- Rip, A., Kemp, R. (1998): *“Technological Change”.* pp. 327–99. In: *Human Choice and Climate Change.* Columbus, Ohio: Batelle Press.
- Rip, A. (1998): *Steering and Effectiveness in a Developing Knowledge Society.* Proceedings of a Workshop at the University of Twente. Utrecht: Lemma. Retrieved November 6, 2013 (<http://doc.utwente.nl/34407/>).
- Rogers, E. M. (2003): *Diffusion of Innovations.* Fifth edition. New York: Free press.
- Rosa, H. (2012): *1989 als Spezialfall des sozialen Wandels. Zur transformationstheoretischen Analyse des anhaltenden Systemumbruchs Abschlussbericht des Sonderforschungsbereichs 580 Gesellschaftliche Entwicklungen nach dem Systemumbruch. Diskontinuität, Tradition und Strukturbildung 2001 – 2012.* Jena/Halle: Friedrich-Schiller-Universität Jena und Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.
- Rosenbloom, R. S., Marris, R. L. (1969): *Social innovation in the city: New enterprises for community development. A collection of working papers.* Cambridge: Harvard University Press.
- Rotmans, J., Loorbach, D. (2010): *“Towards a Better Understanding of Transitions and Their Governance. A Systematic and Reflexive Approach.”* pp. 105–20. In: Grin, J.; Rotmanns, J., Schot, J. (Eds.): *Transitions to sustainable development: new directions in the study of long term transformative change.* New York: Routledge. Retrieved November 6, 2013 (<http://dare.uva.nl/en/record/395230>).
- Rotmans, J. (2005): *Societal Innovation: Between Dream and Reality Lies Complexity.* Erasmus Research Institute of Management (ERIM), ERIM is the joint research institute of the Rotterdam School of Management, Erasmus University and the Erasmus School of Economics (ESE) at Erasmus University Rotterdam. Retrieved November 7, 2013 (<http://ideas.repec.org/p/dgr/euriar/30007951.html>).
- Rotmans, J., Kemp, R., van Asselt, M. (2001): *“More Evolution than Revolution: Transition Management in Public Policy.”* *foresight* 3(1):15–31.

- Rückert-John, J., Jaeger-Erben, M., Schäfer, M., Scholl, G., Gossen, M. (2014): Schlussbericht zum UFOPLAN-Vorhaben FKZ 3711 93 333 „Nachhaltiger Konsum durch soziale Innovationen - Konzepte und Praxis“ (in Veröffentlichung).
- Rüede, D., Lurtz, K. (2012): Mapping the various meanings of social innovation: towards a differentiated understanding of an emerging concept. In: EBS Business School Research Paper Series 12-03. Oestrich-Winkel: EBS Universität für Wirtschaft und Recht.
- Ruschkowski, E. von (2002): Lokale Agenda 21 in Deutschland – eine Bilanz. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 31-32/2002. [www.bpb.de/publikationen/T1PDFH,5,0,Lokale\\_Agenda\\_21\\_in-\\_Deutsch-land\\_eine\\_Bilanz.htm](http://www.bpb.de/publikationen/T1PDFH,5,0,Lokale_Agenda_21_in-_Deutsch-land_eine_Bilanz.htm).
- Salavisa, I. (Ed.) (2012): Social networks, innovation and the knowledge economy. London [u. a.]: Routledge.
- Sassen, S. (1997): Metropolen des Weltmarktes. Die neue Rolle der Global Cities. Frankfurt am Main, New York: Campus Verlag.
- Scharpf, F. W. (1992): Die Handlungsfähigkeit des Staates am Ende des Zwanzigsten Jahrhunderts. S. 93–115. In: Kohler-Koch, B. (Hrsg.): Staat und Demokratie in Europa. Wiesbaden: VS Verlag. Retrieved November 5, 2013 ([http://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-322-95892-1\\_6](http://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-322-95892-1_6)).
- Scharpf, F. W. (1997): Games Real Actors Play: Actor-Centered Institutionalism in Policy Research. Boulder, Colo. [u. a.: Westview Press].
- Scharpf, F. W. (2000): Interaktionsformen: Akteurszentrierter Institutionalismus in der Politikforschung. Opladen: Leske und Budrich.
- Schneidewind, U. (2013): Transformative Literacy. Gesellschaftliche Veränderungsprozesse verstehen und gestalten. In: GAIA - Ecological Perspectives for Science and Society 22(2):82–86.
- Schneidewind, U., Scheck, H. (2012): Zur Transformation des Energiesektors – ein Blick aus der Perspektive der Transition- Forschung. S. 45–61. In: Servatius, H.-G., Schneidewind, U., Rohlfing, D. (Hrsg.): Smart Energy. Berlin Heidelberg: Springer. Retrieved November 6, 2013 ([http://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-642-21820-0\\_2](http://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-642-21820-0_2)).
- Schneidewind, U., Scheck, H. (2013): Die Stadt als „Reallabor“ für Systeminnovationen. S. 229–248. In: Rückert-John, J. (Hrsg.): Soziale Innovation und Nachhaltigkeit. Perspektiven sozialen Wandels. Wiesbaden: Springer VS.
- Schneidewind, U., Singer-Brodowski, M. (2013): Transformative Wissenschaft. Klimawandel im deutschen Wissenschafts- und Hochschulsystem. Marburg: Metropolis.
- Schrader, C. (1995): Die Transformation des russischen Individualarbeitsrechts. Selbstverlag.
- Schumpeter, J. A. (1980; zuerst 1934): The Theory of Economic Development. London: Oxford University Press.
- Schumpeter, J. A. (1987; zuerst 1928): Beiträge zur Sozialökonomik. Herausgegeben von Stephan Böhm. Wien: Böhlau.
- Schuppert, G. F. (2007): “Was ist und wozu Governance?” Die Verwaltung (40):463–511.
- Schwinn, T. (2003): Differenzierung und soziale Integration. Wider eine systemtheoretisch halbierte Soziologie. S. 231–260. In: Giegel, H. J., Schimank, U. (Hrsg.): Beobachter der Moderne. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

- Sennett, R. (1994): *Flesh and stone. The body and the city in Western civilization*. New York: Norton.
- Shove, E., Walker, G. (2007): "CAUTION! Transitions Ahead: Politics, Practice, and Sustainable Transition Management." *Environment and Planning A* 39(4):763–70.
- Siebel, W. (2010): Die Zukunft der Städte. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 17/2010. S. 3-9.
- Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) (2012): *Umweltgutachten 2012. Verantwortung in einer begrenzten Welt*. Berlin: Erich Schmidt Verlag.
- Stehr, N. (1994): *Knowledge Societies*. London: Sage.
- Stehr, N. (2007): *Die Moralisierung der Märkte: Eine Gesellschaftstheorie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft.
- Stieß, I. (2013): Synergien von Umwelt- und Sozialpolitik – Soziale Innovationen an der Schnittstelle von Umweltschutz, Lebensqualität und sozialer Teilhabe. S. 33–49. In: Rückert-John, J. (Hrsg.): *Soziale Innovation und Nachhaltigkeit. Perspektiven sozialen Wandels. Innovation und Gesellschaft*. Wiesbaden: Springer VS.
- Thüringer Institut für Nachhaltigkeit und Klimaschutz GmbH (ThINK) (2012): *Rio+20 vor Ort. Bestandsaufnahme und Zukunftsperspektiven lokaler Nachhaltigkeitsprozesse in Deutschland. Länderstudie Thüringen – Abschlussbericht*. Jena.
- Töpfer, J. (2012): *Politische Eliten in Slowenien und Makedonien. Rationale oder symbolische Politik?* Wiesbaden: VS Springer.
- Van Eijl, H. (2012): Wie kann soziale Innovation den Bürgerinnen und Bürgern, der Wirtschaft und dem öffentlichen Sektor in Europa neue Chancen eröffnen? In: *Newsletter, Ausgabe 1/2012, Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische Entwicklungen in Europa*.
- Voß, J.-P. (2008): Nebenwirkungen und Nachhaltigkeit: Reflexive Gestaltungsansätze zum Umgang mit sozial-ökologischen Ko-Evolutionsprozessen. S. 237–260. In: Lange, H. (Hrsg.): *Nachhaltigkeit als radikaler Wandel*. Wiesbaden: VS Verlag. Retrieved November 6, 2013 ([http://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-531-90956-1\\_11](http://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-531-90956-1_11)).
- Voß, J.-P. (2013): Technikwissenschaftliches Wettrüsten für eine nachhaltige Entwicklung? *Ökologisches Wirtschaften* 2/2013: 28-29.
- Voß, J.-P., Bauknecht, D., Kemp, R. (2006): *Reflexive Governance for Sustainable Development*. Edward Elgar Publishing.
- Voß, J.-P., Newig, J., Kastens, B., Monstadt, J., Nölting, B. (2007): "Steering for Sustainable Development: A Typology of Problems and Strategies with Respect to Ambivalence, Uncertainty and Distributed Power." *Journal of Environmental Policy & Planning* 9(3-4):193–212.
- Voß, J.-P., Smith, A., Grin, J. (2009): "Designing Long-Term Policy: Rethinking Transition Management." *Policy Sciences* 42(4):275–302.
- Wehrspaun, M. (2012): Nachhaltigkeit als kulturelle Erneuerung. Evolutionstheoretische Überlegungen zum Beitrag sozialer Innovationen. S. 57-75. In: Bormann, I., John, R., Aderhold, J. (Hrsg.): *Indikatoren des Neuen. Innovation – Sozialtechnologie oder Sozialmethodologie?* Wiesbaden: VS Verlag.
- Wehrspaun, M., Schack, K. (2013): Umweltpolitik als Gesellschaftspolitik. S. 19-32. In: Rückert-John, J. (Hrsg.): *Soziale Innovation und Nachhaltigkeit. Perspektiven sozialen Wandels*. Wiesbaden: Springer VS.

- Weik, E. (1997): Innovation, aber wie? Einige Gedanken zur Verwendung des Begriffes in der BWL. S. 7-18. In: Heideloff, F., Radel, T. (Hrsg.): *Organisation von Innovation: Strukturen, Prozesse, Interventionen*, München: Hampp Verlag.
- Welsch, J. (2005): *Innovationspolitik. Eine problemorientierte Einführung*. Wiesbaden: Gabler.
- Werle, R. (2000): *Gesellschaftliche Komplexität und kollektive Handlungsfähigkeit*. Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- Werner, K. (2011): Eigensinnige Beheimatungen. Gemeinschaftsgärten als Orte des Widerstands gegen die neoliberale Ordnung. S. 54-75. In: Müller, C. (Hrsg.): *Urban Gardening. Über die Rückkehr der Gärten in die Stadt*. München: oekom Verlag.
- Weyer, J. (1997): Vernetzte Innovationen – innovative Netzwerke. Airbus, Personal Computer, Transrapid. S. 125-152. In: Rammert, W., Bechmann, G. (Hrsg.): *Technik und Gesellschaft. Jahrbuch 9*. Frankfurt/New York: Campus.
- Wiesenthal, H. (1995): *Preemptive Institutionenbildung: Korporative Akteure und institutionelle Innovationen im Transformationsprozess postsozialistischer Staaten*. Arbeitspapiere AG TRAP, 95/4. Berlin.
- Williamson, O. E. (1979): "Transaction-Cost Economics: The Governance of Contractual Relations." *Journal of law and economics* 22(2):233–61.
- Willke, H. (1992): *Ironie des Staates*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Windhoff-Héritier, A. (1994): *Die Veränderung von Staatlichkeit in Europa: ein regulativer Wettbewerb : Deutschland, Großbritannien und Frankreich in der Europäischen Union*. Op-laden: Leske + Budrich.
- von Winterfeld, U., Biesecker, A., Katz, C., Best, B. (2012): *Welche Rolle können Commons in Transformationsprozessen zu Nachhaltigkeit spielen? Wuppertal Papers. Impulse zur Wachstumswende*. Wuppertal: Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie.
- Wissenschaftlicher Beirat Globale Umweltveränderungen (WBGU) (2011): *Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine große Transformation Zusammenfassung für Entscheidungsträger*. Berlin: WBGU.
- Wolfe, D., Gertler, M. (1998): The regional innovation system in Ontario. pp. 99-135. In: Braczyk, H. J., Cooke, P., Heidenreich, M. (Hrsg.): *Regional Innovation Systems*. London/Pennsylvania.
- Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie (WI) (2010): *Zukunftsfähiges Hamburg. Zeit zum Handeln*. Wuppertal: Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie.
- Zapf, W. (1994): Über soziale Innovationen. S. 23-40. In: Ders.: *Modernisierung, Wohlfahrtsentwicklung und Transformation*. Berlin: Edition Sigma.
- Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZIW) und Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) (2004): *Innovationsbarrieren und internationale Standortmobilität. Eine Studie im Auftrag der IG BCE, Chemieverbände Rheinland-Pfalz und der BASF Aktiengesellschaft*. Mannheim/Berlin. [http://ftp.zew.de/pub/zew-docs/gutachten/Gesamt-be-richt\\_schluss-fas-sung.pdf](http://ftp.zew.de/pub/zew-docs/gutachten/Gesamt-be-richt_schluss-fas-sung.pdf).
- Ziegler, F. (2009): *Konzept, Umsetzung und Akzeptanz einer Regionalwährung am Beispiel des „Chiemgauer“*. Eine Untersuchung aus Unternehmer- und Verbrauchersicht. Diplomarbeit. Universität Passau.